

Willy Huhn

**Der Etatismus  
der Sozial-  
demokratie**

**Zur Vorgeschichte  
des Nazifaschismus**

**Beim Ausbruch des 1. Weltkrieges erfüllte sich an der deutschen Sozialdemokratie die Voraussage Eduard Bernsteins: »Im weiteren Verlaufe wird das Nationale sozialistisch sein... Nennen sich doch schon heute Sozialisten demokratischer Staatswesen gern Nationalisten.« So wurde die Sozialdemokratie, die sich auf den Boden der Landesverteidigung und der Kriegskredite, vor allem aber auf den des »Kriegssozialismus« stellte, vor der Weltgeschichte die erste nationalsozialistische Partei.**

Willy Huhn

Der Etatismus  
der Sozialdemokratie  
Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus

Mit einem Vorwort von Clemens Nachtmann,  
einer biographischen Notiz von Christian Riechers, einer  
bibliographischen Information von Ralf Walter sowie einer  
Nachbemerkung von Joachim Bruhn

## **Editorische Notiz**

Willy Huhns Essay erschien zuerst 1952 in der Zeitschrift *Aufklärung*, dann in der letzten Ausgabe des theoretischen Organs des SDS *Neue Kritik. Zeitschrift für sozialistische Kritik und Politik* Nr. 55/56 (1970) unter dem Titel *Etatismus, „Kriegssozialismus“, „Nationalsozialismus“ in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie. Die Bilanz nach 10 Jahren (1929–1939)* liegt als Typoskript im Nachlaß Willy Huhn beim Institut für Internationale Sozialgeschichte (IISG), Amsterdam, dem der Verlag für die Genehmigung zum Druck dankt. Die biographische Notiz von Christian Riechers erschien zuerst in *Trotsky, le Staline manqué* (Paris 1981), der französischen Ausgabe von *Trotzki – der gescheiterte Stalin* (Berlin, Kramer-Verlag 1973). Der ça ira-Verlag dankt Fabian Riechers für die Erlaubnis zur Wiederveröffentlichung.

### **Dank für Rat und Tat an:**

Hans Georg Backhaus, Jens Benicke, Michael Buckmiller, Lisa Huhn (†), Arthur Lehning (†), Hans Willi Raffelsiefen und Ralf Walter.

Das **Umschlagbild** zeigt den außerordentlichen Parteitag der SPD im November 1959 bei der Abstimmung über das *Godesberger Programm*. In Sachen Wirtschaft forderte die Partei „Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig!“

# Inhalt

CLEMENS NACHTMANN

Die deutsche Sozialdemokratie  
als Partei des „Nationalsozialismus“  
Willy Huhns Überlegungen zum totalen Staat

7

WILLY HUHNS

Etatismus – „Kriegssozialismus“ – „Nationalsozialismus“  
in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie

27

Die Lassalle-Legende

29

Der Streit um den Staatssozialismus

37

Vom Sozialistengesetz zum Kriegssozialismus

49

Die Ideen von 1914 und die Folgen

63

Anmerkungen

78

WILLY HUHNS

Bilanz nach zehn Jahren (1929–1939)

A. Die Periode der geistigen Rezeptivität (1929–1932)

85

B. Die Periode der theoretischen Produktivität (1932–1939)

102

1. Historische Kritik der Sozialdemokratie

104

2. Historische Kritik des Staatssozialismus

108

3. Historische Kritik der Kriegswirtschaft  
*114*
4. Historische Kritik des Bolschewismus  
*122*
5. Kritik des Faschismus  
*131*
6. Die historische Notwendigkeit des Nationalsozialismus  
*142*
7. Die Kriegswirtschaft als ökonomisches Problem  
*155*
8. Historische Kritik des Naturalismus  
*165*

WILLY HUHN

- Karl Marx gegen den Stalinismus  
Was Marx und Engels unter „Kommunismus“ verstanden  
*175*

CHRISTIAN RIECHERS

- Willy Huhn (1909 - 1970)  
Eine biographische Notiz  
*191*

JOACHIM BRUHN

- Avantgarde und Ideologie  
Nachbemerkung zum Rätekommunismus  
*197*

Anhang

RALF WALTER

- Willy Huhn: Eine bibliographische Information  
*209*

CLEMENS NACHTMANN

## Die deutsche Sozialdemokratie als Partei des „Nationalsozialismus“

### Willy Huhns Überlegungen zum totalen Staat

#### I.

Als der im Juni 2001 frisch gekürte neue Regierende Bürgermeister von Berlin, der Sozialdemokrat Klaus Wowereit, bei seinem Antrittsbesuch im deutschen Bundestag vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Peter Struck, mit der Bemerkung „Zum Aufräumen!“ einen Besen überreicht bekam, da bekräftigte die deutsche Sozialdemokratie durch diesen symbolischen Akt, daß sie auf der Höhe des aktuellsten, seit geraumer Zeit schon virulenten und in verschiedensten Kampagnen schubweise sich entladenden faschistischen Ressentiments agiert. Die Ansicht, das staatliche Gemeinwesen sei von egoistischen Interessengruppen usurpiert, die sich filzartig ausgebreitet hätten und dem „ehrlichen Bürger und Steuerzahler“ nur auf der Tasche lägen, weshalb ein „starker Mann“ hermüsse, der einmal mit dem „eisernen Besen“ kehrt und den ganzen „Saustall“ ordentlich „ausmistet“ – dieses im Ruf nach dem „Führer“ oder zumindest dem „starken Staat“ mündende Ressentiment gegen die „Unproduktiven“ im Namen der „ehrlichen Arbeit“ war bekanntlich der zentrale Topos jener von der faschistischen Bewegung adäquat zum Ausdruck gebrachten und moderierten antibürgerlich-konformistischen Rebellion, die als Reprise jener immer schon bössartigen Polemik des Marktbürgers gegen die Beutelschneiderei des absolutistischen Staates dem Liberalismus, den diese Polemik einst inauguriert half, nun den Garaus bereitete.

Und Ähnliches trägt sich auch heute wieder zu – mit dem Unterschied freilich, daß das konformistische Ressentiment sich nun gegen eben jene unmittelbar etatistischen Regulationsformen des autoritären Staates faschistischer oder demokratischer Provenienz richtet, die es einst vorbereiten half und in denen es sich für lange Zeit aufgehoben wähnte. Allenthalben geht die faschistische Epoche ihrem Ende zu,

werden ihre sozialstaatlichen Garantie- und Subsistenzversprechen für die subalternen Klassen abgebaut, flankiert von ideologischen Salven gegen die „erstarrte“ und unter der Last der Bürokratie vermeintlich erstickende Gesellschaft, gegen den paternalistischen Vorsorgestaat, der Eigeninitiative und Leistung bestrafe, gegen eine „verkrustete“ Parteiendemokratie, in der der Staat zum Selbstbedienungsladen der etablierten Verbände und Parteien geworden sei, kurz: gegen Korruption und Filz.

Wie schon am Übergang zur faschistischen Epoche ist die Sozialdemokratie gewillt, als die berufene Vollstreckerin nun der bereits angebrochenen demokratischen Barbarei zu reüssieren. Verhieß schon der Bundestagswahlkampf 1998, worin die SPD den „Reformstau“ der Ära Kohl zu beseitigen versprach, nichts anderes als einen Triumph der Trostlosigkeit, so machte spätestens ihr Verhalten und das der linksliberalen Öffentlichkeit in der angedrehten Hysterie um die CDU-Spendenkonten sowie, in Berlin, angesichts der absolut lächerlichen Landowsky-Affäre klar, daß sie angesichts schrumpfender Verteilungsspielräume das auf die exemplarische Abstrafung und Ächtung von „korrupten Bonzen“, von der Justiz angeblich gehätschelten Kinderschändern, subventionsverwöhnten Bauern und anderen Feindobjekten drängende faschistische Ressentiment als nunmehr „kampagnenfähige“ Partei (Müntefering) zu bedienen und zu moderieren gewillt ist.

Wieder einmal ist in der Geschichte der kapitalistischen Wertvergesellschaftung ein Epochenumbruch angezeigt; und wieder einmal scheint die Sozialdemokratie eine Wendung hin zum Sozialfaschismus zu vollziehen. Eine Betrachtung der Sozialfaschismusthese ist also keine bloß philologische oder historisierende Übung, sondern von unmittelbar aktuellem Interesse.

## II.

*Und wenn die Welt voll Hakenkreuzler wär' – an deren Erschaffung ja der Sozialdemokratie, hüben und drüben, das Hauptverdienst gebührt –: wir müssen uns endlich darüber klar werden, daß es, seitdem sich Menschheit von Politik betrügen läßt, nie ein größeres Mißlingen gegeben hat als das Tun dieser Partei, und daß die Entehrung sämtlicher Ideale, die sie benützt haben, um mit der Bürgerwelt teilen zu können, vollendet ist.*

Karl Kraus, *Hüben und drüben*, Oktober 1932

Auch wenn aktuell sich keiner darüber ereifert: die Sozialfaschismusthese ist unter Linken bestimmt die übelst beleumundete argumentative Figur der Weimarer KPD und darüberhinaus der gesamten alten Arbeiterbewegung – und zwar nicht einmal zu Unrecht, wenngleich aus den ganz und gar falschen Gründen.<sup>1</sup> Der Standardeinwand etwa, der von der KPD an die Adresse der Sozialdemokratie gerichtete Vorwurf des Sozialfaschismus sei die entscheidende oder zumindest eine der entscheidenden Ursachen dafür gewesen, daß, als noch Zeit war, die Bildung einer antifaschistische Einheitsfront mißlang und die Nazis freie Bahn bekamen, ist nichts weiter als eine Standardübung antifaschistischer Einheitsfrontfanatiker gleich welcher Couleur, die ihren als „geschichtliche Lehre“ ausgegebenen Willen und ihren unbändigen Eifer, als antifaschistische Musterknaben zu reüssieren, in idealistischer Manier und moralischer Blindheit bedenkenlos in die Vergangenheit zurückprojizieren. In der Tat markiert es das epochale Versagen der Arbeiterbewegung als ganzer, den Faschismus nicht verhindert zu haben – nur liegt dieses Versagen nicht in ihrem mangelnden Willen oder fehlender Entschlossenheit begründet, sondern objektiv in ihrer schon etwas älteren institutionellen und ideologischen Verfaßtheit. Aber auch wenn man davon großzügig abstrahiert und nur die Taten der Sozialdemokratie seit 1918 Revue passieren läßt, merkt man, daß der erwähnte Einwand gegen die Sozialfaschismusthese vor Geschichtsvergessenheit nur so trotzt – hat die Sozialdemokratie doch nicht nur schon 1918 dem Faschismus den Weg freigeschossen, sondern auch durch ihre Praxis permanenter Not-

standsverwaltung mit Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung die Präzedenzfälle für die Notverordnungs-kabinette nach 1930 sowie für die nationalsozialistische Machtausübung als eines Notstands in Permanenz geschaffen.

Auch der Einwand, mit ihrer Sozialfaschismusthese habe die KPD den Nationalsozialismus verharmlost und den Begriff des Faschismus inflationiert, ist nichts weiter als ein Nachkarten, das unheimlich klug tut, ohne es in Wahrheit zu sein. Einmal abgesehen davon, daß auch mancher KPD-Genosse schon schlaue genug war, um der offiziellen Agitation solche Verharmlosung bisweilen abzumerken: der Vorwurf ist wohlfeil, denn das Spielchen, ab welcher Repressionsmaßnahme und welcher Gesetzesverschärfung denn nun der „Sozialfaschismus“ aufhöre und der „richtige“ Faschismus beginne, haben die Nachkriegslinken schließlich auch immer gerne gespielt. Kein Wunder, daß sie an der Ursache dieses absurden Rätselratens - am unzulänglichen Faschismusbegriff der KPD und Komintern - nie einen Anstoß genommen haben. War doch dieser Begriff auch ihr eigener: unter Faschismus haben sie selbst nie etwas anderes verstanden als ins Extrem gesteigerte Repression und unter Ideologie nichts anderes als Manipulation, obwohl sie im Unterschied zur KPD heute klüger sein könnten. Deshalb haben Leute, die sich dümmer stellen, als sie sein müßten und mit ihrem Faschisierungsgeschwätz den Faschismusbegriff ungleich ärger inflationiert haben, als es die KPD je vermochte, am allerwenigsten Grund, ihr diesbezüglich Vorwürfe zu machen.

Bezeichnenderweise fällt nie der entscheidende Einwand: Denn verharmlost und verniedlicht hat die KPD in der Tat – aber nicht die Nazis, sondern die Möglichkeit, daß der Kapitalismus seine Zusammenbruchskrise auf seinem Boden und mit den ihm eigenen Mitteln bewältigen könne, und dieses theoretische Versagen verdankt sich jener stiernackigen Geschichtsmetaphysik, die die Parteikommunisten von der Sozialdemokratie übernommen hatten. Ganz richtig erkannte die KPD die immanente Nötigung der damaligen kapitalistischen Vergesellschaftung zum Faschismus, die in der Sozialdemokratie als einer erklärten Stütze dieses Systems einen Protagonisten hatte – aber sie nahm, in der routinierten Wesensschau von Parteikommunisten, die Faschisierung der bürgerlichen Gesellschaft als „Beweis“ dafür, daß der Kapitalismus sich in seiner „Endkrise“ befinde und eine revolu-

tionäre Grundsituation erzeuge, die sich „nur noch“ mit der ganzen Bandbreite faschistischer Methoden, vom Sozialfaschismus bis zum eigentlichen Faschismus, abwehren ließe. Sozialfaschismus und Nazifaschismus als das letzte Aufgebot einer abgewirtschafteten und vor dem revolutionären Aufschwung schon wie Espenlaub zitternden Bourgeoisie, Faschismus mithin als ein böser Spuk: derart war die Sozialfaschismusthese aus der strategischen Erwägung heraus geboren, daß die Sozialdemokratie als Trägerin bürgerlicher Herrschaft abgewirtschaftet habe und man ihr deshalb die revolutionär gesinnten Massen durch schärfste Denunziation abspenstig machen müsse. So wird man bei allen objektiv gebotenen Bemühungen um deren Ehrenrettung der KPD-Sozialfaschismusthese nicht recht froh, denn das, was material den Sozialfaschismus der SPD hätte begründen können, war in der These der KPD in Wahrheit äußerliche Dreingabe, Nebenprodukt, Abfall.<sup>2</sup> Gerade der Abfall ist an der Sozialfaschismusthese noch das Beste, so daß gilt: falsch an ihr war lediglich, daß sie, was ihren Gehalt angeht, nicht konsequent durchdacht und ausformuliert wurde. Hätte die KPD dies getan, ihre beiläufig gewonnenen Einsichten ernst genommen, dann wäre sie freilich auf die grundsätzliche Identität ihrer Vorstellungen vom proletarischen Zukunftsstaat mit der Programmatik der Sozialdemokratie gestoßen und hätte sich demnach mit Fug und Recht selber unter die „Sozialfaschisten“ einreihen können.

### III.

*Die Sozialdemokraten waren genau solange langweilige Reformisten, wie keine Kriegskredite zu bewilligen und kein Spartakusaufstand niederzuschlagen war. Der ganze Reformismus lebt davon, daß er sich um die wichtigen Fragen drückt. Wo der Reformismus sich aber um diese Fragen nicht mehr drückt, sondern sie entscheidet, da tut er dies ... konform mit der Logik der Nazis.*

Wolfgang Pohrt

Tatsächlich zu begründen, warum die Sozialdemokratie eine nationalsozialistische Organisation war und darüberhinaus auch die letztge-

nannte Konsequenz nicht zu scheuen – dazu bedurfte es keiner Genialität und keiner überdurchschnittlichen Intelligenz, sondern der Fähigkeit, vom geschichtsmetaphysischen Hokuspokus der alten Arbeiterbewegung die Fähigkeit zu ungegängerter Erfahrung sich nicht abmarkten zu lassen. Es war ein nach eigener Einschätzung zum Eigenbrötlertum neigender marxistischer Autodidakt, der in durchaus orthodoxer Manier darauf insistierte, wie er selbst schrieb, „den Marxismus an seinen Quellen ... und nicht aus seinem durch Partei-Unrat vergifteten späteren Lauf“<sup>3</sup> studieren wollte, und der nach einem Schnelldurchlauf durch eine sozialistische Angestelltengewerkschaft und die SPD, deren Linksabspaltung in Form der SAP er mitbetrieb, als gerade mal 24jähriger eine Sozialfaschismusthese ganz eigener Art formulierte, die hinsichtlich Bewußtsein und Agieren der gesamten Arbeiterbewegung keinen Stein mehr auf dem anderen ließ und bei deren Lektüre biederer Sozialdemokraten, kreuzbraven Parteikommunisten und anderen Linken noch heute die Luft wegbleiben dürfte. 1939, ein Jahr, nachdem der illegale Theoriezirkel, den er bis dahin betrieben hatte, weggebrochen war und der nunmehr einzige politische Kontakt, den er hatte, nur noch der mit seiner Privatbibliothek war, verfaßte Willy Huhn, von dem hier die Rede ist, ein knapp achtzigseitiges Selbstverständigungspapier („Bilanz nach 10 Jahren“), worin er zuerst in einem autobiographischen Abriß seine Hinwendung zum Marxismus beschreibt und in einem zweiten, ungleich umfangreicheren Teil die ökonomischen, politischen und ideologischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus untersucht, insbesondere den freiwillig-unfreiwilligen Anteil der staatssozialistischen Arbeiterbewegung daran. Das Manuskript ist ein ausführliches Exposé, dessen einzelne Kapitel („Historische Kritik der Sozialdemokratie“, „Historische Kritik des Staatssozialismus“, „Historische Kritik der Kriegswirtschaft“, „Historische Kritik des Bolschewismus“, „Historische Kritik des Faschismus“, „Die historische Notwendigkeit des Nationalsozialismus“, „Die Kriegswirtschaft als ökonomisches Problem“, „Historische Kritik des Naturalismus“) Huhn als Grundlage für weitere Artikel und Aufsätze dienten, unter anderem auch für den 1952/53 entstandenen Aufsatz „Etatismus – ‘Kriegssozialismus’ – ‘Nationalsozialismus’ in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie“. In seinem Manuskript gelangt Huhn zu Einsichten, die sich über weite Streck-

ken auf der Höhe der etwa zeitgleich verfaßten Aufsätze von Max Horkheimer wie die „Die Juden und Europa“ und „Autoritärer Staat“ bewegen.

Wie für Horkheimer und Adorno, so steht auch für Huhn der epochale Umbruch in der Geschichte der kapitalistischen Vergesellschaftung im Mittelpunkt, der sich noch im 19. Jahrhundert mit der Abdankung des an das privatautonome Individuum gebundenen Kapitals alten Stils zugunsten der unmittelbar als Kollektivwesen, als Gesellschaftskapital auftretenden Konzerne, Trusts und Kartelle ankündigt. Ein Umbruch, der den Staat, der entgegen dem liberalistischen Credo sporadisch schon in gesellschaftliche Verläufe intervenierte, nun in die Rolle einer die Gesellschaft positiv und kontinuierlich gestaltenden und regulierenden Instanz drängt – ein Prozeß, der den „totalen Staat“ (Huhn) auf die Bahn bringt und schließlich im Faschismus als seiner adäquaten politischen Regulationsform terminiert.<sup>4</sup> Huhn interessiert sich dabei weniger für den konstitutiven ökonomischen wie sozialen Krisencharakter des liberalistisch verfaßten Kapitalismus, der, umschlagend, den totalen Staat aus sich gebiert, sondern vielmehr für den Zusammenhang von totalem Staat und totalem Krieg: „... der *totale Staat* ist das geschichtlich notwendige Resultat der Vorbereitung auf den *totalen Krieg* ... Der ‘totale Krieg’, von *Clausewitz* vorausgeahnt, von dem General *Bernhardi* als Weltkriegserfahrung bald begriffen, ist die letzte und höchste Form des Existenzkampfes warenproduzierender Gesellschaften; und gemäß der These von *Clausewitz*, daß ein moderner [Krieg] vom ganzen Volke geführt werden muß, erfordert er die restlose militärische Organisation der Nation.“<sup>5</sup>

Sicherlich könnte man jetzt einwenden, daß die Suspendierung freier Konkurrenz im Inneren kapitalistisch produzierender Gesellschaften zugunsten der außenwirtschaftlichen und – politischen Konkurrenz der als Wehrgemeinschaften organisierten Nationen und Machtblöcke sich als kein konstitutives und durchgängiges Merkmal des nachliberalen Kapitalismus erwiesen habe, sondern nur für „Übergangsperioden“ wie den Ersten Weltkrieg, Faschismus und Zweiten Weltkrieg zutraf. Aber wie schon in anderen Fällen, so hat sich auch hier ein Irrtum oder eine Übertreibung als produktiver und der Wahrheit ungleich näher erwiesen als das sture Pochen auf historische Korrektheit, das so tut, als sei man der Duzfreund des Weltgeistes und

glauben macht, man könne den großen und relevanten geschichtlichen Zug von den Auswüchsen und bloßen Episoden mit souveräner Gebärde reinlich scheiden. Im Gegensatz zu solch methodisch veranstalteter Erfahrungsarmut wußte Willy Huhn, daß der Extremfall die Probe auf den Normalfall ist, und dieses Wissen hat, darin übrigens auf der Augenhöhe mit der Literatur etwa von Kraus, Musil und Broch, seine Aufmerksamkeit „auf die Folgen des (ersten, C.N.) Weltkrieges auf die innere Struktur der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft, besonders die Auswirkung der deutschen Kriegswirtschaft“<sup>6</sup> als den Vorschein des Nationalsozialismus gelenkt. Durch sozialpolitische Maßnahmen, durch „Konzentration und Bürokratisierung der Produktionsmittel, und durch Unterstellung des Distributionsapparates unter die militärische Behörde“ entsteht, in der Kriegswirtschaft erstmals „tatsächlich eine ‘*Volksgemeinschaft*’, wie die Sozialdemokratie im Kriege die Absicht eines Burgfriedens bezeichnete, wenn eben auch nur als nationale Wehrgemeinschaft. Und der Staat, der eine solche unter dem Druck der imperialistischen Spannungen unserer Zeit zu organisieren gezwungen ist und daher jedem einzelnen Volks- und Wehrgenossen seinen Platz im totalen System der Landesverteidigung anweisen muß, kann dann in der Tat als ein ‘sozialer Volksstaat’ erscheinen, wie auch das Ergebnis seiner militärischen Organisation das Aussehen eines ‘völkischen *Organismus*’ gewinnen kann ...“<sup>7</sup>

Anders ausgedrückt: der zur Konsolidierung der kapitalistischen Verwertung den epochalen Sozialpakt zwischen Kapital und Arbeit inaugurierende totale Staat bildet, als Anwalt einer „sozialverträglichen“ Akkumulation, als Anwalt des „kleinen Mannes“, seiner Subsistenz- und Sicherheitsbedürfnisse, phänomenale Affinitäten zum Objekt seiner Zuwendung aus und erscheint, verglichen mit dem bürgerlich-liberalen Staat, geradezu in ein Organ des Klassengegners verkehrt. So konnte und mußte denn die Sozialdemokratie, für die im Gefolge Lassalles der Sozialismus nichts anderes bedeutete als Verstaatlichung der Produktion sowie die staatliche, zentralisierte Planung gesellschaftlicher Abläufe überhaupt, die Maßnahmen des spätwilhelminischen Staates und dann der Kriegswirtschaft als Indiz der „Sozialisierungsreife“ des Kapitalismus interpretieren und den sich totalisierenden Staat gleichermaßen als Übergangsetappe wie als Instrument des Sozialismus begreifen. Als eine Organisation, die an dem Widerspruch labo-

rierte, als empirische Gegnerin der wilhelminischen Monarchie einerseits auf Demokratie und Liberalität zu insistieren, andererseits als im Wesen staatssozialistische Partei auf autoritäre, antiliberale Maßnahmen gegen Kapital und Bürgertum zu dringen, war die Sozialdemokratie vielleicht anfangs eine halb freiwillige, halb unfreiwillige Geburtshelferin des totalen, schließlich nationalsozialistischen Staates. Als sie aber spätestens 1914 ihr staatssozialistisches Wesen praktisch bezeugte und sich programmatisch nun auch unumwunden dazu bekannte, da hatte die Sozialdemokratie sich dafür entschieden, die Rekonsolidierung der kapitalistischen Wertvergesellschaftung aktiv und bewußt mitzutragen. Als solche Trägerin einer gesellschaftlichen Konstellation, in der, wie Willy Huhn einen sozialdemokratischen Evergreen ironisiert, zwar nicht das „allmähliche Hineinwachsen in den Sozialismus“, wohl aber das Hineinwachsen in den Nationalsozialismus auf der Tagesordnung stand, mußte die Sozialdemokratie zwangsläufig zu einer Protagonistin der allgemeinen Faschisierung avancieren.

Nahm die Sozialdemokratie Staatsintervention, Sozialpolitik und Kriegswirtschaft dankbar als eine Vorleistung hin, die der Kapitalismus ihr gratis liefere und an deren Spitze sich zu setzen sie hoffte, so war umgekehrt der wilhelminische Staat, erst recht in der Periode der Kriegswirtschaft, auf die disziplinierende und organisierende Kraft der Sozialdemokratie angewiesen: „Da aber die Arbeiterschaft nun einmal die Bühne der Geschichte betreten hat, steht jeder Versuch einer kriegswirtschaftlichen Organisation vor dem Zwang, die Arbeiterschaft in irgendeiner Weise in diese 'einzubauen'. Im modernen Krieg ist der Arbeiter als Produzent der Waffen und der Kriegsmittel so wichtig wie der Soldat, der sie anwendet und verbraucht. Das große Problem des modernen Krieges ist es also, wie man ihn wirtschaftlich sichert, d.h. aber in erster Linie, wie man ihn arbeitspolitisch sichert. Die moderne Arbeiterbewegung hatte ... auch durch die mächtige Entfaltung der Gewerkschaften neue Energien der sozialen Organisation enthüllt, deren militärische Bedeutung jedem einsichtigen Kopf klar war und die für den Kriegsfall nutzbar zu machen jedem weitsichtigen Nationalisten und weitblickenden Militär als Aufgabe vor Augen stand.“<sup>8</sup>

Gerade als nicht-bürgerliche, unumwunden staatssozialistische Kraft war die Sozialdemokratie für die Lösung dieser Aufgaben geradezu prädestiniert: „Es kann nun aber kein Zufall sein, daß das Pro-

blem der Organisation der gesamten arbeitenden Bevölkerung für den modernen Krieg schon vor dem Weltkriege zuerst von einem *Sozialdemokraten*, Jaurès, erfaßt wurde ... (und) es wird wohl jedem Leser begreiflich sein, daß diese organisatorischen Gesichtspunkte zur 'Durchstaatlichung' der Gesellschaft für die Landesverteidigung sogar in *erster Linie* von Sozialisten gefunden werden *mußten*. Ein nur-liberaler Denker hatte zahlreiche grundsätzliche Bedenken, die sich zu ebenso vielen grundsätzlichen Hemmungen auswachsen würden. Ein staatssozialistischer Theoretiker aber sieht gerade hier die Möglichkeit, der Nation zu geben, was der Nation, und dem Sozialismus zu geben, was dem (Staats-)Sozialismus gebührt!<sup>9</sup> Als eine mit dem politischen Apparat zunehmend verwachsene „bürokratische Massenorganisation“ wurde die Sozialdemokratie so „das erste große geschichtliche Beispiel für die in der Neuzeit notwendig werdende Kunst, große Menschenmassen zu organisieren und politisch zu *führen*“<sup>10</sup> und sie wurde als Stütze der deutschen Kriegswirtschaft deshalb unverzichtbar: „Die nötige *Massenbasis* ... lieferte diesem System der deutschen Militärdiktatur (der alte Begriff deckt hier einen geschichtlich vollkommen *neuen* Inhalt: Kriegswirtschaft im 'Total-Krieg'!) vor allem die Mehrheitssozialdemokratie sowie die freien Gewerkschaften.“<sup>11</sup>

Die von Huhn in „Etatismus, 'Kriegssozialismus', 'Nationalsozialismus' in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie“ angeführten Äußerungen von Mehrheitssozialdemokraten, mit denen diese die Kriegswirtschaft als bahnbrechenden Fortschritt hin zum Sozialismus interpretierten, sprechen für sich: bei ihrer Lektüre wird einem heute noch speiübel. Dieser Aufsatz verfolgt die Entwicklung bis 1918/19; in seiner *Bilanz* greift Huhn noch weiter: „Der Sozialdemokratie erschien die deutsche Kriegswirtschaft ... als so wichtig, daß sie 1919 versuchte, ihre Errungenschaften in den Frieden hinüberzuretten ...; was 'friedlich' um 1900 einsetzte, und 'militärisch' 1914 explodierte, das setzte sich 'übergangswirtschaftlich' unter der Parole 'Der Sozialismus marschiert!' 1919 fort, um dann 1927/28 'wirtschaftsdemokratisch' von neuem versucht und noch 1932 'planwirtschaftlich' aufgegriffen zu werden, um schließlich 1934 bis '39 'nationalsozialistisch' zu enden.“<sup>12</sup>

Insbesondere Huhns unnachsichtige Beurteilung des sozialdemokratischen Konzepts der „Wirtschaftsdemokratie“ macht deutlich, daß

es bei ihm sogar an Ansätzen zu einer radikalen Demokratiekritik nicht mangelt: „... ein *Staats-Sozialismus* ist notwendig ein *politisch* organisierter und damit *autoritärer* Sozialismus; ein *demokratischer* Sozialismus macht hiervon gar keine Ausnahme, da ja schließlich die Demokratie selbst wieder nur eine Staatsform ist, und zwar historisch die der liberal-kapitalistischen Gesellschaft.“<sup>13</sup>

Allerdings konnte die Sozialdemokratie dann doch nicht ernten, was sie gesät hatte, und dies hat Huhn zufolge einen einfachen Grund: „Auf der einen Seite tat sie alles, um die Entwicklung zum ‘totalen Staat’, d.h. zum militärisch durchorganisierten Staat, durch prinzipielle Staatsbejahung, politische Stärkung der Staatsgewalt, praktischen Staatssozialismus zu fördern, die doch wesensnotwendig den Parlamentarismus ständig schwächen und deshalb ihr den Boden als parlamentarische Partei entziehen mußten. Auf der anderen Seite hielt sie nicht nur an pazifistischen, sondern auch an liberalen und parlamentarischen Traditionen fest, und glaubte, den durch ihre aktive Mithilfe aufgeblähten Staatsleviathan demokratisch zügeln zu können ... – Tatsache aber bleibt, daß nur unter diesen Widersprüchen und Umständen *der Nationalsozialismus als konsequentere Sozialdemokratie* entstehen konnte.“<sup>14</sup>

Vom Ergebnis her betrachtet war der Nationalsozialismus demnach unter den Bedingungen Deutschlands eine historisch notwendige Erscheinung: „Der Nationalsozialismus löst also auf deutschem Boden und unter den gesellschaftlichen Bedingungen der deutschen Nation die große geschichtliche Aufgabe, die das imperialistische Zeitalter stellt ... Und nicht die Sozialdemokratie, die doch ihrem Wesen nach wie die russische Sozialdemokratie diese Aufgabe hätte lösen können, sondern der Nationalsozialismus nimmt sie auf sich, weil die SPD den Gedanken der Parteidiktatur ablehnte. Damit bringt nicht die Sozialdemokratie, sondern bringt der Nationalsozialismus eine geschichtliche Entwicklung zu einem *praktischen* Abschluß, die *theoretisch* von den bürgerlichen Kathedersozialisten antizipiert und von dem ‘Verein für Sozialreform’ konzipiert wurde. Darum bezeichne ich den Nationalsozialismus als die ‘konsequentere Sozialdemokratie’.“<sup>15</sup>

Was die Rolle der Sozialdemokratie während der sogenannten Weimarer Republik anbelangt, so ist für Huhn klar: „Wenn der Bolschewismus der Sozialdemokratie ‘Sozial-Faschismus’ zum Vorwurf

gemacht hat, so hat er also ... gar nicht einmal so sehr Unrecht, leider trifft ihn aber diese Kennzeichnung auch wieder selbst!“<sup>16</sup>

Es habe ihn, als er sich 1932 mit Lenins Schriften zu beschäftigen begann, aufs Äußerste erstaunt, erzählt Huhn, daß Lenin, der doch während des ersten Weltkrieges ein unversöhnlicher Gegner der „Sozialpatrioten“ gewesen war, mit diesen in der Bejahung des „Kriegssozialismus“ völlig übereinstimmte (Zur Erinnerung sei hier nur auf Lenins Rede vom nach dem Modell der deutschen Reichspost zu gestaltenden Sozialismus verwiesen). Von diesem Augenblick an habe er nicht mehr an den leninschen „Kommunismus“ geglaubt. Auch der Bolschewismus ist für Huhn demnach nichts anderes als eine unter den spezifischen Bedingungen der halb feudalen, halb kapitalistischen Gesellschaft Rußlands entstandene Erscheinungsform des „totalen Staates“<sup>17</sup>: „So enthüllen sich die vier großen ‘Ismen’: *Sozialdemokratismus*, *Nationalsozialismus*, *Bolschewismus* und *Faschismus* als nationalhistorisch und geopolitisch unterschiedliche, im soziologischen und dialektisch-historischen Aspekt aber als im *Wesen* ähnliche Formen der im Imperialismus notwendigen ‘militarisierten Gesellschaft’ (*Keri*). Darum können sie sich eigentlich nur außenpolitisch entzweien, nie aus inneren, ‘ideologischen’ Gründen, denn die Ideologien sind ihnen im Grunde Mittel, nicht Ziele.“<sup>18</sup>

Huhn zieht daher ein bitteres Fazit der historischen „Leistung“ der Arbeiterbewegung als ganzer: „So hat der Marxismus bisher seine höchste Leistungsfähigkeit nicht eigentlich im Dienste jener proletarischen Klassenziele verrichtet, für die er eigentlich erarbeitet wurde, sondern im Dienste nationalrevolutionärer Ziele, die *Marx* und *Engels* im imperialistischen Zeitalter auf das Entschiedenste bekämpft hatten. Seine wissenschaftliche Stärke und die Autorität seiner Begründer waren gerade gut genug, um mit ihrer Hilfe die Arbeiter verschiedener Nationen für nationalrevolutionäre Ziele einzuspannen, die man marxistisch als proletarische Klassenziele darstellte. Darum hat der Marxismus bisher mehr für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung getan als für ihre Zerstörung!“<sup>19</sup>

#### IV.

Was an Willy Huhns Thesen verblüfft, ist die logische Stringenz und unerbittliche Radikalität der Gedankenführung: kein albernes Geschrei gegen den „Verrat“ der Sozialdemokratie, keine subjektivistischen und in letzter Konsequenz verschwörungstheoretischen Agenten- und Bestechungstheorien, sondern eine mit dem Seziermesser vorgenommene, grausam analytische Sektion des gesellschaftlichen Objektivitätszusammenhangs, die bereits 1939 in trockenen Worten zu diagnostizieren wußte, was viele Linke noch heute nicht wahrhaben wollen, daß nämlich der totale Staat des Nationalsozialismus tatsächlich eine als „sozialer Volksstaat“ erscheinende „Volksgemeinschaft“ geschaffen hat. Nichtsdestotrotz weisen auch Huhns Überlegungen unübersehbare Schwächen auf – und dies nicht etwa deshalb, weil er den Gedanken nicht konsequent genug vorangetrieben und an einem bestimmten Punkt willkürlich hätte abbrechen lassen, sondern, im Gegenteil, weil er ihn konsequent ausgeführt hat.<sup>20</sup> Huhns theoretische Perspektive, die seine eminente Stärke verbürgt, markiert unmittelbar zugleich seine Schwäche und Begrenztheit: sein Abstellen auf den epochalen Durchbruch, den der erste Weltkrieg und die in ihm praktizierte Zwangsbewirtschaftung bedeutet hatten, hat ihn das definitive Ende der liberalen, bürgerlichen Ära sowie die Herausbildung und schließliche Befestigung des totalen Staates als die alle gesellschaftlichen Kräfte in ihren Bann ziehende Signatur der Epoche klar erkennen lassen – und ihm zugleich die Einsicht in die Form des Nationalsozialismus als der unverschnittensten Ausprägung eben dieses totalen Staates verwehrt. Als sicherlich gleichermaßen beispielgebendes wie zukunftsweisendes Modell gerät Huhn die deutsche Kriegswirtschaft zur gewissermaßen objektiv-transzendentalen Struktur, die vielleicht noch modifiziert, abgeschwächt, gesteigert, ausgedehnt und radikalisiert werden kann, aber in ihren Grundzügen sich gleichbleibt. Der „Kriegssozialismus“ ist für Huhn nicht nur zutreffendermaßen die Bedingung der Möglichkeit des späteren, sondern der noch unfertige Nationalsozialismus, so wie dieser umgekehrt die perfektionierte Kriegswirtschaft verkörpert.

Zwar wußte Huhn nur zu gut, daß die volksgemeinschaftliche Totalisierung des militaristischen Prinzips dieses zugleich aufhebt und

*demokratisiert*: „Während ... in der Begriffswelt der Vorkriegszeit der ‘Militarismus‘ etwas war, was außerhalb, ja gegenüber der übrigen Gesellschaft stand, eine Welt für sich, so fallen in der militarisierten Gesellschaft von heute Gesellschaft und Militarismus zusammen. Im gleichen Ausmaß, wie die Gesellschaft sich im Imperialismus militarisierter, hat sich der Militarismus vergesellschaftet.“<sup>21</sup>

Und sicherlich merkte Huhn dem Nationalsozialismus, im Unterschied zum italienischen Faschismus, ideologiekritisch auch den Charakter einer die überkommenen staatlichen Hierarchien zur Disposition ihrer eigenen unberechenbaren Dynamik stellenden *Volksbewegung* ab: „Der Sozialismus ist zum *Mittel* der Nation in ihrem imperialistischen Existenzkampfe geworden. Und ergibt denn nicht tatsächlich erst in unseren Tagen die politische Durchorganisation der Nation eine politische und militärische ‘Volksgemeinschaft‘? In Deutschland waren schon breite Teile der eigentumslosen Massen ... zum politischen Leben erwacht und schon im Kriege die Mitträger des kriegswirtschaftlichen Verteidigungsapparates gewesen. Hier hatten sie also auch in diesem Sinne aktiven Anteil an der Herausbildung des totalen Staates gehabt. So konnte der Nationalsozialismus im Unterschied zum Faschismus in seiner Staatslehre den Grundsatz aussprechen, daß sein Staat das Organ des *Volkes*, daß die Nation ihn sich selbst geschaffen habe. In Italien dagegen hatten sich die Massen noch nicht in diesem Sinne am Staatsleben beteiligt; ja, dieser moderne Staat war in Italien noch zu schaffen ... Infolgedessen konnte auch die sozialistische Intelligenz Italiens den Staat als ein Organ ansehen, der erst eine italienische Nation zu schaffen habe. Für die nationalsozialistische Staatsauffassung ist demzufolge das Volk der Zweck des Staates, für die faschistische Staatstheorie dagegen ist der Nationalstaat der Zweck des Volkes.“<sup>22</sup>

Aber diese Einsichten bleiben bloß Randglosse, ohne Konsequenz für die Gedankenführung; in der Hauptsache denkt Huhn den Nationalsozialismus doch als eine durch „autoritäres Befehlswesen“ bestimmte „Diktatur“<sup>23</sup> und damit letztlich als bloße, wenn auch radikalisierte Fortschreibung des obrigkeitlichen, hierarchisch gegliederten preußischen Staates und seiner Einrichtungen. Besonders deutlich tritt diese Auffassung in dem Aufsatz „Die Kaserne und das KZ“ von 1955 hervor. Wiederum in erklärter Abgrenzung gegen jeglichen

Subjektivismus faßt Huhn die Menschenschinderei in den Kasernen des wilhelminischen Deutschland als „notwendige Erscheinungen des militaristischen Systems selbst.“<sup>24</sup> Aufgrund der mit vielerlei Quellen belegten Systematik der dort betriebenen Quälereien und Mißhandlungen identifiziert Huhn die Kaserne als „Urzelle des nationalsozialistischen Konzentrationslagers“<sup>25</sup>: „In beiden Fällen ist die Existenz nur befristet, bis die Lebenskraft vernutzt oder 'verheizt' ist.“<sup>26</sup> Wiederrum sehr scharf gedacht – nur trifft diese Kennzeichnung wohl die Straf- und Arbeitslager und die in ihnen praktizierte „Vernichtung durch Arbeit“ – den Umschlag in die systematische *Arbeit der Vernichtung* kann Huhn damit nicht mehr denken. – Wie ihm überhaupt die im Antisemitismus ihren massenmörderischen Fluchtpunkt findende „Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung“ (Ulrich Enderwitz) und damit das entscheidende Charakteristikum des Nationalsozialismus nicht in den Blick kommt.<sup>27</sup>

## V.

Was den Nationalsozialismus von allen anderen Spielarten des totalen Staates tatsächlich unterscheidet und ihn aus der politischen Konkurrenz schließlich als Sieger hervorgehen ließ, war der Wille, die im Konzept des Volksgemeinschaftsstaates notwendig beschlossene Feinderklärung auch vorzunehmen und bis zur bittersten Konsequenz praktisch umzusetzen. Denn der Versuch, eine von ihrem unheilbaren ökonomischen wie gesellschaftlichen Krisencharakter befreite, gewissermaßen gemeinnützige Kapitalakkumulation zu organisieren, kann, als ein logisch unmögliches, im Wortsinne wahnsinniges Unterfangen, sich praktisch nur in Form jener monströsen Ersatzhandlung realisieren, wie sie die Vernichtung der Juden darstellt. Volksgemeinschaft kann praktisch nur bestehen als eine, wie auch Huhn schreibt, „Wehrgemeinschaft“, als zum Kollektiv der Verfolger mutierte Gesellschaft, die in mörderischer Absicht gegen die an empirischen Individuen repersonalisierten Produkte seiner eigenen Projektion und damit die vermeintliche Inkarnation der Gebrechen kapitalistischer Vergesellschaftung in Stellung geht. Eine Herrschaft jedoch, deren Medium nicht das Gesetz, sondern die Anfeuerung, und deren Lebenselement

nicht der bürgerliche Gang der Dinge, sondern die permanente Eskalation ist, bedarf als ihrer Massenbasis keiner Untertanen, sondern staatsbürgerlicher Subjekte. Setzte der alte Militarismus als System von Gehorsam und Befehl die Individuen als Objekte, als *passive* und subordinierte Empfänger von klar formulierten Anordnungen und Weisungen, so setzt sie der vergesellschaftete Militarismus des Nazi-Systems als Subjekte, als demokratisch gleichberechtigte Aktionäre einer nur noch durch informellen Konsens existierenden Herrschaft, auf deren Gunst der Volksgenosse als *aktiv* Handelnder spekuliert. Wenn Huhn von der „Vergesellschaftung des Militarismus“ spricht, dann kommt er der ungeschmälerten, negativen Wahrheit unfreiwillig ganz nahe, kann solche Vergesellschaftung doch nichts anderes bedeuten als das Einwandern von Herrschaft in die vergesellschafteten Individuen, deren Vollzug durch die Beherrschten selbst. Damit ist das System von Befehl und Gehorsam, indem es sich erfüllt, zugleich am Ende.

Willy Huhns Begrenztheit ist nicht weit von derjenigen Friedrich Pollocks, der mit anderer Begründung zwar, aber gleichwohl der Ansicht war, der Nazismus sei ein bürokratischer, in sich fest gefügter, stabiler und in gewissem Sinne sogar „rationaler“ Zustand und nicht die entfesselte, ungebändigte, eskalierte Konkurrenz, Krise und Katastrophe in Permanenz. Tatsächlich verhält es sich so, daß der unmittelbare Schein, d.h. das Geflecht von hypertrophen Massenorganisationen, das der Nazismus schafft, die Staatskonjunktur, die er ankurbelt, den die Aura kollektiver Mühsal, Entbehrung und Fürsorge verbreitenden Opferkult, den er spektakulär inszeniert – kurz: der unmittelbare, *kollektivistische* Etatismus, den der Nazismus ins Werk setzt und den seine bundesrepublikanische Rechtsnachfolgerin demokratisch weiterbewirtschaftete, das verdeckte, was nun das Ende der faschistischen Epoche wieder an die Oberfläche spült: jene in der Fülle ihrer Leere schwelgende, haltlos projizierende und deshalb in die unvermittelte Abfolge von Apathie und Raserei sich zerlegende Subjektivität, die als absoluter, äußerlicher Gegensatz zur Herrschaft deren inneres Prinzip absolut vollstreckt. Weniger die Staatskonjunktur und das staatliche Subsistenzversprechen sowie die Aussicht auf Beute und Gratifikationen waren der harte Kern des Faschismus, als vielmehr der kollektive Amoklauf, die Entschlossenheit, daß es angesichts der

eigenen antizipierten oder geahnten Niederlage vorher noch die anderen erwischen sollte. Derzeit werden die Gratifikationen gestrichen – dafür bietet sich der Staat als Moderator jenes faschistischen Ressentiments an, das die von eben diesem Staat in die „Eigenverantwortung“ gezwungenen, aktuell oder virtuell überflüssigen Individuen gegen die vermeintlichen Schädlinge, Feinde und Bedrohungen des gesellschaftlichen Ganzen umtreibt. Von wegen „Neoliberalismus“ – ein neues Bündnis von Mob und Elite ist im Entstehen, in dem allerursprünglichste Wesenszüge des Nationalsozialismus wieder aufscheinen: eine Subjektivität, die ganz eigenverantwortlich der Herrschaft jeden Wunsch von den Lippen abliest.

Und wieder einmal ist die Sozialdemokratie damit beschäftigt, sich an die Spitze des Mobs zu setzen. Angesichts der Tatsache, daß der Faschismus *als* Faschismus seine historische Rolle längst ausgespielt hat und keinerlei das etablierte Staatsgefüge bedrohende mobilisierende Kraft entwickelt, dürfte das Vorhaben diesmal auch von Erfolg gekrönt sein.

So hätte der Sozialfaschismus, wenn auch anders als von Willy Huhn einst gemutmaßt, denn doch noch gegenüber dem Faschismus den Sieg davontragen.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Siehe dazu Clemens Nachtmann, *Formierung der „Mitte der Gesellschaft“*. *Eine Ehrenrettung der Sozialfaschismusthese*, in: *bahamas* Nr. 23 (1997); vgl. auch: Gruppe MAGMA, „... denn Angriff ist die beste Verteidigung“. *Die KPD zwischen Revolution und Faschismus*, Bonn 2001.
- <sup>2</sup> An der – freilich auch interessierten – Verkennung dieser Tatsache krankt grundsätzlich Alexander v. Platos umfangreiche Arbeit *Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik* (Westberlin 1973), an der ansonsten positiv auffällt, daß sie sich in ihrer unpräzisen Argumentation erfreulich von dem zu dieser Zeit bei Linken üblichen Verlautbarungstakt abhebt und in ihrer unmittelbaren Zwecksetzung nicht restlos aufgeht. Nichtsdestotrotz: v. Platos Absicht ist es, im Sinne der KPD/AO für das Agieren der BRD-Linken ein historisches Vorbild auszumachen, und dazu versucht er, gegen die „antikommunistische Geschichtsschreibung“, als deren Ahnherrn er Trotzki zu identifizieren meint, die Politik der KPD/Komintern hundertprozentig herauszupauken. Seine Apologie der Sozialfaschismusthese leidet jedoch darunter, daß er die eigene Beweisführung, die sich völlig zurecht, wenn auch theoretisch wenig geglückt, an der Gemeinsamkeit von Wirtschaftsdemokratie und Korporativismus orientiert, als für die KPD zentralen Punkt unterstellt. Die Klassen- und Geschichtsmetaphysik, der Nationalbolschewismus sowie der platte Faschismusbegriff der KPD werden ihm nie zum Problem – wie denn auch, denn v. Plato ist selber ein Arbeitertümler der altbackensten Sorte. Das gilt freilich genauso für Niels Kadritzke, der in *Probleme des Klassenkampfes* 11/12 sowie 14/15 (beide 1974) heftig gegen v. Platos Rechtfertigungsversuch polemisierte, ohne jemals den Kern des Problems zu treffen und stattdessen geistverlassen vom „klassischen Syndrom sektiererischer Hilflosigkeit vor den wirklichen Problemen der Arbeiterklasse“ schwallte.
- <sup>3</sup> Willy Huhn, *Bilanz nach 10 Jahren (1929 bis 1939)*, in diesem Band S. 94. Alle Hervorhebungen bei weiteren Zitaten im Original.
- <sup>4</sup> Ebenda, S. 113. Die „Krisis“-Gruppe würde sich zusammen mit Moïse Postone an dieser Stelle natürlich sofort wieder dahingehend bestätigt sehen, daß Huhn, genauso wie Horkheimer und Adorno, im Grunde ganz altbackene Marxisten seien, da ihren elaborierten Überlegungen letzten Endes ja die „Wald- und Wiesenvorstellungen des Marxismus“, „der eingefrorene alte Arbeiterbewegungshit von der zwangsläufigen totalen Konzentration des Kapitals, gereinigt allerdings von den damit verbundenen Heilserwartungen“, zugrundelägen (Norbert Trenkle, *Die vergebliche Suche nach dem unverdinglichten Rest*, in: *Krisis* Nr.10/1991, S.131; vgl. dazu auch Barbara Brick/Moïse Postone, *Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus*, in: *Sozialforschung als Kritik*, Frankfurt a.M.1982). Die Behauptung, Adorno etwa und Lenin hätten ein und dieselben Grundannahmen über den

sogenannten „organisierten Kapitalismus“ gehabt, ist zwar einerseits ein so grober Unfug, daß man ihn kaum widerlegen mag – aber sei’s drum: während Lenin, darin eines Sinnes mit Hilferding, eine Situation heraufziehen sieht, in der ein kleines parasitäres Häuflein von Monopolisten und Staat die Masse des Volkes ausbeutet und knechtet, konstatieren Horkheimer und Adorno die Emanzipation des Kapitals zu seinem, negativen, Begriff: Herrschaft abstrakter, verdinglichter Verhältnisse über die Individuen zu sein – ein Prozeß, der freilich den Staat als einen für das Bestehen dieser „zweiten Natur“ unabdingbaren Faktor ins Spiel bringt. Andererseits trifft die absurde Gleichsetzung durchaus ein Wahres: bei Horkheimer und Adorno auf den Begriff gebracht, aber selbst in Lenins kruden Thesen noch als ungefähre Ahnung teilt sich der Erfahrungsgehalt mit, daß die kapitalistische Vergesellschaftung in ein definitiv und unwiderruflich neues Stadium eingetreten ist, in der ihre selbstdestruktiven Tendenzen handgreifliche Gestalt annehmen – ein Vorgang mithin, dessen erschütternden, einschneidenden und bis heute nachwirkenden Charakter „Krisis“ hinwegeskamotiert, wenn sie ihn routiniert als „Durchgangsstadium“ und „Durchsetzungsphänomen“ der „reinen“ Wertvergesellschaftung verhandelt.

<sup>5</sup> Willy Huhn, Bilanz..., 115.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 112.

<sup>7</sup> Ebd., S. 115 f.

<sup>8</sup> Ebd., S. 139 f.

<sup>9</sup> Ebd., S. 143.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 106 f.

<sup>11</sup> Ebd., S. 117.

<sup>12</sup> Ebd., S. 119 bzw. 117.

<sup>13</sup> Ebd., S. 121.

<sup>14</sup> Ebd., S. 151.

<sup>15</sup> Ebd., S. 118.

<sup>16</sup> Ebd., S. 141.

<sup>17</sup> Fast überflüssig zu erwähnen, daß Huhns Darlegungen zum „totalen Staat“ von ganz anderem Schlag sind als die bürgerliche Totalitarismustheorie, in deren begrifflicher Nacht alle Katzen grau sind: seine Kritik ist ausgewiesenermaßen eine marxistische und kritische. Daß Sozialdemokratie und Bolschewismus mit Faschismus und Nationalsozialismus andererseits im Konzept eines „integralen Etatismus“ (Horkheimer) im Wesen sich trafen, ist für Huhn ein Skandal, weil jede Form von Staatssozialismus der objektiv gebotenen und möglichen *Vergesellschaftung* der Produktion – für Huhn die einzige wahrhaft Marxsche Perspektive – Hohn spricht. Nicht nur macht er deutlich, daß die gesamte „alte Arbeiterbewegung“ trotz ihrer Geburtshelferrolle für die Herausbildung des „totalen Staates“ „nicht Subjekt, sondern Objekt der Weltgeschichte im Imperialismus“ war (Bilanz, S. 141), sondern er trifft, wenn leider auch nicht systematisch entwickelt, eine entscheidende Differenz zwischen Faschismus und Nationalsozialismus. Dazu mehr unter Punkt IV.

<sup>18</sup> Ebd., S. 128.

<sup>19</sup> Ebd., S. 124.

<sup>20</sup> Anders verhält es sich mit jenen offen reaktionären Dummheiten, die Huhn im vorletzten Kapitel der *Bilanz* zum Besten gibt: diese fallen aus seiner Gedankenführung gänzlich heraus. Diese Passagen erwecken den Eindruck, als sei der Kritiker zeitweilig seinem Gegenstand erlegen, als habe der Kritiker der Sozialdemokratie urplötzlich selbst in einen ordinären National-Sozialdemokraten sich verwandelt, der wie ein übler chauvinistischer Agitator über das „Versailler Diktat“ herzieht, das er einen „offensichtlichen und brutalen Raubzug an einem ganzen Volke“ nennt, das „Deutschland geradezu zwangsläufig“ habe „zertrümmern müssen“, der von „Pflichten und Opfer“ schwärmt, die eine zukünftige sozialistische „Gemeinschaft“ den Individuen abverlangen müsse, mehr noch als der „totale Staat“(!), der ganz in diesem Sinne den selbstlosen und konstruktiven Revolutionär gegen den destruktiven, nur von zu kurz gekommenem Egoismus umgetriebenen „Meckerer“ und „Rebellen“ pointiert und sich endlich nicht mal entblödet, unter Aufbietung abgeschmacktester Geschichtsmetaphysik den Nazis zugute zu halten, daß sie die Einzelnen „gewaltsam zu einer vorläufig nur nationalen, aber eben doch zu einer Gemeinschaft zusammengeschweißt“ hätten. Man kann solche finsternen Einlassungen nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen und im übrigen ein weiteres Mal konstatieren, daß selbst brillante Kritiker oft nicht auf der Höhe ihrer Einsichten sich bewegen und die Tragweite dessen, was sie entwickeln, gar nicht ermessen. Mit seiner schneidenden Kritik der Sozialdemokratie, wie er sie nicht nur im restlichen Text der *Bilanz* ausbreitet, hat Huhn jedenfalls auch seinen eigenen national-sozialen Anwendungen, wie sie in den fraglichen Passagen zum Ausdruck kommen, das vernichtende Urteil gesprochen.

<sup>21</sup> In diesem Band, S. 148.

<sup>22</sup> Ebd., S. 130.

<sup>23</sup> Ebd., S. 120

<sup>24</sup> Willy Huhn, *Die Kaserne und das KZ* (unveröfftl. Manuskript (1955), S.1.

<sup>25</sup> Ebd., S. 10.

<sup>26</sup> Ebd., S. 9.

<sup>27</sup> Außer einer bläßlichen Anmerkung, wonach die Nazis sich des „Sozialismus der dummen Kerle“ „bedient“ hätten“ (ebd., S. 129), enthält die *Bilanz* dazu nichts.

WILLY HUHN

Etatismus, „Kriegssozialismus“,  
„Nationalsozialismus“ in der Literatur der deutschen  
Sozialdemokratie

Weder war Hitler ein *diabolus ex machina* in der jüngsten deutschen Geschichte, noch kann der Nationalsozialismus als ein Einbruch des Dämonischen in eine sonst leidlich vernünftige und annähernd menschliche Welt aufgefaßt werden. Das Phänomen des „Dritten Reiches“ kann nur aus der Entwicklung der *ganzen* deutschen Gesellschaft seit der Jahrhundertwende, vor allem seit 1914, erklärt werden. Es gibt *keinen* Teil des deutschen Volkes, der im Laufe des ersten Vierteljahrhunderts *keinen* Anteil an seiner Entstehung genommen hätte und an seiner weiteren ideologischen und organisatorischen Ausbildung völlig unschuldig wäre. Dies gilt sogar für das deutsche Judentum, das im „Dritten Reich“ fast ausgerottet worden ist: Walter Rathenau war nachweislich vor dem Ausbruch des I. Weltkrieges wie Houston Stewart Chamberlain von der völligen Überlegenheit der nordisch-germanischen Herrenrasse überzeugt und vertrat eine rassistische Geschichtsauffassung, die ihren Ausgang von dem Grafen Gobineau genommen hatte; und Nachum Goldmann erwartete 1915 sowohl die Lösung der sozialen Frage wie die Organisation des neuen Gesellschaftssystems vom „Geist des Militarismus“.<sup>1</sup> Es sei auch an jenen deutschen Gesandten in Prag erinnert, der als Vertreter der Weimarer Republik sämtliche Lügen der späteren Nazipropaganda über den I. Weltkrieg und den deutschen Zusammenbruch in seinen Kreisen zum besten gab, und von dem Heinrich Mann sagt: „Der Gesandte nannte sich Sozialist: Faschist konnte er sich noch nicht nennen, und später wird seine Rasse ihn verhindert haben.“<sup>2</sup>

So hat es nicht nur manche Juden, sondern auch zahlreiche Sozialdemokraten gegeben, welche nur durch ihre „Rasse“ oder durch ihre sonstige Untragbarkeit für die NSDAP daran gehindert worden sind, zu Hitler überzugehen. Ebenso wenig wie das deutsche Judentum kann also die deutsche Sozialdemokratie ohne weiteres von der Mitschuld

an der Entstehung und Entwicklung des Nationalsozialismus freigesprochen werden, ja, sie – im Hinblick auf ihren lassalleanischen und späteren „mehrheitssozialdemokratischen“ Flügel – sogar am allerwenigsten. Die deutsche Sozialdemokratie hätte also gut daran getan, nach 1945 ihre eigene Vergangenheit selbstkritisch zu untersuchen, nicht nur im Hinblick auf jene politischen Fehler, welche die Macht ergreifung der NSDAP erst ermöglicht haben, sondern vor allem in Bezugnahme auf jene theoretischen Positionen, welche dem Nationalsozialismus ideologisch Vorschub leisten mußten. Wir werden im Folgenden versuchen, auf einige von diesen Standpunkten kritisch hinzuweisen.

## Die Lassalle-Legende

Es gibt innerhalb und außerhalb der deutschen Sozialdemokratie eine *Lassalle-Legende*, die eben noch nach dem Tode Kurt Schumachers ihren symbolischen Ausdruck darin fand, daß man seinen Sarg mit der Fahne der Breslauer Lassalleaner von 1863 bedeckte und zu seinem Nachruf schrieb: „Seine Bahre deckt die Fahne Ferdinand Lassalles. In seiner Person vereinigt sich das Erbe mit dem Schöpfer.“<sup>3</sup> Betrachten wir einmal den Schöpfer und seine Erbe kritisch!

Die Lassalle-Legende beginnt schon mit den folgenden Behauptungen: Ferdinand Lassalle habe *die deutsche Arbeiterbewegung* aus ihrem Totenschlaf nach 1848 wieder „wachgerufen“;<sup>4</sup> selbst Marx rechnete ihm dies als „unsterbliches Verdienst“ an,<sup>5</sup> und Sombart behauptete sogar einmal, daß die moderne proletarische Bewegung mit seinem Auftreten ihren Anfang genommen habe.<sup>6</sup> Andere Autoren haben sich etwas richtiger ausgedrückt, wenn sie erklärten, daß Lassalle *die deutsche Sozialdemokratie* „ins Leben gerufen“ habe.<sup>7</sup> Allgemein gilt er als „Begründer“ derselben,<sup>8</sup> und noch vor kurzem schrieb man, Lassalle sei der „eigentliche“ Begründer der Sozialdemokratie gewesen.<sup>9</sup>

Diese fast allgemeine, auch von einem Biographen und Herausgeber der Werke Lassalles, Karl Renner, geteilte Meinung<sup>10</sup> wird auch von der SED, und zwar in einer bemerkenswerten Variante, vertreten: hier-nach besteht das große geschichtliche Verdienst Lassalles darin, „daß er die Arbeiterbewegung aus einem Anhängsel der liberalen Bourgeoisie in eine selbständige politische Partei verwandelt“ habe.<sup>11</sup> Allerdings wird damit zugegeben, daß bereits eine deutsche Arbeiterbewegung vor dem Auftreten Lassalles existierte, der ihr jedoch erst die politische Form verlieh.

Noch interessanter aber wird „das historische Verdienst“ Lassalles um die Formung der deutschen Arbeiterbewegung zur politischen Partei von Lenin charakterisiert: er habe die erstere von dem Wege, den sie *spontan* einschlug, in der Richtung einer fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung und zum „Kooperativismus“ „abgelenkt“.

Demnach bestünde das Hauptverdienst von Lassalle um die deutsche Arbeiterbewegung in der „Herabsetzung des spontanen Elements“? Also in der Dämpfung der selbständigen Aktion der Arbeiterklasse? Spricht doch Lenin davon, daß ihr gegenüber „ein verzweifelter Kampf gegen die Spontaneität notwendig“ gewesen wäre!<sup>12</sup>

Wir kennen die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie mehr oder weniger nur von den Parteigründern, und selbst Franz Mehring gehörte zu den Apologeten Lassalles. Doch sind auch die Initiatoren der ursprünglichen, vorlassalleanischen Arbeiterbewegung gelegentlich, wenn auch nicht so lautstark, zu Worte gekommen, z. B. durch Vahlteich. Jene Leipziger Arbeiter, die später als Arbeiterbildungsverein an Lassalle herantraten, hatten sich bereits von den „liberalen Schwätzern“ gelöst und traten an ihn, wie Vahlteich berichtet, keineswegs mit solcher Unklarheit heran wie es nach einigen öffentlichen Äußerungen Lassalles erschien. Und seine Ideen waren für die Arbeiter keineswegs so originell:

„Seine Vorschläge: *Produktionsgenossenschaften* mit *Staatskredit*, allgemeines Stimmrecht und Organisierung eines über ganz Deutschland ausgebreiteten Arbeitervereins, waren an sich nichts Neues oder Überraschendes, uns aber durchaus vertraut. Es war uns bekannt, daß der ganze Plan mitsamt den 100 Millionen Talern Staatskredit, im Juni 1848 schon einem Arbeiterkongreß in Berlin vorgelegen hatte.“

Seinen berühmten Vortrag über das „Arbeiterprogramm“ hielt Lassalle zwar Anfang 1862 vor dem Berliner Handwerkerverein, dachte aber nicht daran, sich mit dieser Kundgebung auch an die anderen Arbeiterorganisationen zu wenden, obwohl er einen gesamtdeutschen Arbeiterverein organisieren sollte. Vahlteich, selbst einer von den ersten Arbeitern, die von sich aus, „spontan“, Verbindung mit Lassalle suchten, gelangte deshalb zu der folgenden Überzeugung vom Verhältnis Lassalles zum Proletariat: „Er glaubte eben nicht an die Arbeiter und die sieghafte Macht einer Arbeiterbewegung, zielte vielmehr ... auf eine revolutionäre Bewegung hin, die ... zunächst bürgerlicher Natur sein sollte. Er hatte sich so wenig um die Vorgänge in Arbeiterkreisen bekümmert, daß ihm zunächst bewiesen werden mußte, die Anfänge einer Arbeiterbewegung seien schon vorhanden, und erst als die direkte Aufforderung an ihn erging, sich an die Spitze zu stellen, leistete er dem Rufe Folge. Aber wie? Ängstlich darauf bedacht, sich

den Rückzug zu decken, wenn die Bewegung nicht binnen Jahresfrist große Dimensionen annehmen würde."

Vahlteich erklärt daher nachdrücklich, man habe die Organisation der Arbeiter gewollt und nicht auf Lassalle gewartet, um mit diesem Werke zu beginnen.<sup>13</sup>

*Worin* bestand nun Lassalles „verzweifelter Kampf“ gegen die deutsche Arbeiterbewegung? *Wofür* kämpfte er gegen die selbständigen Bestrebungen der Arbeiter? Wir hörten vorhin von den Produktivgenossenschaften mit Staatskredit. Es gehörte schon etwas dazu, von dem preußischen Staate jener Zeit einen Kredit zur partiellen Verwirklichung des „Sozialismus“ zu erwarten, und man mußte schon in der Nachfolge Hegels tief von der Überzeugung durchdrungen sein, daß es der Zweck des Staates“ sei, „die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechtes zur Freiheit“ zu gewährleisten!<sup>14</sup>

Wie konnte Lassalle von dem „uralten Vestafeuer der Zivilisation“, dem Staate, auch die Sozialisation erwarten?<sup>15</sup> Weil er im Grunde wie sein Gesinnungsfreund Rodbertus der Ansicht war, daß *der Staat die gesellschaftliche Vorsehung* sein sollte!<sup>16</sup> Von dieser staatsbejahenden und staatserhaltenden Gesinnung aus lehnte Lassalle die marxistische Staatsauffassung – ohne sie direkt zu nennen – als eine „Theorie der Zerstörung und Barbarei“ ab, und erklärte seine eigene Staatsphilosophie als „eine Staatsdoktrin im höchsten Grade.“<sup>17</sup>

In dieser Auffassung ist Lassalle, wie wir noch sehen werden, theoretisch und praktisch sehr weit gegangen. Er, der einmal zu Marx gesagt hatte, wenn er nicht an die Ewigkeit der Kategorien glaube, müsse er an Gott glauben, führte auch ein aufschlußreiches Gespräch mit Dr. Julius Frese, mit dem er längere Zeit verkehrt hat. Als ihm Frese in einer Debatte über die Annahme Lassalles, der preußische Staat werde den Arbeitern bei der Errichtung ihrer Produktivassoziationen helfen, einwarf, er mute dem Staate Unmögliches zu, erhielt er von Lassalle die bezeichnende Antwort: „Was wollen Sie? *Der Staat ist Gott!*“<sup>18</sup> Es soll einige Leute geben, welche die Marxisten mit der Schuld der „totalitären“ Staatsvergötzung belasten möchten, wir müssen diese schon bitten, sich an die Lassalleaner zu halten. Bedeutungsvoller noch als diese Überlieferung ist die Erklärung, welche Frese für die Einstellung Lassalles zum Staate gab, und die uns ohne jede Rücksicht auf die Lassalle-Legende auf jene Elemente einstößt, die

nun einmal mit der Wirksamkeit Lassalles in die deutsche Sozialdemokratie hineingeraten sind: „Und warum machte er den Staat zum Gott? Weil er eine *despotische, eine cäsaristische Natur* war, ein Freiheitsmensch in seinen Begriffen, ein Gewaltmensch in seinem mächtigen Willens ... ein Herrschgewaltiger von oben ...”

Nichts beweist diese harte Kritik besser, als Lassalles Verhalten in dem von ihm mitgegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV). Schon bei der Gründung am 23. Mai 1863 erklärte Lassalle, wenn sich in der Zukunft nicht bald ein angemessener Erfolg zeige, sei er nicht bereit, den Kampf fortzusetzen und bestand im Hinblick auf diese Möglichkeit auf dem Recht, jederzeit einen Stellvertreter ernennen zu dürfen.

„Außerdem war die von ihm vorbereitete Statutenvorlage so zugeschnitten, daß sie dem Präsidenten volle Macht gab, mit dem Vereine nach Belieben zu schalten und zu walten. Daß er selbst zum Präsidenten erwählt werden mußte, verstand sich von selbst”.<sup>20</sup> Und dieser Präsident hatte sich selbst schon durch die Statuten im Voraus „diktatorische Gewalt gegeben”!<sup>21</sup> Als diese nach dem Tode Lassalles die Nachfolger festzuhalten suchten, gab es Spaltungen über Spaltungen, bis zeitweise nicht weniger als fünf Organisationen sich als der ADA ausgaben, sich gegenseitig wüst verleumdeten und die Versammlungen sprengten, „wobei es oft genug zu den widerlichsten Szenen und Gewalttätigkeiten kam.”<sup>21</sup> Erst die Neukonstitution der Lassalleaner 1869 zu Eisenach machte diesen Epigonenkämpfen ein Ende, jetzt nannte man sich „Sozialdemokratische Arbeiterpartei”. In diesem Sinne darf man Lassalle als Begründer der deutschen Sozialdemokratie anerkennen.

Es ist bezeichnend, wie Lassalle den diktatorischen Führungsanspruch in „seiner” Partei in der „Ronsdorfer Rede” (22. Mai 1864) begründet hat: „Noch ein anderes höchst merkwürdiges Element unseres Erfolges habe ich zu erwähnen. Es ist *dieser geschlossene Geist strengster Einheit und Disziplin*, welcher in unserem Verein herrscht!... Wohin ich gekommen bin, überall habe ich von den Arbeitern Worte gehört, die sich in den Satz zusammenfassen: Wir müssen unserer aller Willen in einen einzigen Hammer zusammenschmieden und diesen Hammer in die Hände eines Mannes legen, zu dessen Intelligenz, Charakter und guten Willen wir das nötige Zutrauen haben, damit er

aufschlagen könne mit diesem Hammer!“ Anschließend behauptete Lassalle, die bisher für unvereinbar gehaltenen Gegensätze im Staatsleben, Freiheit und Autorität, seien im ADAV „auf das innigste vereint“.<sup>22</sup> Später werden das die russischen Lassalleaner „demokratischen Zentralismus“ nennen ...

Selbst Eduard Bernstein, in der Sache immer ein harter Kritiker Lassalles, der oft in Worten Milde walten läßt, deutet an, daß sich Lassalle von der jahrelangen Schmutzaufwühlerei im Hatzfeld-Prozeß und gewissen juristischen Praktiken charakterlich nicht mehr habe frei machen können und spricht von einer sich danach offenbarenden Einbuße an gutem Geschmack und moralischem Unterscheidungsvermögen. Er habe sich im Laufe dieses Prozesses von der Fäulnis der Gesellschaft angesteckt und sei schließlich diesen Giften erlegen.<sup>23</sup>

Das zeigt sich besonders deutlich in dem Augenblick, als seine Hoffnungen auf einen raschen und glänzenden zahlenmäßigen Aufschwung des ADAV fehlschlügen. Er hatte immer auf die Staatshilfe Preußens gehofft, doch war er auch bereit gewesen, den Staat notfalls zu zwingen, und zwar über das allgemeine und direkte Wahlrecht. Was nun, wenn er mit der Unterstützung der kaum tausend Mitglieder des ADAV von Anfang 1864 den preußischen Staat nicht zwingen konnte, den Kredit für die Arbeiterproduktivassoziationen herzugeben?

Vahlteich datiert von diesem Augenblick an die taktische Abschwengung Lassalles in das Lager der preußischen Regierung, und das heißt: zu Bismarck. Es war die Gräfin von Hatzfeld, welche die Verhandlungen zwischen Bismarck und Lassalle einleitete, wie überhaupt ihr Einfluß auf ihn nicht zum Vorteil der deutschen Arbeiterbewegung war. Und nun zeigte sich, welche Gefahr ehrgeizige Charaktere, die wie Lassalle eine Organisation als ihr Werkzeug und nicht als das der *Arbeiterklasse* ansehen, für die Arbeiterbewegung sind, noch dazu, wenn sie diktatorische Vollmachten auf *fünf Jahre* haben wie er. Er bereitete insgeheim eine politische Zusammenarbeit mit dem preußischen Königtum vor, und für den Fall, daß auch diese scheitern sollte, den Rückzug aus der Politik und seine Auswanderung. Das waren natürlich Pläne, „die eine freie Diskussion vor den Arbeitern nicht vertragen konnten“, wie Vahlteich schreibt, der ihnen erbittert entgegentrat.<sup>24</sup>

Lassalle hatte einmal als 16jähriger Handelsschüler den „Fiesco“ gesehen und den Grafen Lavagna als großartigen Charakter bewun-

dert. In diesem Zusammenhang entschlüpfte ihm in seinem Tagebuch eine Selbsterkenntnis von einer grandiosen prophetischen Art: „Ich weiß nicht, trotzdem ich jetzt revolutionär-demokratisch-republikanische Gesinnungen habe wie Einer, so fühle ich doch, daß ich an der Stelle des Grafen Lavagna ebenso gehandelt und mich nicht damit begnügt hätte, Genuas erster Bürger zu sein, sondern nach dem Diadem meine Hand ausgestreckt hätte. Daraus ergibt sich, wenn ich die Sache bei Licht betrachte, daß ich bloß Egoist bin. Wäre ich als Prinz oder Fürst geboren, ich würde mit Leib und Leben Aristokrat sein. So aber, da ich bloß ein schlichter Bürgerssohn bin, werde ich zu seiner Zeit Demokrat sein.“<sup>25</sup>

Bismarck muß seinem Gesprächspartner tief in die Seele geblickt haben, wenn er ihn in jener historischen Sitzung des Deutschen Reichstages, in welcher das „Sozialistengesetz“ beraten und durchgesetzt wurde, mit den folgenden am 17. September 1878 an August Bebel gerichteten Worten charakterisierte: „Lassalle hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, *durchaus nicht Republikaner*; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und *monarchische Gesinnung*, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob *das deutsche Kaisertum* gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der *Dynastie Lassalle* abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch.“<sup>26</sup>

Anschließend bestritt Bismarck der deutschen Sozialdemokratie das Recht, sich auf Lassalle zu berufen und „seinen Namen zu mißbrauchen“, womit er nicht ganz Unrecht hatte: hatten sich doch inzwischen die lassalleanischen Sozialdemokraten mit den marxistischen Sozialisten 1875 in Gotha vereinigt, und zwar einfach als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“. (Mit der Sonderexistenz der Lassalleaner verschwand also auch die Bezeichnung Sozialdemokraten.)

Entsprechend seiner taktischen Schwenkung modifizierte Lassalle jetzt auch seine politischen Prinzipien: jetzt behauptete er, alles Königtum sei „ursprünglich Volkskönigtum“ gewesen!<sup>27</sup> Hatte er noch im

Mai 1863 in seinem Briefwechsel mit Rodbertus „die Sprache des Cäsarismus“ abgelehnt, weil dann „für die Gegenwart alles verloren wäre“,<sup>28</sup> so scheute er nunmehr vor dieser Sprache nicht mehr zurück.

Das „auf den Knauf des Schwertes gestützte“ Königtum soll sich wahrhaft große, nationale und volksgemäße Ziele setzen und verfolgen, sich von der Bourgeoisie abwenden und „das Volk auf die Bühne“ der Geschichte führen.<sup>29</sup> Lassalle, entwickelte schließlich in einem Briefe an Bismarck vom 8. Juni 1863 eine merkwürdige Version einer königlichen „Diktatur des Proletariats“, die uns sofort an die bolschewistische Konzeption derselben erinnert, nämlich an eine nicht von der Arbeiterklasse *selbst*, sondern in ihrem *Namen* und in ihrem *Interesse* ausgeübte Diktatur:

„Wie wahr es ist, daß sich der Arbeiterstand instinktmäßig zur Diktatur geneigt fühlt, wenn er erst mit Recht davon überzeugt sein kann, daß dieselbe in seinem Interesse ausgeübt wird, und wie sehr er daher, wie ich Ihnen schon neulich sagte, geneigt sein würde, trotz aller republikanischen Gesinnungen – oder vielmehr gerade aufgrund derselben – in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur, im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft, zu sehen, wenn die Krone ihrerseits sich jemals zu dem – freilich sehr unwahrscheinlichen – Schritt entschließen könnte, eine wahrhaft revolutionäre und nationale Richtung einzuschlagen und sich aus einem Königtum der bevorrechteten Stände in ein soziales und revolutionäres Volkskönigtum umzuwandeln.“<sup>30</sup>

Es kann jedem Kenner des Lassalleanismus, der die Lassalle-Legende durch das Studium der vorliegenden Quellen kritisch überwunden hat, kaum noch zweifelhaft sein, aus welcher Richtung jene totalitären Züge kommen, die viele bürgerliche Kritiker des Nationalsozialismus in der sozialdemokratischen Partei gesucht und gefunden haben. Vahlteich hat längst auf diese Zusammenhänge hingewiesen:

„Die Diktatur, oder das, was wir heute als *Imperialismus* bezeichnen, war für ihn auch keineswegs eine vorübergehende Notwendigkeit, sondern lag seiner Idee vom Staate zu Grunde.“<sup>31</sup>

Bei einem Denker, bei dem alles vom Staatsgedanken erfüllt war, und der überzeugt war, daß auch die soziale Frage „nur durch den Staat gelöst werden“<sup>32</sup> konnte, ist nur ein Schritt von der Staatsinitia-

tive zu einer „Revolution von oben“, zur Diktatur irgendeiner politischen Elite.

Wenn also F. A. Hayek, Professor an der London School of Economics, feststellt, bezeichnenderweise seien die wichtigsten Vorläufer des Nationalsozialismus – Fichte, Rodbertus und Lassalle – auch die anerkannten Ahnen der deutschen Sozialdemokratie, so trifft das nicht die Träger jener Tradition, die 1875 unter Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in die Gesamtpartei hineingetragen wurde und die stark von Marx und Engels beeinflusst war. Ja, Hayek spricht sogar ausdrücklich von dem „liberalen Gehalt des Marxismus“, von „seinem Internationalismus und seinem Demokratismus“. Nicht die marxistischen, sondern die lassalleanischen Überlieferungen der deutschen Sozialdemokratie haben einen Anteil an der Herausbildung des Nationalsozialismus gehabt, führt der englische Autor aus und erklärt wörtlich: „Solange der theoretische Sozialismus marxistischer Prägung die deutsche Arbeiterbewegung dirigierte, trat das autoritäre und nationalistische Element für einige Zeit in den Hintergrund. Aber nicht für lange.“<sup>33</sup>

Anstatt also vor einer solchen Kritik innerhalb oder außerhalb ihres Parteilagers die Augen zu verschließen, sollte die deutsche Sozialdemokratie sich endlich kritisch mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinandersetzen. Zweifellos war Lassalle „ein sogenannter großer Mann“, doch hat schon Vahlteich richtig bemerkt, daß er „eben deshalb unbrauchbar für den Zweck war, der Sozialdemokratie als Führer zu dienen.“<sup>34</sup> Doch Marx war ein noch größerer Mann, und seine Lehre vertritt nicht nur keinen Etatismus, sondern einen internationalen, demokratischen Sozialismus.

## Der Streit um den Staatssozialismus

Vahlteich bemerkte einmal, man habe „lange zehn Jahre eines harten, überaus unrühmlichen Kampfes nötig gehabt, um den fanatischen Lassalle-Kultus aus den Köpfen der Arbeiter wieder herauszubringen“.<sup>35</sup> Tatsächlich hat dieser Kampf auch innerhalb der Gesamtpartei nach 1875 nie aufgehört, und es ist den Marxisten lediglich gelungen, eine Zeitlang die offiziellen Organe zu beherrschen und insofern ein marxistisches Gesicht der Sozialdemokratie vorzutäuschen, das einesteils nur für die literarische Fassade, andernteils nur für eine intellektuelle und proletarische Elite zutraf. Bei vielen „orthodoxen Marxisten“ waren Marx und Lassalle, Sozialismus und Etatismus, eine merkwürdige Ehe eingegangen, die ihren wahren Kern erst im I. Weltkrieg offenbarte. Es ist also nicht richtig, wenn man sagt, die SPD habe 1914 ihr marxistisches Programm „verraten“. Tatsächlich erklärt sich dieser „Verrat“ dadurch, daß die SPD erstens: die lassalleanische Tradition nicht wahrhaft überwunden, sondern nur ideologisch und propagandistisch übertönt hatte; zweitens: daß die theoretischen Diskussionen über die wesentliche Unterscheidung von Verstaatlichung (Etatismus) und Vergesellschaftung (Sozialismus) nur zwischen Intellektuellen und klassenbewußten Arbeitern geführt worden waren, aber weder die Masse der Parteimitglieder ergriffen, noch die politischen Praktiker der Partei (Abgeordnete, Organisatoren) wesentlich berührt oder gar bestimmt hatten; drittens: daß der Beginn der Sozialpolitik unter dem „Arbeiterkaiser“ Wilhelm II. begonnen hatte, Funktionäre der Partei immer mehr an und in den Staat hineinzuführen und sie an der imperialistischen Politik desselben zu interessieren. Es ist verständlich, daß man vor allem die letztere Entwicklung weniger mit marxistischen, aber dafür besser mit lassalleanischen Überlieferungen begründen konnte.

Wir werden im folgenden diese abstrakten Thesen mit den wichtigsten mehrheitssozialdemokratischen Veröffentlichungen belegen. Wir dürfen hierbei die Auffassung von Marx und Engels bekannt voraussetzen; vor allem der Letztere hat unmißverständlich erklärt, daß

eine Verwandlung der Produktionsmittel in *Staatseigentum* noch keineswegs deren *Kapitaleigenschaft* aufzuheben vermag, daß es also hiernach nur zu einem *Staatskapitalismus* kommen kann, unter dem die Proletarier nicht nur Lohnarbeiter bleiben, sondern das *Kapitalverhältnis* sogar „auf die Spitze getrieben“ wird. Gerade in dem Maße und in dem Umfange, in dem der moderne Staat mehr und mehr Produktivkräfte in sein Eigentum oder in seine Verfügungsgewalt bekommt, wird er auch „wirklich Gesamtkapitalist“. Dieser Prozeß zeigt der Arbeiterklasse nur die Notwendigkeit auf, die Staatsgewalt zu ergreifen, den Staatsapparat zu vernichten und dafür zu sorgen, daß die *Gesellschaft* „offen und ohne Umwege“ von den Produktivkräften und Produktionsmitteln Besitz ergreift. Die politische Gewalt, welche die Arbeiter hierzu nötig haben, besteht nicht in der überwundenen, überkommenen Staatsmaschine, sondern in ihrer eigenen *Organisation als Klasse*, die an die Stelle des zu vernichtenden „ideellen Gesamtkapitalisten“ zu treten hat.<sup>36</sup>

Es ist unverkennbar, daß sich in der Frage des Etatismus und des Staates Marxismus und Lassalleanismus unvereinbar gegenüberstehen. In der alten Sozialdemokratie nach 1875 und vor 1891 hütete man sich allerdings im Interesse der schwer genug errungenen Einheit, die Diskussion unter dieser Frontenstellung auszufechten: man zog es vor, nicht Lassalle, sondern den „*Staatssozialismus*“ zu bekämpfen. Und wenn die Lassalleaner sich ideologisch gegenüber den Marxisten durchsetzen wollten, dann sprachen und schrieben sie nicht von der künftigen *Gesellschaftsordnung*, sondern vom „*Zukunftsstaat*“. Demgegenüber erklärte Karl Kautsky, nicht um den „*Zukunftsstaat*“ hätten sich die lebhaften Kämpfe und Debatten in der Arbeiterbewegung gedreht, nicht der „*Zukunftsstaat*“ sei das Problem, das die Sozialdemokratie beschäftige, sondern die Frage, „welchen Weg das Proletariat einschlagen soll, um in den Besitz der Produktionsmittel zu gelangen.“<sup>37</sup> Das war aber nur eine Umschreibung des Staatsproblems, hatte nicht Engels deutlich genug gesagt, daß die Gesellschaft offen und ohne den „Umweg“ über den überkommenen Staatsapparat von den Produktionsmitteln Besitz ergreifen müsse?

In den nächsten Jahren konnte man weder der Frage des „*Staatssozialismus*“ noch der des „*Zukunftsstaates*“ ausweichen. Die erste wurde im Jahre 1892 von Georg von Vollmar aufgeworfen, die an-

dere von den Führern der bürgerlichen Parteien im Reichstag Ende Januar – Anfang Februar 1893. Vollmar hatte im Juni 1892 in einer französischen Zeitschrift („Revue bleue“) einen Artikel veröffentlicht, den er dann wegen der bereits ausgelösten Diskussion mit einem Kommentar auch in deutscher Übersetzung als Broschüre veröffentlichte: „Über Staatssozialismus“. Darin bestimmte Vollmar als „Staatssozialismus“ den Grundsatz, „daß *der bestehende Staat nicht bloß eine Organisation zu politischen Zwecken sei, sondern daß sich eine Souveränität auch auf das wirtschaftliche Gebiet in dessen vollem Umfange erstreckt, so daß dem Staate nicht nur die Regelung des ganzen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern zusteht, sondern daß auch die Überführung beliebiger Theile der Gütererzeugung unter die Oberleitung oder selbst in den unmittelbaren Betrieb des Staates in seiner Befugniß liege.*“ Es ging aber nicht allein um diese Definition, sondern um zwei hiermit eng verbundene Thesen, nämlich, daß „die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland längst jede Gefahr, welche aus einer Benützung des Staatssozialismus zu machtpolitischen Zwecken entstehen konnte, beseitigt hat“, und das infolgedessen „*die Sozialdemokratie keinerlei Grund hat, den Gedanken des Staatssozialismus an sich mit besonderem Eifer zu bekämpfen.*“<sup>38</sup>

Es war richtig von Kautsky, darauf hinzuweisen, daß die Voraussetzung für die Richtigkeit dieser Sätze eine *Verselbständigung der Staatsgewalt gegenüber der Gesellschaft* sei. Wenn der Staat auf dem ökonomischen Gebiet wirklich souverän eingreifen und die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern gerecht regeln wollte, dann hätte dem eine erhebliche Stärkung der Monarchie und ihrer Unabhängigkeit gegenüber den Klassen und Parteien vorausgehen müssen. Kautsky lehnte es aber entschieden ab, dem Etatismus auch nur das geringste Zugeständnis zu machen, weil dies doch nur darauf hinauslaufen könne, „es überflüssig oder geradezu unmöglich (zu) machen, daß das Proletariat seine Interessen selbst vertritt“, sondern es vielmehr dazu zu verführen, alles „vertrauensvoll der Regierungsgewalt (zu) überlassen.“ Wenn man sich heute diese Diskussion in der „Neuen Zeit“ durchliest, kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, als habe hier Kautsky nichts Geringeres zurückgewiesen, als die Möglichkeit einer „totalitären“ Entartung des Programms und der politischen Praxis der Partei.<sup>39</sup>

In der weiteren Diskussion dieser Frage wurde von einem „Staatsbeamten“ richtig bemerkt, daß nach dem Aufkommen des Wortes vom „Arbeiterkaiser“ anlässlich der Einführung der Sozialgesetzgebung und nach dem Fall des Sozialistengesetzes der Staatssozialismus nicht nur nicht mehr als staatsgefährlich betrachtet wurde, sondern daß die Regierenden selbst gezwungen würden, sich zum Staatssozialismus zu bekennen, um sich das Vertrauen wenigstens des politisch rückständigen Teiles der arbeitenden Bevölkerung zu bewahren; mit Recht erklärt dieser auch, daß der Begriff des Staatssozialismus die Wahrnehmung von Klasseninteressen ausschließe, also einen über den Klassengegensatz erhabenen Staat unterstellt.<sup>40</sup>

Selbstverständlich hat sich Vollmar gegen die gegen ihn gerichteten Vorwürfe verteidigt, u. a. auch in einer längeren Abhandlung. Aber seine Verteidigung ist recht widerspruchsvoll: er, der doch deutlich genug erklärt hatte, daß die Sozialdemokratie keinen Grund mehr hätte, die Idee des Staatssozialismus mit besonderem Eifer zu bekämpfen, verweist auf eine andere Stelle seiner Schrift, wo er doch im Hinblick auf die Anhänger von Rodbertus geschrieben habe, daß „die Staatssozialisten praktisch antisozialdemokratisch handelten und daß ihr Weg ein autoritärer“ sei; im wesentlichen begnügte er sich mit der Versicherung, „daß wir keinen Grund zu irgendwelchem Verstaatlichungsfanatismus haben“. Wesentlicher ist, daß auch Vollmar als den Punkt, der den Staatssozialismus entschieden vom demokratischen Sozialismus trennt, die *Aufrechterhaltung der bestehenden Staatsgewalt* erkennt: der Staatssozialismus wolle „die nach seiner Auffassung über den Parteien schwebende Regierungsmacht aufrecht erhalten, ja *womöglich noch stärken, um die Entwicklung der Sozialverhältnisse von Oben herab und in ihrem Sinne zu leiten*“. Vollmar war sich also zweifellos der autoritären bzw. „totalitären“ Züge des Staatssozialismus im Gegensatz zur Sozialdemokratie bewußt.<sup>41</sup>

Karl Kautsky arbeitete dann in seiner letzten Erwiderung vor dem Berliner Parteitag (1892) mit aller Schärfe und durchaus in Berücksichtigung der zuletzt erwähnten Zugeständnisse von Vollmar den Gesichtspunkt heraus, unter dem sowohl die *Idee* wie die *Praxis* des Staatssozialismus für Sozialdemokraten unannehmbar sind: *Der Staatssozialismus ist lediglich eine ideologische Ausdrucksform für den Versuch, den Klassenkampf des Proletariats noch innerhalb der kapita-*

*listischen Klassengesellschaft aufzuheben bzw. unmöglich zu machen.* Praktisch geht dieser Versuch mit einer Stärkung bzw. Verselbständigung der Staatsgewalt einher, die zu den inzwischen als „Totalitarismus“ bezeichneten Erscheinungen in Staat und Gesellschaft führt. Das entscheidende Merkmal, soweit die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm in Betracht kommt, erblickte also Kautsky in dem Verhältnis des Staatssozialismus zum proletarischen *Klassenkampf*:

„Weder das Proletariat noch die Kapitalistenklasse soll durch ihn aufgehoben, sondern das Verhältnis zwischen beiden ein für allemal unverrückbar von Staats wegen festgesetzt werden. *Die Kapitalisten sollen sich in eine Art von höheren Staatsbeamten verwandeln, die unter der Aufsicht des Staates die Produktion leiten und dafür die vom Staat festgesetzten Gewinnanteile einstreichen.* Soweit es im Interesse des Staates und der herrschenden Klassen erforderlich erscheint, soll die Produktion direkt verstaatlicht werden. Aber *die Ausbeutung der Arbeiterklasse soll bestehen bleiben; sie wird bloß von Staats wegen geregelt.* Der Staat selbst bleibt eine über dem Arbeiter stehende Macht, deren Interessen von den seinen verschieden sind. Je mehr er die Produktion an sich zieht, desto mehr fließt sein Einkommen aus der direkten Ausbeutung seiner Arbeiter, die ihm völlig wehrlos preisgegeben sind. Es steigt die Möglichkeit, aber auch der Drang nach fiskalischer Ausbeutung der Staatsproletarier: das ist die logische Konsequenz des Staatssozialismus überall dort, wo seine Vorbedingung besteht: *ein über dem Proletariat stehender Staat.*“

Kautsky tröstete sich auch nicht etwa mit dem von Vollmar angeführten Argument: seitdem man mit dem Vorschlag Lassalles, Produktivassoziationen mit Staatshilfe, fertig geworden sei, existiere der ganze Staatssozialismus für die Partei nicht mehr. Sondern er weist warnend darauf hin, daß die Elemente des aus der Mode gekommenen Staatssozialismus immer noch vorhanden seien, und *ein Wink von oben genüge, um neues Leben aus den Ruinen sprießen zu lassen.* Die Idee des Staatssozialismus sei durch Bismarck nicht etwa umgebracht, sondern „in die Massen verpflanzt worden, in denen sie noch als dunkler Instinkt lebt, als eine Erwartung, daß der heutige Staat schon berufen sei, ihnen zu helfen“.<sup>42</sup>

Wir werden noch sehen, wie sehr diese Erwartung der Massen hüben und drüben, von der Seite der kaiserlichen Regierung wie von

derjenigen des rechten Flügels der SPD, gehegt und gepflegt worden ist. Der bereits erwähnte Parteitag der Sozialdemokratie in Berlin mußte Kautsky schon deswegen folgen, weil (nach August Bebel) die bürgerliche Presse Vollmar die zweifelhafte Ehre erwiesen hatte, ihn für denjenigen zu halten, der die Absicht habe, „eine Rechtsschwenkung in der Partei herbeizuführen“ und letztere unter Umständen zu spalten. Man sagte also dem „Sumpf des Staatssozialismus“ entschieden ab und erklärte: „*Die Sozialdemokratie hat mit dem sogenannten Staatssozialismus nichts gemein. Der Staatssozialismus ist ein System von Halbheiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdankt, er bezweckt durch kleine Konzessionen und Palliativmittel die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie zu entfremden und diese dadurch zu lähmen.*“

Bebel sah auch schon den Zusammenhang des damit abgewehrten staatssozialistischen Vorstoßes mit jenen Elementen, die, teils durch die Erweiterung der Parteiorganisation, teils durch die Vermehrung der Abgeordneten und der Journalisten, von der Partei angezogen wurden, weil diese in wachsendem Maße Posten vergeben konnte, die entweder ihrem Ehrgeiz oder ihrem Streben nach materieller Sicherstellung Befriedigung boten. Er hat schon damals auf die Gefahr hingewiesen, die dem revolutionären Charakter der Partei durch „Krethi und Plethi“, wie er diese intellektuellen Stellenjäger bezeichnete, drohte.<sup>43</sup>

Man muß also feststellen: das bis zum Sozialistengesetz (1878) gültige Gothaer Programm von 1875, dem nach der Kritik von Marx und Engels „der Sozialismus nicht einmal hauttief saß“, war noch weitgehend lassalleanisch. Dann trieb Bismarck den Anhängern seines früheren Verhandlungspartners zwölf Jahre lang den Etatismus mit Kolbenstößen und Zuchthausurteilen aus. Als dann das Sozialistengesetz fiel (1890), hatte man die Züchtigungen von Staats wegen noch nicht vergessen; die marxistische Kritik von 1875, die man der Partei vorenthalten hatte, konnte jetzt erst „glatt durchschlagen“, weil sie nunmehr endlich veröffentlicht wurde.<sup>44</sup> Doch schon kurze Zeit nach dem Erfurter Parteitag und Programm (1891) und dem Beginn der „Ära Berlepsch“ (inauguriert durch die beiden kaiserlichen Erlasse Wilhelms II. vom 4. Februar 1890) schöpften die unbelehrbaren lassalleanischen und staatssozialistischen Elemente in der Sozialdemokratie schon wieder neue Hoffnung auf ein „soziales Volkskaisertum“. Nur

in dieser geschichtlichen Beleuchtung wird der Standpunkt solcher Genossen wie Vollmar verständlich, und man wird sich davor hüten, die Wandlung der SPD erst von Bernstein an zu datieren. Tatsächlich beginnt sie sofort nach dem Sozialistengesetz, in dem Augenblick, als der Staat in der Person des Kaisers der Arbeiterbewegung die „sozialpolitische“ Hand entgegenstreckt.<sup>45</sup> Heyde berichtet auch in diesem Zusammenhang, daß Georg von Vollmar „durchaus geneigt“ war, mit Wilhelm II. positiv zusammenzuarbeiten.<sup>46</sup>

Wenig später (1893) kam es zu jener großen Debatte im Reichstag, in der die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie zwingen wollten, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie sie sich die Einrichtung des „Zukunftsstaates“ vorstellte. Bebel, dem Eugen Richter später vorwarf, einst selbst ein Lassalleaner gewesen und mit dem Gothaer Programm für Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe eingetreten zu sein, hat in dieser Debatte klipp und klar erklärt, daß der Parteitag und das Programm von Erfurt 1891 mit der früheren lassalleanischen Auffassung von Staate völlig gebrochen hätten. Aus diesem gleichen Grunde wolle man auch gar keinen „Zukunftsstaat“ mehr haben. Bebel bekannte ehrlich, auch ihm als Sozialisten habe es nicht über Nacht eingeleuchtet, daß der Staat einmal aufhören könnte. Indem Bebel in solcher Weise den neuen, im marxistischen Programm von Erfurt niedergelegten Parteistandpunkt vertrat, war er zweifellos seinen bürgerlichen Gegnern weit überlegen, die – wie z. B. Eugen Richter – „die *Vergesellschaftung alles Kapitals*“ mit der „*Verstaatlichung des Kapitals*“ durcheinanderwarfen. Er konnte ihnen mit Recht sagen, ihr Denkvermögen erlaube ihnen nicht, „einen Unterschied zwischen einer Staats- und einer Gesellschaftsordnung zu machen“. Bebel dagegen unterschied sehr richtig das bürgerliche Privateigentum vom bürgerlichen Staatseigentum und beide vom gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Wilhelm Liebknecht sagte dann abschließend, der „Zukunftsstaat“ sei zwar in gewisser Beziehung ein *Ideal*, jedoch habe weder die *Wissenschaft* etwas mit ihm zu tun gehabt, noch habe jemals die Sozialdemokratie ihn in ihr Parteiprogramm aufgenommen.<sup>47</sup>

In dieser Debatte nun, in welcher der Marxismus, vertreten durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht, wirklich gut abgeschnitten hat (auch Karl Frohme fügte sich deren Standpunkt einigermassen ein),

mußte der Staatssozialismus – gerade weil die bürgerlichen Gegner wie die Lassalleaner Etatismus und Sozialismus miteinander verwechselten – schwere Schläge und prophetische Vorwürfe einstecken.

Es war schon bezeichnend, daß verschiedene Redner der bürgerlichen Parteien beanstandeten, daß für die Sozialdemokratie immer nur dieselben Vertreter sprachen und fragten, warum z.B. nicht Georg von Vollmar zu Worte käme. Aber indem sie sich den künftigen Sozialismus eben nur als Staatssozialismus vorstellen konnten, also für alle Zukunft am Staate als *der* Form einer gesellschaftlichen Organisation festhielten, wiesen sie damals schon in einer eindrucksvollen und antizipierenden Weise unwiderleglich nach, daß jeder bloße Etatismus zum „Totalitarismus“ führen muß. Der Abgeordnete Dr. Bachem wies auf das Problem der Verteilung der Arbeiten hin: entweder suche sich jeder die angenehmste Tätigkeit, dann habe man allgemeine Anarchie, oder man sei dazu gezwungen, jedem Einzelnen seine Arbeit anzuweisen; im letzteren Falle hebe man sowohl die freie Berufswahl wie die Freizügigkeit auf und lande in der „vollkommensten Tyrannei, die jemals gewesen ist“. Den gleichen Einwand erhob Eugen Richter, indem er noch hinzufügte:

*„Die Arbeiter stehen im sozialdemokratischen Staat genau im Verhältnis der Soldaten, die man heute zu einem Dienst kommandiert, morgen dann beurlaubt und übermorgen von solcher Beurlaubung zur Disposition wieder zurückruft... Der sozialdemokratische Staat ist noch weit schlimmer als der Militärstaat. Dessen eiserne Disziplin und Zucht ist eine ganz humane und milde Behandlung im Verhältnis zu der Ordnung, wie sie im sozialdemokratischen Staat eingeführt werden muß.“*

Anstatt also die Zwangsgewalt abschaffen zu können, müßte der „Zukunftsstaat diese seiner Ansicht nach sogar verstärken. Wenn der Staat zum „Eigentümer alles Kapitals“ werde, dann werde er auch zum „alleinigen Arbeitgeber“: „Die Folge davon ist, daß jeder Arbeiter, wenn er nicht verhungern will, bei diesem Staat arbeiten muß, und daß er diejenige Arbeit verrichten muß, welche ihm der Staat zudiktirt“.

Ferner wies Eugen Richter darauf hin, daß eine „planmäßige Produktion“ durch den Staat auch eine „planmäßige Konsumtion“ durch den Staat zur Folge habe. Wie die Produktion vorgeschrieben werden müsse, so auch die Konsumtion des Einzelnen. Dadurch würden die

Bürger des „Zukunftsstaates“ zu „Stiften einer großen mechanischen Produktions- und Konsumtionsmaschinerie“ degradiert. Schließlich werde der Staat auch noch „durch Regelung der Nährweise die Fortpflanzung regeln“. Die Arbeiter aber würden sich daran gewöhnen, nichts von ihrer eigenen Vervollkommnung und Besserung, sondern „alles vom Staat zu erwarten“. Dieser „Zukunftsstaat“ werde „hundert Mal mehr Juristen“ benötigen als die kaiserliche Regierung:

„Je mehr Gesetze, desto mehr Juristen braucht man. Mögen Sie das nun Gesetze nennen oder anders – ein Staat, der die ganze Produktion und Konsumtion regelt, bedarf einer Fülle von Anordnungen von oben herab, mit denen Sie unsere Gesetzessammlung nicht entfernt vergleichen können, und die Befolgung dieser Anordnungen kann streitig werden, ebenso die Auslegung; die Beschwerden darüber, mögen Sie das nun Prozesse nennen, oder mögen Sie es nennen Beschwerdeverfahren an die oberste Staatsbehörde – in der Sache ist es gleich –, die Juristen werden zu entscheiden haben, ob der individuelle Fall der allgemeinen Anordnung entspricht.“

Womit Eugen Richter unbewußt einen Beitrag zur Ergänzung gewisser Ausführungen von Friedrich Engels geleistet hatte, indem er nachwies, daß der Etatismus notwendig auf einen „Juristensozialismus“ hinausläuft!<sup>48</sup>

Wenn also auch die Marxisten sich aus der „Zukunftsstaat“-Debatte ehrenvoll zurückziehen konnten, indem sie darauf hinwiesen, daß es für die Arbeiterbewegung gar keinen „Staatssozialismus“ geben kann, sondern daß dieser nur im Sinne der Kapitalisten, also als *Staatskapitalismus möglich ist*,<sup>49</sup> so war doch durch die bürgerliche Kritik in prophetischer Weise auf die „totalitären“ (in Wahrheit aber: lassalle-anischen) Tendenzen in der deutschen Sozialdemokratie hingewiesen worden.

Die bürgerliche Kritik hatte jedoch auch noch Prophezeiungen anderer Art ausgesprochen. Als sich die marxistischen Führer der SPD von der lassalleanischen Tradition distanzieren, sagte man ihnen:

„Der Herr Marx, der geistige Führer Ihrer Partei, den Sie heute noch nicht so ganz über Bord geworfen haben wie den Herrn Lassalle, den Sie aber auch schon im Begriff sind, so ganz allmählich zum alten Eisen zu werfen – wir werden es zweifellos erleben, daß Herr Marx gerade so zum alten Eisen geworfen wird wie Herr Lassalle,

gerade so, wie das Gothaer Programm und das kommunistische Manifest, von dem Sie heute nicht mehr viel haben" (Bachem).

Die bürgerlichen Volksvertretung konnten sich offenbar nicht vorstellen, daß mit der *Abkehr von Marx* eine *Wiederhinwendung zu Lassalle* möglich wurde. Man muß aber doch ihren Weitblick bewundern, wenn man bei Eugen Richter als Erwiderung auf Bebels Hinweis auf die „Mauserung“ der Sozialdemokratie folgendes liest: „Sie sind eigentlich in dieser Mauserung nicht revolutionär geworden, sondern Sie sind zahmer geworden. Das erkenne ich an... Die Mauserung kann also auch dahin gehen, daß Sie *mit allmählicher Abwendung von Ihrem eigentlichen sozialdemokratischen Programm zu einer radikalen Volkspartei entwickeln, die radikaler ist als wir, die aber im Grunde genommen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung steht.*“

Bachem stürzte sich auch auf einen der schwachen Punkte der Rede Karl Frohmes, wo dieser gesagt hatte, es falle der Sozialdemokratie nicht ein, „den Staat ‚stürzen‘ zu wollen“, „der „das naturnotwendige Ergebnis der Entwicklung“ sei; man verteidige vielmehr nur „die nächste Etappe der organischen Evolution, nicht mehr und nicht weniger“. Bachem hatte sofort erfaßt, was diese Ausführungen bedeuten und schlug unerbittlich zu:

„Das bedeutet den *ausdrücklichen Verzicht auf die Revolution*. Sie wollen also fortan eine *Evolution ohne Revolution*. Das nagle ich hiermit fest. Wenn Ihnen also ihre Haltung in dieser Debatte ernst war, dann haben Sie in diesem Augenblick *aufgehört, eine revolutionäre Partei zu sein*, dann sind Sie von jetzt an nichts anderes als *eine radikale bürgerliche Partei*, dann unterscheiden sie sich in nichts mehr von den Herren, die links von Ihnen sitzen, von der Volkspartei ...“

Wir überlassen das Urteil darüber, ob die Kritik der bürgerlichen Parteien<sup>50</sup> auch in diesem Falle die künftige Entwicklung der Sozialdemokratie richtig vorausgesehen hat, dem Leser, weisen aber nachdrücklich darauf hin, daß sie bereits zwei Jahre nach dem Siege des „Marxismus“ auf dem Erfurter Parteitag und im Erfurter Programm ausgesprochen wurde.

Die bürgerliche Kritik hat schließlich noch auf einen wunden Punkt hingewiesen: Bachem zeigte den Widerspruch zwischen den Ausführungen der marxistischen Führer im Reichstag und den Reden in den zahllosen kleineren Versammlungen der Partei auf, in denen man das

Volk mit dem „Zukunftsstaat“ fanatisiere. (Und man kann dieses Argument nicht dadurch entkräften, daß sich auch der Vortrag eines Theologen auf einem Konzil von der Predigt eines Dorfpfarrers unterscheidet.) Ebenso wage die SPD auch nicht mehr im Reichstag, die soziale Revolution als nahe bevorstehend anzukündigen, aber in Tausenden von sozialdemokratischen Versammlungen im Lande fanatisiere man die Arbeiter mit dieser Hoffnung und ziehe sie mit dieser Täuschung in den Bann der Partei.<sup>51</sup> Hier wurde m.E. auf einen Zwiespalt in der Sozialdemokratie hingewiesen, der nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden kann. Das verständnisvolle Studium von Marx konnten nur wenige betreiben, und es braucht nur die Frage aufgeworfen zu werden, ob zwei Jahre nach dem Erfurter Programm, dem zwölf bittere und unruhige Kampffahre vorausgegangen waren, der Marxismus in die Partei mehr als nur „hauttief“ eingedrungen sein kann. Auf jeden Fall wird es 1893 noch nicht viele Parteireferenten gegeben haben, die Marx besser kannten als ihren Lassalle – weltanschaulich standen sie ja auch Häckel näher als Hegel.

Man darf also wohl annehmen, daß in den zahllosen sozialdemokratischen Parteiversammlungen eher eine lassalleanische Ideologie tonangebend war als die marxistische Theorie. Und dies scheint auch für die wohlfeile Agitations- und Broschüren-Literatur gegolten zu haben, die unmittelbar für den Arbeiterleser bestimmt war.

Hatte Wilhelm Liebknecht noch im Reichstag den „Zukunftsstaat“ als eine „Phantasiesache“ bezeichnet und empfohlen, statt dessen mehr „den gegenwärtigen Staat zu studieren“<sup>52</sup>, so gab man trotzdem tatsächlich noch 1905 dem Arbeiter „Phantasiesachen“ über den „Zukunftsstaat“ in die Hand. Darin berief man sich z. B. nicht nur auf Bellamy, sondern sogar auf den „Sonnenstaat“ Campanellas! Im übrigen konnte hier der Arbeiter in einer von Problemen völlig unbeschwertem Darstellung lesen,<sup>53</sup> er werde im „Zukunftsstaat bei einer *halbstündigen* Tätigkeit in hohem Wohlstand, von Luxus umgeben“, leben. In der Propaganda und in der Agitation verzichtete man also keineswegs auf die „Phantasiesache“ des „Zukunftsstaates“, um sich der lassalleanischen Ideologie der Arbeiter anzupassen.

Sieht man sich aber diese Broschüre näher an, so entpuppt sie sich als ein Versuch ekklektizistischer Art, marxistische Ergebnisse auf lassalleanische Tradition aufzupropfen – also als ein genaues Spie-

gelbild des geistigen Wesens der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende.

In dem Maße nun, in dem sich in Preußen-Deutschland unter den besonderen organisatorischen und technischen Bedingungen seines nach 1871 aufstrebenden Kapitalismus der bekannte entscheidende Umschwung in seiner staatlichen Wirtschaftspolitik anbahnte<sup>54</sup>, der so wenig liberal war, daß auch Bismarck erklärte: der Staatssozialismus paukt sich durch, in dem gleichen Maße verstanden sich auch die aus dem Proletariat entstandenen Verbände und Parteien trotz ihrer grundsätzlichen Vorbehalte immer mehr dazu, „an der staatlichen und kommunalen Politik praktisch mitzuwirken“.<sup>55</sup> Diese Praxis wurde immer maßgebender und die prinzipielle Verwahrung auf den Parteitag immer feierlicher und wirkungsloser. Im Prinzip wußte man natürlich auch, daß eine Vermehrung des Staatseigentums nur auf eine Erweiterung des Gemeineigentums der Bourgeoischicht, also des Kapitals, hinauslief, doch nahmen die Verstaatlichungsvorschläge der Partei ständig zu. (1895 zahlreiche Vorschläge im Rahmen des Entwurfes eines Agrarprogramms; später auf dem Gebiete des Verkehrs- und Versicherungswesens; der Parteitag zu Mainz sprach sich 1900 für die Übernahme der Bahnen durch das Reich aus; 1910 forderte die Sozialdemokratie volle Verstaatlichung des Kali-Syndikats.) Selbst Bebel erklärte, es liege im Zuge der Zeit, „den Einfluß des Reiches zu stärken“, als es sich um die Verstaatlichung der Eisenbahnen handelte; und bei der Beratung des Kaligesetzes verlangte Hué, daß das Reich die Ausnützung der Bodenschätze übernehme, wobei er schon den Staat als „die Repräsentanz der Gemeinschaft“ definierte! So hatte die Sozialdemokratie bereits lange vor dem I. Weltkrieg immer mehr Kurs auf den Etatismus genommen. Nur wenige Marxisten sahen die mit diesen Verstaatlichungstendenzen auftauchenden Gefahren für das eigentliche sozialdemokratische Programm: daß die Verstaatlichung gerade für das Unternehmertum die „Potenzierung der bestehenden Kapitalgewalt“ und Monopolmacht bedeutete, und daß sie imstande war, das Wirkungsgebiet der Arbeiterbewegung einzuschränken.<sup>56</sup>

Die Mehrheit der Partei aber begrüßte diese Entwicklung als – „Staatssozialismus“ !

## Vom Sozialistengesetz zum Kriegssozialismus

Immer mehr verbreitete sich in den Kreisen der sozialdemokratischen „Praktiker“ (Abgeordnete, Parteiangestellte, Parteijournalisten usw.) die gleiche Überzeugung, welche Dr. Bachem 1893 in den Reichstagsdebatten um den „Zukunftsstaat“ vertreten hatte: „Ich habe schon zugegeben, daß ich es für möglich halte, daß unsere Entwicklung in Deutschland einen gewissen sozialistischen Charakter haben werde. Die bisherige Entwicklung im Deutschen Reich seit den letzten zehn Jahren hat ja unverkennbar, wenn man das Wort richtig versteht, in einem gewissen Sinne und in einem gewissen Umfange eine sozialistische Richtung.“

Und indem er auf die Arbeitergesetzgebung (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung, Arbeitsschutz, Steuererleichterungen etc.) verwies, verkündete Bachem: „Von einer derartigen sozialistischen Entwicklung werden wir uns nicht abbringen lassen ... Das ist der ganze Unterschied zwischen uns und Ihnen: *wir* sind redliche, aber *praktische Sozialisten*, Sie sind revolutionäre, aber darum unfruchtbare Sozialisten.“<sup>57</sup>

Es dauerte nicht lange, und „praktische Sozialdemokraten“ wiederholten die gleichen Worte und Argumente gegenüber ihren revolutionären Parteigenossen.

Der objektiven Entwicklung der Ausbreitung des Etatismus in der Sozialökonomik entsprach also auf der subjektiven Seite, in der Wandlung des sozialdemokratischen Bewußtseins, ein Wiederaufleben der staatssozialistischen Ideologie. Hatte nicht sogar Bebel in der „Zukunftsstaat“-Debatte 1893 erklärt, daß auch die Sozialdemokratie „in gewissem Sinne für die Expropriation durch den Staat“ sei, „weil wir diese Staatsbetriebe in sozialistische mit Leichtigkeit umwandeln können, sogar mit Herrn von Boetticher als Staatssekretär des Innern an der Spitze“?<sup>58</sup> (Herr von Boetticher war der Verfasser des zweiten der beiden sozialpolitischen Erlasse des Kaisers vom 4. Februar 1890, den gegenzuzeichnen Bismarck sich geweigert hatte.) Wenn schon Bebel dies für möglich hielt, was sollte man dann erst von den „prak-

tischen" Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern erwarten? So warf der „Kaisersozialismus" schon lange vor dem Ausbruch des I. Weltkrieges seine Schatten voraus.

Einsichtige wurden aufmerksam und warnten, so z. B. William English Walling in seinem Buche „Socialism as it is" (New York 1913), in dem er prophezeite, daß die herrschenden Klassen selber darauf kommen würden, der sozialen Revolution des Proletariats dadurch vorzubeugen, daß sie den *Privatkapitalismus durch den „Staatssozialismus"* ablösen, unter dem wohl alle wichtigen Industrien verstaatlicht sein könnten, die Ausbeutung der Arbeiter aber nicht abgeschafft werde. Er hat sogar auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß die Sozialdemokratie eine solche staatssozialistische Periode als eine unvermeidliche Vorstufe des Sozialismus ansehen könnte.<sup>59</sup>

Eine wichtige und weit vorausschauende theoretische Konzeption entwickelte vor allen anderen Arturo Labriola in Italien; seine Prognose wurde am 15. Januar 1908 in den „*Pagine libere*" veröffentlicht und bald darauf von Oda Olberg in der „*Neuen Zeit*" referiert. Labriola ging von den verschiedenen Formen der proletarischen Aktion aus: die eine müsse auf Verbesserung und Anpassung der Lage der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus und an dessen Entwicklung gerichtet sein; die andere den Umsturz der kapitalistischen Ordnung bezwecken. Die erste Form sei mit der bestehenden Ordnung vereinbar, als bloße Reformbewegung, und bewege sich notwendig auf politischem Gebiet, anerkenne und setze den *Staat* voraus: ihr Organ sei folglich die Partei. Die andere Form dagegen können sich nicht auf die Partei, sondern müsse sich auf eine reine *Klassenorganisation* stützen; als solche betrachtete Labriola damals die *Gewerkschaften*, die ihrem immanenten Zweck nach revolutionär seien. Inzwischen habe sich aber die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in ihrer Praxis von diesen Grundsätzen entfernt: die ökonomische Aktion der Arbeiter sei der politischen ebenso untergeordnet worden wie die Gewerkschaften der Partei. Dies konnte nur infolge einer auch von Marx nicht vorhergesehenen Entwicklung des modernen Staates, der nicht nur seine politische, sondern auch seine ökonomische Macht unheimlich verstärkte, geschehen. Der Staat gewann dadurch für das Proletariat den Anschein einer über den Klassen stehenden Instanz, und er erschien keineswegs mehr als ein Staat der Junker oder der Unternehmer. Vor allem in

Staat mit demokratischen Verfassungen konnte der Staat als Beschützer der Arbeiterinteressen auftreten. Indem sich die *Revisio-nisten und Reformisten* an diesen Schein hielten, setzten sie sich allmählich in den sozialdemokratischen Parteien durch und traten überall *für eine Ausdehnung der Staatsmacht* ein. Sie verkannten aber nur die kapitalistische Wesenheit auch des modernen Staates, des *wirklichen* Gesamtkapitalisten. An die Stelle der *sozialen* Revolution trat die langsame *Durchdringung des Staates* durch die Vertreter der Arbeiterorganisationen. Aber der Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital werde nicht dadurch aufgehoben, daß das letztere dem Arbeiter als Staatskapital gegenübertrete. Dieser Klassen-gegensatz verlagere sich nur allmählich vom Privatkapitalismus auf den Staatskapitalismus. „*So wird sich in der Folge der Gegensatz Lohn-arbeiter : Kapitalist in den Gegensatz Lohnarbeiter: Staat verwan-deln*“.<sup>60</sup>

Implizit besagte diese theoretische Prognose, daß der aufkommen- den Omnipotenz des Staates nicht mit den bisherigen *Arbeiterpartei- en*, sondern nur mit einer umfassenden proletarischen *Klassenorga- nisation* zu widerstehen sei.

Die Sozialdemokratie folgte nicht diesen und anderen Theoretikern, die eine Epoche einer nie dagewesen Staatstyrannie heraufziehen sa- hen, sondern die Führungsschicht, die in ihr maßgebend geworden war, lauschte ganz anderen Hinweisen, die auf sie wie Sirenenklänge wirken mußten. „Im Großbetrieb und in den Interessenvertretungen, in den Vereinen der organisierten Arbeiter, sogar im Staate selbst bil- det sich *dieser neue Typ der Organisatoren* mit weitem gesellschaft- lichem Blickfeld und mit disziplinierter Tatkraft. *Offiziere und Unter- offiziere der Arbeitsarmee*, deren Kunst es ist, daß sie befehlen und anordnen können und sich in eine Organisation einzupassen verstehen.“

Und auf dieser Schicht, meinte unser Autor, beruhe nicht nur un- sere soziale Zukunft, sondern auch der Aufbau des Sozialismus, ei- nes „Sozialismus“ *dieser* „sozialen Funktionäre“ allerdings, den er ebenso gut auch als „Sozialismus der Organisatoren“ hätte bezeich- nen können.<sup>61</sup> Wenige Jahre später nur wird Professor Plenge seinen „Sozialismus“ schlicht als „Organisation“ bestimmen.

Die „Organisatoren“ innerhalb der proletarischen Organisationen begannen sich jedenfalls als Träger eines „modernen Sozialismus“ zu

fühlen, der eher mit dem System Lassalles als mit den Grundsätzen von Marx vereinbar war.

Man kann nicht einmal sagen, daß Plenge diese aufstrebenden „Neuen Herren“ idealisiert hätte: er sagte 1911 von dieser Gruppe, daß sie sich selbst nicht einmal begriffen und ihre Aufgaben keineswegs erfaßt hätte; sie sei vorwiegend vom Gedanken einer bloßen Interessenpolitik geleitet. Und er schildert das Bild dieser neuen Beamten-schicht folgendermaßen: „Schwankend zwischen den Herrengewohnheiten des kapitalistischen Unternehmers und dem Klassenbewußtsein eines auf den Löhnerstandpunkt herabgedrückten geistigen Proletariats, *sehr viel Unteroffizierston im Sinne eines ungeschlachteten Militarismus* und die ständige Gefahr, in die selbstgenügsame Schwerfälligkeit der autoritativen Bürokratie zu verfallen.“<sup>62</sup>

Steigt bei diesen Worten nicht die Gestalt Noskes vor unserem geistigen Auge auf, der damals schon seit mehreren Jahren die deutsche Heeres- und Kolonialpolitik unterstützt hatte?

Nichts offenbarte jenseits aller sozialistischen Sonntagspredigten und marxistischen Feierstunden den wahren Geist der sozialdemokratischen Partei so deutlich wie der Wandel ihrer Einstellung zur Budget- und Steuerpolitik. Während die Partei bisher durch die Budgetverweigerung ihre grundsätzliche Opposition gegenüber Staat und Gesellschaft ausgedrückt hatte, begann die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages damit, ein Budget zu bewilligen. Auf dem Lübecker Parteitag (1901) wurde dies noch von Emanuel Wurm und August Bebel gerügt, von dem späteren Kriegsideologen Anton Fendrich jedoch verteidigt, wobei er von Wilhelm Blos unterstützt wurde. Bezeichnend hierbei war, daß Fendrich behaupten konnte, es liege hier keine „Mausering“ vor, da die badische Fraktion schon seit 1891 so verfare. Das Ergebnis der Auseinandersetzung war typisch: *prinzipiell* hielt man an der Budgetverweigerung fest, ließ aber *Ausnahmen* „aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen“ zu.<sup>63</sup>

Die neue Auffassung über die Steuer wurde anläßlich der Auseinandersetzungen über die Erbschaftssteuer am klarsten von Eduard Bernstein formuliert; im Interesse einer „positiven Politik“ verwarf er die bisher geübte schematische Entscheidung nach dem Verwendungszweck: „Bei den Abstimmungen über die Steuer aber muß die Stel-

lung zum System der Steuer und ihre Verteilung entscheiden und nichts anderes. Denn wenn man in diese Frage die Frage der Verwendung hineinwirft, dann öffnet man der Fälschung und der Entkräftung der eigenen Aktion Tür und Tor.”<sup>64</sup>

Unnötig zu sagen, daß diese Haltung vom Bürgertum anerkannt wurde: jetzt erst entwickle sich die SPD von der Sekte zur Partei.

Welche Folgen hatte die von Bebel eingebrachte und vom 1910 vom Lübecker Parteitag angenommene Resolution zur Frage der Budgetbewilligung? Nach dem Rücktritt Bülows wurde von Maurenbrecher das Heraustreten der SPD aus der parteipolitischen Isolation gefordert, und die Chancen einer Koalition mit dieser oder jener bürgerlichen Partei ernsthaft erwogen, was auch Bernstein schon im Zusammenhang mit der Frage der Abstimmungen bei Steuern berücksichtigt hatte. Maurenbrecher argumentierte folgendermaßen: das Schicksal sowohl Capravis wie Bülows habe bewiesen, daß man eine Modernisierung des kaiserlichen Staates nicht durch eine „Revolution von oben“ erreichen könne, die Demokratisierung müsse also durch eine Mehrheit der Linken verwirklicht werden. Es sei aber eine utopistische Hoffnung, darauf zu rechnen, daß die SPD in absehbarer Zeit die absolute Mehrheit erhalten würde. Infolgedessen müsse die Partei in bestimmten Fragen eine „Blockpolitik“ mit anderen Parteien betreiben.<sup>65</sup>

Damals wurde auch von Friedrich Naumann der Gedanke eines Blockes „von Bassermann bis Bebel“ vertreten, und der ehemalige „Nationalsoziale“ Maurenbrecher hatte offensichtlich die geistigen Brücken zu seiner früheren Partei noch nicht abgebrochen. Naumanns Idee wurde für das Reich zwar abgelehnt, aber in – Baden verwirklicht: hier stimmte in Konsequenz einer solchen Großblockpolitik die sozialdemokratische Landtagsfraktion 1910 wieder für das Budget, und zwar unter Führung jenes Ludwig Frank, der 1914 als Kriegsfreiwilliger einrückte und einer der ersten Gefallenen der Partei im I. Weltkriege war. Auch andere süddeutsche Revisionisten und Reformisten traten publizistisch für diese ersten Formen der späteren sozialdemokratischen Koalitionspolitik ein, z. B. Kolb, Leuthner und Quessel.<sup>66</sup>

Als dann die kaiserliche Regierung 1913 ihre für damalige Verhältnisse unerhörten Milliardenforderungen im Rahmen einer Wehrvorlage vorlegte, wurde sie zwar von der SPD zum Ausdruck ihrer „unbe-

dingten Bekämpfung des Militarismus“ abgelehnt, aber sie betonte gleichzeitig unter dem Eindruck der weltpolitischen Vorgänge die Notwendigkeit der Wehrhaftigkeit des Volkes. Doch in der Frage der Deckung dieser gewaltigen Wehrausgaben vertrat die Sozialdemokratie den Gedanken des *Wehrbeitrages* und nahm sogar für das ihm zugrundeliegende Prinzip die Priorität in Anspruch; hatte doch David 1912 die Ansicht vertreten, wenn nach Posadowsky die Heeresausgaben eine Versicherungsprämie für den Frieden seien, dann müssten diejenigen, die am meisten zu versichern hätten, auch am meisten dazu beitragen, und zwar in der Form einer „Nationalsteuer“ auf die großen Vermögen und Einkommen. Mit einem solchen „Wehrbeitrag“ erklärten Südekum und Emmel sich 1913 „grundsätzlich einverstanden“<sup>67</sup> und in der entsprechenden Budgetkommission erreichten die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion: David, Emmel, Frank, Haase, Lensch, Noske, Südekum und Wurm, tatsächlich eine progressive Gestaltung der Steuersätze für den einmaligen Wehrbeitrag.

Bei den entscheidenden Abstimmungen in der dritten Lesung setzte sich schließlich die revisionistische Auffassung durch, *indem die SPD für den außerordentlichen Wehrbeitrag und die Besitzsteuer stimmte!*

Wir haben nur einige Stationen des Leidensweges der Bebel-Resolution vom Lübecker Parteitag (1901) und das Ende derselben verzeichnet (Calmann nennt noch: Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion des Württembergischen Landtages für das Budget 1907, entsprechende Abstimmungen der bayerischen und badischen Sozialdemokraten 1908), für das Calmann unter Berufung auf Friedrich Lenz folgende Formulierung findet: „Wir sahen, sowie der deutsche Staat sich der Sozialdemokratie näherte, wird diese differenziert und angeglichen.“<sup>68</sup>

*Die Wehrevorlage von 1913 war faktisch die militärpolitische Vorbereitung auf das nächste Jahr, also auf den Ausbruch des 1. Weltkrieges.* Mit diesem Ereignis wurde die Sozialdemokratie nur gezwungen, den längst eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Konnten schon bis dahin diejenigen Sozialdemokraten, deren Denken mehr durch die ewigen Kategorien Lassalles als durch die historischen Kategorien Marx‘ bestimmt wurde, im Hinblick auf die etatistische und sozialpolitische Entwicklung im deutschen Kaiserreich

ausrufen: „Sozialismus, wohin wir blicken!“ – so gab ihnen dazu der Ausbruch des I. Weltkrieges mit seiner „Kriegswirtschaft“, die durch einen bis dahin unbekanntem Umfang staatlicher Eingriffe in die verschiedensten Gebiete der Volkswirtschaft gekennzeichnet war, erst recht Anlaß zu einem solchen Glauben. Mehr als in den anderen kriegsführenden Staaten wurde in Deutschland fast die gesamte Wirtschaft von staatlicher Leitung getragen und beherrscht, um sie dem modernen Materialkrieg dienstbar zu machen. Und mit den mehrheitssozialdemokratischen Ideologen wetteiferten nun auch bürgerliche Propagandisten, um dem deutschen Volke den Anbruch eines neuen „sozialistischen“ Wirtschaftssystems einzureden.<sup>69</sup>

In der Sozialdemokratie trat jetzt eine Richtung hervor, vertreten durch David, Hänisch, Lensch, Renner, Winnig u.a.m., welche von Karl Diehl als „Neu-Marxismus“ bezeichnet wird, obwohl er bereits auf der nächsten Seite berichtet, sie hätte den Ideen von Hegel, Fichte und Lassalle „neue Geltung und Anerkennung auch innerhalb der Sozialdemokratie verschaffen“ wollen.<sup>70</sup> Zweifellos wäre es demnach richtiger, von einem „*Neu-Lassalleanismus*“ zu sprechen.

Diese neue geistige Bewegung, deren Organ vor allem „Die Glocke“ von Parvus wurde, lieferte sozusagen den Überbau zum Unterbau des ökonomischen Abwehrsystems der kaiserlichen Regierung gegen die „Kriegsnot“, und es war Paul Lensch, der in einem Artikel der sozialdemokratischen „Frankfurter Volksstimme“ dieses kriegswirtschaftliche System erstmalig „*Kriegssozialismus*“ nannte. Zweifellos gibt es zwischen diesem Kriegssozialismus und dem Marxismus gar keine, wohl aber zahlreiche Berührungspunkte mit dem sozialdemokratischen Lassalleantum. Und welche Züge der Kriegswirtschaft waren es, welche die Hoffnungen auf den sich „durchpaukenenden“ Staatssozialismus verstärkten?

Es ist kein anderer als ... Eugen Varga, der sie Ende 1914/Anfang 1915 deutlich bezeichnet hat: für ihn ist einer der wichtigsten Grundzüge der Kriegswirtschaft „die überwiegende Bedeutung des *Staates* in allen Teilen der Volkswirtschaft“, die fast ganz in seinen Dienst gestellt worden ist. Die meisten Industrieprodukte werden für den Staat hergestellt, er ist es, der die meisten davon kauft. Der Staat ist es, der im Interesse der Kriegsführung die Ausfuhr der verschiedenartigsten Produkte untersagt. Das ganze Transportwesen wird vom Staate un-

ter Hintansetzung volkswirtschaftlicher Interessen in den Dienst des Krieges gestellt. Der Staat bestimmt Verbrauch und Verzehr des einzelnen Staatsbürgers. Er greift in die Lohnverhältnisse ein, indem er den auszuzahlenden Arbeitslohn vorschreibt; der Staat bestimmt weitgehend die Geldverhältnisse durch Verordnungen über Zahlungsaufschübe, Hintanhaltung der Konkurse usw. In solcher und vielfältiger anderer Weise stellt der Staat die Privatwirtschaft in seinen Dienst, und die Bedeutung des *Staates* als wirtschaftlicher Faktor wächst in der Kriegswirtschaft derart „ins Ungeheure“, schreibt Varga wörtlich, „daß die Kriegswirtschaft viele Züge der sozialisierten Wirtschaft aufweist“. „Die ordnende Gewalt des kriegführenden *Staates*“ also ist es, welche jedes Wirtschaftsgebiet mehr oder weniger verändert. „Sozialistisch ist in der Kriegswirtschaft hauptsächlich jene Tätigkeit des *Staates*, welche die *Allgemeinheit* gegen die *Profitwut* der *Kapitalisten* beschützt.“

Nach Varga handelt damit der kriegführende Staat ausgesprochen antikapitalistisch, wenn auch im Gesamtinteresse der herrschenden Klassen, da ja allgemein das Profitstreben als das hervorragendste Merkmal des Kapitalismus gilt. Doch wendet er sich gegen Heinrich Cunow, der in der Kraft der deutschen Kriegswirtschaft eine überraschende Stärke und Elastizität des deutschen kapitalistischen Wirtschaftssystems sah. Vielmehr verdanke Deutschland diese Energie dem *Gegenteil des Kapitalismus*, nämlich „dem ins Ungeheure angewachsenen ordnenden Einfluß des *Staates*“. Dies sei eben der „antikapitalistische Zug der Kriegswirtschaft“.

Hier werden also deutlich Anti-Kapitalismus und Etatismus identifiziert. Trotzdem blieb die kapitalistische Wirtschaftsweise aufrechterhalten, doch dies verdankt sie nicht mehr ihrer eigenen inneren Kraft, sondern dem ausgiebigen Schutze, „den der Staat ihr angedeihen ließ“. So kann der Kapitalismus in der Kriegswirtschaft gerade „nur durch die seinem Wesen absolut widersprechende staatliche Organisation der *Wirtschaft* bestehen“. Wie man sieht, hatte Varga offensichtlich vergessen, was Engels einmal über die Verwandlung des „ideellen“ in den „reellen Gesamtkapitalismus“ und über die *bürgerliche* Gleichsetzung von Staat und Sozialismus geschrieben hatte. Varga geht noch weiter und schreibt: „In der Kriegswirtschaft hört die Anarchie der Produktion zum erheblichen Teile auf; die *staatliche Regelung* ergreift fast

das ganze Gebiet der Volkswirtschaft und *unterscheidet sich von der sozialistischen Regelung hauptsächlich durch die Zielsetzung.*“

Wir wollen uns hier über die undialektische Trennung von Mittel und Zweck, Methode und Ziel nicht äußern; Varga stellt jedenfalls die verschiedenen Zielsetzungen folgendermaßen gegenüber: hier kriegerischer Erfolg, dort Entwicklung der Produktivkräfte; Erhaltung des Kapitalismus einerseits, das allgemeine Wohl aller Mitbürger andererseits. Diese letzte Konfrontation widerspricht allerdings einer früheren seltsamen Feststellung Vargas; im Hinblick auf die staatliche Überwachung der von den Heereslieferanten gezahlten Arbeitslöhne schreibt er nämlich: *„Der Krieg hat eben den unersetzbaren Wert des Menschen (vom Autor durch Sperrdruck hervorgehoben! W. H.) für den Staat ins hellste Licht gerückt, und die Kriegswirtschaft zeichnet sich durch erhöhte sozialpolitische Tätigkeit des Staates und der Gemeinden aus.“*<sup>71</sup> Was soll man davon halten, daß der unersetzbare Wert des Menschen einem Staate aufgegangen sein soll, der neben dem Hauptschuldigen Österreich an einem Kriege mitschuldig ist, in dem das deutsche Volk rund zwei Millionen Gefallene verlor, von denen 60% aus den produktivsten Altersklassen (19 bis 29) stammten?<sup>72</sup>

Drei Jahre später veröffentlichte der Neu-Lassalleaner Karl Renner ein Buch, in dem er bekannte, durch den Krieg zu einer neuen Auffassung des Sozialismus gekommen zu sein und dem Marxismus vorwarf, er habe zwischen der liberalen und der sozialistischen Gesellschaft die unvermeidlichen Zwischenstufen einer „Durchstaatlichung der Ökonomie“, einer durch den Staat bewirkten Organisation der Wirtschaft, übersehen. Darunter verstand er eine politische Durchdringung der Privatwirtschaft „selbst bis in ihr Zellgewebe durch die Staatlichkeit, also nicht ... Verstaatlichung einiger Betriebe, sondern ... die Durchsetzung der gesamten Privatwirtschaft durch deren gewollte und bewußte Bestimmung und Leitung, also gerade durch das, was Karl Marx‘ System logisch und praktisch ausgeschlossen hat.“<sup>73</sup>

Renner bekannte sich zu Lassalle, Varga zu Lenin – wenn sich aber beide für die Durchstaatlichung der Ökonomie als eines antikapitalistischen bzw. sozialistischen Prinzips einsetzten, wo liegt dann der Unterschied zwischen dem lassalleanischen und dem leninistischen Revisionismus? Varga selbst hat darauf wenige Jahre nach dem Erscheinen des Buches von Renner die Antwort gegeben, Renner sehe

wie Lenin „das Grundproblem der sozialistischen Umgestaltung in der *Organisation. In dieser Charakterisierung der Aufgabe der proletarischen Revolution trifft Lenin vollkommen mit den Ansichten des auf dem äußersten rechten Flügel der Marxisten (!) stehenden Karl Renner zusammen.* Nur sieht er (Renner) bereits in der kapitalistischen Gesellschaft die Grundformen des sozialistischen Gemeineigentums vorgebildet, welche Keime nur einfach weiter zu entwickeln wären, während die Kommunisten eine grundlegende Änderung im Aufbau der Staatsgewalt zur Einrichtung der sozialistischen Organisation für unumgänglich notwendig halten.“<sup>74</sup>

Die Neu-Lassalleaner (Reformisten und Revisionisten) unterscheiden sich demnach von den Bolschewiki nur dadurch, daß sie eine andere Vorstellung über den *Staat* haben, der den Sozialismus organisieren soll: sie glaubten, daß sowohl der kaiserlich-konstitutionelle wie der demokratisch-parlamentarische Staat dazu imstande wäre, während die Leninisten ihren Einparteienstaat, die Diktatur ihrer Partei dafür für nötig halten. *Für beide ist also die staatliche Organisationsform wesentlich und nicht die gesellschaftliche,* die für beide lediglich *Objekt* des staatlichen Subjekts ist. So erklärt es sich auch, daß sowohl Trotzki wie Lenin und andere Bolschewiki gebannt auf das Vorbild des deutschen „Kriegssozialismus“ starrten und nichts sehnlicher wünschten, als ihn unter der Hegemonie ihrer Partei auf Rußland zu übertragen. Mitte April 1917 schrieb Lenin z. B., daß die – selbstverständlich von der bolschewistischen Partei geleiteten – Räte „besser, praktischer, richtiger entscheiden, welche *Schritte* man zum Sozialismus tun kann und wie man sie tun kann. Die Kontrolle der Banken, die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen (Staatsbank, W. H. ) das ist *noch* kein Sozialismus, aber ein *Schritt* zum Sozialismus. *Solche Schritte tut heute der Junker und der Bourgeois in Deutschland gegen das Volk.* Viel besser wird sie morgen für das Volk der Arbeiter- und Soldaten-deputiertenrat tun können, wenn die ganze Staatsmacht in seinen Händen liegen wird.“ Auch Lenin erblickte also in den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen Deutschlands „Schritte zum Sozialismus“!<sup>75</sup>

Lenin, Varga und Renner waren immerhin Sozialdemokraten, das einte sie, so verschieden auch ihre staatssozialistischen Auffassungen sein mochten. Doch wurde Lenins Ansicht schon zwei Jahre früher fast mit den gleichen Worten von dem Gründer des „National-

sozialen Vereins" (1896), Friedrich Naumann, vertreten. Er meinte, die Kriegswirtschaft stelle „sicherlich nicht ganz das dar, was *Marx* einmal 'Diktatur des Proletariats'“ genannt habe, es sei aber immerhin „ein Schritt zum Sozialismus unter Führung der Regierung"! Weiter erklärte er:

„*Der Staatssozialismus hat über Nacht Riesenschritte vorwärts getan ... Die Regelung der Produktion ist auf dem Marsch. Was vor 40 Jahren (also 1875, zur Zeit des Einigungsparteitages der Lassalleaner und Marxisten in Gotha, W. H.) als weltferne Ideologie von sozialistischen und staatssozialistischen Träumern erschien, tritt mit fabelhafter Sicherheit als inzwischen fertig gewordene Wirklichkeitsform auf. Deutschland ist nicht nur auf dem Wege zum Industriestaat, sondern zum Organisationsstaat überhaupt.*“<sup>76</sup>

Wieder sehen wir: ein *Organisationsstaat* ist ein *sozialistischer Staat*. So ähnlich hatte uns vorhin auch Varga erklärt, daß die staatliche Organisation der Wirtschaft dem Wesen des Kapitalismus widerspreche. Demnach wäre ja „*Organisation = Sozialismus*“? (Und die „Organisatoren“ = „praktische Sozialisten“!) Diese knappe Definition wurde tatsächlich zu Anfang des Jahres 1915, also vor Friedrich Naumann, von dem Professor in Münster/Westfalen, Johann Plenge, aufgestellt. Plenge, der als einer der ersten die Offiziere und Unteroffiziere der Arbeitsarmee als den „neuen Typ“ der „sozialen Funktionäre“ und „Organisatoren“ erkannt hatte, ist zweifellos der hervorragendste Ideologe des „Kriegssozialismus“ geworden. (Dessen Weiterentwicklung und Wiederaufleben in einer noch konsequenteren und „totaleren“ Form als „Nationalsozialismus“ wurde zwar von Plenge abgelehnt, aber sowohl die Dinge wie die Gedanken haben oft ihre eigene Logik, auch da, wo ihre Schöpfer sie wegen ihrer Konsequenzen nicht wahr haben wollen.)

Lassen wir ihn selber sprechen: „*Wir sind durch den Krieg mehr wie bisher eine sozialistische Gesellschaft geworden. Aber Sozialismus ist als gesellschaftliche Organisation nur die vollbewußte Gestaltung der Gesellschaft zur höchsten Kraft und Gesundheit; Sozialismus ist als Gesinnung nur die Befreiung des Einzelnen zur bewußten Einordnung in das begriffene Lebensganze von Staat und Gesellschaft. Mehr ist Sozialismus nicht: weder schlechthin Verstaatlichung noch schlechthin Verbeamtung.*“<sup>77</sup>

Trotzdem behauptete Plenge im Anklang an Fichte, „der geschlossene Handelsstaat“ der Kriegszeit sei „die Grundlage für einen kommenden deutschen ‚Zukunftsstaat‘“ geworden, und meinte ausdrücklich: „Ich glaube, daß sich so manche deutsche Arbeiter, deren Gewerkschaften mit so kluger Überlegung und so starkem Einfluß an der Erhaltung unseres Wirtschaftslebens mitarbeiten, ruhig gestehen werden: *anders wie dieser neue deutsche Gemeinstaat kann auch der geträumte Zukunftsstaat nicht aussehen.*“

Bekanntlich wollten die Marxisten noch 1893 gar keinen „Zukunftsstaat“ haben; jetzt empfahl ein dem mehrheitssozialdemokratischen Flügel der SPD sehr nahestehender Denker die Kriegswirtschaft als den verwirklichten lassalleanischen Zukunftsstaat!

Wie sah aber jener Mann die Kriegswirtschaft an, der sie von Anfang an *organisiert* hat, der Schöpfer der „Kriegs-Rohstoff-Organisation“, Walther Rathenau? Er hielt am 20. Dezember 1915 in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ einen Vortrag über seine Tätigkeit in der wirtschaftlichen Kriegführung, der mit Genehmigung des preußischen Kriegsministeriums veröffentlicht worden ist. Hier führte er gleich zu Beginn aus, daß die deutsche Kriegswirtschaft nicht nur auf den Verlauf und Erfolg des Krieges von großem Einfluß sein werde, sondern es handele sich auch um „ein wirtschaftliches Geschehnis, *das eng an die Methoden des Sozialismus und Kommunismus streift*, und dennoch nicht in dem Sinne, wie radikale Theorien es voraussetzt und gefordert haben.“<sup>78</sup>

Rathenau bekannte hier offen, daß es Wichard von Moellendorff gewesen sei, der zuerst den Finger auf diese „ernste Wunde“ der deutschen Wirtschaft – die Rohstoffknappheit – gelegt habe. Er bezeichnet es auch als die Aufgabe, die ihm, Moellendorff, Klingenberg u. a. m. gestellt war, „*das Riesengebiet der deutschen Wirtschaft ... dem Kriege dienstbar zu machen*“, es einem einheitlichen Willen zu unterwerfen und seine titanischen Kräfte zur Abwehr zu wecken. Auch bei Rathenau erscheinen also die Methoden einer bloßen „Militarisierung unseres Wirtschaftslebens“, wie sich der spätere USPD-Sozialminister Prof. Jaffé in der provisorischen Regierung Bayerns vom November 1918 ausdrückte,<sup>79</sup> als *sozialistische* bzw. kommunistische Methoden schon deshalb, weil sie *etatistischer* Art sind. Wichard von Moellendorff selbst hat 1916 die Kriegswirtschaft richtig als eine „im

stillen ersonnene und verwirklichte *Gemeinwirtschaft des Militärs*“ definiert.<sup>90</sup> So kam also – um mit Moltke zu sprechen – „das gewaltige Triebrad in der Staatsmaschine“, nämlich das Militär, zu der Ehre, an der Spitze der Entwicklung zum Sozialismus zu stehen!

Selbstverständlich handelt es sich hier nur um die letzte Konsequenz der etatistischen Ideologie, nur darf man nicht annehmen, daß das Militär selbst von dieser frei gewesen sei und sie nur als Kriegspropaganda geduldet hätte – mit dem üblichen Lächeln der Auguren, die an ihren eigenen Zukunftsschwindel nicht glauben. Gerade die jüngere Generation der hohen Generalstabsoffiziere, von Seeckt bis Schleicher, war ehrlich davon überzeugt, daß die Zukunft dem Staatssozialismus gehörte, wobei allerdings der Staat mehr oder weniger diktatorisch-militärisch regieren müsse. Ein klares Zeugnis für diese Einstellung finden wir gerade bei von Seeckt, und zwar in einer ganz privaten, keineswegs für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerung, nämlich in einem Weihnachtsbriefe an seine Mutter, den er ihr alljährlich schrieb (hier handelt es sich um den vom 25. Dezember 1915):

„Zwei Dinge sind meines Erachtens ganz *unausbleiblich*: *ein starkes Anwachsen* der Staatsidee und damit *der Macht des Staates, also verstärkter Staatssozialismus*, nachdem das Volk zur Armee wurde... Unser Existenzkampf ist noch lange nicht zu Ende, auch nicht, wenn es in absehbarer Zeit zu einem sogenannten Frieden kommt, von dem sich niemand ein richtiges Bild machen kann. Es gilt also stark und gerüstet sein, bleiben und werden. In einer Konferenz kurz vor dem Kriege fiel vor dem erschütterten Reichskanzler, dem der Begriff des Belagerungszustandes klar gemacht wurde, das Wort: *Eine erleuchtete Militärdiktatur ist vielleicht überhaupt die beste Regierungsform ...*“<sup>81</sup>

Wenn solche Gedanken 1915 sogar an der militärischen Spitze vertreten wurden, dann darf man sich nicht wundern, wenn in der Propaganda und in der Publizistik der *Militarismus* zum *Begründer der Sozialpolitik* und zum *Vorkämpfer des Sozialismus* erhoben wurde. War es nicht schon 1828 der Generalleutnant von Horn gewesen, der darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der erschreckende Umfang und die erbarmungswürdigen Umstände der Kinderarbeit von Jahr zu Jahr die Rekrutenaushebung mehr und mehr beeinträchtigte? Und war es nicht zuletzt durch dieses Argument zum ersten sozialpolitischen Gesetz Preußens, Einschränkung und Verbot der Kinderarbeit,

wenn auch erst im April 1839, gekommen? Damit hatte doch das preußische Militär schon frühzeitig „den unersetzbaren Wert des Menschen für den Staat ins hellste Licht gerückt“! Und nach dieser Methode wurde dann im I. Weltkrieg z. B. von Wilhelm von Blume erklärt: „Der deutsche militaristische Staat war es, der den Gedanken der Arbeiterversicherung zur Tat machte.“<sup>82</sup> Ja, Selbst Otto von Gierke schrieb: „Die gesamte Aktion zur Abwehr wirtschaftlicher Schäden ist vom sozialen Geiste erfüllt und muß, um ihr Ziel zu erreichen, vielfach geradezu staatssozialistische Züge annehmen.“<sup>83</sup>

Am Ende erwartete man gar von der Armee, daß sie mit ihren speziellen Methoden der Militarisierung der Ökonomie und der Direktion großer Menschenmassen die Wirtschafts- und Gesellschaftsformen der Zukunft organisiere. Und es war ein nationalistischer Jude, dem der traurige Ruhm gebührt, in dieser Panegyrik des Militarismus als eines sozialen Organisers den Vogel abgeschossen zu haben. Man höre sich nur das folgende an: „Es gibt kein zweites Gebilde in unserer Zeit, das die große und schwere Aufgabe, aus einer Anzahl von Einzelmenschen einen neuen, geschlossenen und einheitlichen Organismus zu schaffen, so vollkommen gelöst hat wie die Armee... *Der Geist der modernen Wirtschaft ist nichts anderes als militaristischer Geist; diese Fabriken sind in der Tat Kasernen, diese Arbeiter in Wirklichkeit Soldaten.* Es ist die militaristische Form des Zusammenwirkens, die das Wesen unserer heutigen Wirtschaftsform geformt hat... *Nur der militaristische Geist kann ... die Lösung der sozialen Frage, oder was dasselbe ist, die Organisation des neuen Gesellschafts-systems, vollbringen.*“

Sogar die Ideologisierung des militärischen Organisationsprinzips als eines „organischen“ fehlt hier nicht: „Welcher Gedanke aber kommt in dieser höchsten Leistung des militärischen Geistes zur Verwirklichung, wenn nicht die Idee des Organismus?“ Träger dieser Idee des Organismus war in Preußen-Deutschland stets der Staat: „Die Ausdehnung und Entfaltung der deutschen Wirtschaft ist ohne den Staat gar nicht denkbar.... *Stets war der Staat, das Kollektivum, ein Hauptfaktor des deutschen Wirtschaftslebens.*“<sup>84</sup>

Stehen wir nicht mit dieser und den anderen Auffassungen des modernen Etatismus und Kriegssozialismus schon vor recht entwickelten Keimformen des späteren „Nationalsozialismus“?

## Die Ideen von 1914 und die Folgen

Die Identifizierung des Militarismus mit dem Staatssozialismus ist übrigens nicht erst im I. Weltkrieg aufgetreten, insofern war sie nicht einmal neu. Neu daran war nur, daß sie spätestens seit 1914 von der SPD akzeptiert wurde. Als etwa 1887 das Werk von Gustav Tuch erschien, für den – nach Karl Kautsky – der Militarismus „der einzig wahre *nationale* und zivilisierte *Sozialismus* war, gegenüber dem vaterlandslosen und barbarischen Sozialismus der Sozialdemokratie“, da wurde dies von der letzteren noch energisch zurückgewiesen.<sup>85</sup>

Eine Generation zuvor hatte Tuch also schon den preußischen Militarismus für einen solchen Segen erklärt, daß man ihn bloß „total“ durchzuführen brauche, um auch die soziale Frage zu lösen. Vorausgesetzt – so wandte Kautsky damals ein – man scheute sich nicht davor, Europa in ein System von Kasernen zu verwandeln!

Beim Ausbruch des I. Weltkrieges aber erfüllte sich auch an der deutschen Sozialdemokratie die Voraussage Eduard Bernsteins aus seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ von 1899, auf die man sich 1915 berief: „Im weiteren Verlaufe wird *das Nationale* so gut *sozialistisch* sein wie das *Munizipale*. Nennen sich doch schon heute *Sozialisten* demokratischer Staatswesen gern *Nationalisten*.“<sup>86</sup>

*So wurde die Mehrheitssozialdemokratie*, welche sich mit dieser Begründung auf den Boden der Landesverteidigung und der Bewilligung der Kriegskredite, vor allem aber auf den des „Kriegssozialismus“ stellte, vor *der Weltgeschichte die erste nationalsozialistische Partei!* Und es war kein Zufall, daß Anton Fendrich zu jenen gehörte, die diesen mehrheitssozialdemokratischen Nationalsozialismus begründeten:

„Um in der Zeit der schwersten Prüfung der Nation bestehen zu können, mußte *der Sozialismus national*, die Regierung der Nation aber auch sozialistisch empfinden und handeln lernen ... Eine der großen Schlagadern des neuen Volksorganismus aber wird *der Sozialismus* sein, den *in seinen Anfängen* ein deutsches Gewerkschaftsblatt mit Recht *jetzt schon in einer Reihe von staatlichen Maßnahmen während des Krieges* erblickt ... Als gewaltige Reformpartei wird die *Sozial-*

demokratie innerhalb des staatlichen Organismus in den nächsten Jahren nationale Arbeiterpolitik treiben.“<sup>87</sup>

Am 15. April 1915 erschien das erste – und einzige! – Heft der Zeitschrift des Spartakusbundes „die Internationale“, an der Spitze ein Aufsatz von Rosa Luxemburg, mit weiteren Beiträgen von Mehring, Thalheimer, Zetkin usw. In einem Bericht aus der preußischen Landtagsfraktion der SPD schreibt dort Heinrich Ströbel unter dem 17. März 1915:

„Daß die Geister sich scheiden, und *der neue Geist des nationalen Sozialismus* (man kann auch sagen *National-Sozialismus*, denn Pastor Naumann hat nie ein anderes Programm vertreten und Lensch hat den ehemaligen Nationalsozialen Rohrbach trefflich vulgarisiert) sich so unverhohlen bekundete, ist hochehrfreulich. Denn nach der Rückkehr normaler Zeiten wird sich die Partei in der Tat gründlichst mit den Irrungen und Wirrungen auseinander zu setzen haben.“<sup>88</sup>

Die letzten Konsequenzen aus den nationalsozialistischen Tendenzen innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie hat u. a. August Winnig gezogen, der später tatsächlich zur NSDAP übertrat. Es war aber das regelmäßige Jahrbuch einer freien Gewerkschaft, nämlich des Deutschen Bauarbeiterverbandes für 1914, in dem er seine Gedanken veröffentlichen durfte. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes identifizierte sich aber nicht nur mit diesen Gedanken, „auf die sich unsere Stellung (zum Kriege, W. H.) gründet“, sondern er ließ sogar einen Sonderdruck davon herstellen, weil das Jahrbuch nur einen kleinen Personenkreis erreichte. August Winnig vertrat also im Frühjahr 1915 folgende Gedanken über den I. Weltkrieg: staatssozialistische Maßnahmen wie die Verstaatlichung großer Produktionszweige lägen nicht mehr im Bereiche des Unfaßbaren und Unmöglichen, seitdem der Staat im Kriege begonnen habe, Getreidevorräte zu beschlagnahmen, den Brotverbrauch zu regeln, ein Stickstoffmonopol zu schaffen usw. Die Kriegsnot habe eben die Staatsmänner zu Eingriffen gezwungen, „die in der Richtung der Sozialisierung des Wirtschaftslebens liegen.“ Ohne die Massen des Proletariats könne heute kein Krieg organisiert und gegen sie keine Politik mehr gemacht werden; sie mußten also durch ihre Organisationen an der Leitung und Verwaltung des öffentlichen Wesens teilnehmen: „Es ist das Verdienst der aufbauenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung, die durch ihr wirtschaft-

liches und politisches Wirken jene *Elemente eines neuen Deutschland* *schufen*, in denen die Masse heute *das Stück deutscher Zukunft* sieht, das ihr den Geist und die Kraft zum Durchhalten verleiht.”

Damit waren die aus dem proletarischen Klassenkampf entstandenen Arbeiterorganisationen nicht nur zu Partnern des kaiserlichen Staates, sondern auch zu den wichtigsten Säulen der Kriegswirtschaft erklärt worden. Das bedeutet die Antizipation der späteren „Arbeitsfront“ im „Dritten Reiche“. Ferner erklärte Winnig, daß es nach außen keine „Zweiheit“, d.h. keine Trennung zwischen Proletariat und Volk bzw. Staat geben könne: „Das Schicksal Deutschlands ist auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.“ In diesem Kriege habe es sich ja erwiesen, daß dort, „wo die nationale Selbständigkeit und die ökonomischen Lebensinteressen der Nation auf dem Spiele stehen, die *nationale Solidarität* der internationalen vorausgeht.“ Im Hinblick auf die ökonomischen Lebensinteressen der Nation geht Winnig bis zur Unterstützung der imperialistischen Politik: die Arbeiterschaft könne den Imperialismus weder einfach verneinen noch „bekämpfen“, da er eine unaufhaltsame Entwicklungsstufe und die historische Voraussetzung des Sozialismus sei.

„Wir müssen durch die Oberstufe des Kapitalismus, eben den Imperialismus, ebenso zwangsmäßig hindurch, wie wir durch den Kapitalismus im ganzen hindurch müssen. ... In einem Kampfe gegen den Imperialismus mit dem Ziele, ihn unmöglich zu machen, ... in einem solchen Kampfe kann die Politik der Arbeiterklasse niemals bestehen... *Sie kann sich also nicht grundsätzlich der imperialistischen Entwicklung in den Weg stellen*, denn diese wird ... von starken, ja zwingenden volkswirtschaftlichen Bedürfnissen getragen.“<sup>89</sup>

Es ist bekannt, daß in den ersten Monaten des Jahres 1933 durchaus die Möglichkeit einer neuen Spaltung der SPD bestand und daß Tendenzen beobachtet werden konnten, die kommunistischen und marxistischen Elemente der Partei abzustoßen, sich erneut als „Mehrheitssozialdemokratie“ zu konstituieren und gemeinsam mit der „Harzburger Front“ sich der NSDAP, „um Schlimmeres zu verhüten“, zur Verfügung zu stellen. Damals erhielten Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes noch von Göring die Reisemöglichkeit, um im Ausland den Veröffentlichungen der außerdeutschen Presse über die Nazi-Greuel entgegenzutreten, und dazu wurden sie nicht einmal ge-

zwungen. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 17. Mai 1933 für die nationalsozialistische Erklärung zur Außenpolitik gestimmt hat, anstatt sie als bloßes Propagandamanöver zu demaskieren. Wahrscheinlich wäre Paul Löbe der Führer dieser neuen Mehrheitssozialdemokratie geworden, wie Ebert derjenige der alten von 1914 bis 1921, jedenfalls schreibt Evelyn Anderson in ihrem 1945 in London erschienenen Buche:

„Ein Teil der Reichstagsfraktion der Partei, geführt von Paul Löbe, dem Präsidenten des Reichstages, machte Konzession auf Konzession an das neue Regime, in der vergeblichen Hoffnung, daß Hitler die Unterwerfung mit der Anerkennung eines Unterschiedes zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Sozialdemokraten und der Tolerierung der ‚guten‘ belohnen würde.“<sup>90</sup>

Es lag nicht an diesen „Mehrheitssozialdemokraten“ von 1933, wenn sie nicht dazu kamen, die Rolle ihrer geschichtlichen Vorläufer zu rekapitulieren; die Konsequenz der Nazis machte einen dicken Strich durch ihre klugen, staatsmännischen Kalkulationen. Wenn die Nazis aber diese „guten“ Sozialdemokraten tatsächlich „toleriert“ hätten, so würden letztere 1939 Hitler ebenso in den II. Weltkrieg gefolgt sein, wie ihre Vorgänger dem Kaiser in den I. Weltkrieg. Sie hätten sich ja wie Winnig darauf berufen können, daß sie durch ihre Kriegsteilnahme die folgenden drohenden Gefahren von Deutschland absenden müßten:

„Im Westen der Rhein als die deutsch-französische Grenze, im Osten Verlust der Provinzen Preußen, Posen und Schlesien an Rußland. Das wäre die Vernichtung der deutschen Nation gewesen. Deutschland wäre als politische Macht ausgeschaltet und wirtschaftlich erdrosselt worden.“<sup>91</sup>

Die Frage der „Kriegsschuld“ und das Problem des „Aggressors“ hätte man ja 1939 genau so wie 1914 mit dem Argument erledigen können, das man in den sozialdemokratischen Broschüren zu Beginn des I. Weltkrieges findet: die Kriegsschuldfrage könne immer erst *nach* dem Kriege untersucht werden; wenn das eigene Haus brenne, müsse man erst retten und löschen helfen, und könne dann erst den Brandstifter suchen.<sup>92</sup> Im Falle des Kriegsausbruches 1914 hatte allerdings die deutsche Sozialdemokratie schon kurz vorher den Brandstifter namhaft gemacht, indem sie den „Handstreich Österreichs gegen den

europäischen Frieden“ angeprangert und der Parteivorstand am 25. Juli 1914 eine „frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung“ festgestellt hatte – also prinzipiell dasselbe, was später die Geschichtsforschung ergeben hat.<sup>93</sup>

Als der Krieg aber ausgebrochen war, vergaß der Parteivorstand seine eigenen Feststellungen über die am serbischen Konflikt Schuldigen, wiederholte bis zum Überdruß die Behauptungen der offiziellen Kriegspropaganda zur Schuldfrage und predigte die Landesverteidigung für die „gerechte Sache“ Deutschlands. Immerhin forderte der Parteivorstand noch am 23. Juni 1915 einen „Frieden ohne Eroberungen“, folgte also damals keineswegs der von Winnig vorgeschlagenen Unterstützung der imperialistischen Politik. Das änderte sich aber bald. 1916 stellte der Reichstagsabgeordnete Max Cohen (Reuß) fest: wenn der Reichskanzler „Sicherungen“ fordere, „die uns in Gegenwart und Zukunft vor neuen Angriffen schützen sollten“, dann befinde er sich in Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke. Damit wurden die „Annexionsbestrebungen“ auch von mehrheitssozialdemokratischer Seite unterstützt, Eroberungsabsichten wurden nicht mehr grundsätzlich abgelehnt, nur aus einer Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse heraus könne man sich für oder gegen wirklich vorhandenen Eroberungsmöglichkeiten entscheiden, meinte Cohen-Reuß:

*„Denn auch die Eroberungen anderer Gebiete und die Aufsaugung fremder Völker kann unter Umständen ein wirtschaftlicher und geschichtlicher Fortschritt sein. Durchaus unrichtig aber wäre es, Eroberungen aus sozialistischen Grundsätzen von vornherein abzulehnen.“*<sup>94</sup>

Mit diesen und anderen Bekenntnissen zur Annexionspolitik trat auch in der mehrheitssozialdemokratischen Kriegspropaganda ein Wandel ein: erst hatte man nur die „Landesverteidigung“ von allem gegenüber dem „blutigen Zarismus“ hervorgehoben; in dem Maße, in dem man „Sicherungen“ guthieß und Eroberungen verteidigte, sah die Mehrheitssozialdemokratie ihren Hauptgegner nicht mehr in Rußland, sondern in England.

Wieder begegnen wir hierbei dem „deutschen Sozialdemokraten“ Fendrich, der nicht nur Kriegsbücher „Gegen Frankreich und Albion“ verfaßte, sondern auch „am Tage der Ernennung Hindenburgs zum Generalstabschef“ (29. August 1916) eine Propagandabroschüre gegen England schrieb, das den „gierigen, roh zugreifenden Riesen Ruß-

land und das von Rachsucht und unbefriedigter Eitelkeit ganz irre gewordene Frankreich mit der kühlen Überlegenheit des Bändigers der ihm verbündeten Nationen führt, sie geistig beherrscht, finanziell hält, also der eigentliche und erste Feind ist." Auch Fendrich verlangt „greifbare Garantien“ gegen „ähnliche Einkesselungen“ Deutschlands in der Zukunft.<sup>95</sup>

Schon Winnig hatte sich 1915 auf Paul Lensch berufen und zugegeben, sich manchen seiner Schlüsse zu eigen gemacht zu haben<sup>96</sup>; und Lensch gehört auch zu den wenigen Auserwählten, die von einem späteren Vorläufer des Nationalsozialismus, Oswald Spengler, Ende 1919 zustimmend zitiert werden: mit den Syndikaten sei der deutsche Kapitalismus sozialistisch geworden.<sup>97</sup> Wie Plenge außerhalb der Sozialdemokratie, wenn auch mit ihr liiert, so ist Paul Lensch, innerhalb der MSPD der hervorragendste Ideologe des „Kriegssozialismus“ geworden. Wir müssen uns deshalb mit ihm hier etwas gründlicher beschäftigen. Wir heben natürlich, „einseitig“ wie bisher (weil das „Andere“ oft genug gesagt und gedruckt, das von uns hier Hervorgehobene meistens verschwiegen und vergessen wurde!), nur jene Linien seiner Gedanken hervor, die den Nationalsozialismus vorwegnehmen.

Lensch hebt richtig hervor – richtig dann, wenn man sich an das nie abgestoßene oder überwundene Lassalleanertum in der Sozialdemokratie hält –, daß die Bewilligung der Kriegskredite keineswegs zur bisherigen Einstellung der Sozialdemokratie in Widerspruch stehe, wobei er sich auf eine Schrift seines Fraktionskollegen David beruft. Dabei hatte Lensch einst mit Rühle und Liebnecht zu den 14 Abgeordneten gehört, die am 3. August 1914 in einer Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Kriegskredite verweigern wollten! Er verweist auf die moderne Entwicklung in der Wirtschaft, die ja zur Bildung von Syndikaten und Kartellen geführt habe, aus dem Bestreben heraus, „durch *Organisation* den Markt monopolartig zu beherrschen.“ Das Prinzip der *Organisation* sei aber auch schon das Lebensprinzip des alten preußischen Staates gewesen, es habe sich dann nur später auch auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ausgedehnt. Auch der Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft habe sich im Zeichen des Organisationsprinzips vollzogen, und zwar schließlich „ohne die Blitze eines revolutionären Bürgerkrieges“, aber „unter

dem Donner eines revolutionären Weltkrieges.“ Die Sozialdemokratie habe eingesehen, daß „die gleiche Ursache, die aus Preußen ‘den Militärstaat‘ machte“, „ihn auch zum ‘Staat der Organisation‘ machte“ Insofern sei das Zusammenfinden von Staat und Arbeiterorganisation unausbleiblich gewesen. Infolge dieses Prozesses und unter dem Druck des Krieges sei zuerst im deutschen Kaiserreich „eine neue Zeit und mit ihr ein neues soziales Ideal“ heraufgezogen: „*die sozialisierte Gesellschaft. Ihr Degen aber ist Deutschland.*“ Es zwingt seine Revolution in den Gewittern des Weltkrieges der Europäern genau so auf, wie einst die große Französische Revolution. Die Mehrheitssozialdemokratie war also doch noch eine revolutionäre Partei, wenn sie auch die Führung dieser Weltrevolution der OHL bzw. dem deutschen Generalstab überließ! Und dies, obwohl der kaiserliche Staat in der höchsten nationalen Gefahr auf die Sozialdemokratie angewiesen war:

„Das war wiederum ein Zug jener tiefen Ironie, an der die Weltgeschichte so reich ist: Der *Sozialismus als Retter des Nationalismus!*“

Selbstverständlich erklärte Lensch auch „Schlagworte“ wie: „Keine Annektionen“, „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, „Allgemeine Abrüstung“ etc. für abstrakte, ungeschichtliche Forderungen.

Von besonderem Interesse sind die mehr in die Zukunft weisenden Äußerungen: die individualistischen Ideen von 1789 werden abgelehnt, weil „das Freiheitsideal des Sozialismus“ sich von dem des Individualismus nicht nur wesentlich unterscheidet, sondern umgekehrt „Disziplin und Organisation zur Voraussetzung“ habe. Keine Partei habe den Wert der Disziplin mehr betont, keine ihre Lockerung in den eigenen Reihen fürchtbarer zu büßen gehabt als die deutsche Sozialdemokratie: „*Sie ist auf unverbrüchliche Haltung der Disziplin ebenso angewiesen, wie die Heeresleitung, und ihrer ganzen Natur nach könnte sie nie für eine Heeresorganisation eintreten, die eine Lockerung der Disziplin bedeuten würde.*“

Ja, es sei geradezu der „historische Beruf der Arbeiterklasse, den Vorkampf zu führen für die soziale Reorganisation der Armee“. Die Sozialdemokratie sei eben im Zeichen des aufgehenden Sozialismus der geschichtliche Träger der Reform, auch der militärischen, denn am 4. August 1914 sei sie zur „deutschen Zentralpartei“ geworden. Erst mit ihrem erwachenden „Staatsbewußtsein“ habe sie sich aus einer Agitationsgruppe in eine *politische* Partei gewandelt. Damit werde sie

auch wieder „zur Partei der *Intellektuellen*, nicht zuletzt auch die *Partei der Beamten und der Offiziere*“, und könnte nicht mehr ausschließlich die Partei des Industrieproletariats sein, wenn auch diese Klasse noch wie vor „ihre Kerntruppe“ bliebe. Am 4. August 1914 habe sich erstmalig die *Identität sozialistischer und nationalistischer Arbeit*“ entfaltet.<sup>96</sup>

Stehen wir hier nicht vor einem besonders deutlich ausgedrückten mehrheitssozialdemokratischen Nationalsozialismus?

1916 erschien in Berlin ein weiteres Buch von Johannes Plenge über den deutschen Kriegssozialismus. Vor allem in diesem Werke hat der englische Professor F. A. Hayek einen wichtigen Vorläufer der nationalsozialistischen Ideologie erblickt: denn Plenge versuchte darin, dem Kriegssozialismus eine geschichtsphilosophische Begründung zu geben: dem Ideal der *Freiheit* von 1789 stellte er das Ideal der *Organisation* (für ihn mit dem „Sozialismus“ identisch) von 1914 gegenüber. Betrachten wir die „Ideen von 1914“ etwas näher:

1914 ist das „Wendejahr“ der „Idee der *Organisation* überhaupt“, denn in diesem Jahre erfolgte in vorbildlicher Weise die „freiwillige Eingliederung der großen wirtschaftlichen Organe in den Staat“, und dieser wurde damit „der alles vereinigende Mittelpunkt aller Glieder des Wirtschaftslebens“. Ganz so freiwillig scheint sich allerdings diese Entwicklung doch nicht vollzogen zu haben, denn erst unter der Not des Krieges, so schreibt Plenge später, „schlug die sozialistische Idee in das deutsche Wirtschaftsleben ein.“ Die neuen Ideen von 1914 entstanden also aus dem Drang zur Selbstbehauptung der deutschen Nation, und sie bestehen im wesentlichen aus der Idee „der deutschen *Organisation*“ und der „*Volksgenossenschaft des nationalen Sozialismus*.“ Die Ideen von 1914 sind nicht extrem, halten vielmehr den goldenen Mittelweg ein: „Sie sind weder rein staatssozialistisch, noch rein demokratisch. Sie stehen in der Spannung zwischen *Organisation* und *Individualismus*, *Beamtentum* und *Volksfreiheit*, zwischen einem System der *Menschenpflichten* und der *Menschenrechte*, immer auf der geschichtlichen Fahrt zwischen *Scylla* und *Charybdis*.“ Plenge sieht aber voraus, daß diese Seereise niemals mit völlig geradem Kurs vor sich gehen kann, sondern in wechselnden Abweichungen nach rechts und links, und daß sich auf dem Boden der Ideen von 1914 auch einmal eine Partei mit einem „Mehr der autoritären Orga-

nisation" bilden kann. Ihren Vorzug erblickt er trotzdem in der folgenden Verwandlung der bisherigen sozialistischen Idee:

„Aus einem verworrenen, an den *Anarchismus* anklingenden Programm einer demokratischen *Vergesellschaftung* der Produktionsmittel wird sie zu der straffen Zusammenfassung aller Kräfte des nationalen Produktionsorganismus mit einer zunehmenden Regelung des Verbrauchs, *bei der man nach dem Diktator ruft, weil man den Organisator braucht.*“

Diese Ideen von 1914, der deutschen Organisation, treten einen ebenso nachhaltigen Siegeszug über die Welt an, wie einst die Ideen von 1789, die sie ablösen werden, und zwar keineswegs mit friedlichen Mitteln. Im Jahre 1915 hatte Plenge bereits auf Napoleon I. angespielt, indem er schrieb: „Zum zweitenmal zieht ein *Kaiser* durch die Welt als der *Führer eines Volkes* mit dem ungeheuren weltbestimmenden Kraftgefühl der allerhöchsten Einheit.“ Die Idee der Organisation darf sich eben nicht darauf beschränken, nur im Inneren der Nationen zu siegen, sondern sie muß dies auch „im Aufbau des Staatesystems“ und des europäischen Gleichgewichts tun, also zum Prinzip der Neuordnung Europas werden:

„Es kommt aber darauf an, ob wir selber dabei führen, oder ob wir einer anderen Nation die Erbschaft unseres Geistes überlassen wollen.“

Plenge sieht „*in einem zertrümmerten Europa*“ ein neues Deutschland mit seinen neuen Ideen und seinen neuen geschichtlichen Aufgaben entstehen und „die starke Stütze eines aus dem Fugen geratenen Europas werden“ (1915). Schade nur, daß die neue Idee von 1914 im Grunde gar nicht neu ist, da ja die Aufgabe Plenges – wie er selbst zugibt – nur darin bestand und besteht, „das von einem ganzen Volk in der Stunde der geschichtlichen *Not* in ganzer Hingabe *Vollbrachte in die Idee zu erheben.*“<sup>97</sup>

Hayek hat auf die gerade in diesem Buche feststellbare Beeinflussung Plenges durch H. G. Wells, in dem Plenge einen hervorragenden Vertreter des modernen Sozialismus sah, aufmerksam gemacht. Nun war Wells bekanntlich der große dritte Mann der englischen „Fabian Society“, und sein Lieblingstraum war der moderne Überstaat, den er sich noch 1933 nach dem von ihm für 1940 prophezeiten II. Weltkrieg als eine „sozialistische Welt-Diktatur der Wissenschaftler und

Techniker über den dezimierten Resten der Menschheit" vorstellte. Doch auch die beiden Webbs „waren ostentative Imperialisten", und der Franzose Halévy erinnert sich in seinem Buche: „L'Ère des Tyrannies" (Paris 1938) an die folgenden Äußerungen dieser Mitbegründer der Fabian Society: „Ich höre noch, wie Sidney Webb mir auseinandersetzte, daß die Zukunft den zentral verwalteten Großstaaten gehöre, die *durch Büros regiert* würden und in denen *die Ordnung von Gendarmen aufrechterhalten* würde."<sup>98</sup> Übrigens haben die Webbs auch vor Plenge das Aufkommen des Managersystems vorausgesehen.

Plenge war auch Mitarbeiter der bereits erwähnten, von Parvus herausgegebenen und von Haenisch geleiteten Zeitschrift „Die Glocke“, in der sich letzterer zu der Notwendigkeit bekannt hatte, auf dem Boden des nationalen Staates und durch diesen den Sozialismus zu verwirklichen; hier veröffentlichte Plenge zuerst als Aufsatzreihe seine Gedanken über „Die Revolutionierung der Revolutionäre" (dann Leipzig 1918). An einem engen Kontakt Plenges mit „neu-lassalleanischen" Repräsentanten der Mehrheitssozialdemokratie und einigen späteren Programmatikern des rechten Flügels des Parteitagess der MSPD in Görlitz 1921 kann demnach nicht gezweifelt werden. Tatsächlich ist zu beobachten, daß die Gedanken von Plenge und Lensch vom einen zum anderen hin und herüber einwirken und von den kleineren Geistern dieses prä-nazistischen Braintrusts aufgegriffen und propagiert werden.

Wir schreiben hier nun keine Geschichte des I. Weltkrieges, sondern haben uns nur die Aufgabe gestellt, anhand der wichtigsten Schriften einiges zur Vorgeschichte der nationalsozialistischen Ideologie aufzuzeigen, soweit es sich auf dem geistigen Boden der mehrheitssozialdemokratischen „Kriegssozialisten" feststellen läßt. Wir dürften also eigentlich mit dem „Kaiser"- oder Kriegssozialismus unsere Studie bzw. unseren Literaturbericht abschließen. Trotzdem glauben wir, daß wir wenigstens noch einen Ausblick auf die Revolutionsperiode 1918/1919 und die ersten Nachkriegsjahre tun dürfen.

Plenge hat sich auch zu den durch die Novemberrevolution 1918 aufgeworfenen Problemen in seinem Sinne geäußert. Zunächst bezweifelte er, daß die Novemberbewegung 1918 eine „eigentliche wirtschaftliche Revolution gewesen" sei, da sie sich nicht gegen unsere Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus, gerichtet habe. Im Widerspruch

zu dieser Feststellung forderte Plenge, „die äußere Wiederherstellung des Kapitalismus“, dies müsse die wichtigste Sorge der am Ende des Weltkrieges durchgebrochenen sozialistischen Revolution sein! Bei dieser Wiederherstellung des Kapitalismus müßten „alle Lehren der Kriegsorganisation ausgenutzt werden.“ (Ein Jahr später wird der Sozialdemokrat Otto Neurath Arbeiter- und Soldatenräte sowie eine sozialistische Landesregierung mit seiner These belehren: „Was der *Militarismus* gelehrt hat, wird der *Sozialismus* vollbringen.“<sup>99</sup> Alle Kräfte sollten aufs äußerste angespannt werden, „damit die Organisation unserer Kriegswirtschaft erhalten bleibt“. Doch „zum Glück war die Organisation unserer Kriegswirtschaft schon eingespielt, so daß sie im wesentlichen nur erhalten zu werden braucht, und die Revolution selbst, namentlich die Matrosen- und Soldatenbewegung, war ... im wesentlichen ziellos und jedenfalls nicht imstande, die eingeschulte, große Arbeiterbewegung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei völlig zu verdrängen.“

Plenge sieht also nach wie vor in den Gewerkschaften und in der Mehrheitssozialdemokratie die Träger des „Kriegssozialismus“, des eigentlichen Sozialismus, der im Grunde nur in der „Organisation und Zusammenfassung der Kräfte“ bestehe. Dies habe sich wieder einmal in der Bewahrung der straffen Ordnung und Disziplin des deutschen Volkes und der deutschen Arbeitermassen gezeigt. Die Mehrheitssozialisten hätten die Revolution „mit ihren geordneten Reihen im wesentlichen aufgefangen“, weil nun einmal „gerade *die an unserem Militarismus geschulte Sozialdemokratie* ihre Bataillone in leidlicher Ordnung aufmarschieren lassen kann.“ Allerdings müsse die wirkliche und endgültige Mauserung der Mehrheitssozialdemokratie noch über den bisherigen Revisionismus und Reformismus hinaus bis zum „organisatorischen Sozialismus“ gehen.

Der Kern dieses Sozialismus bestehe in Ordnung und Pflicht, wofür sich Plenge auf ... Lenin beruft; für ihn gelten die organisatorischen Notwendigkeiten des Großbetriebes mit ihrer straffen Einheitlichkeit, wie sie auch von Lenin für die Leitung der großen Wirtschaftsbetriebe<sup>100</sup> anerkannt worden sei. Ja, Plenge akzeptiert sogar die Losung Trotzki: „Arbeit, Disziplin und Ordnung können die russische Sowjetrepublik retten!“ (Diese fand er in der „Frankfurter Zeitung“ vom 7. November 1918 als Anzeige der Schrift gleichen Titels.) „Selbst-

verständlich braucht“ dieser organisatorische Sozialismus „einen kräftigen Staat“. Dieser bestand damals – nach dem ersten Stoß der Revolution – zunächst in „*einer ganz undemokratischen Autokratie unserer Sozialdemokraten*“. Ein zweiter Stoß werde aber mit der Rückkehr des Frontheeres kommen, denn die Front sei das unschuldige Opfer der Revolution – womit wir vor einer milderen Version der berüchtigten Dolchstoßlegende stehen. Dieser zweite Stoß lasse sich jedoch in eine Bewegung verwandeln, welche die „Wiederkehr der Ordnung“ wesentlich stärke. Der dritte Stoß ergebe sich aus den Demobilisierungsschwierigkeiten; wegen der fehlenden Rohstoffe werde es bei der Wiedereingliederung des Heeres in die Arbeitsordnung Schwierigkeiten geben, die sich durch die beschleunigte Entlassung weiblicher Arbeitskräfte noch verstärkten.

Plenge trat deshalb für eine möglichst baldige Nationalversammlung ein, bis dahin sollte aber der immer noch legale Reichstag „einen Übergangsausschuß nach Art eines Kriegskabinetts“ bestimmen, der bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung an der Spitze des Deutschen Reiches stehe. Denn: „Wir brauchen in dieser schwierigen Übergangszeit auf einem vom ganzen Volke anerkannten Boden in Form rechtens die Gewalt der *Diktatur*.“

Eine solche geordnete Gewalt müsse *vor* der Nationalversammlung da sein und für die Wirtschaft des Volkes und seine Arbeit sorgen. Doch erklärt Plenge den Parlamentarismus in Deutschland als „eigentlich von vornherein unmöglich.“ Daher solle auch ein neugewählter Reichstag die ganze Verwaltungsarbeit einem „Reichsausschuß“ übertragen, der gewissermaßen den „Aufsichtsrat“ der „sozialen Demokratie“ darstelle. Die Minister sollen nicht nur aus dem Parlament, sondern aus allen irgend geeigneten Kreisen ausgewählt werden, sozusagen als „Verwalter der Demokratie“. Der Kanzler verkörpere dann gewissermaßen den „Generaldirektor“, seine Minister wären quasi seine Mitdirektoren. Wir stehen hiermit vor der echten politischen Spitze einer „direktorialen Gesellschaft“, wie der französische Marxist Maximilien Rubel das Managerregime bezeichnet.<sup>101</sup>

Aber es ist ja noch gar nicht die Spitze des Staates! Plenge schlägt allen Ernstes vor, in die kommende (Weimarer) Verfassung „die *Krone* einzugliedern“. Der Reichsausschuß brauche einen Vorsitzenden, gewissermaßen einen „Verwaltungskaiser“, eine Ausgestaltung des

Königtums, das auch als „Wahlkönigtum“ gedacht und versuchsweise über eine „Regentschaft“ eingeführt werden könnte.<sup>102</sup>

Die Gedanken Plenges und die anderer Staatssozialisten außerhalb und innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie haben nicht nur auf die bisherigen grundsätzlichen Anhänger einer planwirtschaftlichen Gesellschaft kräftig eingewirkt, sondern infolge der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des Kaiserreiches auch in gewissen Kreisen der Beamenschaft Anklang gefunden. Ja, manche Formen der Kriegswirtschaft wurden sogar zum Vorbild der sozialistischen Projekte und der Sozialisierungskommission in der Epoche 1918/1919. Es war daher kein Zufall, daß Rudolf Wissel zum Mitarbeiter an seinen Sozialisierungs-ideen ausgerechnet den Initiator der Kriegs-Rohstoff-Organisation, Wichard von Moellendorff, heranzog.<sup>103</sup>

Die Nachwirkung der kriegssozialistischen Ideen von 1914 läßt sich auch noch deutlich in den Debatten auf dem Görlitzer Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie (1921) verfolgen, obwohl das auf ihm beschlossene Programm Konzessionen nach links, an die Adresse der USPD, machte. Ludwig Quessel erklärte, daß auf diesem Parteitag Jean Jaurès, der auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam (1904) für das Hineingehen in den Staat gegenüber Bebels Staatsverneinung auf dem Dresdner Parteitag (1903) eingetreten war, über August Bebel gesiegt habe.<sup>104</sup>

Die Mehrheitssozialdemokratie erklärte offiziell, daß sie auf dem „Umwege“ über den von ihr anerkannten Staat zum Sozialismus kommen wolle; also mit den legalen Mitteln der parlamentarisch-demokratischen Republik, deren Form seit 1891 ebenfalls von der Bebel'schen Sozialdemokratie als „Bourgeois-Staat“ unter die grundsätzliche Staatsverneinung gefallen war. Dabei waren sich die führenden mehrheitssozialdemokratischen Ideologen vollkommen klar darüber, daß der I. Weltkrieg den Staatsgedanken „bis in seine Wurzeln hinein erschüttert“ hätte. Friedrich Stampfer z. B. führte aus:

*„Der Weltkrieg war in allen Ländern die Omnipotenz, die Allmacht des Staates; der Mensch war nichts mehr, der Staat war alles. Der Staat nahm die Menschen in die Hand und schleuderte sie gegen feindliche Tanks und Maschinengewehre; der Staat erteilte Aufträge, der Staat bezahlte, der Staat regulierte die Kriegswirtschaft. Er schnitt jedem sein Brot zu, er kontrollierte die öffentliche Meinung. Dieser Über-*

spannung des Staatsgedankens ist notwendigerweise eine ruckartige Entspannung und Erschlaffung gefolgt.”

Damit bestand die Gefahr, daß mit dem Sturz des Kaisertums auch der Staat selbst zusammenbrach. Daß dies nicht geschah, sondern daß der Staat in der neuen Form der demokratisch-parlamentarischen Republik fortbestehen konnte, dies sei wesentlich das Verdienst der Mehrheitssozialdemokratie gewesen:

„Durch die Republik hat die Sozialdemokratie dem Volke *sein höchstes Gut, den Staat gerettet*; denn wo kein Staat ist, da ist Anarchie. (Sehr richtig!) Wo Anarchie ist, da kann wohl Kapitalismus gedeihen, aber niemals Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich sage: Republik und Sozialismus, Republik und Sozialdemokratie gehören zusammen, dann heißt das auf die heutigen Verhältnisse angewandt genau so viel, als wenn ich sage: *Staat und Sozialismus*, Staat und Sozialdemokratie *gehören zusammen*.“<sup>105</sup>

Das war also weniger der Sieg von Jaurès über Bebel, es war vor allem der Sieg von Ferdinand Lassalle über Marx und Engels! Es ist an dieser Stelle nicht angebracht, eine Kritik dieser Ausführungen Friedrich Stampfers und der Görlitzer Illusion überhaupt zu beginnen. Eines verdichtet sich mir jedenfalls zu immer stärkerer Gewißheit: hätte Sinowjew nicht die USPD gespalten, so daß der linke Flügel in die KPD ging, und der rechte in die SPD heimkehrte, dann wäre wohl die Mehrheitssozialdemokratie einen politischen Weg weitergegangen, der dem Nationalsozialismus kaum noch etwas übrig gelassen haben würde. So hielten die zurückkehrenden USPD-Genossen den in Görlitz programmatisch bestimmten Kurs auf, der die Mehrheitssozialdemokratie mit jener Funktion belastet hätte, welche die NSDAP nach 1925 immer bewußter auf sich nahm, seit dem Jahre also, in dem das neue Heidelberger Programm (als Kompromiß zwischen dem Erfurter und Görlitzer!) die Mehrheitssozialdemokratie daran hinderte, allzu offen und allzu bald nationalsozialistisch zu werden. Die sozialen Kräfte, die bis dahin ihre Hoffnungen auf die MSPD gesetzt hatten, mußten sich ab 1925 nach einer anderen Massenbasis umsehen bzw. eine solche finanzieren und organisieren. *Der deutsche Nationalsozialismus entstand also 1914* und zu einem wesentlichen Teile innerhalb der rechten Sozialdemokratie, und er endete hier bald nach dem Görlitzer Programm von 1921, um auf einer anderen Grundlage teils consequen-

ter, teils variiert fortentwickelt zu werden. Diese Weiterentwicklung haben wir hier nicht mehr zu verfolgen.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Nachum Goldmann, *Der Geist des Militarismus*, Stuttgart/Berlin 1915, S. 39.
- <sup>2</sup> Heinrich Mann, *Ein Zeitalter wird besichtigt*, Berlin 1947, S. 321.
- <sup>3</sup> Curt Bley, *Das Werk Kurt Schumachers*, in: *Welt am Sonntag* Nr. 34 vom 24. August 1952.
- <sup>4</sup> Elly Brücker, *Demokratie und Sozialismus*, (Phil. Diss.) Köln 1928, S. 26.
- <sup>5</sup> In einem Brief an den Nachfolger Lassalles, von Schweitzer, abgedruckt in: *Die Neue Zeit*, XV. Jg. (1897), Bd. I, S. 8.
- <sup>6</sup> Werner Sombart, *Sozialismus und soziale Bewegung*, Jena <sup>6</sup>1908, S. 183.
- <sup>7</sup> Hermann Heller, *Einleitung* (zur Reclam-Ausgabe des *Arbeiterprogramms* von F. Lassalle), Leipzig 1919, S. 12.
- <sup>8</sup> Max Beer, *Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe* (V. Teil), Berlin 1923, S. 67.
- <sup>9</sup> So die *Vorbemerkung* zur Ausgabe des *Arbeiterprogramms* im Bollwerk-Verlag, Offenbach/Main 1946, S. 6.
- <sup>10</sup> Karl Renner, *Lassalles geschichtliche Stellung*, in: *Die Gesellschaft*, 11. Jg. (1925), Bd. 1, S. 309.
- <sup>11</sup> Rudolf Lindau, *Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1947, S. 18.
- <sup>12</sup> W. I. Lenin, *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung* (1902), in: Ders., *Werke* Bd. 5, Berlin 1955, S. 397 f.
- <sup>13</sup> Julius Vahlteich, *Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung*, München o.J., S. 21 f., 22, 50 und 85.
- <sup>14</sup> Ferdinand Lassalle, *Arbeiterprogramm*, Leipzig 1919, S. 66 f.; in der Ausgabe Offenbach/Main 1946, S. 40 f.; in der Auswahl von Karl Renner, Berlin 1923, S. 184 f.; in *Gesammelte Reden und Schriften*, hrsg. und eingeleitet von Eduard Bernstein, Berlin 1919, Bd. II, S. 197 f.
- <sup>15</sup> Ferdinand Lassalle, *Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen*, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. II, S. 484 und 485.
- <sup>16</sup> Gustav Mayer, *Rodbertus und Lassalle*, in: *Die Gesellschaft*, 1. Jg. (1924), Bd. I, S. 526.
- <sup>17</sup> Gustav Mayer, *Bemerkungen zu „Marx und Lassalle“*, in: *Die Gesellschaft* (1925), Bd. 1, S. 326.
- <sup>18</sup> Julius Frese, *Zur Frage von der Staatshilfe*, in: *Democratistische Correspondenz* vom 29. März 1870; zitiert nach Gustav Mayer, *Lassalle und die Monarchie*, enthalten in: *Aus der Welt des Sozialismus*, Berlin 1927, S. 43.
- <sup>19</sup> Vahlteich, *a. a. O.*, S. 25.
- <sup>20</sup> *Ebd.*, S. 39.
- <sup>21</sup> *Ebd.*, S. 40.

- <sup>22</sup> Auswahlband von Karl Renner, S. 472 f.; Gesamtausgabe von Bernstein, Band IV, S. 225 f.
- <sup>23</sup> Eduard Bernstein, *Ferdinand Lassalle. Eine Würdigung des Lehrers und Kämpfers*, Berlin 1919, S. 37 f.
- <sup>24</sup> Vahlteich, *a.a.O.*, S. 75.
- <sup>25</sup> *Ferdinand Lassalles Tagebuch*, herausgegeben und eingeleitet von Paul Lindau, Breslau 1891, S. 180.
- <sup>26</sup> Tim Klein, *Der Kanzler. Otto von Bismarck in seinen Briefen, Reden und Erinnerungen sowie in Berichten und Anekdoten seiner Zeit*, Ebenhausen-München/Leipzig 1919, S. 309.
- <sup>27</sup> Eduard Bernstein, *Ferdinand Lassalles Kampf um Bismarck*, in: *Die Gesellschaft*, VI. Jg., 1929, Bd. I, S. 315; Ders., *Ferdinand Lassalle*, Berlin 1919, S. 272 f.
- <sup>28</sup> Gustav Mayer, *Rodbertus und Lassalle*, a. a. O., S. 526.
- <sup>29</sup> Ferdinand Lassalle, *Der Hochverratsprozeß ... vor dem Staatsgerichtshofe zu Berlin am 12. März 1864*, Gesamtausgabe von Bernstein, 1919, Band IV, S. 159 ff.; Auswahlband von Renner, 1923, S.460 f.
- <sup>30</sup> Gustav Mayer, *Bismarck und Lassalle*, Berlin 1928, S. 60.
- <sup>31</sup> Vahlteich, *a.a.O.*, S. 67.
- <sup>32</sup> Karl Zwing, *Die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften*, Jena 1922, S. 9.
- <sup>33</sup> F. A. Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft*, hrsg. von Wilhelm Röpke, Erlenbach-Zürich o. J. (1943/1944) S. 44 f., 51 usw.
- <sup>34</sup> Vahlteich, *a.a.O.*, S. 86.
- <sup>35</sup> *Ebd.*, S. 36.
- <sup>36</sup> Friedrich Engels, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, in: MEW 19, S. 221f.; W. I. Lenin, *Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution*, in: Ders., *Werke*, Bd. 25. Berlin 1960, S. 445; Elly Brückner, *Gurland, Marxismus und Diktatur*, (Diss. Phil.) Leipzig 1930, Kapitel VIII.
- <sup>37</sup> Karl Kautsky, *Sozialdemokratie und Sozialliberalismus*, in: *Die Neue Zeit*, IX. Jg. (1891), Bd. II, S. 634.
- <sup>38</sup> Georg von Vollmar, *Über Staatssozialismus*, Nürnberg 1892.
- <sup>39</sup> Karl Kautsky, *Vollmar und der Staatssozialismus*, in: *Die Neue Zeit*, X. Jg., 1892, Bd. II, S. 705 ff.
- <sup>40</sup> *Noch einmal Staatssozialismus*, von einem Staatsbeamten, in: *Die Neue Zeit*, XI. Jg., 1892, Bd. I, S. 154 f.
- <sup>41</sup> Georg von Vollmar, *Zur Streitfrage über den Staatssozialismus*, in: *Die Neue Zeit*, ebd., S. 196 - 210.
- <sup>42</sup> Karl Kautsky, *Der Parteitag und der Staatssozialismus*, in: *Die Neue Zeit*, ebd., S. 214 ff. und 219 f.
- <sup>43</sup> August Bebel, *Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie*, in: *Die Neue Zeit*, ebd., S. 301 f.

- <sup>44</sup> Karl Marx, *Zur Kritik des Sozialdemokratischen Parteiprogramms 1891*, aus dem Nachlaß von Karl Marx, herausgegeben von Friedrich Engels, in: *Die Neue Zeit*, IX. Jg., (1891), Bd. I, S. 561 ff., sowie in: *MEW* 22, S. 225 ff.
- <sup>45</sup> Ernst Nölting, *Grundlegung und Geschichte der Sozialpolitik*, Berlin <sup>2</sup>1932, S. 81 - 85.
- <sup>46</sup> Ludwig Heyde, *Abriß der Sozialpolitik*, Leipzig <sup>7</sup>1931, S. 37.
- <sup>47</sup> *Der sozialdemokratische 'Zukunftsstaat'. Verhandlungen des deutschen Reichstags am 31. Januar, 3., 4., 6. und 7. Februar 1893*. Veröffentlicht nach dem offiziellen stenographischen Bericht, Berlin 1893, S. 12, 45, 15, 48, 72, 85 und 118.
- <sup>48</sup> *Der sozialdemokratische 'Zukunftsstaat'*, a.a.O., S. 35, 42 f., 45, 48 f., 50, 51 und 110 f.; Friedrich Engels, *Juristen-Sozialismus*, zuerst in: *Die Neue Zeit*, V. Jg., (1887), S. 49-62; jetzt in: *MEW* 21, S. 491 ff.
- <sup>49</sup> Heinrich Laufenberg, *Sozialdemokratie und Verstaatlichung*, in: *Die Neue Zeit*
- <sup>50</sup> *Der sozialdemokratische 'Zukunftsstaat'*, a.a.O., S. 33, 46, 57 f., 101 f.
- <sup>51</sup> *A. a. O.*, S. 40 und 102f.
- <sup>52</sup> *A. a. O.*, S. 118 und 123.
- <sup>53</sup> Theodor Reese, *Der Zukunftsstaat*, Hamburg 1905, S. 20 und 34.
- <sup>54</sup> Hans Staubinger, *Der Staat als Unternehmer*, mit einer Einleitung von Walther Schreiber, Berlin 1932, S. 25.
- <sup>55</sup> Ferdinand Tönnies, *Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum Weltkriege*, Berlin/Leipzig <sup>4</sup>1926, S. 137.
- <sup>56</sup> Heinrich Laufenberg, *Sozialdemokratie und Verstaatlichung*, a.a.O., S. 473ff.
- <sup>57</sup> *Der sozialdemokratische 'Zukunftsstaat'*, S. 104 f.
- <sup>58</sup> *Ebd.*, S. 19.
- <sup>59</sup> Vgl. hierzu die kritische Rezension: I. B. Askew, *Modernisierter Marxismus*, in: *Die Neue Zeit*, XXXII. Jg. (1914), Bd. I, S. 692.
- <sup>60</sup> Oda Olberg, *Der kritische Augenblick des Marxismus*, in: *Die Neue Zeit*, XXVI. Jg. (1908), Bd. I, S. 819.
- <sup>61</sup> Johann Plenge, *Marx und Hegel*, Tübingen 1911, S. 180 f. Plenge hat 1950 unter Hinweis auf die zitierte Stelle beansprucht, einer der allerersten deutschen Denker gewesen zu sein, die das Managerproblem vor Burnham und Groß gesehen hätten. Als man ihn auf die bekannten Äußerungen von Marx über die „Manager“ hinwies, bedauerte er zwar, diesen kurzen theoretischen Lichtblick 1911 vergessen zu haben, stellte aber anklagend die Frage, warum ihn damals „kein marxistischer Leser seines *Marx und Hegel* auf diese Stelle bei Marx in *Das Kapital*, Bd. III, aufmerksam gemacht“ habe. Ganz davon abgesehen, daß schon 1910 Rudolf Hilferding darauf hingewiesen hat, daß „die Angestellten ... in hierarchischer Abstufung zu den eigentlichen Leitern der Produktion werden“ (*Das Finanzkapital*, Berlin 1947, S. 482), erlaubte ich mir, Prof. Plenge meine Kritik an Burnham (in: *pro und contra*, 1949, Nr. 3) als Antwort auf seine Feststellung eines „tödlichen Widerspruchs im Marxismus“ zuzusenden. (Siehe: *Finanzarchiv*, Tübingen 1951, Bd. XII., Heft 3,

S. 389 ff. und *Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis*, Wolfenbüttel 1950, Heft 11, S. 685 ff.). In zwei Briefen vom 13. Februar und 16. März 1951 versuchte mich dann Plenge davon zu überzeugen, daß ich „nun einmal über Marx hinaus die richtige Formel aufgestellt“ hätte, „daß das Proletariat bestenfalls nur durch die soziale Kontrolle der Manager zur Herrschaft aufsteigen kann“. Ich mußte ihm darauf am 30. März erwidern, daß er meine geistige Originalität überschätze. Es wird soviel Gutes und Richtiges vergessen, daß ich mich gerne darauf beschränke, daran zu erinnern, im Sinne des Goethe-Wortes: „Alles Gescheite ist schon einmal gedacht worden, man muß nur den Mut haben, es nochmals zu denken!“ Und sachlich hatte Plenge meine Ansicht nicht genau wiedergegeben, wie sich jeder überzeugen kann (a. a. O., S. 19 und 22). Im übrigen kann auf die Beziehungen des hier behandelten Etatismus in der Sozialdemokratie mit dem Managerproblem nicht näher eingegangen werden. Jedenfalls darf man es sich nicht so einfach machen wie die *Arbeiterpolitik*, die erklärt, innerhalb des kapitalistischen Lohnsystems fungiere der Manager als Lohnarbeiter und nicht als Unternehmer! (1949 Nr. 8.) Auf diese Weise verbaut man sich jeden Weg zum Verständnis der neuen Erscheinungsformen des Spätkapitalismus.

<sup>62</sup> A. a. O., S. 19.

<sup>63</sup> *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD abgehalten zu Lübeck vom 22. bis 28. September 1901*, Berlin 1901, S. 263 - 273 und die Resolution Nr. 110 auf S. 99 und 284.

<sup>64</sup> Eduard Bernstein, *Zur Reichsfinanzaußbesserung*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1909, Bd. II, S. 773.

<sup>65</sup> *Sozialistische Monatshefte*, 1909, Bd. II, S. 939.

<sup>66</sup> Hanns Maximilian Calmann, *Die Finanzpolitik der deutschen Sozialdemokratie*, S. 155 ff.; Calmann, a. a. O., S. 199 ff.

<sup>67</sup> *Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz*, 8. Jg., Nr. 9 vom 3. Mai 1913, S. 155 ff.; Calmann, a. a. O., S. 199 ff.

<sup>68</sup> Calmann, a. a. O., S. 221 f.; Friedrich Lenz, *Staat und Marxismus*, Stuttgart 1921, S. 175.

<sup>69</sup> Vgl. hierzu: Hans Staudinger, a. a. O., S. 32 f.

<sup>70</sup> Karl Diehl, *Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. Fünfundzwanzig Vorlesungen*, Jena <sup>5</sup>1923, S. 378 f.

<sup>71</sup> Eugen Varga, *Probleme der Kriegswirtschaft*, in: *Die Neue Zeit*, XXXIII. Jg., 1915, Bd. 1, S. 457 ff.

<sup>72</sup> E. J. Gumbel, *Das Stahlbad des Krieges*, hrsg. Deutsche Liga für Menschenrechte, Berlin o. J., S. 6 und 7.

<sup>73</sup> Karl Renner, *Marxismus, Krieg und Internationale*, Stuttgart 1918, S. 12; vgl. auch bei Diehl, a. a. O., S. 380.

<sup>74</sup> Eugen Varga, *Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur*, Wien <sup>2</sup>1921, S. 51, Fußnote.

<sup>75</sup> W. I. Lenin, *Briefe über Taktik. Erster Brief*, in: Ders., *Die Bolschewiki müs-*

sen die Macht ergreifen. Briefe an das ZK, an das Petrograder und das Moskauer Komitee der SDAPR, in: *Werke* Bd 25, Berlin 1961, S. 1- 3.

- <sup>76</sup> Friedrich Naumann, *Mitteleuropa*, Berlin 1915, S. 108 und 140
- <sup>77</sup> Johann Plenge, *Der Krieg und die Volkswirtschaft*, Münster i. W. <sup>2</sup>1915, S. 85, 99 und 171 f.
- <sup>78</sup> Walther Rathenau, *Deutschlands Rohstoffversorgung*, Berlin 1918, S. 5, 11 und 12.
- <sup>79</sup> Edgar Jaffé, *Volkswirtschaft und Krieg*, Tübingen 1915, S. 12.
- <sup>80</sup> Wichard von Moellendorff, *Deutsche Gemeinwirtschaft*, Berlin 1916, S. 29.
- <sup>81</sup> Hans von Seeckt, *Aus meinem Leben 1866 - 1917*, Hrsg. Friedrich von Rabenau, Leipzig 1941, S. 302.
- <sup>82</sup> Wilhelm von Blume, *Der deutsche Militarismus*, Tübingen 1915, S. 21.
- <sup>83</sup> Otto von Gierke, *Der deutsche Volksgeist im Kriege*, Stuttgart/Berlin 1915, S 18.
- <sup>84</sup> Nachum Goldmann, *Der Geist des Militarismus*, Stuttgart/Berlin 1915, S. 13, 16 f., 39 und 27.
- <sup>85</sup> Gustav Tuch, *Der erweiterte deutsche Militärstaat in seiner sozialen Bedeutung*, Leipzig 1887; vgl. die kritische Rezension von Karl Kautsky in: *Die Neue Zeit*, V. Jg., 1887. S. 331 ff.
- <sup>86</sup> Zitiert in der Broschüre *Sozialdemokratie und nationale Verteidigung!*, gedruckt vom *Vorwärts*, Berlin o. J., S. 22.
- <sup>87</sup> Anton Fendrich, *Der Krieg und die Sozialdemokratie*, Stuttgart/Berlin 1915, S. 16, 27, 30.
- <sup>88</sup> Ebd., S. 47.
- <sup>89</sup> August Winnig, *Der Weltkrieg vom Standpunkte des deutschen Arbeiters*, Hamburg 1915, S. 29, 33 f., 31.
- <sup>90</sup> Evelyn Anderson, *Hammer oder Amboß. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Nürnberg 1948, S. 217 ff.
- <sup>91</sup> Winnig, *a.a.O.*, S. 42 und 45 ff.
- <sup>92</sup> *Sozialdemokratie und Landesverteidigung*, hrsg. Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg, Berlin 1915, S. 2.
- <sup>93</sup> *Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz*, 9. Jg., Nr. 16 vom 27. Juli 1914, S. 301 ff. und 315.
- <sup>94</sup> Max Cohen (Reuß), *Das Volk und der Krieg*, Berlin 1916, S. 42 f. und 46.
- <sup>95</sup> Anton Fendrich, *Ein Wort an die unten und an die oben von einem deutschen Sozialdemokraten*, Stuttgart 1916, S. 22 f.
- <sup>96</sup> Paul Lensch, *Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg*, Berlin 1915; Winnig, *a. a. O.*, Fußnote S. 15.
- <sup>97</sup> Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, München 1925, S. 51; Paul Lensch, *Drei Jahre Weltrevolution*, Berlin 1918.
- <sup>98</sup> Paul Lensch, *Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück*, Leipzig 1916, S.58, 120 f., 123 f., 149 f., 157 ff., 175, 188 f., 207 ff., 211 f., und 217.
- <sup>99</sup> Johann Plenge, *1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes*, Berlin 1916, S. 15, 72, 82, 86, 130 und 146 f.

- <sup>100</sup> Edgar Reichel, *Der Sozialismus der Fabier*, Heidelberg 1947, S. 52; F. A. Hayek, *a. a. O.*, S. 215.
- <sup>101</sup> Zitiert bei Otto Rühle (Carl Steuermann), *Weltkrise – Weltwende. Kurs auf Staatskapitalismus*, Berlin 1931, S. 160.
- <sup>102</sup> Lenin, in: *Internationale Korrespondenz*, Nr. 45 vom 12. Juni 1918.
- <sup>103</sup> Maximilien Rubel, *Reflexions sur la Société Directoriale*, in: *La Revue Socialiste*, Paris, Februar 1951.
- <sup>104</sup> Johann Plenge, *Durch Umsturz zum Aufbau*, Münster i. W. 1918. S. 7 f., 18 f., 20, 21 ff., 27, 30, 39, 44, 47, 54 ff., 58, 62 f., 63, 65, 68 f. und 73.
- <sup>105</sup> Hans Staudinger, *a. a. O.*, S. 33 und 39 f.
- <sup>106</sup> Ludwig Quessel, *Der moderne Sozialismus*, Berlin 1919, S. 11.
- <sup>107</sup> *Das Görlitzer Programm* (1921), Offenbach 1947, S. 48 f.

WILLY HUHN  
Bilanz nach zehn Jahren  
(1929 – 1939)

A. Die Periode der geistigen Rezeptivität (1929–1932)

Das Jahr 1929 muß vom rückblickenden Verstande insofern als ein wichtiger Wendepunkt in meinem geistigen Leben betrachtet werden, als es das Todesjahr meines Vaters und das meiner Einreihung in die marxistische Bewegung ist. Das erstere verlieh mir die *äußere* Freiheit zum ungehinderten und unkontrollierten Studieren, das andere Ereignis gab mir die notwendige *innere* Freiheit von der familialen und kleinbürgerlichen Jugenderziehung. Im übrigen muß und kann ich mich über meine geistige Entwicklung in diesen drei Jahren kurz fassen.

Meine erste ernsthafte Arbeit schon vor fünfzehn Jahren galt der Religion. In meiner Vorbereitungszeit auf die Konfirmation und im gleichzeitigen Religionsunterricht der Oberrealschule stießen mich einige Widersprüche deutlich auf Probleme der Gottesidee und der Religionsgeschichte hin, denen ich durch Lektüre der religionswissenschaftlichen Literatur der Städtischen Volksbücherei (früher Hugo Heimannsche Volksbücherei) und der „Religionsgeschichtlichen Volksbücherei) aus der unter meiner Mitaufsicht stehenden Schulbibliothek bezukommen suchte. Unter anderem fiel mir schon damals *Cunows* „Ursprung des Gottesglaubens“ in die Hände, das mir ungemein bedeutend wurde: als ich es unternahm, die gesammelten Notizen und den ausführlichen Auszug aus dem Buche *Cunows* zu einem umfangreichen Manuskript „Vom Ursprung der Gottesidee“ zusammenzustellen, hielt ich mich eng an *Cunow* und schrieb so mit 15 Jahren meine erste „marxistische“ Arbeit, ohne etwas vom Marxismus zu wissen! Von da an galt der Religion mein Hauptinteresse.

Ein Jahr später fielen mir die *Drewsschen* Bücher in die Hände, mit dem Erfolg, daß ich mit schwergewaperten Argumenten zum Gaudium meiner Schulkameraden und zum peinlichen Entsetzen meines Religionslehrers immer wieder unangenehme Fragen über die problematische historische Existenz Jesu Christi stellte, die ich mit 16 Jah-

ren streng bezweifelte. Diese Studien führten allerdings noch nicht zum Versuche einer zusammenfassenden Darstellung, sondern blieben vorläufig in Notizen und Auszügen stecken.

Ungefähr zur gleichen Zeit gab es in unserem familiären Bekanntenkreis eine Tante, die als Magnetopathin tätig und überzeugte Spiritistin war. Ihr Versuch, die unglücklichen Mitglieder des Familienkreises zum Spiritismus zu bekehren, rief mich auf den Plan. Ich entlieh mir einige Bücher über das Gebiet aus der Volksbücherei, von denen mir besonders ein Buch von *Barwald* im Gedächtnis geblieben ist, und schrieb eine Streitschrift „Wider den Spiritismus“, welche mir ein für allemal das Wohlwollen jener übrigens recht jungen und fanatischen Tante raubte. Ich glaube, ich war damals 16 oder 17 Jahre alt.

Als bloßer Verneiner der Existenz Gottes und Leugner der geschichtlichen Existenz Jesu Christi sowie eines Geisterjenseits konnte ich allerdings nicht auf die Dauer geistig leben. Was die Religion nicht mehr zu bieten hatte, das *Ideal*, suchte ich nun in der Philosophie. Inzwischen war aus dem Schüler ein Buchhandels-Lehrling geworden, dem die Bücher von Ernst *Haeckel* und die philosophischen Äußerungen *Goethes* begeisternde Erlebnisse wurden. Mit 18 oder 19 Jahren bekannte ich mich denn auch konsequenterweise zum „Monismus“. In diese Zeit fällt auch meine erste Berührung mit Sozialismus und Kommunismus.

Zwar hatte ich bereits als Obertertianer die Mutter eines Schulkameraden kennengelernt, die eine Sozialdemokratin war, aber der geistige Einfluß von ihr, auf den ich mich besinnen kann, bestand darin, dann sie mich aus dem eben gelesenen Buchs von *Maurenbrecher* über die „Hohenzollernlegende“ aufklärte und im übrigen ziemlich schwarzrotgoldene, mehr demokratische als sozialistische Ideale vertrat. Ich erinnere mich nicht, durch sie irgendwelche Vorstellungen von Sozialismus erworben zu haben. Dafür spricht auch meine Haltung zu einem Mitlehrling in jener Buchhandlung, der Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes war, und gegen welchen ich wütend die Unmöglichkeit des Sozialismus verteidigte. Immerhin mag manches von dem, was dieser mir sagte, trotz unmittelbarer Abwehr im Stillen weitergewirkt haben; ich weiß es nicht und besitze auch keine Erinnerung mehr an das, was er mir nun im Besonderen gesagt hat.

Das Verdienst aber, mich zum bewußten Sozialisten gemacht zu haben, darf mein Vater für sich in Anspruch nehmen. Seine unkameradschaftliche, vollkommen verstaubte Haltung zu mir, sein militärisch-autokratischer Standpunkt in Erziehungsfragen genügten durchaus, um aus einem Menschen meiner Art einen Rebellen zu machen. Es kam bloß darauf an, mit welchem geistigen Inhalt sich diese rebellische Haltung gegen die Patriarchalität verband. Daß es der Sozialismus wurde, ist die Schuld des Dichters Frank *Thiess*, der sich über diese Verknüpfung gewiß sehr wundern würde! Ich hatte mit heißem Herzen seinen Roman „Am Tor zur Welt“ gelesen und sah in ihm einen pädagogischen Standpunkt vertreten, den mein Vater als einen „sozialistischen“ ständig zu diskreditieren suchte, den ich aber mir notgedrungen zu eigen machen mußte. Ich werde wohl die Stunde nie vergessen, in welcher ich nach Beendigung der Lektüre dieses Romans in den frühen Morgenstunden mit brennenden Augen in meinem Bett lag und mir sagen mußte: „Wenn Du diese Ansichten über Erziehung Dir zu eigen machst, dann bist Du ja ein Sozialist“! Und ich wurde Sozialist. Es mag nicht viel Menschen geben, die mit noch nicht zwanzig Jahren aus pädagogischen Gründen Sozialisten geworden sind, ich wurde es jedenfalls, weil mein Vater diejenigen Ansichten über Erziehung und Familie, die ich aus der Literatur kennen lernte und für die besseren und richtigeren hielt, als sozialistische Meinungen hingestellt hatte. In diesem Sinne hat er mich auf den Weg zum Sozialismus gebracht, und dafür muß ich ihm, der soviel für meine Geistigkeit im *äußerlichen* Sinne und sowenig im *innerlichen* Sinne getan hatte, wohl dankbar sein. Wie überhaupt sich meine ganze Opposition zur bürgerlichen Gesellschaft aus dieser Reaktion auf die väterliche Kommandostellung entwickelte, mag eine Bemerkung verdeutlichen, die ich damals in einer Zeit des schärfsten Zusammenpralls mit meinem Vater in mein „Tagebuch“ schrieb: „Ich schwöre, daß ich den *drei Vätern* den Kampf bis aufs Messer liefern werde, so lange ich lebe!“ Und gemeint waren: Gottvater, der Landesvater und der pater familias. Die Gesellschaftsordnung, gegen die mein damaliger „Sozialismus“ opponierte, war also für mich mehr die patriarchalische als die kapitalistische. Meine Ansichten von Sozialismus waren denn auch mehr von *Wittels* („Die Befreiung den Kindes“) und von *Winter* bestimmt, als etwa von Kautsky und Lenin, von Karl Marx ganz zu

schweigen. Vom wirtschaftlichen Sozialismus wußte ich nichts, und der politische Sozialismus stieß mich wegen seines Parteiwesens ab. Die einzige sozialistische Schrift, die nicht pädagogische Fragen behandelte und an die ich mich noch erinnere, war ein kleines Büchlein von Gustav Mayer „Aus der Welt den Sozialismus“ und enthielt lediglich eine Anzahl historischer Aufsätze.

Ich brauche wohl kaum zu erwähnen, das ich mich damals um die Presse und das Zeitschriftenwesen der Sozialisten noch weniger kümmerte. Im Zusammenhang mit meinen pädagogischen Interessen standen diejenigen für die Psychologie, besondere für die Psychoanalyse, die ich mit 19 bis 20 Jahre gierig in mich aufnahm. Selbstverständlich wurden hierbei auch meine historischen, philosophischen und religionswissenschaftlichen Studien nicht vernachlässigt. Leider bemächtigte sich die patriarchalische Inquisition meiner damaligen Werke und überantwortete meine Schriften einem erbarmungslosen väterlichen Autodafé, darunter auch meine Tagebücher wegen ihrer abfälligen Kritik der väterlichen Erziehung.

Aus diesem Grunde ist daher von meiner Arbeit in den Jahren 1924-1929 kaum etwas erhalten geblieben, und schon aus diesem Grunde muß ich die Geschichte meiner geistigen Entwicklung vom Todesjahre meines Erzeugers an rechnen, da ich sie erst von nun an schriftlich und dokumentarisch belegen kann.

Drei Tage nach dem Tode meines Vaters trat ich in eine freie Gewerkschaft der Angestellten ein (ZdA), und geriet so in den Bannkreis marxistischer Gedanken. Die Gründe für diesen Eintritt waren aber damals bestimmt noch nicht in meinem Klassenbewußtsein, nicht einmal in meinem Klasseninstinkt zu suchen. Vielmehr war der wahre Grund ebenso bezeichnend für meinen Vater wie für mich: das Tarifwesen war für ihn als Deutschnationalen Parteimitglied ein Stück Sozialismus, und wohl aus diesem Grunde kümmerte er sich nicht darum, ob meine Lehrherren schon bei Abschluß der Lehrverträge sich an die Tarifbestimmungen hielten oder nicht. Als ich dahinterkam, und meinem Vater Vorhaltungen machte, deckte er nach meinen damaligen Begriffen des offenbare Unrecht meines Lehrherren und trat auf die Seite des Unternehmers. Wie mich die Beeinträchtigung des an sich schätzbaren Urlaubs und Lehrlingsentgelts durch meinen Buchhandlungslehrherrn empörte, die ich erst feststellte, als ich schon eine

andere, kaufmännische Lehre angetreten hatte, kann man sich wohl vorstellen. In diesem Moment erinnerte ich mich an den Rat meines früheren Mitlehrlings, dem Zentralverband der Angestellten beizutreten. Zu Lebzeiten meines Vaters konnte ich diesen Rat selbstverständlich nicht befolgen, aber ich war dazu entschlossen, am Tage meiner Großjährigkeit durch den Eintritt in eine sozialistische Gewerkschaft eine Kampfstellung gegen jenes Unternehmertum einzunehmen, das mein Vater gegen mich unterstützte. Sein Tod ermöglichte mir diesen Schritt schon ein ganzes Jahr zuvor.

Mein erstes Verhalten in dieser Organisation ist für meinen umfassenden Anti-Vater-Komplex auch recht bezeichnend. In unserem Familien- und Bekanntenkreis standen natürlich mit wenigen Ausnahmen alle Väter und Mütter auf der Seite meines Vaters, und waren emsig bemüht, mir ihre spießbürgerlichen Ansichten nicht etwa als sachlich richtiger und geistig wie sittlich überlegener, sondern als diejenigen von „Erwachsenen“ gegenüber mir dummen Jungen hinzustellen. Darum ging ich denn auch mit meinen zwanzig Jahren in die Jugendgruppen des ZdA, und nicht in die Versammlungen der erwachsenen Verbandsmitglieder. Ich bin der festen Überzeugung, daß dieser einer der besten Entschlüsse meines Lebens gewesen ist, sonst hätte ich wohl zehn Jahre zu früh gewisse Ideale verloren, deren Verlust ich wohl heute ertragen kann, die mich aber damals, wo ich gerade mit Mühe und Not auch charakterlich einer schiefen asozialen Ebene entronnen war, wohl rettungslos im üblichen Dasein des üblichen jungen Mannes hätte versumpfen lassen.

Nach alledem stelle ich heute in ziemlicher Ruhe fest, daß wohl der Tod meines Vaters, bei der Schärfe des Konflikts zwischen uns, für beide Teile die beste Lösung war, indem er meinen Vater von einer hoffnungslosen Krankheit und von einem noch hoffnungsloseren Sohn befreite, diesem aber die unerträgliche Last der patria potestas von den jungen Schultern nahm, in einem Augenblick, wo sich die sittliche Mündigkeit zu der geistigen gesellte. Wir hatten uns unser weiteres Leben nur noch verbittern können, da mein Vater wohl kaum der Mensch war, der umlernen konnte; und er wäre mit der Vollendung meines 21. Lebensjahres dann sogar noch in einen politischen Gegensatz zu mir geraten! Ich aber wäre im Falle seines Weiterlebens wohl noch lange nicht fähig gewesen, den anti-patriarchalischen „Sozialis-

mus“ mit einem „antikapitalistischen“ Sozialismus zu vertauschen, und mich wohl im Kampfe mit meinem Vater zwecklos aufgerieben. So aber vergingen mit dem Ableben meines Vaters bald meine infantilen Hemmungen und vaterfeindlichen Jugendkomplexe: ihm war wohl und mir war besser!

In die Jugendgruppen hatte mich aber auch schon mein erstes „Programm“ hineingetrieben: neben manchen anderen belletristischen Versuchen, die meistens das Schicksal meiner wissenschaftlichen Essays teilten und vom Gegensatz Vater und Sohn, Erwachsene und Jugend handelten – mit welcher Begierde hatte mich auf *Strindberg*, *Nietzsche* und *Turgenjew* gestürzt! –, plante und entwarf ich zwei große Romane: einen „Kreuzzug der Kinder“ des zwanzigsten Jahrhunderts und seine Fortsetzung als „Die Befreiung des siebenten Standes“, d.h. der Jugend. Meine Absicht war es also, in die Jugend zu gehen, um ihr in ihrem Kampf gegen die Eltern, die Erwachsenen, die ganze alte Generation zu helfen! Welche Offenbarung wurde da für mich das Referat einer Frau in der Jugendgruppe über *Bebels* „Die Frau und der Sozialismus“. Die Referentin empfahl mir ferner *Engels* „Der Ursprung der Familie“, welches das erste Buch war, das ich von *Marx* und *Engels* las. Und mit welcher Inbrunst nahm ich diese historischen und soziologischen Auffassungen von der Vergänglichkeit und Rückständigkeit einer Institution in mich auf, an der ich so sehr gelitten hatte. Ich hatte auf einmal nicht nur persönliche und subjektive Motive, bloße pädagogische und psychologische Argumente zu meinem Kampfe gegen die Familie, sondern ich stand mit einem Mal nicht nur mit der „vergewaltigten Jugend“, sondern mit großen Denkern und einer gewaltigen geistigen und geschichtlichen Bewegung zusammen im Kampfe gegen eine überlebte Form der Beziehungen von Eltern und Jugend, von alter und junger Generation. Dieses geistige Erlebnis war es, das mich erst zum wirklichen Marxisten gemacht hat. Alle weitere Entwicklung vollzog sich nun nur noch auf dem geistigen Boden des Marxismus.

Der Zusammenhang, in welchem bei *Engels* die Entstehung der Familie mit dem Ursprung des Staates steht, war um so mehr geeignet, meinem Sozialismus auch endlich eine *politische* Note zu geben, als ich ja schon vordem ein Gegner der von meinem Vater verteidigten Monarchie war. Die „Berliner Turnerschaft“ hatte ich einst ver-

lassen müssen, weil sie meinem deutschnationalen Vater zu „republikanisch“ eingestellt war; den Umgang mit meinem besten Schulfreunde hatte mir mein Vater untersagt, da seine Mutter „schwarzrotgold“ gesinnt sei. Diese Methoden der Kontrolle meines Verkehrs mit Gleichaltrigen machten mich schließlich immer einsamer, sodaß ich schließlich in den letzten Jahren vor dem Tode meines Vaters überhaupt keinen freundschaftlichen Umgang mehr besaß. Selbstverständlich standen meine Lektüre und meine ersten literarischen Versuche ebenfalls unter schärfster Zensur, sodaß diese Betätigung nur „illegal“ vor sich gehen konnte. Ich war hierbei durchaus im Nachteil, da ich jung und naiv, mein Vater aber ein erfahrener Polizeibeamter war.

In seiner nachgelassenen Bücherei fand ich nun zwei Bücher von dem sozialdemokratischen Schriftsteller Karl *Frohme*, „Monarchie oder Republik?“ und „Arbeit und Kultur“, die ich bei Lebzeiten nie hatte lesen dürfen, so bereitwillig er sonst gewesen war, mir seine reichen Bestände an patriotischen Jugendschriften und Soldatengeschichten zur Verfügung zu stellen. Im Aufbau seiner mehrere hundert Bände umfassenden Bücherei war mein Vater trotz eines ehrlichen und starken Bildungsbedürfnisses wenig wählerisch, denn es fehlte ihm an jeglicher literarischer Bildung. Mir ist auch nicht bekannt, daß die Unteroffiziersanwärtereschulen vor dem Kriege sich um die literarische Bildung ihrer Zöglinge Verdienste zuzuschreiben hätten. Unter diesen Umständen konnte sich mein Vater seine Bücher nur nach äußeren Gesichtspunkten aussuchen, nicht nach geistes- oder literaturgeschichtlichen Zusammenhängen, ging daher oft nur nach den Titeln der oft antiquarisch erstandenen Bücher. Mit den Büchern von *Frohme* war er nun – von seinem Standpunkt aus! – hereingefallen. Mir haben jedenfalls diese beiden Bücher die ersten politischen und ökonomischen Auffassungen der *Sozialdemokratie* vermittelt, von deren engem Verhältnis zu den Freien Gewerkschaften ich in jenen Tagen auch erstmalig etwas erfuhr.

Als eine meiner wichtigsten Aufgaben betrachtete ich damals auch den entschlossenen Kampf gegen die *Religion*, ohne übrigens bis dahin andere marxistische Schriften über sie gelesen zu haben als *Cunow*, den ich mir damals kaufte. Und da begegnete mir der erste innere Widerspruch im Wesen der Bewegung: mir wurde immer wieder bedeutet, daß die „Religion Privatsache“ sei. Mit dieser Begründung

wurden meine angebotenen Referate über den „Ursprung des Gottesglaubens“ und die „Entstehung des Christentums“ (unter Leugnung der historischen Existenz Jesu Christi) schon in der Jugendgruppe abgelehnt. In der Voraussetzung, daß man zwar die Religion als innere Angelegenheit jedes Einzelnen ansehen könne, nicht aber die *Kirche*, und unter Berufung auf die pazifistische Haltung der Gewerkschaften, schlug ich schließlich ein Referat „Kirche und Krieg“ vor, und dieses wurde mir dann auch zugestanden. Ich machte mich mit Feuereifer unter Anlehnung an das Buch von Hans *Fülster* an dieses mein *erstes Referat*, und nahm mir vor, manches kritische Streiflicht auch auf die Kirchengeschichte fallen zu lassen. Ich habe dieses Referat nie gehalten; der Jugendsekretär des Verbandes – später erfuhr ich, daß er sich zum „religiösen Sozialismus“ bekannte – untersagte kurz vorher eine Aussprache über dieses Thema.

Ich übertreibe wohl nicht, wenn ich behaupte, daß dieser Vorfall mich zuerst auf den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis in der sich so bezeichnenden marxistischen Bewegung hingestoßen hat. Ich darf von mir sagen, daß ich stets von den jeweils angeeigneten Ideen und Zielen bis in die letzte Faser erfüllt und von der Notwendigkeit ihrer Verbreitung stets durchdrungen war. Es war meine feste Überzeugung, daß eine Einrichtung wie die Kirche, die „das Wort“ nicht hatte Fleisch werden lassen, sondern es im Apparat erstickt hatte, verschwinden müsse. Gewiß mag die Leidenschaft, mit der ich diesen Standpunkt vertrat, durch den väterlichen Zwang zum Kirchgang mit hervorgerufen worden sein, aber ich glaube überhaupt nicht mehr, daß sich Menschen leidenschaftlich für ein Ideal einsetzen können, die nicht zuvor unter seinem Gegenteil sehr gelitten haben. Wie sollte man aber die Kirche ernsthaft bekämpfen, ohne ihre geistige Grundlage, die Religion und das Christentum zu überwinden? So argumentierte ich in großer Erbitterung und konnte nicht begreifen, daß man hier Rücksicht auf „Andersdenkende“ und „religiös Empfindende“ nehmen wollte, die nach meinen ebenso rigorosen wie konsequenten Ansichten in einer *sozialistischen* Bewegung einfach nichts zu suchen hatten. Ach! Ich Glücklicher verstand damals noch nichts von Wahl- und Beitragsrücksichten! Trotzdem erkannte ich zum ersten Male, daß Idee und geistige Wahrheit vor den Interessen der Organisation nicht den Vorrang besaßen.

Die erste Folge dieses Vorfalles war, daß ich mich über den Umfang jenes Auseinanderklaffens zwischen marxistischer Stellungnahme zu Religion und Kirche einerseits und der praktischen Haltung der „marxistischen“ Gewerkschaft zu Religion und Kirche andererseits zu unterrichten suchte, und daher alles zu erlangen und zu studieren suchte, was Marxisten, vor allem aber *Marx* und *Engels* selbst über dieses Thema gesagt hatten. Ich konnte bald feststellen, daß *Marx* wie ich eine Aufgabe darin erblickte, „die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien“ (1875), und dann *Engels* den Satz „Religion ist Privatsache“ ein wenig anders aufgefaßt hatte, als Gewerkschaft und Partei es taten: vom *Staate* sollte die Religion als Privatsache behandelt werden (Trennung von Staat und Kirche), nicht aber von der Partei und den Genossen der Bewegung! Ich sah ein, daß ich also in dieser Frage zwar mit *Marx* und *Engels* einig war, aber nicht mit der Bewegung. Von da an stand ich stets mit diesen beiden Denkern allein, später unterstützt von einigen Gesinnungsfreunden, gegen die gesamte marxistische Bewegung. So wie ich schon 1929 auf dem Gebiet der Religions- und Kirchenpolitik die Theorie des Marxismus gegen die marxistische Organisation selbst verteidigte, so ist es mir bis 1932 schließlich auf allen anderen Gebieten immer wieder ergangen. Von diesem Ereignis wurde ständig die marxistische Theorie mit der marxistischen Organisationspraxis verglichen und letztere stets zu leicht befunden.

Die Beschäftigung mit der marxistischen Religionsauffassung führte notwendig auch zu einer Beschäftigung mit der marxistischen Weltanschauung. Ich mußte bald an meinem von *Haeckel* stammenden „Monismus“ manche Änderung vornehmen. Mitten in diese Arbeit der Einordnung meiner Ansichten über Religion und Philosophie in die marxistische Systematik platzte nun aber plötzlich die zwingende Notwendigkeit, mich mit einer anderen marxistischen Auffassung und Organisation auseinanderzusetzen, die ich bisher einfach ignoriert hatte. Ich traf nämlich meinen früheren Mitlehring aus der Buchhandlung wieder, der inzwischen der Vorsitzende einer parteikommunistischen Jugendgruppe geworden war. Er tat alles, um mich zum Parteikommunismus zu bekehren, da ich in jener Zeit noch nicht politisch organisiert war. Er führte mich in seiner KJV-Gruppe ein, und ich wurde noch am gleichen Abend zum „Kultur- und Literaturobmann“ gewählt! Diese Funktion habe ich nie ausgeübt, denn noch am gleichen Abend

finden sich die kräftigsten Burschen zusammen, um einer Stahlhelmversammlung „einen Besuch abzustatten“ und „sich 'mal mit ihnen zu unterhalten“, wie man mir mit bezeichnendem Minenspiel verriet. Die ganze Atmosphäre sagte mir so wenig zu, daß nicht einmal der demagogische Dreh mit dem „Amt“ mich bewegen konnte, zu diesem auch nachträglich meine Mitgliedserklärung zum KJV abzugeben. Die geistigen Auseinandersetzungen, die daraufhin mit meinem früheren Mitlehrling und einer ihm bekannten Genossin begannen und die sich bis 1932 mit vielen Unterbrechungen hinzogen, waren zugleich meine ersten schweren Kämpfe mit dem Bolschewismus. Denn meine beiden Gegner kannten die politische marxistische Literatur bedeutend besser als ich, und von *Lenin*, *Rosa Luxemburg* und *Karl Liebknecht* hatte ich damals überhaupt erst gehört!

Selbstverständlich war ich in ihren Augen bald als „ideologischer Kleinbürger“ klassifiziert, während ich ihnen vorzuwerfen pflegte, daß ihre Schlagworte nicht weniger ideologisch seien und schwierige theoretische Probleme allzusehr vereinfachten. Immerhin zwangen sie mich zur Lektüre des „Kommunistischen Manifests“ und machten mich mit *Engels* „Grundsätzen den Kommunismus“ bekannt, ihre Partei- und Agitationsschriften sowie die „Rote Fahne“ lehnte ich ab. Ich wollte den Marxismus an seinen Quellen studieren und nicht aus seinem durch Parteiunrat getrüben und vergifteten späteren Lauf.

Dann lernte ich außerhalb Berlins eine Genossin aus dem ZdA kennen und lieben, die damals noch unter dem Einfluß eines parteikommunistischen Freundes stand, der mit einer russischen oder polnischen Bolschewistin in freier Ehe lebte. Sie ist für nicht nur in persönlicher Hinsicht eine wichtige Episode in meinem Leben gewesen, sondern sie hat den Zwang zur Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus verstärkt und mich durch ihre welt- und innenpolitische Überlegenheit sehr angeregt und schließlich mich auch veranlaßt, den theoretischen Ansichten der marxistischen Ökonomie meine volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie stand mit ihrem in Belgien lebenden Freunde in einem lebhaften und umfangreichen Briefwechsel, der in dem Augenblick, wo ich mich in ihn einschaltete, zu einer leidenschaftlichen und bald erbitternden Polemik über zwei Themen: „Demokratie und Diktatur“ und „Sowjetrußland“ ausartete. Mein geistiges Verhält-

nis zu dieser Genossin bestand in einem regen Austausch dessen, was der Eine dem Andern schon voraus hatte: während ich politisch und ökonomisch von ihr viel gelernt habe, konnte ich ihr manches von meinen literarischen, religionswissenschaftlichen und philosophischen Arbeiten vermitteln. So muß ich meinen geistigen Horizont als das Ergebnis unserer gemeinsamen geistigen Arbeit ansehen, etwa bis zum Ende des Jahres 1930. Von da an begann ich nämlich erst meine Umgebung an Umfang und Tiefe der marxistischen Erkenntnis zu überholen.

Der belgische Freund dieser Genossin verfiel schließlich in einen unerträglich schulmeisterlichen und überheblichen Ton, der mich um so mehr empörte, als dem Manne eigentlich jede innere geistige Berechtigung dazu abging. Wir erkannten immer klarer, daß seine größte Stärke, das Aufgehen in der bolschewistischen Politik, zugleich seine größte Schwäche in der marxistischen Theorie bedingte. Ich erteilte ihm eine erbarmungslose Abfuhr in einer methodologischen Streitfrage „Abstrakt – Konkret“. Wenn ich mir heute die Briefe von 1930 an jene Genossin, meine Auseinandersetzung mit dem in Belgien lebenden Bolschewik betrachte, vor allem die Studien über die „Proletarische Diktatur“, den „Sozialismus in Rußland“ und „Abstrakt-Konkret“, so habe ich allen Grund, auf diese Ergebnisse nur zweijähriger Studien des Marxismus stolz zu sein.

Mir wuchsen langsam die Flügel und ich war gewillt, sie kräftig zu gebrauchen. Zwei weitere Entschlüsse trugen viel hierzu bei. Ende 1930 trat ich in die Jungsozialistische Vereinigung Groß-Berlins ein und wurde damit – zu meinem großen Mißvergnügen! – automatisch Mitglied der deutschen Sozialdemokratie. Ich wollte ein junger Sozialist, aber kein Sozialdemokrat sein. Immerhin entgegneten mir meine neuen Genossen – zum ersten Male bekam ich durch sie direkte Fühlungnahme mit dem Proletariat! –, man müsse gerade als jüngere Generation *innerhalb* der SPD an ihrer Verjüngung und Revolutionierung arbeiten. Mein erstes Referat bei den Jungsozialisten beschäftigte sich mit dem Thema „Die Stellungnahme des Marxismus zur Religion“, nicht etwa: „Sozialdemokratie und Religion“! Hierbei stützte ich mich übrigens auch auf die Relativitätstheorie von *Einstein*, mit der ich mich damals stark beschäftigt habe, um darzulegen, daß es im Universum für Gott gar keine Funktion und keinen Ort gäbe. Wich-

tig wurden nun aber für mich vor allen Dingen die inneren Auseinandersetzungen um die Politik der Partei, die gewöhnlich bei uns auf heftige Opposition stieß. In diesem Kampf des Jungsozialismus mit dem Altsozialismus der Partei kämpfte ich stets mit *Marx* und *Engels* gegen den revidierten „Marxismus“ der SPD und erwarb mir bald bei meinen neuen Genossen hiermit eine gewisse Achtung.

Der zweite Entschluß bestand darin, daß ich mich dem ZdA als Jugendreferent anbot. In einiger Überschätzung meiner Kenntnisse und damaligen Fähigkeiten hatte ich den Versuch hierzu schon im Sommer 1929 unternommen, war aber unter Hinweis auf meine noch zu frische Mitgliedschaft abgewiesen worden. Im April 1931, nach Beendigung der kaufmännischen Lehre entlassen, mitten in der Zeit einer Millionenerwerbslosigkeit, ohne Aussicht auf eine baldige Anstellung und ohne Liebe für meinen Beruf, wiederholte ich meinen Versuch, um wenigstens durch Vorträge etwas zu verdienen und auf diesem Wege vielleicht die Vorbedingungen zu einer Laufbahn als Schriftsteller zu schaffen. Nun, der Verdienst ging für die Beschaffung der notwendigen Literatur zum großen Teile drauf, aber gelernt habe ich jener Zeit sehr viel, sicher mehr als meine jugendlichen Zuhörer! Denn ich übernahm einfach jedes gestellte Thema, wenn es mich nur einigermaßen reizte, gleichgültig, ob ich genügende Vorkenntnisse hatte oder nicht. Ich erarbeitete sie mir dann eben, und wenn es sein mußte, in zwei oder vier Wochen; und ich glaube bestimmt, daß ich zwar nicht der klügste und geschulteste der ZdA-Jugendreferenten war, aber sicher der fleißigste! Es würde hier einfach zu weit führen, wenn ich hier alle die Themen aufzählen würde, die ich damals in Referaten mehr oder weniger bewältigen mußte. Ich ging aber bei allen immer von der Stellungnahme von *Marx* und *Engels* aus, konfrontierte sie mit derjenigen der SPD, prüfte sie in ihrer gegenwärtigen Verfassung und gelangte so zu meinem Urteil.

So wurde mein Gegensatz zur Sozialdemokratie und auch zum Bolschewismus immer stärker; die Auseinandersetzungen um 'Panzerkreuzer A', die Koalitions- und Tolerierungspolitik, die Ära Brüning, die Stellung zur NSDAP seit ihrem Wahlerfolg im September 1930 zwischen uns Jungsozialisten und dem Berliner Parteivorstand nahmen an Heftigkeit und Erbitterung zu und bestimmten mich zwei Mal zu der Erwägung, meinen Austritt aus der SPD zu erklären. Das zweite

Mal handelte es sich um die Auflösung der dem Parteivorstand zu radikal gewordenen Jungsozialistischen Vereinigung durch Parteidekret. Daß ich nicht schon damals die SPD verließ, ist nur dem Einfluß eines Menschen zu verdanken, von dem ich nur mit großer Liebe und Verehrung sprechen kann. Ich muß zunächst schildern, wie ich ihn kennen gelernt habe.

Die erste große Veranstaltung der Jugend des ZdA, an der ich mich beteiligte, war das Gaujugendtreffen in Neu-Strelitz. 1929. Dort lernete ich eine Verbandskollegin kennen, die mir von ihrem Vorhaben erzählte, mit einigen jungen Buchhändlern des Verbandes, die der Jugendgruppe schon entwachsen waren, einen „Literarischen Arbeitszirkel“ zu gründen, und mich als ehemaligen Buchhändlerlehrling zur Beteiligung aufforderte. Sie war eines der interessantesten Mädchen, die ich im ZdA kennengelernt habe. Sie war ebenso anregend wie unfähig, an einer von ihr selbst ins Leben gerufenen Sache dauernd und intensiv mitzuarbeiten. Alles Stetige, Intensive, Methodische war ihr unangenehm, und unsere gegenseitige Anziehung beruhte wohl gerade darauf, daß ich ihr ganzes Gegenteil war. Im übrigen lag ihr größter Wert, in dem was sie anregte. Ich muß ihr für manches danken, vor allem verdanke ich ihr die Auflösung einer menschlichen Starrheit, in die mich ein fanatisches Studium der Bücherwelt zu verstricken drohte. Brigitte Sch. führte mich also in diesen literarischen Zirkel ein, der einer meiner wichtigsten Wirkungskreise wurde. Das erste in ihm gehaltene Referat beschäftigte sich mit „Goethes Weltanschauung“, weitere behandelten an mehreren Abenden „Die Philosophie von Henri Bergson“, und „Der Untergang des Abendlandes“ von Oswald Spengler. Ich erinnere mich auch, dort einmal über die „Junghegelianer“ und die „Nationalsozialistische Weltanschauung“ (*Rosenberg*) gesprochen zu haben.

Die Arbeit in diesem Zirkel stand unter der Leitung eines gewissen Dr. G., der zu einer marxistischen Betrachtung der Literatur vollkommen unfähig war und daher auf unseren Wunsch durch eine russische Genossin, eine emigrierte Menschewistin, ersetzt wurde, Vera Sch. Sie und ihr Mann waren die beiden Menschen, die sich als erste bemühten, meinen himmelstürmenden Idealismus mit der politischen Realität zu versöhnen und zu einer Synthese zu verschmelzen, die aus mir einen politischen Praktiker machen konnte.

Ich habe diesen beiden prachtvollen Menschen theoretisch und menschlich viel zu verdanken. Ich habe nicht nur viel von beiden über Rußland gelernt, von Vera besonders über russische Literatur und französische Philosophie, von Sascha über die Geschichte der russischen Sozialdemokratie, sondern beide boten mir damals auch ein Heim, das ich in jener Zeit vermißte. Denn nach dem Tode meines Vaters, durch meine Erwerbslosigkeit, politische Entwicklung und literarischen Ziele, geriet ich in einen schweren Gegensatz zu Mutter und Schwester, die sich nicht nur meiner ganzen Lebensführung widersetzen, sondern sich auch seit 1930 für die Hitlerbewegung entschieden. Dieser Mann, Sascha, war es auch, der mich damals, als ich die Begründung meines Austritts formuliert hatte, fragte, ob ich nun in die KPD eintreten oder Einzelgänger werden wolle? Das eine kam nicht in Frage, und das andere scheute ich damals noch. Sascha wußte mir klarzulegen, daß man für irgendwelche Ziele des Sozialismus nur in der großen sozialdemokratischen Bewegung wirken könne.

Übrigens war Sascha ein typischer Gewerkschafter und Reformist, und wir fanden politisch nie eine gemeinsame Grundlage. Er erfüllte in meinem Leben wie so viele meiner Gegner und Freunde die Aufgabe, mir irgendeinen „Ismus“ auch in voller menschlicher Erscheinung klar vor Augen zu führen, den ich sonst in gleicher Klarheit und Konsequenz wohl nur in der Literatur gefunden hätte. Abers er war wie ein *Vater* zu mir, er erzog zu Reife und Anständigkeit, kaum daß man es merkte, und bewies mir praktisch und schlagend, daß zwischen alter und junger Generation auch ein kameradschaftliches Verhältnis möglich ist, trotz aller Meinungsunterschiede. Vor allen Dingen gab er mir das Beispiel eines Menschen, der in seiner Überzeugung durch keine materiellen egoistischen Gesichtspunkte sich je beirren ließ und für sie viel ertragen hatte, Verbannung und Kerker, und stets aufs Neue auf sich zu nehmen gewillt war. Ich kann nie ohne innere Bewegung an ihn und Vera denken ...

Hier ist Zeit und Ort noch einer anderen Lern- und Lehrstätte zu gedenken: des großen „Arbeitskreises“ des ZdA, in welchem allen Kollegen, die zwar schon der Jugendgruppe entwachsen waren, aber sich für die Verbandsversammlungen noch zu jung fühlten, Gelegenheit zu weiterer Schulung geboten werden sollte. Ich muß zugeben, daß neben ihm der „Literarische Arbeitszirkel“ eine Eigenbrödelei war,

es fragt sich aber sehr, ob die jungen Buchhändler ohne ihren Zirkel zum Kreis gekommen wären. Ich hatte jedenfalls Zeit genug, um in beiden Gemeinschaften zu lernen, was *ich* nötig hatte, und zu lehren, was *sie* nötig hatten. Übrigens hielt auch Vera in diesem Kreise manchmal Vorträge. Die ersten Referate, die ich dort hielt, behandelten *militärische* Gebiete: das erste berichtete über „Die Arbeitspflicht“ (in Rußland, Bulgarien, Deutschland) und das andere über die „Abrüstung“. Im ersten wies ich zum ersten Male auf die militärischen Tendenzen im Bolschewismus hin, im anderen suchte ich den modernen Rüstungsbegriff (potentiel de guerre) darzulegen und zu zeigen, daß eine bloße quantitative Abrüstung entweder den wehrgeographischen Rücksichten Rechnung trägt oder aber als Prinzip im Zeitalter des Kriegspotentials eine Utopie bleibt. Ich folgerte daraus, daß Abrüstung in einer modernen, organisierten industriellen Gesellschaft nicht möglich ist und demzufolge verurteilt sei, sich entweder als pazifistische Phrase oder gar als *qualitative* Aufrüstung zu entpuppen. Ich weiß noch, welchen Widerspruch ich mit diesen Behauptungen (die ich übrigens wie immer gut begründen konnte), fand. Später, als ich darauf hinwies, daß das „Umbauprogramm“ der Gewerkschaften nichts mit Sozialismus im Sinne von *Marx* und *Engels* zu tun habe, wohl aber mit einer organisatorischen Anpassung an diese moderne Rüstung, also eher kriegswirtschaftlich als sozialistisch verwertet werden könne, mag der Widerspruch und vielleicht auch das Aufsehen, das ich mit solchen Behauptungen erregte, noch schärfer gewesen sein.

In diesen beiden Kreisen habe ich bis zum Verbot marxistischer Organisationen 1933, ja eigentlich noch bis zum Mai 1933, als die Gewerkschaften gleichgeschaltet wurden, gewirkt. Ich verdanke beiden viel Förderung und Erfahrung, vor allem eine Fülle theoretischer Anregungen. Im großen Arbeitskreis lernte ich auch 1931 eine Genossin näher kennen, die mir eine wirkliche Lebensgefährtin geworden ist. Doch damals bestand noch meine Beziehung zu Lotte K., jener Genossin, von der ich oben schon berichtete, und mit der zusammen ich bis Ende 1930 in einem umfangreichen Briefwechsel und langen Gesprächen zu einem antibolschewistischen und antisozialdemokratischen Marxismus gelangte. Auch sie war Mitglied der SPD Brandenburg (Havel), und versuchte dort, die Gründung einer Jungsozialistengruppe zu erreichen. Der Brandenburger Parteivorsitzende,

der Sohn des ehemaligen Reichspräsidenten, Fritz *Ebert* jun., war aber klüger als der Berliner Parteivorstand; er sorgte dafür, die Jungsozialisten erst gar nicht verbieten zu müssen und untersagte daher die Gründung einer Ortsgruppe in Brandenburg. Als dann die SPD-Op-  
position immer mächtiger wurde, ihre eigene Presse entwickelte und in den bekannten Konflikt zum Parteivorstand geriet, machten wir auch jene Phase leidenschaftlich mit. Die Spaltung und unseren Übertritt zur „Sozialistischen Arbeiterpartei“ vollzogen wir gleichfalls gemeinsam, und nicht einmal Sascha konnte mich dieses Mal bestimmen, bei der SPD zu bleiben, denn die SAP bewahrte mich ja vor dem Schicksal des Einzelgängers. Lotte und ich erhielten in den Ortsgruppen der neuen Partei denn auch wegen ihrer Aktivität bald Funktionen, die an ihre geistige Wachsamkeit und agitatorische Einsatzbereitschaft hohe Anforderungen stellten.

Die kurze Ära unserer Aktivität in der SAP – sie dauerte kaum ein Jahr und ein Quartal! – ist wohl für mich die *entscheidende* Erfahrung für meine politische Einstellung zur alten, sozialdemokratischen Arbeiterbewegung geworden. Alle Hemmungen, die uns KPD und SPD gegen das Parteiwesen gegeben hatten, konnten mit einem Schlage von uns abfallen, da es sich bei dieser neuen Gründung ja um eine vollkommen unbelastete Organisation handelte. Mit unserem ganzen jugendlichen Schwung und Idealismus gingen wir in die neue Aufgabe hinein, Lotte an ihrem Platz in Brandenburg, ich in Berlin und in meiner Ortsgruppe Pankow. Unsere Hoffnung war, daß die SAP ihrem Namen Ehre machen und eine wirkliche *sozialistische*, d.h. weder eine sozialdemokratische noch eine bolschewistische Partei sein, sich weder der II. noch der III. Internationale angliedern werde. Theoretisch erwarteten wir also von ihr die Vertretung eines von opportunistischen Rücksichten freien, unrevidierten Marxismus, also eine Abkehr sowohl von *Kautsky* und *Hilferding*, als auch von *Lenin* und *Trotzky*. Wir traten von Anfang an mit aller Kraft für diese grundsätzliche Haltung ein ... und fanden hiermit bei der Mehrheit unserer neuen Parteigenossen Widerspruch.

Hier sind Zeit und Ort eines weiteren Kreises zu gedenken, der sich um mich gebildet hatte. Die Zirkel, die ich bisher genannt habe, waren alle schon vor mir vorhanden, d.h. bestanden im Rahmen der bestehenden Arbeiterbewegung. Seit 1931 begannen sich aber einige

Freunde, ursprünglich aus den Jugendgruppen des ZdA, dann auch der Jungsozialisten, der SPD-Opposition und der SAP und ihrer Jugend (SJV) sich außerhalb der organisatorischen Tätigkeit mit mir zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden. Dieser „marxistische Arbeitskreis“, wie ich ihn einmal 1932 bezeichnete, gewann seine größte theoretische und praktische Bedeutung für die an ihm Beteiligten durch seinen Einsatz in der Auseinandersetzung um die künftige Gestalt und das zu schaffende Programm der neuen Partei. Als ich mich allerdings mit meinen engeren Freunden auf den Boden des Programmentwurfs von *Reichenbach* stellte, verschwanden wieder einige Genossen, die diese Haltung nicht mitmachen wollten.

An dieser meiner Entscheidung für den durch die Traditionen der früheren Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD) bestimmten Programmentwurf Reichenbachs ist allerdings ein Genosse nicht ganz unschuldig, den ich damals in der SAP kennen lernte, Kurt St. Er war es, der meine kritische Auffassung des Bolschewismus vertiefte, die Schindluderei der Kominternpolitik klar aufzeigte, indem er nachwies, daß *Stalin* und Konsorten nicht etwa internationale Arbeiterpolitik machten, sondern *russische* Politik mit Hilfe der „Komintern“! Auch über das innere Wesen der Arbeiterbewegung, d.h. das Problem ihrer *Organisation* und das *Räteprinzip*, habe ich ihm manche neue Erkenntnis zu verdanken.

Da ich ihm wieder manches aus meiner historischen, theoretischen und literarischen Beschlagenheit vermitteln konnte, war unser gegenseitiges Verhältnis ein für beide Teile sehr fruchtbares. Seine Gesichtspunkte bestimmten mich vor allem zu einer noch schärferen politischen Kampfstellung gegen den Bolschewismus, und es war diese Haltung, die auch meinen „marxistischen Arbeitskreis“ zerriß. Denn damals begann die SAP im Bestreben, sich als möglichst revolutionäre Partei gegenüber der KPD und KPD-Opposition zu behaupten, schon wenige Wochen nach ihrer Gründung dem Bolschewismus Konzessionen zu machen und die einstige Rußlandauffassung der SPD-Opposition zu revidieren. Wir verfolgten diese Tendenzen mit schärfster Aufmerksamkeit und wandten unsere ganze Kraft daran, die neue Partei vor einem Abgleiten in den Bolschewismus zu bewahren. Unser Kampf wurde hoffnungslos, als sich die KPO spaltete und ihre Minderheit in die SAP ging; denn damit kamen eine Anzahl bolsche-

wistischer Propagandisten zu uns, die an prinzipieller Klarheit und theoretischer Konsequenz unserem farblosen und theoretisch richtungslosen Parteivorstand überlegen waren. Es dauerte auch nicht lange, bis die KPO-Minderheit, wie wir sie nannten, die geistige Führung der Partei an sich riß, und dann hagelte es Ausschlüsse. Einer der Ersten war Kurt St.

Für meine theoretische Entwicklung aber wurde es entscheidend, daß ich jetzt direkt gegen hervorragende Gegner auftreten mußte: ich bin stolz darauf, daß der Führer des Lenin-Bundes, *Urbahns*, der politisch Führer der KPO-Mehrheit *Brandler*, der Theoretiker des Imperialismus und Programmatiker der SAP-Mehrheit *Sternberg*, der Parteivorsitzende *Seydewitz* u.a. exponierte Persönlichkeiten der Bewegung ihre bolschewistischen Auffassungen gegen meine Kritik verteidigen und die Klängen mit mir kreuzen mußten. Wenn ich heute auf jene Zeit zurückblicke, dann scheint es mir, daß wir Theoretiker zwar von der Zeit Recht erhalten, aber nur auf Kosten des Umstandes, daß solche Politiker zu ihrer Zeit Recht behalten!

Als ich mich zum Jahresabschluß 1932 im Rundfunk in der „Stunde der jungen Generation“ diskutierend über das Thema „Hat Toleranz noch einen Sinn?“ ausließ, war ich bereits mit der SAP fertig. Mein letztes Referat in Brandenburg über Sowjetrußland führte bereits zu einer Interpellation beim Parteivorstand, wie ich derartige Auffassungen über Rußland zuwider dem Standpunkt der Partei vertreten könne. Mein Ausschluß war bereits gefordert worden, ich zog mich bereits von der Arbeit zurück ... da kam es zu der nationalsozialistischen Staatsumwälzung, und in ihrem Gefolge zerstob vor dem Sturmwind der Geschichte alles, was bis dahin den Inhalt meines Lebens ausgemacht hatte: Kreise, Zirkel, Genossen, Freunde. ... Eine neue Epoche hatte begonnen und verlangte eine neue Orientierung.

## B. Die Periode der theoretischen Produktivität (1932–1939)

Für diese Zeit muß ich nun eine andere Form der Darstellung wählen, an die Stelle einer historischen Schilderung meines geistigen Weges tritt eine systematische Zusammenfassung meiner Resultate. Das ist auch deswegen geboten, weil ich seit 1933 immer mehr zum „Einzeltgänger“ wurde, da auch persönliche Freundschaften aus der Zeit zuvor unter dem Druck der Zeit zerbrachen oder sich innerlich aushöhlten und viele Genossen nichts Eiligeres zu tun hatten, als ihr Leben zu reprivatisieren. Beibehaltene persönliche Beziehungen zu Menschen aus der zerstörten Bewegung verloren langsam durch das Überwiegen von Berufs- und Familieninteressen den ehemals zugrundeliegenden geistigen Boden und entschlummerten sanft. Übrig blieben eine gewisse Resignation und ein bis dahin auf hohen Touren laufender Intellekt, der auf einmal beschäftigungslos zu werden drohte. So mußte ihm eben eine andere Aufgabe erteilt werden, und es zeigte sich, daß gerade diese nicht mehr gemeinschaftlich, sondern nur noch in der forschenden Abgeschlossenheit der Studierstube des Gelehrten aufgenommen werden konnte. So sind denn die folgenden Betrachtungen in allen wesentlichen Punkten mein geistiges Eigentum; für die hier dargestellten letzten Folgerungen hat mir niemand eine methodologische, prinzipielle oder auch nur materielle Hilfe leisten können. Allerdings habe ich natürlich einen Ausgangspunkt besessen, der das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen meiner Freunde bis Anfang 1933 war. Aber für die theoretischen Ergebnisse meiner wissenschaftlichen Arbeit in den letzten sechs Jahren trage ich die geistige Verantwortung ganz allein.

Und es ist auch heute meine feste Überzeugung: an Wendepunkten unserer Geschichte, wenn sie wieder einmal *Neues* produziert und Erscheinungen auftreten, die in keine vorhandene Formel passen wollen, dann kann die Erlangung geistiger Klarheit zunächst nicht die Aufgabe ganzer Gruppen sein. Denn um mit den gewaltigen neuen Ereignissen und neu auftauchenden Formen intellektuell fertig zu werden, dazu bedarf es wirklich mehr als nur der geistigen Betriebsamkeit an einigen Feierabendstunden der Woche! Dazu gehört die Kraft und Leidenschaft eines *ganzen* Menschen-, d.h. in diesem Falle eines *Gelehrten*lebens. Wenn eine neue Epoche einen neuen „Ismus“

hervorbringen will, dann erzeugt sie zwar in Millionen Herzen und Hirnen die geistige Empfänglichkeit für die Annahme eines solchen, aber die Aufgabe, ihn formvollendet und wissenschaftlich durchgearbeitet hervorzubringen, besteht nur für *Wenige*, ist eine Pflicht des forschenden Einzelnen.

Die politischen Ereignisse von Januar bis Mai 1933 waren zunächst für meine theoretische Haltung ohne jede geistige Bedeutung; mit dem Siege des „Faschismus“ hatte ich nach dem verfehlten SAP-Experiment gerechnet, wenn ich mir auch seine Form mehr in der Linie *Schleicher-Strasser-Leipart* vorgestellt hatte. Denn meiner damaligen Ansicht zufolge mußte die staatssozialistisch konsequentere Form des deutschen „Faschismus“ siegen, da sie mit den kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Zeit am besten zusammenarbeiten konnte. An die Möglichkeit, daß eine zur Macht gelangte NSDAP erst recht mit der Durchsetzung ihres militärpolitischen Programms diesen Notwendigkeiten unterworfen sein werde und daher mit der Durchsetzung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen auch notwendig ihren ursprünglichen staatssozialistischen Charakter wieder stärker hervorkehren müsse, dachte ich damals nicht.

Jedenfalls wirkten die Geschehnisse von 1933 im Verein mit dem würdelosen Zusammenbruch des offiziellen Marxismus auf mich wie eine Peitsche, die längst gefundenen kritischen Punkte der alten Arbeiterbewegung ohne jede Rücksicht auf ihre nunmehr zerstörten politischen und „aufgehobenen“ ökonomischen Formen anzupacken und nun mit der ganzen, durch keine aus äußere Wirksamkeit mehr beeinträchtigten Kraft und Zeit radikal zu überwinden und damit wissenschaftliche Vorarbeit für eine neue, d.h. dem geschichtlichen Werden und den politischen Verhältnissen besser entsprechende theoretische Haltung zu leisten. Die nächste Aufgabe war daher eine *umfassende* und radikale, d.h. eine historische Kritik der Sozialdemokratie!

### *1. Historische Kritik der Sozialdemokratie*

Also eine Kritik der Sozialdemokratie als *geschichtlicher Erscheinung*, nicht eine politische Polemik gegen sie als Partei. Als historisches Phänomen war sie einmal geworden, hatte dann einen Höhepunkt

erreicht, war dann stagniert und schließlich ... „vergangen“. Es mußte die *innere* Notwendigkeit dieses geschichtlichen „Vergehens“ verständlich werden, d.h. also, ich, mußte versuchen zu begreifen, daß die Ursachen ihres Auf- und Emporkommens zugleich die Ursachen ihres Unterganges waren. Die Dialektik der Geschichte mußte sich auch an ihr erweisen lassen!

Ich konnte nun einiges feststellen, was diesem Ziele recht nahe kommt. Geschichtlich war die Sozialdemokratie das Ergebnis eines Bündnisses zwischen einer radikaldemokratischen (jakobinischen) Intelligenz und einer einst utopisch-staatssozialistischen Arbeiterschaft, deren geistiges Wesen in Deutschland in erster Linie *Weitling* bestimmt hatte. Die Geistigkeit dieser vormarxistischen Arbeiterschaft war also die eines halb religiösen, halb liberalen Kommunismus. Selbst später ist für das Gesicht der deutschen Arbeiterschaft *Lassalle* immer noch maßgebender gewesen als *Marx* und *Engels*. Man darf sich eben durch das von den Intellektuellen bestimmte marxistische Gesicht des sozialdemokratischen Presse- und Zeitschriftenwesens nicht beirren lassen. Der „Marxismus“ des „Erfurter Programms“ war mehr eine theoretische Antizipation als lebendiges, *inneres* Wesen der Sozialdemokratie, das sich bedeutend wahrer im praktischen, für die Tagespolitik bestimmten Teil dieses Programms äußerte. Ich mußte infolgedessen auch einen *Bebel* und Wilhelm *Liebknecht* kritischer betrachten als bisher, denn beide führten ja schließlich eine *Partei*, d.h. ein organisatorisches Gebilde, das sich nicht nur auf parlamentarisch-konstitutionellem (also *bürgerlichem*) Boden zu bewegen hatte, sondern dem ja auch geschichtliche Aufgaben zugefallen waren, die 1851 vom Bürgertum selbst aufgegeben worden waren und in der restlosen Durchsetzung des ehemaligen radikal demokratischen Maximalprogramms bestanden. Der Kampf um eine „totale“ Demokratie bedingte aber – und bei Auswirkung des lassalleanischen Ferments in der Bewegung! – schließlich einen Kampf für eine *andere Form* des Staates, nicht gegen den *Staat an sich*, d.h. also faktisch für einen „Zukunftsstaat“!

Diesen Zukunftsstaat stellte sich beispielsweise der Verfasser einer sozialdemokratischen Agitationsbroschüre vom Jahre 1905 als einen demokratischen Repräsentantenstaat vor, der die im Interesse des Volkes liegenden „sozialen“ Dekrete erläßt und damit die Gesell-

schaft gerecht und volksverbunden regiert. Diese Agitationsbroschüren, die doch wohl die Auffassungen der Masse der Sozialdemokraten mehr bestimmt haben als die großen theoretischen Werke der marxistischen Intelligenz, sollten für das Studium des *inneren* geistigen Wesens der Sozialdemokratie stärker als bisher herangezogen werden! Mehr selbst als die großen Reden von *Bebel* und *Liebknecht* im alten Reichstag, die schließlich nicht nur für die sozialdemokratische Presse, sondern wohl auch ein wenig auf die Abgeordneten und die „gebildeten Elemente“ zugeschnitten waren. – Mit einem Satz: in der angezogenen Broschüre wird aus der marxistischen *Vergesellschaftung* der Wirtschaft eine lassalleianische *Verstaatlichung*. Selbst ein *Kautsky*, der doch die süddeutschen Staatssozialisten schärfstens angegriffen hatte, vertrat doch wieder an anderer Stelle die staatliche Kontrolle bei der Verteilung des Arbeitsertrages im Sozialismus!

Die geschichtliche Entwicklung der Sozialdemokratie im und nach dem Kriege ließ denn auch diesen Staatssozialismus als ihr eigentliches „Ziel“ immer klarer hervortreten, weil inzwischen der Revisionismus als der Versuch, sich von den hemmenden marxistischen Gesichtspunkten zu befreien, immer mehr an Boden gewonnen hatte. Ihre „Bewegung“ aber bestand in einer zunehmenden Stärkung des Staatseinflusses gegenüber dem liberalen Kapitalismus, also ganz im Sinne dieses „Zieles“. Der Revisionismus ist also keine Abweichung, sondern nur der Versuch, die sozialdemokratische Theorie mit ihrer unmarxistischen, reformistischen Praxis in Übereinstimmung zu bringen.

Dann litt aber der gesamte deutsche Sozialdemokratismus an einem schwerwiegenden inneren Widerspruch: als demokratische Partei und im politisch Gegensatz zur konstitutionellen Monarchie hatte sie eine besonders konsequente *liberale* Haltung einzunehmen; als eine in ihrem Wesen staatssozialistische Partei hatte sie aber gleichzeitig gegenüber der freien Wirtschaft und dem Bürgertum *antiliberale* Gedankengänge zu verteidigen! Außerdem trat im Laufe ihrer Geschichte noch ein weiterer Widerspruch hervor: als *Partei* war sie eine bürgerliche Organisationsform, und je mehr sie seit den neunziger Jahren mit dem politischen Apparat Tuchfühlung erhielt und in den Verwaltungsapparat eindrang, und je mehr sich auf der anderen Seite die staatliche Bürokratie mit ihrer Unterstützung und Förderung sozialpolitischen und ökonomischen Aufgaben unterzog, mußte auch die

Sozialdemokratie eine bürokratische *Massenorganisation* werden und den Charakter einer politischen *Klassenbewegung* verwischen. Sie wurde so das erste große geschichtliche Beispiel für die in der Neuzeit notwendig werdende Kunst, große Menschenmassen politisch zu organisieren und zu *führen*. Vor der offiziellen Verkündung des Führerprinzips, bei weitgehenden Zugeständnissen an die Führerideologie noch 1932/1933!, bewahrte sie eigentlich nur die Scheu vor einem radikalen Bruch mit ihren liberaldemokratischen Traditionen.

Gerade in diesem Punkt war der radikale Flügel der russischen Sozialdemokratie unter *Lenin* konsequenter gewesen: er hatte erkannt, daß die organisierte Demokratie im Zeitalter politischer Massenbewegungen notwendig *bürokratisch* sein muß, und daher offen den „Bürokratismus“ als das Wesen einer wahrhaft revolutionären „Sozialdemokratie“ proklamiert. *Lenin* wollte infolgedessen eine streng bürokratische und in ihrem Führerstab „kontinuierliche“ Organisation der russischen Sozialdemokratie!

So ergab eine Untersuchung und kritische Betrachtung der Geschichte der deutschen und der russischen Sozialdemokratie – und man sollte doch nie vergessen, das es bis 1918 in Rußland nur sozialdemokratische Fraktionen, aber keine kommunistische Partei gab! –, daß man auch den Bolschewismus gleichfalls als eine – radikalere, konsequentere – sozialdemokratische Theorie begreifen mußte. Bei der in der alten Arbeiterbewegung üblichen parteipolitischen statt historischen Betrachtung wäre allerdings diese Einsicht nie möglich gewesen; die Erkenntnis, daß das Wesen des Bolschewismus mit dem Wesen des Sozialdemokratismus zusammenfiel, war mir durch eine *historische* Betrachtung der Sozialdemokratie möglich. Also: durch Anwendung des historischen Materialismus auf die bisherigen angeblich marxistischen Organisationen und Formen selbst.

Als theoretischer Kristallisationspunkt dieses Sozialdemokratismus aber (unter welchem ich hier immer sowohl die Ideologie der II. wie der III. Internationale verstanden haben möchte!), erschien mir schließlich die Begriffsverwirrung um *Staat* und *Gesellschaft*, d.h. die Vermengung und Identifizierung beider Begriffe in der sozialdemokratischen Theorie. Sie erst gab eine theoretische Erklärung für die staatssozialistische Zielsetzung und die staatsbejahende Haltung der Sozialdemokratie. Hierbei muß man sich daran erinnern, daß auch die

bolschewistische Partei in Rußland seit 1921 einen totalitären Staat errichtet hat! Selbstverständlich mußte eine derartige Unklarheit in einer angeblich marxistischen Bewegung über die grundlegende Auffassung von *Marx* und *Engels* über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft zueinander historische und soziologische (dazu ökonomische) Gründe haben. Aber ich stellte mir zunächst die sozialdemokratische Theorie der Vergesellschaftung des Staates (denn diesen Sinn konnte doch die propagierte „sozialistische Demokratie“ schließlich nur haben!) und die reformistische Praxis in der Richtung einer Ver- und Durchstaatlichung der Gesellschaft als wissenschaftliches Problem und gelangte auf diesem Wege zur historischen Kritik des Staatssozialismus.

## 2. *Historische Kritik des Staatssozialismus*

Hier konnte mir nun aber die bloß geistesgeschichtliche Zurückführung der staatssozialistischen Ideen auf gewisse utopistische Denker und auf die ersten antiliberalistischen Romantiker ebensowenig genügen wie der bekannte Hinweis auf die geschichtliche Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie aus der *Vereinigung* einer lassalleanischen und einer marxistischen Arbeiterbildungsorganisation hervorgegangen war und mit der ersteren eine einflußreiche, zielbewußte staatssozialistische Minderheit von Anfang an in ihren Reihen aufzuweisen hatte. Tatsächlich darf man nicht mehr wie bisher das starke staatssozialistische Element in der Sozialdemokratie seit ihrer Gründung unterschätzen. Die Anhänger *Lassalles*, der sich selbst als einen Nachfolger des preußischen Staatssozialisten *Fichte* bezeichnet hatte, sind nicht etwa, durch die Vereinigung mit der „Eisenacher“ Richtung, konsequente Marxisten geworden, sondern haben nach wie vor ihre Ideen innerhalb der vereinigten Partei vertreten. Diese innere Auseinandersetzung innerhalb der Sozialdemokratie läßt sich in ihrer Geschichte deutlich verfolgen. Die marxistische Fraktion befand sich da von vornherein in einer bedrängten Stellung, da sich die Lassalleaner seit der Einigung auf das staatskapitalistische Aktionsprogramm des „Kommunistischen Manifests“ berufen konnten, während ihre eigene Stellungnahme in dieser Hinsicht recht unklar war. Was konn-

ten sie den Lassalleanern auch entgegenhalten? Sie sprachen auf der einen Seite vom „Absterben des Staates“, ohne eine klare Vorstellung entwickeln zu können, wie man sich dasselbe denken und welche *Form* die Gesellschaft dann annehmen solle; wurden doch solche Überlegungen als „utopische Spekulation“ zurückgewiesen! Wo aber Angaben versucht wurden – in den Auseinandersetzungen um das Aussehen des „Zukunftsstaates“ –, wie die soziale Organisation ohne Staat vorzustellen sei, da lugten aus ihnen bald wieder Behörden und sonstige bürokratische Institutionen, also die Elemente *staatlicher* Organisation hervor!

So wichtig nun diese innere Auseinandersetzung über die kommenden Formen von Staat und Gesellschaft in der Sozialdemokratie sowie die Debatten um den „Zukunftsstaat“ im Reichstag sind, ihr Ergebnis ist eindeutig der *Sieg des Lassalleanismus in der Sozialdemokratie* gewesen. Glaubt jemand es als Zufall ansehen zu dürfen, daß zwar die erste große Biographie *Lassalles* noch von einem Nationalliberalen, Hermann *Oncken*, die beiden späteren umfassendsten Würdigungen und Darstellungen ausgerechnet von Eduard *Bernstein* und Karl *Renner* stammen, von denen der letztere in den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen 1915 sozialistische Elemente erblickte. Der klarste Standpunkt über den Staatssozialismus wurde in den inneren Kämpfen noch von *Liebknecht* vertreten, der öffentlich erklärte, die Sozialdemokratie werde einmal ihren letzten entscheidenden Kampf unter der Devise: „Hie Staatssozialismus, hie Sozialdemokratie!“ ausfechten müssen, doch konnte schon um die Jahrhundertwende auch in diesem Punkt von *Bernstein* die offene Abkehr vom orthodoxen Marxismus gefordert werden, während schließlich sozialdemokratische Theoretiker vom Range Heinrich *Cunows* u.a.m. in ihren Schriften die restlose Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Staatssozialismus bezeugten.

Hierbei war sich *Cunow* vollkommen klar, daß seine Darstellung in Hinsicht auf das Verhältnis von Staat und Gesellschaft sowie bezüglich des *Staatssozialismus* dem Marxismus widersprach, ja: er hat sogar *Marx* einen Vorwurf daraus gemacht, zwischen Staat und Gesellschaft einen scharfen begrifflichen Unterschied gemacht zu haben! Ein anderer bedeutender Theoretiker der Sozialdemokratie, *Hilferding* konstruierte in seiner Fiktion des „Generalkartells“ den Typus

einer „total“ bürokratisierten Wirtschaftsform, die gerade deswegen bloß noch durch eine sozialistische Bürokratie oder durch die sozialdemokratischen Behörden des „sozialen Volksstaates“ übernommen zu werden brauchte. Er schuf damit jenen verhängnisvollen Begriff der „Sozialisierungsreife“, der den „Reifezustand“ vom Grade der bürokratischen Durchorganisation abhängig machte. Die Entscheidung der Sozialdemokratie zu Beginn des Weltkrieges zeigte – im Gegensatz zu ihrem Verhalten von 1870/1871! – deutlich den Sieg „staatsbejahender“ Ideen, während ihre weitere Haltung zur Kriegswirtschaft ihren staatssozialistischen Charakter vor der ganzen Welt offenbarte. Nach der Spaltung von 1916 bis in die Nachkriegszeit zeigte die Mehrheitssozialdemokratie in voller Reinheit das Gesicht einer lassalleanischen Partei, die nicht nur den Gedanken der „sozialen Monarchie“ wieder belebte, sondern sich auch 1921 in *Görlitz* ein eindeutig staatssozialistisches – man ist beinahe versucht zu sagen: ein *nationalsozialistisches!* – Programm gab. Die Sozialdemokratie hat also nie den Marxismus verraten, da sie ihn als Gesamtbewegung nie besaß. Er erscheint mir lediglich in Gestalt einer marxistischen Fraktion innerhalb der Bewegung, die sich gegen die staatssozialistische Fraktion nie hat durchsetzen können. Selbst das Erfurter Programm darf uns nicht täuschen!

Es war eine Überraschung, daß der Leninismus ebenfalls von Ferdinand *Lassalle* ausgegangen ist! *Lenin* hat selbst auf die Organisationsform der Partei *Lassalles* hingewiesen, auf der anderen Seite ist für ihn bis zum Weltkrieg die deutsche Sozialdemokratie und ihre Literatur vorbildlich gewesen. Auch *Hilferdings* Buch „Das Finanzkapital“ ist von ihm so stark zu eigen gemacht worden, daß seine Arbeit über den „Imperialismus“ diese Abhängigkeit auf jeder Seite verrät, während er Rosa *Luxemburgs* „*Akkumulation des Kapitals*“, worin das gleiche Thema behandelt wird, nicht einmal erwähnt. So ist denn die Fiktion des „Generalkartells“ für seine Vorstellungen vom Wesen einer sozialistischen Ordnung auch sehr wichtig geworden. Wie klar sich *Lenin* beispielsweise über seine staatssozialistischen Pläne wenige Wochen vor dem Ausbruch der russischen Märzrevolution 1917 war, zeigt sein Satz in dem Buche „*Staat und Revolution*“: „Wir müssen die ganze Volkswirtschaft nach dem Muster der Post organisieren“!

Aber diese hier skizzierten geistesgeschichtlichen Zusammenhänge

der staatssozialistischen Ideen im Sozialdemokratismus lassen sich nicht nur literarisch feststellen, sondern auch soziologisch *erklären*. Es läßt sich zeigen, daß die gesellschaftliche Entwicklung im Zeitalter des *Imperialismus* zu gewissen politischen und ökonomischen Erscheinungen führt, die staatssozialistischen Ideologen die Idee nahelegen, daß „die Entwicklung von selbst in den Sozialismus hineinwachsen“. So führte vor allem die ständige Bereitschaft für kriegerische Konflikte unter dem Zwange der weltpolitischen Spannungen nicht nur zu einer Ausdehnung militärischer Einrichtungen, sondern auch zu bestimmten staatswirtschaftlichen Maßnahmen (Verstaatlichung der Eisenbahnen, des Post- und Telegraphenwesens). Es ist einzusehen, daß diese ersten, unzureichenden und schüchternen Versuche im akuten Kriegsfall eine starke Ausdehnung erfahren würden. Wenn die Sozialdemokratie dem staatlichen Eingreifen in Gesellschaft und Wirtschaft bei allen radikalen Vorbehalten schon vor dem Kriege immer sympathischer gegenübergestanden hatte, und besonders die Revisionisten in ihren „Sozialistischen Monatsheften“ derartig staatswirtschaftliche Erscheinungen als „Staatssozialismus“ erklärt und begrüßt hatten, dann mußte die umfassende Kriegswirtschaft im Weltkrieg eigentlich erst recht als rascher Durchbruch zum Sozialismus erscheinen.

Darum betrachte ich die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im Weltkrieg vollkommen unabhängig von jenen beliebten Ressentiments, die sich immer wieder durch den „Verrat“ bei der Abstimmung über die Kriegskredite im August 1914 auslösen lassen. Da erschien auf einmal die Bewilligung der Kriegskredite 1914 als die notwendige Folge der gesamten sozialdemokratischen Budgetpolitik bis 1914, in welcher schon *Lenz* und seine Schüler die praktische Wendung der Sozialdemokratie in der Richtung zur „Staatsbejahung“ erblickt haben. Nun hat bekanntlich die Sozialdemokratie als solche nie eine klare Einsicht in das Wesen des Imperialismus entwickelt, weder *Hilferding* noch *Lenin* und *Bucharin*, während man *Rosa Luxemburg* ja bei ihrer ganzen Einstellung nicht als Sozialdemokratin, sondern als Marxistin bezeichnen muß. Abgesehen von ausgezeichneten Untersuchungen über den ökonomischen Prozeß *im* Imperialismus, gelangte man auf sozialdemokratischen Boden nicht zu einer *Totalansicht* der imperialistisch gewordenen Gesellschaft. Einer solchen standen die pazifistischen Illusionen und staatssozialistischen Ideen entgegen, so daß

das sozialdemokratische Bewußtsein in allen den Imperialismus betreffenden Fragen ein ideologisches blieb. Nur so war es möglich, daß in den Umwandlungsformen der von der freien zur gebundenen Konkurrenz (Monopol) fortschreitenden kapitalistischen Gesellschaft und in der Ausdehnung der staatlichen Machtsphäre in Gesellschaft und Wirtschaft sowie in gewissen militärpolitischen Institutionen sozialdemokratische Politiker wie Theoretiker Fundamente „sozialistischen Werdens“ erblickten. So sehe ich gerade in der „sozialpatriotischen“ Haltung der Sozialdemokraten im Krieg nicht einen „Verrat am Sozialismus“, sondern ganz im Gegenteil: den entschiedenen, endgültigen und unverhüllten Ausdruck ihres wahren, inneren sozialistischen Wesens, das nun einmal vom Staatssozialismus geprägt war. Und wie sollte die gleiche Partei den Marxismus verraten haben, die nach *Marx* und *Engels* nie eine wirkliche marxistische Partei gewesen ist? Wie vielen ist es bekannt, daß sogar *Engels* und *Bebel* in den achtziger Jahren, als die Lassalleaner und Revisionisten durch das Sozialistengesetz in der Reichstagsfraktion die politische Führung der Partei innehatten, ernsthaft untereinander sowie mit *Auer* den Gedanken der Trennung bzw. *Spaltung* erwogen? Die in ihrem Wesen staatssozialistische Sozialdemokratie hat gewissermaßen den Marxismus in ihrem Kampfe gegen die kaiserliche Regierung als Fanfare zur Sammlung von Arbeiterwählermassen benutzt; in dem Augenblick aber, als sich die kaiserliche Regierung ihr „sozialpolitisch“ näherte und auch die Ausdehnung der „öffentlichen Wirtschaft“ einsetzte, wurde für sie der Marxismus zu einer lästigen Doktrin, die man zu überwinden suchte (*Bernstein*). So hat denn auch die Sozialdemokratie die deutsche Kriegführung schließlich deswegen unterstützt, weil Kriege im Imperialismus nur mit „staatssozialistischen“ Organisationsformen geführt werden können!

Unter diesem Gesichtspunkt versprach eine Untersuchung der Rolle der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften im Kriege ganz neuartige Aufschlüsse. In der mir bis dahin bekannten marxistischen Literatur war die Aufmerksamkeit vorwiegend auf die Ursachen und Wirkungen des Krieges gerichtet worden, aber die Folgen des Weltkrieges auf die innere Struktur der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft, besonders die Auswirkung der deutschen Kriegswirtschaft, sind meines Wissens überhaupt nie Gegenstand einer besonderen

marxistischen Analyse geworden. Nun sind aber in dieser Hinsicht gerade die Kriege nach dem bekannten Worte „die Lokomotiven der Weltgeschichte“. Besonders die deutsche Sozialdemokratie ist nach 1919 schamhaft um diese Epoche und diese wissenschaftliche Aufgabe herumgegangen, obwohl doch einst einer der ihren, *Lensch*, die Zeit von 1914 bis 1917 kühn, aber nicht einmal ganz falsch als „Drei Jahre Weltrevolution“ charakterisiert hatte! Wobei die Feststellung nicht ganz reizlos ist, daß *Spengler* diese Behauptung aufgegriffen und den Krieg als die große Auseinandersetzung des „preußischen Sozialismus“ mit dem „liberalen, englischen Kapitalismus“ charakterisiert hat.

Jedenfalls lehrt die neuzeitliche Geschichte (etwa seit dem 16. Jahrhundert) nicht nur, daß „der Kapitalismus aus dem Krieg erwachsen und bis auf den heutigen Tag der Krieg die stärkste Triebfeder des Kapitalismus geblieben ist“ (Paul *Keri*), sondern auch, daß Kriege und Revolutionen immer die gesellschaftlichen Kräfte auf das Höchste anspannten und infolgedessen die sonst langsamer ablaufenden sozialen Evolutionen in ungewöhnlicher Weise beschleunigten. Man denke nur an die große französische Revolution von 1789, in der sogar beide dieser geschichtsbeschleunigenden Faktoren, Krieg und Bürgerkrieg, untrennbar miteinander verschmolzen sind! So mußten auch die von der Sozialdemokratie (etwa von *Hilferding*) und der bürgerlichen Nationalökonomie (beispielsweise von Robert *Liefmann*) festgestellten, beschriebenen und analysierten Kartellierungs-, Syndizierungs- und Vertrustungstendenzen im Kriege noch ihr Tempo steigern. Ja, der Staat selbst hat im Kriege eine Reihe von Zwangssyndizierungen veranlaßt. Dadurch mußte aber auch wieder die Konzentration und Bürokratisierung der Produktionsmittel, und durch Unterstellung des Distributionsapparates unter die militärische Behörde, beides zum Zwecke der Landesverteidigung, auch die Verteilung, in vieler Hinsicht nach staatssozialistischer Auffassung einen ... „sozialisierungsreifen“ Grad erreichen!

So ergab denn schließlich eine Untersuchung der Strukturwandlungen des kapitalistischen Produktionsapparates im Kriege und die Betrachtung der organisatorischen Entwicklung von Staat und Wirtschaft in den wichtigsten nationalen Gesellschaften eine historische Kritik der Kriegswirtschaft.

### 3. Historische Kritik der Kriegswirtschaft

Mit *Hilferding* ging ich, um zu einem soziologischen Verständnis dieser geschichtlichen Erscheinung zu gelangen, davon aus, daß nur der *aufstrebende* Kapitalismus notwendig liberalistisch und staatsfeindlich sich zur vorgefundenen absolutistischen Regierung verhalten mußte. Der *Hochkapitalismus* aber, der sich der Wirtschaft und Gesellschaft vollkommen bemächtigt hat, stellt im imperialistischen Zeitalter den Staat *total* in den Dienst seiner inneren und äußeren Selbstbehauptung. Das Bürgertum mußte also auch entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung staatsbejahend und antiliberal werden.

Solange der Kapitalismus mit dem absolutistisch-merkantilistischen und dann mit dem konstitutionell-protektionistischen Staate zu tun hatte, hatte er diesem gegenüber seine wirtschaftlichen Sonderinteressen durchzufechten und tat dies mit liberalen Argumenten und auf dem parlamentarischen Boden, d.h. durch seine „Repräsentanten“. Der Hauptkampf ging dabei gegen die großen Grundherren um den Anteil an der Wirtschaftspolitik des Staates (z.B. Freihandel oder Schutz-zoll). Sobald aber im Imperialismus der Staat aus militärischen Gründen den Fiskus auf die Wirtschaft ausdehnte, d.h. selbst zu wirtschaften begann, als sich im Monopol Wirtschaft und Staat begegneten (z.B. Tabakmonopol) und auch hier und da gegenseitig durchdrangen – als die staatlichen Einkünfte selbst in wachsendem Maße nicht mehr aus der Grundrente, sondern aus der Kapitalsrente der freien und eigenen kapitalistischen Betätigung entstammten –, als ferner im Zeitalter der Warenproduktion die Behauptung des Staates, d.h. die Landesverteidigung, von den industriellen Produktionsmitteln abhing (wie sich besonders eindringlich eben im Weltkrieg zeigte!), und damit den Staat zu einer zunehmenden Beachtung der bürgerlichen Ausfuhr- und Rohstoffinteressen zwang – und als schließlich die Kriegsanleihen eine umfassende, wirksame und vor allem folgenreiche Zusammenarbeit zwischen dem Privat- und Staatskapitalismus mit sich brachten –, da mußte der *Monopolkapitalismus* „total“ und der aus der liberalen Phase des Kapitalismus stammende Parlamentarismus überflüssig werden. Wenn sich die Chefs der wirtschaftlichen und staatlichen Bürokratie direkt „miteinander ins Benehmen setzten“, wie es so schön im heißt, wozu bedurfte es noch der Mittler, d.h. der Abgeordneten der einzel-

nen Fraktionen des Kapitals, die doch auch ökonomisch im Trust, Syndikat oder Konzern ineinander verschmolzen?

Diese Entwicklung hat nun der Weltkrieg beschleunigt, indem in der Not der wirtschaftlichen Blockade die deutsche *Kriegswirtschaft* entstand. Dann müssen wir aber auch die historisch *erste Form des totalen Staates* in der *Kriegsorganisation Deutschlands 1914–1918* erblicken! Und wir können nun beobachten, daß die meisten und führenden Sozialdemokraten in tragischer Verblendung diese Entwicklung zur „Totalität“ nach Kräften unterstützen und sie sogar freudig als *Kriegssozialismus* begrüßten! In der Tat: Die geschichtlich bisher vollendetste Form der damaligen Kriegswirtschaft ist heute das „*Dritte Reich*“, dessen Ideologie, der *Nationalsozialismus*, eindeutig doch die auch einst von der Sozialdemokratie theoretisch geforderte und praktisch geförderte *Nationalisierung* der Gesellschaft zum Ausdruck bringt! Wer von all den Sozialdemokraten, denen bei Begriffen von „*Staat*“ und „*Gesellschaft*“ die marxistische „*Trennschärfe*“ fehlte, kann denn heute in der staatlich kontrollierten Wirtschaft, und politisch durchorganisierten deutschen Gesellschaft prinzipiell etwas anderes sehen, als einen konsequenteren Sozialismus im Sinne der einstigen sozialdemokratischen Begriffe, wenn auch „*leider*“ unter Fortfall der liberal-parlamentarischen demokratischen Regierungsformen?! Jedenfalls: der *totale Staat* ist das geschichtlich notwendige Resultat der Vorbereitung auf den modernen *totalen Krieg*, dessen erste Formen sich ja bereits im Weltkrieg etwa von 1916 an klar abzeichneten und damals von der Mehrheitssozialdemokratie als sozialistische Elemente freudig unterstützt wurden. So hat denn die Sozialdemokratie bei ihrer staatssozialistischen Einstellung eine geschichtliche Entwicklung nach Kräften unterstützt, die ihr selbst die Vernichtung gebracht hat: „Alle großen Dinge gehen durch sich selbst zu Grunde, durch einen Akt der Selbstaufhebung: so will es das Gesetz des Lebens“, sagte *Nietzsche* zu solchen geschichtlichen Ereignissen.

Der „*totale Krieg*“, von *Clausewitz* vorausgeahnt, von dem General *Bernhardi* als Weltkriegserfahrung bald begriffen, ist die letzte und höchste Form des Existenzkampfes warenproduzierender Gesellschaften; und, gemäß der These von *Clausewitz*, daß ein moderner Krieg vom ganzen Volke geführt werden muß, erfordert er die restlose militärische Organisation der Nation. Auf diese Weise entsteht tatsäch-

lich eine „*Volksgemeinschaft*“, wie die Sozialdemokratie im Kriege die Absicht des „Burgfriedens“ bezeichnete, wenn eben auch zunächst nur als nationale Wehrgemeinschaft. Und der Staat, der eine solche unter dem Druck der imperialistischen Spannungen unserer Zeit zu organisieren gezwungen ist und daher jedem Einzelnen Volks- bzw. Wehrgenossen seinen Platz im totalen System der Landesverteidigung anweisen muß, kann dann in der Tat als ein „sozialer Volksstaat“ erscheinen, wie auch das Ergebnis seiner militärischen Organisation das Aussehen eines „*völkischen Organismus*“ gewinnen kann; hat doch schon die organozistische Soziologie Organisation und Organismus miteinander verwechselt! Wer obendrein bei einer staatssozialistischen Einstellung bereit ist, in einer staatlichen Durchorganisation der national-ökonomischen Energien sozialistische Maßnahmen zu erblicken, dem erfüllt die Vorbereitung des totalen Krieges sogar die Sehnsucht nach dem von der Sozialdemokratie propagierten „sozialistischen Volksstaat“!

Leider zeigte der Weltkrieg schon den sozialdemokratischen Illusionisten wie auch die bolschewistische Diktatur in Rußland den sozialdemokratischen Ideologen klar und unerbittlich: daß der totale Krieg die Diktatur erfordert und den Liberalismus und Parlamentarismus außer Kraft setzen muß.

Schon nach zwei Kriegsjahren erwies sich sowohl die kaiserliche wie die parlamentarische Einflußmöglichkeit auf die Kriegführung für die Oberste Heeresleitung (OHL) als überflüssig, ja gefährlich. So kam es 1916 zu einer weitgehenden Ausschaltung beider Machtfaktoren, und es begann die Diktatur *Ludendorffs*. Es war eine Revolution von oben, d.h. von Seiten der OHL, durch die der Kaiser schon damals seine Macht verlor, nicht etwa erst 1918! Dagegen legte *Ludendorff* 1918, als der Zusammenbruch der Mittelmächte nicht länger aufzuhalten war, seine Macht in die Hände des Parlaments und nicht des Kaisers zurück. Das Großkapital verfocht schon damals seine Interessen nicht mehr auf dem Umweg über Kaiser und Parlament, sondern verhandelte und stritt direkt mit der OHL. *Ludendorff*, *Hindenburg* und ihre anderen bedeutenden Mitarbeiter standen in direkter Verbindung mit den Herren *Krupp*, *Klößner*, *Thyssen* und *Stumm*; sie legten die Fundamente zum *I.G.-Farben*-Konzern, wozu bedurfte es noch einer „Repräsentantenversammlung“ und der Legislative, wenn

die militärische Exekutive die Gesetze erließ? Höchstens noch als Fassade gegenüber der angeblich für die „Demokratie“ kämpfenden Entente, um den längst beschlossenen Verordnungen die parlamentarische Weihe zu geben. (Vgl. die ausgezeichnete Analyse in dem Buch des Berliner Historikers Arthur *Rosenberg*, „Die Entstehung der Deutschen Republik“.)

Die nötige *Massenbasis* aber lieferte diesem System der deutschen Militärdiktatur (der alte Begriff deckt hier einen geschichtlich vollkommen *neuen* Inhalt: Kriegswirtschaft im „Total-Krieg“ !) vor allem die Mehrheitssozialdemokratie sowie die freien Gewerkschaften. Die sich aus diesen Andeutungen ergebende geschichtliche Auswirkung ist deutlich: die Jahre von 1919–1932 umfassen nur ein politisches Intermezzo, das unter dem Druck der rebellierenden Massen zustande gekommen ist. Selbst dieses Intermezzo aber hat sich der allgemeinen Entwicklung anpassen müssen: denn was „friedlich“ um 1900 einsetzte und „militärisch“ 1914 explodierte, das setzte sich dann „übergangswirtschaftlich“ unter der Parole „Der Sozialismus marschiert!“ 1919 fort, um dann 1927/28 „wirtschaftsdemokratisch“ von neuem versucht und noch 1932 „planwirtschaftlich“ aufgegriffen zu werden, um schließlich 1934–1939 „nationalsozialistisch“ zu enden. Vielleicht hätten die Mehrheitssozialisten, wenn sie bei ihrem „Görlitzer Programm“ geblieben wären und sich nicht mehr mit dem rechten USPD-Flügel vereinigt hätten, die Aufgabe auf sich nehmen können, die später die NSDAP an sich riß. Mir kommen jedenfalls alle die wirtschaftsdemokratischen und planwirtschaftlichen Programme der Sozialdemokratie als verzweifelte Versuche vor, die geschichtliche Entwicklung zum totalen Gesellschaftssystem in die Hand zu bekommen und sie „demokratisch“ zu mildern. Bezeichnend war für mich in dieser Hinsicht eine Äußerung eines so geschulten und konsequenten Reformisten wie S. *Schwarz*: er hatte eine Broschüre: „Fünfjahresplan und Sozialismus“ verfaßt (1932), und ich traute meinen Augen nicht, als ich seinen Schlußworten entnehmen mußte, daß er prinzipiell gegen den russischen Staatskapitalismus nichts einzuwenden habe als den Umstand, daß dieser diktatorisch und nicht demokratisch aufgebaut sei! Ich ging sofort zu ihm, um mich zu vergewissern und erhielt meine Auffassung bestätigt. Was kann also *prinzipiell* von sozialdemokratischer Seite gegen den Nationalsozialismus einge-

wandt werden als die bedauernde Feststellung, daß er „leider“ nicht demokratisch (d.h. liberal-parlamentarisch), sondern diktatorisch ist?

Der *Nationalsozialismus* löst also auf deutschem Boden und unter den gesellschaftlichen Bedingungen der deutschen Nation die geschichtliche Aufgabe, die das imperialistische Zeitalter stellt und die auf russischem Boden und unter den gesellschaftlichen Bedingungen der russischen Nation der Bolschewismus löste. Und nicht die Sozialdemokratie, die doch ihrem Wesen nach wie die russische Sozialdemokratie diese Aufgabe hätte lösen können, sondern der Nationalsozialismus nimmt sie auf sich, weil die SPD den Gedanken der *Parteidiktatur* ablehnte. Damit brachte nicht die Sozialdemokratie, sondern bringt der Nationalsozialismus eine geschichtliche Entwicklung zu einem *praktischen* Abschluß, die theoretisch von den bürgerlichen „Kathedersozialisten“ antizipiert und von dem „Verein für Sozialreform“ konzipiert wurde. Darum bezeichne ich den *Nationalsozialismus* historisch als die konsequenterere Sozialdemokratie!

Es ist kein Zufall, daß die ersten *bürgerlichen* Vertreter staatssozialistischer Ideen („Kathedersozialisten“) zu einer Zeit auftraten, wo in der Sozialdemokratie auch die ersten Versuche zu einer theoretischen und praktischen *Verbürgerlichung* des Marxismus („Revisionismus“ und „Reformismus“) sich beobachten lassen. Der Ausdruck „Kathedersozialisten“ soll von Franz *Oppenheimer* herrühren, der in den neunziger Jahren die antiliberalen Tendenzen dieser Staatssozialisten erkannte und deshalb diesen und der Sozialdemokratie einen „liberalen Sozialismus“ entgegenzustellen suchte. Sein Liberalismus beschränkte sich aber merkwürdigerweise auf den „freien Markt“, während der von ihm und Leonard *Nelson* geführte „Internationale Sozialistische Kampfbund“ (ISK) das „Führerprinzip“ verteidigte und auf das bolschewistische Beispiel in diesem Punkt verwies! *Oppenheimers* Warnung an die Adresse der Sozialdemokratie vor einem staatssozialistischen Kurs bei gleichzeitiger Forderung des Führerprinzips durch seinen Genossen *Nelson* läßt aber vor unseren Augen eine Perspektive aufsteigen, die nicht verwirklicht werden konnte. Bis 1925 hat bekanntlich jene Strömung, die sich nachdem zum ISK zusammenfand, im Rahmen der Sozialdemokratie für ihre Ideen gewirkt. Wenn nun die Nelsonianer 1925 nicht ausgeschlossen worden wären und bis 1932 der SPD das Führerprinzip schmackhaft gemacht hät-

ten? Wäre die SPD dann eine bolschewistische oder eine nationalsozialistische Partei geworden? Ich behaupte, daß durchaus beide Möglichkeiten bestanden. Als 1930 die österreichischen und 1931 die deutschen Gewerkschaften mit ihren Programmen zum „Umbau der Wirtschaft“ langsam herausrückten, da änderte plötzlich *Otto Bauer* seine Rußlandauffassung („Rationalisierung - Fehlrationalisierung“, 1931) und *Arthur Rosenberg* veröffentlichte eine glänzende und „objektive“ „Geschichte des Bolschewismus“ (1932); und als weiteres Symptom erschien die bereits erwähnte Studie von *Schwarz* über den „Fünfjahrplan“! Und bei diesem letzteren blieb als einziger wesentlicher Unterschied zwischen dem von *Otto Bauer* propagierten Staatskapitalismus und dem von *Lenin* und *Stalin* durchgeführten: die Diktatur. Andererseits weisen jene berühmten Querverbindungen *Schleichers* zu den freien und christlichen Gewerkschaften sowie zum rechten Flügel der Sozialdemokratie auf die andere Möglichkeit hin! Dann wäre also *Otto Braun* mit seiner bekannten Drohung: „Wenn schon Diktatur, dann nur die unsere!“ nur ein wenig zu spät gekommen?

Nach dieser Abschweifung kehre ich zum Kathedersozialismus zurück. Er hat gewissermaßen den Gewerkschaftsführern, diesen eigentlichen Reformisten, den Sozialdemokraten, die sich aus der Fessel der marxistischen Doktrin befreien wollten, und den Revisionisten, die neue Ideologie geliefert, die bei den Konsequenteren den Marxismus ersetzen, bei den taktisch Klügeren mit diesem „synthetisch verschmolzen“ werden sollten. So haben außer *Bernstein* und *Cunow* auch einstige „Orthodoxe“ wie *Lensch* und *Parvus* ihre Auffassungen unter seinem Einfluß gebildet bzw. verändert. Nur dadurch wurde es „wissenschaftlich“ möglich, die Kriegswirtschaft als „Kriegssozialismus“ zu feiern, nur dadurch fanden diese neuen Lassalleaner den theoretischen Mut, in der deutschen Kriegswirtschaft die Verwirklichung von *Fichtes* „Geschlossenem Handelsstaat“ zu entdecken, nur die Auswirkung ihrer jahrzehntelangen Propaganda kann erklären, daß auch *Karl Renner* 1915 begeistert die im Krieg vor sich gehende „Durchstaatlichung“ der Gesellschaft feststellte. Der Sozialdemokratie erschien die deutsche Kriegswirtschaft selbst als so wichtig, daß sie 1919 versuchte, ihre Errungenschaften in den Frieden hinüberzuretten!

Als den „Inspirator“ der deutschen Kriegswirtschaft nennt uns die Geschichte den Namen *Wichards von Möllendorff*, als ihren „Initia-

tor“ Walther *Rathenau*. Sollte es nun bloßer Zufall gewesen sein, daß sich Rudolf *Wissel* für seine „Sozialisierungspläne“ ausgerechnet der Mitarbeit von *Möllendorffs* versicherte? Ein alter Sozialdemokrat, der *Wissel* persönlich kannte und mit ihm verkehrte, pflegte mir entgegenzuhalten, daß Rudolf *Wissel* nie an eine Wiederherstellung des „Kriegssozialismus“ gedacht habe. Schön. Die Hinzuziehung von *Möllendorffs* hat mir aber gezeigt, daß er auf die Mitarbeit eines Mannes Wert legte, der schon einmal – unter starker Autorisierung durch die Militärgewalt! – vom *Staate* her die Wirtschaft durchorganisiert hatte. *Wissel* mußte also, wie auch andere vor ihm, in der Kriegswirtschaft „Schritte zum Sozialismus“ sehen. Es ist aber ebensogut möglich, daß seine staatssozialistische Ideologie ihn über die *historische* Bedeutung seiner *politischen* Maßnahmen täuschte. In solchen Fällen gilt wohl ein Wort von *Marx*: „Sie tun es, aber sie wissen es nicht“! Nun hat aber ein anderer Sozialdemokrat, Otto *Neurath* (Verfasser einer glänzenden marxistischen „Antiken Wirtschaftsgeschichte“), einen klaren und unmißverständlichen Satz in seinem Sozialisierungsplan geschrieben, der uns gestattet, auch *Wissel* dieser allgemeinen Tendenz hinzuzurechnen; „*Was der Militarismus gelehrt hat, das muß der Sozialismus vollbringen*“! Damit hatte die Sozialdemokratie das entscheidende Wort in der ganzen Sozialisierungsfrage ausgesprochen; ihre sämtlichen Nachkriegsprogramme konnten nur noch auf einen militärisch organisierten Sozialismus, also auf die Anpassung des ökonomischen Apparates an die imperialistischen Notwendigkeiten, auf die Kriegswirtschaft des totalen Staates für den Fall des totalen Krieges hinauslaufen! Sie war hierbei blind vor dem Umstand, daß der Militarismus nun einmal ohne das autoritäre Befehlswesen nicht existieren kann, das sich also ein militärischer Sozialismus eher mit der Diktatur *einer* militärisch organisierte Partei als mit einer Vielzahl liberaler und parlamentarischer *Wahlvereine* vereinbaren läßt.

Diese Blindheit hat nun die Sozialdemokratie 1933 mit ihrer politischen Vernichtung büßen müssen. An ihre Stelle trat die Hitlerbewegung, die sich als Motto das Wort *Bismarcks*: „Der Staatssozialismus paukt sich schon durch!“ erwählt hatte. Das war eben der wesentliche Unterschied: Die NSDAP paukte sich durch, während die SPD paktierte, koalierte, tolerierte, plagiierte ... Ihr fehlte die konsequente Form zu ihrem staatssozialistischen Wesen: die militärische

## Organisation der NSDAP und die bolschewistische Konsequenz zur Diktatur!

Denn darüber waren sich nicht nur der Nationalsozialismus und der Bolschewismus, sondern auch der ursprüngliche *Marxismus* einig: ein *Staats-Sozialismus* ist notwendig ein *politisch* organisierter und damit ein *autoritärer* Sozialismus; ein *demokratischer* Sozialismus macht hiervon gar keine Ausnahme, da ja schließlich die Demokratie selbst wieder nur eine Staatsform ist, und zwar historisch die der liberalkapitalistischen Gesellschaft. Der Unterschied zwischen den drei „Ismen“ besteht nur darin, daß Nationalsozialismus und Bolschewismus aus diesem Grunde sowohl die Autorität als auch die Parteidiktatur (d.h. Einheit von Partei und Staat) bejahen, während der Marxismus aus dem gleichen Grunde ein unversöhnlicher Gegner des Staatssozialismus ist und an seine Stelle den Kommunismus gesetzt hat.

Dadurch kam die Sozialdemokratie in die geschichtliche Zwickmühle, den als Ideologie usurpierten Marxismus „verraten“ zu müssen und doch hiermit den Sieg des Nationalsozialismus nicht aufhalten zu können. Gleichzeitig stärkte sie mit dem „Verrat am Marxismus“ auch den Bolschewismus, der seine marxistische Ideologie eben in erster Linie politisch auf den Diktaturbegriff stützte und im übrigen weitgehend vom jakobinischen Marxismus bis 1851 bestimmt war. Ich kann es nicht oft genug sagen: als im Wesen staatssozialistische Organisation hatte die Sozialdemokratie zwar nicht die von *Marx* und *Engels* angestrebte kommunistische Gesellschaftsordnung durchführen, wohl aber die historische Aufgabe des Bolschewismus in Rußland, des syndikalistischen Flügels des italienischen Sozialismus (später Faschismus genannt) und des Nationalsozialismus in Deutschland auf sich nehmen können – wenn, ja: wenn sie wie diese auch aus dem Vorkriegs-Sozialismus hervorgegangenen Bewegungen in Rußland und in Italien sich hatte entschließen können, zum staatssozialistischen Ziel das entsprechende politische Mittel, die *Diktatur*, zu gebrauchen. Jedermann weiß, wie wenig die Sozialdemokratie, gehemmt durch ihre parlamentarischen und liberalen Traditionen und Illusionen wie auch durch ihre parlamentarische Korrumpierung und Verwachsenheit mit dem Weimarer Staatsapparat, dazu 1919 und 1930 in der Lage war.

So stellt sich denn gerade nach der Heraushebung des staatssozialistische Wesens der Sozialdemokratie das *Problem der Diktatur* als

ihr schwächster theoretischer und politischer Punkt heraus. In diesem konnten sowohl *Lenin* wie *Mussolini* und *Hitler* bedeutend klarer sehen: *Lenin*, weil er illegal unter dem Absolutismus gegen den Zarismus kämpfte und früh die Unverwendbarkeit des Parlamentarismus zur revolutionären Durchführung des staatssozialistischen Ziels der Sozialdemokratie erkannte; *Mussolini*, weil er in Italien den parlamentarischen Kretinismus und die jämmerliche Haltung der Reformisten um *Turati* unter dem Einfluß der antiparlamentarischen Kritik von *Sorel* besonders tief verachten lernte; *Hitler*, weil zu seiner Zeit der Parlamentarismus in Deutland zu spät gekommen war, um noch seine geschichtlich-fortschrittliche Rolle und Stärke zu demonstrieren, dafür aber in knapp einem Jahrzehnt durch seine Unfähigkeit und Schwäche jedem einsichtigen Menschen gezeigt hatte, daß die Geschichte ihn auch in Deutschland auf den berühmten Kehrlichthaufen schaffen mußte. Nichts ist wohl beweiskräftiger für die innere geschichtliche Überlebtheit der Sozialdemokratie, als daß ihr antidiktatorischer Standpunkt weder mit ihrer Theorie noch mit ihrer Praxis, d.h. weder mit ihrem Bekenntnis zum Marxismus noch mit ihrer staatssozialistischen Politik zu vereinbaren war.

Es ist darum nicht zufällig, daß sich an der Streitfrage der Diktatur die Spaltung zwischen Menschewismus und Bolschewismus in Rußland entzündete. Es ging zwar im Jahre 1903 anscheinend nur um den Begriff des Parteimitglieds, aber historisch denkenden Köpfen zeigte der Streit schon ein Jahr später, daß sich hinter der scheinbar rein organisatorischen Frage um den § 1 das Parteistatuts ganz andere Probleme verbargen: ob die russische Sozialdemokratie eine parlamentarische Massenbewegung oder eine militärisch organisierte Truppe werden sollte; ob die Arbeiter selbst die Revolution führen oder ob sie von der Partei geführt werden sollten; ob es also eine „Diktatur *des* Proletariats“ oder eine „Diktatur *über* das Proletariat“ geben sollte usw. Diese Umstände legten mir nahe, die bisher gewonnenen Resultate meiner geschichtlichen kritischen Studien über die Sozialdemokratie, den Staatssozialismus, die Kriegswirtschaft, nicht nur vergleichsweise, sondern einmal besonders und umfassend auf den Bolschewismus anzuwenden. So ergab sich: eine historische Kritik des Bolschewismus.

#### 4. Historische Kritik des Bolschewismus

Daß *Lenin* in den organisatorischen Fragen auf die autokratisch zugeschnittene und autoritär geführte Partei *Lassalles* als Vorbild verwies, habe ich schon erwähnt. Und daß er auch die grundlegenden theoretischen Erkenntnisse des Sozialdemokratismus vor dem Weltkrieg, ja noch in den ersten Kriegsjahren, gern und willig übernahm, ist auch schon angedeutet worden (*Kautsky*, *Hilferding* u.a.). Des letzteren Analyse des Imperialismus hätte u.a. zu begründen, daß das „russische Proletariat“, sprich: der bolschewistische Kader der revolutionären russischen Intelligenz, die Führung der nationalen Revolutionen des Ostens zu übernehmen habe. *Lenin* benutzte also die theoretischen Sätze *Hilferdings* zur theoretischen Stützung seiner russischen „Volksrevolution“ und verschaffte sich auf diese Weise eine passende marxistische Ideologie, durch welche der Bolschewismus nicht nur die Arbeiter Westeuropas, sondern auch die nationalrevolutionären Bauern- und Leibeigenenbewegungen Asiens für die Unterstützung einer in Rußland zu errichtenden „Diktatur der Werktätigen und Bauern“ (so 1905) zu gewinnen suchte. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß ein *Sun Yatsen* diesen merkwürdigen Marxismus leninscher Prägung teilweise begeistert aufnahm und sein Organisationsschema eine merkwürdige Ähnlichkeit mit demjenigen *Lenins* gewann. Man sieht, daß auch die radikalste sozialistische Richtung in Rußland das diesem Lande oft zugesprochene Doppelantlitz des Januskopfes gewann: das eine Gesicht war dem Westen, das andere dem Osten zugewandt. Es war aber fast immer – und welche Bedeutung erhielt dieser Umstand auch für die Geschichte des Bolschewismus! – mehr nach dem Westen als nach dem Osten gerichtet! *Lenins* Marxismus setzt sich infolgedessen auch aus zwei „Anschauungen“ zusammen: einer Schau auf die westliche deutsche Sozialdemokratie und einer Schau auf die östlichen antiimperialistischen Volksbewegungen in solchen Gebieten, deren Einbeziehung schon dem zaristischen Rußland immer durch den englischen, französischen und japanischen Imperialismus verlegt worden war. Der Bolschewismus hat denn auch seit *Baku* (1920) immer wieder ernsthaft versucht, sich zum Vorkämpfer der „Kolonialvölker“ gegen England, Frankreich und Japan zu erheben und auf diese Weise die Gegner aus Asien zu vertreiben, die

schon der Zarismus durch Jahrhunderte bekämpft hatte. Man hat England oft als eine „indische Großmacht“ zu charakterisieren gesucht; mit dem gleichen Recht ist aber auch Rußland als eine „sibirische“, d.h. „asiatische Großmacht“ zu bezeichnen. Ohne diese Stellung in Eurasien ist die russische Politik ebensowenig zu begreifen wie der Bolschewismus selbst.

In den Debatten vor und nach dem Londoner Parteitag 1903, auf dem die Spaltung der russischen Sozialdemokratie in Menschewismus und Bolschewismus erfolgte – in eine mehr „westlich“ und eine vorwiegend „östlich“ orientierte Fraktion! –, haben sich *Lenin* und seine Anhänger von den Traditionen der westlichen parlamentarischen und liberalen Arbeiterbewegung befreit und sich zum „Jakobinertum“, zum „Bürokratismus“ und zur „militärischen Organisation“ der Partei bekannt. Zu jener Zeit übten bereits *Rosa Luxemburg* und *Trotzky* an *Lenins* „Marxismus“ eine bittere Kritik: die erstere stützte ihre Verurteilung des *Leninismus* gerade auf dessen Bekenntnis zum Jakobinertum und zum bürokratischen Prinzip; der andere behauptete, *Lenins* Politik werde einmal auf eine Diktatur über das Proletariat hinauslaufen. Wer heute diese prophetischen Worte liest, die beide damals 1903–1910 gegen *Lenin* gesagt und geschrieben haben, weiß, daß sie durch die Geschichte des Bolschewismus nur zu sehr Recht behalten haben. Ich aber folgere daraus nur, daß der Marxismus auch in Rußland – wie übrigens auch zur gleichen Zeit in Italien – als *Verhüllungsideologie* gedient hat! Ist es nicht ein merkwürdiger Zufall, daß in dem gleichen Jahre 1904, in welchem *Lenin* seine jakobinischen und bürokratischen Prinzipien offen verteidigte und *Rosa Luxemburgs* Kritik herausforderte, auch *Arturo Labriola* und *Mussolini* mit marxistischen Argumenten für die italienische „Volksrevolution“ eintraten? In der Tat! Die Geschichte scheint manchmal mit ihren Daten freundlich auf zeitliche Zusammenhänge aufmerksam machen zu wollen, die räumlich nicht bestehen: Faschismus und Bolschewismus wurden im gleichen Jahre geboren. Und *Bakunin* hat für beide Vorarbeit geleistet!

So hat der Marxismus bisher seine höchste Leistungsfähigkeit nicht eigentlich im Dienste jener proletarischen Klassenziele verrichtet, für die er eigentlich erarbeitet wurde, sondern im Dienste nationalrevolutionärer Ziele, die *Marx* und *Engels* im imperialistischen Zeitalter auf das Entschiedenste bekämpft hatten. Seine wissenschaftliche Stärke

und die Autorität seiner Begründer waren gerade gut genug, um mit ihrer Hilfe die Arbeiter verschiedener Nationen für nationalrevolutionäre Ziele einzuspannen, die man marxistisch als proletarische Klassenziele darstellte. Darum hat der Marxismus bisher mehr für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung getan als für ihre Zerstörung! Ein Widerspruch? Ja, aber ein dialektischer!

Wir haben schon gesehen, daß man den Bolschewismus als die konsequentere Form der Sozialdemokratie unter den Bedingungen der russischen Revolution begreifen kann. Sein Unterschied zum Sozialreformismus bestand im Wesentlichen wohl darin, daß er an ein langsames „Hineinwachsen in den Sozialismus“ nicht glaubte bzw. sich selbst zum politischen Vollstrecker dieser Entwicklung machen wollte. Vor allen Dingen erkannte er in diesem Zusammenhang, daß die zunehmende Stärkung der Staatsgewalt gegenüber der Gesellschaft, ja: eine zentralistische politische Organisation der nationalen Kräfte – und daß diese bevorstand, hatte er ja von *Hilferding* gelernt! –, nur *ohne Liberalismus* und *Parlamentarismus* möglich ist. Ich habe auch schon betont, daß der Bolschewismus, abgesehen von der Diktaturfrage, seinem staatssozialistischem Ziel gemäß eine im Wesen sozialdemokratische Bewegung war. Infolgedessen hat *Lenin* die Behauptung *Hilferdings*, daß der Monopolkapitalismus auch „organisatorisch die letzten (!) Voraussetzungen für den Sozialismus“ schaffe und daß „schließlich die Diktatur der Kapitalmagnaten in die Diktatur des Proletariats umschlägt“, gern übernommen. Da nach *Hilferding* „das Finanzkapital die wichtigsten Produktionszweige unter seine Kontrolle gebracht hat, *genügt es*, wenn die Gesellschaft durch ihr bewußtes Vollzugsorgan, den vom Proletariat eroberten *Staat* (!), sich des Finanzkapitals bemächtigt, um sofort die Verfügung über die wichtigsten Produktionszweige zu erhalten.“ *Lenin* wollte *mit* dem Proletariat den Staat erobern – auch *Hilferding* dürfte unter dem Proletariat seine Partei verstanden haben! – um dann die Verfügung über die wichtigsten Produktionszweige zu erhalten. Ich möchte darauf hinweisen, daß *Hilferding* zu seinen Thesen in einseitiger Berücksichtigung der *Konzentrationstendenzen* gelangte, was ihm Rosa Luxemburg in ihrer „Akkumulation des Kapitals“ zum Vorwurf gemacht hat; ihr zufolge gehen die Konzentrationsvorgänge nicht so einfach und reibungslos vor sich und werden immer wieder durch nationale und soziale Kri-

sen unterbrochen. Wichtig ist folgendes: *Hilferding* hat den Prozeß der Verschmelzung von Staat und Wirtschaft geschildert, und er wie *Lenin* haben in dieser Entwicklung die letzte Voraussetzung für den Staatssozialismus erblickt.

Somit erklärt sich denn auch die erstaunliche Tatsache, daß in der Einschätzung der deutschen Kriegswirtschaft *Lenin* mit den „Sozialpatrioten“ *Lensch, Parvus, Cunow* u.a. einig war! Im Juli 1917 erklärte er nämlich die deutschen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen als „Schritte zum Sozialismus“, die das russische Volk noch konsequenter werde durchzuführen wissen „als Junker und Bourgeoisie in Deutschland“. Diese Feststellung ist mir im Jahre 1932, als ich mich unter dem Einfluß von Kurt St. mit dem Werke *Lenins* eingehend zu beschäftigen begann, mit die erstaunlichste gewesen, da *Lenin* gerade in der Kriegsfrage ein unversöhnlicher Gegner dieser Sozialpatrioten war und ihretwegen die – III. Internationale forderte. Es gab aber einen Punkt, in dem er mit ihnen vollkommen einig war! Die Bejahung des „Kriegssozialismus“. Von diesem Augenblick an glaubte ich nicht mehr an den leninschen Kommunismus nach 1918. Vier Wochen vor dem bolschewistischen Staatsstreich hat er denn auch der Welt klar definiert, was er unter dem Begriff „Sozialismus“ verstanden wissen wollte: „Das staatskapitalistische *Monopol*, eingestellt zum Nutzen des ganzen Volkes.“ Diese „Einstellung“ hatte selbstverständlich die Diktatur seiner bolschewistischen Partei vorzunehmen, jene „Organisation von Revolutionären“, durch welche er zu Beginn seiner politischen Laufbahn „Rußland aus den Angeln heben“ wollte! Nun, wenn *Lenin* den „Kriegssozialismus“ Deutschlands zu seinem Vorbild wählte, dann mußte er eigentlich auch dem Versuch seiner Beibehaltung, der Sozialisierung von 1919, sympathisch gegenüberstehen. Auch dies bestätigte sich: Denn damals empfahl er seinen Landsleuten, „aus dem Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen“ und ihn „auf unser Sowjetsystem zu übertragen“. Die Arbeiter wollten aber keinen Staatskapitalismus, sondern Kommunismus, und drei Jahre war *Lenin* gezwungen, sich ihrem Willen zu beugen und die Periode des „Kriegskommunismus“ mitzumachen, in der neben dem Staatsapparat der Bolschewiki auch die Arbeiterräte ein gewichtiges Wörtlein mitzureden hatten. Doch vom Jahre 1920 wurde *Lenin* langsam mit der „Arbeiteropposition“ fertig, der „Oberste Volkswirtschaftsrat“, also

die Behörde, nahm den betrieblichen Arbeiterräten die wirtschaftliche Mitbestimmung immer mehr ab, und die Arbeiter und Matrosen, die 1921 „Sowjets ohne Bolschewiki“ forderten, wurden in Kronstadt niedergemacht. *Rußlands Entwicklung zum totalitären Staat begann.* Es ist ein Irrtum *Trotzkys*, den Beginn des „Thermidors der russischen Revolution“ erst von dem Tage an zu rechnen, an dem ihn *Stalin* in die Opposition drängte; in Wahrheit beginnt er mit der Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes gegen die bolschewistische Parteidiktatur, und ist also noch von *Lenin* und *Trotzky* selbst eingeleitet worden! Wenige Wochen nach der Niederwerfung des Kronstädter Aufstandes schrieb *Lenin*: „Die letzte mögliche und einzig vernünftige Politik: man versucht nicht, die Entwicklung des Kapitalismus zu verhindern oder zu verbieten, sondern man bemüht sich, sie in das Becken des *Staatskapitalismus* zu leiten.“ Und im November des gleichen Jahres: „Wir haben uns auf den *Staatskapitalismus zurückgezogen*“! *Lenin* ging also nach Liquidierung der linkskommunistischen „Kinderkrankheiten“ auf seinen alten Standpunkt zurück. Hatte er doch schon im Jahr 1918 seine Leser überzeugt, „daß die 'hohe' Bewertung des Staatssozialismus durch mich nicht erst jetzt erfolgt, sondern noch vor der Eroberung der Macht durch die Bolschewiki geschah“, indem er hierbei auf seine im September 1917 verfaßte, hier bereits zitierte Broschüre verwies!

Führt man hierzu noch die von *Trotzky* schon 1919 geforderte „Militarisierung der Arbeit“ an, die von ihm geplante „Arbeitsorganisation von militärischem Typus“ und das durch ihn durchgesetzte Dekret über „*die Militarisierung der Wirtschaft*“, so wird man wohl verstehen, mit welcher Berechtigung das führende bolschewistische Militärorgan „Krasnaja Swjesda“ („Roter Stern“) schreiben kann: „Die geplante Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung wird uns riesige Vorteile geben, auch was die Landesverteidigung betrifft.“ Auch im bolschewistischen Rußland laufen also die kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten der imperialistischen Epoche mit den staatssozialistischen Ideen zusammen! *Trotzky* forderte daher die *Arbeitsdienstpflicht* und konnte auch ihre Dekretierung erreichen. So ist denn die Erneuerung des im Kriege sowie in der Revolution zerstörten Produktionsapparates in erster Linie im Hinblick auf die Landesverteidigung, wenn auch als „Aufbau des Sozialismus“ erfolgt. Damit hat

Rußland im Frieden den Krieg schon „sozialistisch“ vorbereitet, und auch der Fünfjahresplan dient in erster Linie dem Aufbau einer unabhängigen Kriegswirtschaft: am 10. Jahrestag der Roten Armee ist seine Bedeutung von *Woroschilow* dahingehend bestimmt worden, daß die „Pjatiletka“ die materielle und technische Basis für die Rüstung der Roten Armee zu schaffen habe. Und *Stalins* Parole: „Einholen und überholen“ bezog sich zunächst nicht auf die Wirtschaften, sondern auf die Heere der kapitalistischen Staaten.

So enthüllen sich die vier großen „Ismen“: *Sozialismus*, *Nationalismus*, *Bolschewismus* und *Faschismus* als nationalhistorisch und geopolitisch unterschiedene, im soziologischen und dialektisch-historischen Aspekt aber als im *Wesen* ähnliche Formen der im Imperialismus notwendigen „militarisierten Gesellschaft“ (*Keri*). Darum können sie sich eigentlich nur außenpolitisch entzweien, nie aus inneren, „ideologischen“ Gründen, denn die Ideologien sind ihnen im Grunde Mittel, nicht Ziele. Als der Nationalsozialismus an die Macht kam, waren die außenpolitischen Beziehungen zu Italien gut genug, um tiefe geistige Verbundenheit und Ähnlichkeit zwischen Nationalsozialismus und Faschismus zu entdecken; als dann wegen der Lösung der österreichischen Frage Spannungen zwischen beiden Staaten auftraten, fand man wieder tiefe Wesensunterschiede, z.B. in den Fragen „Staat“ und „Volk“ heraus; als sich schließlich wieder die Beziehungen durch Deutschlands wohlwollende Neutralität im abessinischen Krieg besserten und die Achse Berlin-Rom entstand, konnte man wieder nicht oft genug die weltanschauliche Gemeinschaft beider totalitären Systeme betonen. Und das sollte – eine passende weltpolitische Situation vorausgesetzt! – aus *prinzipiellen* Erwägungen nicht einmal zwischen Rußland und Deutschland, also zwischen dem Bolschewismus und Nationalsozialismus möglich sein? Wir besitzen seit zwanzig Jahren die Dokumente von vielen Versuchen einer deutsch-russischen Annäherung, unabhängig von der jeweiligen Staatsform beider Gesellschaften! Hat doch gerade Rußland bewiesen, daß ein Staatssozialismus notwendig immer ein *nationaler Sozialismus* bleibt.

Unter diesem Widerspruch hat natürlich die deutsche Sozialdemokratie bei einer prinzipiell ehrlicheren *internationalen* Einstellung am meisten gelitten, während Nationalsozialismus und Faschismus von Anfang an von einer *nationalen* Haltung ausgingen, die mit dem Ziele

einer staatlichen Gesellschaft sich eher vereinbaren ließ. Der Bolschewismus ist gleichfalls von dem inneren Widerspruch der Sozialdemokratie verschont geblieben: „So international sich der Bolschewismus auch gebärdet, so sehr ist er im Grunde eine eminent national-russische Erscheinung“, sagte Dr. Erich *Obst* 1931 in einem Vortrag im Industrieclub zu Düsseldorf. *Lenin* und *Stalin* können in diesem eingeschränkten Sinne als *russische* Nationalsozialisten aufgefaßt werden; der Bolschewismus bediente sich des proletarischen Sozialismus als Ideologie, der Nationalsozialismus dagegen des um 1880 aufkommenden „Sozialismus der dummen Kerls“, wie man den Antisemitismus zu Zeiten *Bismarcks* bezeichnete. *Lenin* ging immer in seinem gesamten theoretischen und praktischen Werk von der russischen Revolution aus, und fand gerade in diesem Punkt die heftige Gegnerschaft *Trotzkys* schon vor dem Kriege. Nur zeitweilig, im Weltkrieg und dann nach der Revolution, zwang ihn eben der Kampf um die russische Revolution, sich nach internationaler Hilfe und Unterstützung umzusehen. Das führte ihn auch 1917 mit *Trotzky* zusammen: *Lenin* brauchte damals die westeuropäische Revolution zur Stärkung der russischen National-, oder wie er meistens gesagt hatte: *Volksrevolution*; *Trotzky* dagegen wollte die Weltrevolution, für die ihm die russische nur ein Auftakt war. Beide waren also, wenn auch aus ganz verschiedenen Gründen, am Entfachen der westeuropäischen Revolution interessiert und haben sich nur deshalb verbinden können. Man darf nicht vergessen, daß *Lenin* offen erklärt hat: „Wir Großrussen sind erfüllt von Nationalstolz“ (1910). Als die russische Revolution sich nach dem Ausbleiben der westlichen Revolutionen auf die NEP und später auf den „Sozialismus in einem Lande“ zurückzog, war damit auch das politische Schicksal *Trotzkys* in Rußland besiegelt und seine Politik der Weltrevolution wurde, etwa seit 1924, restlos abgeschlossen. Von da an diente die Komintern ausschließlich der Unterstützung der Pläne und Ziele der stalinschen Diplomatie in den fremden Staaten.

So gewinnt der Ausspruch des Mannes, der den Begriff des „Dritten Reiches“ prägte und ein Buch darüber schrieb, *Moeller van den Bruck*, auch für uns eine eigentümliche Bedeutung: „Jedes Volk hat seinen eigenen Sozialismus“! Und ein anderes Wort fällt mir nun ein: „Durch Sozialismus zur Nation“ (*Baldur von Schirach*). Für mich bringen beide

Thesen zum Ausdruck, daß die nationale Selbstbehauptung, ja sogar die Sicherung neugebildeter Nationalstaaten, die jetzt erst ihren nationalrevolutionären Prozeß zum Abschluß gebracht haben, im Zeitalter des Imperialismus nur noch mit staatssozialistischen Methoden möglich ist! Heute können sich die nationalen Gesellschaften nur noch mit dem Sozialismus innen- und weltpolitisch verteidigen. Der Sozialismus ist zum *Mittel* der Nation in ihrem imperialistischen Existenzkampf geworden. Und ergibt denn nicht tatsächlich erst in unseren Tagen die politische Durchorganisation der Nation eine politische und militärische „Volksgemeinschaft“?

In Deutschland waren schon breite Teile der eigentumslosen Massen in den sozialistischen Parteien und in den Gewerkschaften zum politischen Leben erwacht und schon im Kriege die Mitträger des kriegswirtschaftlichen Verteidigungsapparates gewesen. Hier hatten sie also auch in diesem Sinne aktiven Anteil an der Herausbildung des totalen Staates gehabt. So konnte der Nationalsozialismus im Unterschied zum Faschismus in seiner Staatslehre den Grundsatz aussprechen, daß sein Staat das Organ des *Volkes*, daß die Nation ihn sich selbst geschaffen habe. In Italien dagegen hatten sich die Massen noch nicht in diesem Maße am Staatsleben beteiligt; ja dieser moderne Staat war in Italien noch zu schaffen. Hierzu sollte der Sozialismus erst hinführen, in einem viel deutlicheren Sinne wurde daher in Italien von der jakobinischen Intelligenz der Sozialismus als *Mittel* aufgefaßt, um zur Nation zu gelangen. Infolgedessen konnte auch die sozialistische Intelligenz Italiens den Staat als ein Organ ansehen, der erst eine italienische Nation zu schaffen habe. Für die nationalsozialistische Staatssauffassung ist demzufolge das *Volk* der Zweck des Staates, für die faschistische Staatstheorie dagegen ist der Nationalstaat der Zweck des Volkes.

Während also in Deutschland der Sozialismus zu einem Mittel wird, um die Nation in den imperialistischen Spannungen zu verteidigen, hat ihn der italienische Syndikalismus um *Labriola* und *Mussolini* als ein Mittel angesehen, um überhaupt erst zur Nation zu kommen. Hierin spiegelt sich die verschiedene geschichtliche Entwicklung beider Länder wieder: beide Völker erkämpften sich zwar zur gleichen Zeit den nationalen Einheitsstaat (1870/71), aber Deutschland ist fast ein Jahrtausend lang das politische Machtzentrum Europas seit dem frühen

Mittelalter gewesen, während der Boden Italiens zur gleichen Zeit zum größten Teil immer nur ein Randgebiet des „Heiligen Römischen Kaiserreiches deutscher Nation“ gewesen ist und unter Fremdherrschaft gestanden hatte. Dieser wichtige geschichtliche Unterschied in der nationalen Entwicklung beider Länder hat denn auch jenen theoretischen Unterschied in der Haltung von Nationalsozialismus und Faschismus zu Staat und Volk ergeben. Diese Feststellungen, waren der Ausgangspunkt für meine historische Kritik des Faschismus.

### 5. Historische Kritik des Faschismus

1851, in dem Jahre, als sich *Marx* und *Engels* von ihrem bis dahin vertretenen jakobinisch-blanquistischen Standpunkt abwandten, um sich nun erst an die Herausbildung des eigentlichen Marxismus zu begeben, in diesem Jahr also machte in Italien *Gioberti* darauf aufmerksam, daß Italien das Proletariat brauche, um eine Nation zu werden. Sein gelehrigster Schüler war *Carlo Pisacane*, ein Herzog aus dem Hause der San Giovanni und ein Anhänger *Proudhons*. Er schrieb in Jahre 1855: „Nur der Glaube und die Hoffnung auf den Sozialismus kann dem Vaterland die Befreiung bringen.“ Noch bis in die sechziger und siebziger Jahre gingen in Italien Nationalismus und Sozialismus zusammen. Der größte Vertreter einer solchen einheitlichen Auffassung und damit eines nationalen, italienischen Sozialismus war unzweifelhaft *Mazzini*. Er hat sich stets gegen alle sozialistischen Gedanken gewandt, die aus der „Fremde“, d.h. aus Deutschland (*Marx* und *Engels*), aus Frankreich (*Proudhon*) und Rußland (*Bakunin*) kamen und sie als „ultramontanen Sozialismus“ bezeichnet, weil er über die Alpen kam.

Die geistesgeschichtlichen Wurzeln des italienischen Sozialismus, und damit auch des Faschismus, reichen bis auf jenen nationalen Sozialismus zurück, sind aber durch, den „ultramontanen Sozialismus“ sehr stark modifiziert worden. Die faschistische Literatur hat noch bis 1930 nach *Robert Michels* zugegeben, daß erst die moderne sozialistische Bewegung in Italien das italienische Volk geweckt habe, es an Zucht und Organisation gewöhnt und infolgedessen eine wichtige Mission für die Entwicklung Italiens zur Nation gespielt habe. Ihr

wesentlichstes Ergebnis sei der Bruch mit dem Individualismus gewesen, und sie habe in dieser Hinsicht „in der Richtung auf den späteren Faschismus hingewirkt.“ Das entscheidende Jahrzehnt der Entwicklung des Faschismus aus dem italienischen Sozialismus liegt zwischen 1904 und 1914. *Mussolini* selbst schreibt hierüber: „Aus einer einzigen Lehre zog ich eine lebendige Erfahrung, aus dem Sozialismus der Jahre 1903/04 bis zum Winter 1914, also fast aus einem Jahrzehnt.“ Und es sind nach ihm „*Sorel*, *Peguy*, *Lagardelle*, das 'Mouvement socialiste' und die Schar der italienischen *Syndikalisten* gewesen, die zwischen den Jahren 1904 und 1914 dar italienischen sozialistischen Lehre ... eine neue Note gaben“!

*Mussolini* selbst erblickt also, von *Peguy* und *Lagardelle* abgesehen, in der Lehre *Sorels*, und damit im Syndikalismus den geistigen Ursprung des Faschismus. Besonders wichtig ist vor allem *Sorel* gewesen, auch *Panunzio* bezeugte: „*Mussolini* hat wiederholt erklärt, *Sorel* sei sein Lehrer gewesen.“ *Sorel* soll nun tatsächlich – nach *Robert Michels* – in *Mussolini* den „neuen Mann“ Italiens zuerst erkannt haben, aber er „wußte nicht recht, wohin der neue Weg, den ... *Benito Mussolini* zu beschreiten im Begriff stand, Italien führen sollte, ob zur sozialen Revolution oder zur nationalen Diktatur.“ Eine sehr interessante Bemerkung! – Die Anfänge der italienischen syndikalistischen Bewegung datiert *Robert Michels* von 1904 an, dem Jahre, wo in Mailand durch *Arturo Labriola* die Zeitung „*Avanguardia Socialista*“ begründet wurde. Der Begründer dieser Zeitung hatte auch *Mussolini* in der Provinz „entdeckt“ und ihn dann an seiner Zeitung „debütieren“ lassen. *Labriola* selbst schreibt hierzu: „Ich könnte demnach sozusagen die Vaterschaft an der politischen und persönlichen Karriere *Mussolinis* für mich in Anspruch nehmen. Das ist wenigstens die Ansicht *Michels*.“ *Signora Sarfatti*, die hochoffizielle Historiographin des Duce, erwähnt in ihrer „*Lebensgeschichte Mussolinis*“ die Zeitung zitatweise nur einmal, *Labriola* überhaupt nicht! Ich finde das bei der Bedeutung, die beiden für die geistige Entwicklung *Mussolinis* und des Faschismus zukommt, recht erstaunlich, und doch auch wieder verständlich.

Die syndikalistische Lehre des Franzosen *Sorel* wurde durch *Arturo Labriola* auf den italienischen Boden und auf *Mussolini* übertragen. *Sorel* hatte als erster marxistisch geschulter Sozialist eine tiefe

und gründliche Kritik des Liberalismus und Parlamentarismus gegeben, er hatte die innere Unvereinbarkeit von Demokratie und Sozialismus aufgezeigt und deshalb die parlamentarische Taktik der französischen und deutschen Sektion der II. Internationale als „Millerandismus“ und „Ministerialismus“ verdammt. Seine wichtigsten Schüler waren: in Italien *Labriola*, in Frankreich *Lagardelle*, in Rußland der frühere Marxist *Kritschewsky* und in schließlich in Deutschland Robert *Michels*, der eine vernichtende Kritik und „Soziologie des Parteiwesens“ schrieb, sich während des Krieges in Italien naturalisieren ließ und dann zum größten Propagandisten des Faschismus wurde! Auch er kam aus dem marxistischen Lager und war Mitarbeiter der „Neuen Zeit“. Der Faschismus verdankt also die Argumente für seine antiliberalen und antiparlamentarischen Haltung im wesentlichen dem Syndikalismus *Sorels* und *Labriolas* und hat sich noch lange nach seiner Machteroberung in der Nachkriegszeit auf seinen syndikalistischen Ursprung berufen. Das eigentümlichste aber am *Sorelschen* Syndikalismus ist die scharfe Gegnerschaft gegen den Staatssozialismus: er behauptet nicht nur, daß enge Bande zwischen der Auffassung von Marx und dem Manchester-Liberalismus bestehen und bejaht auf das Entschiedenste den individualistischen „Liberismus“ eines *Vilfredo Pareto*; sondern er greift – nach *Rist* – „fast ausschließlich die Staatssozialisten an.“ Außerdem predigte *Sorel* einen ausschließlichen Arbeitersozialismus von nicht nur antikapitalistischen, sondern auch antiintellektuellen Charakter, der sich auf die Gewerkschaften (Syndikate) stützen wollte, nicht auf Parteien. Das Sonderbarste aber an dieser Richtung war wohl, daß sie dem „Intellekt“ den „Mythus“ entgensetzte, selbst aber eine Gruppe von Intellektuellen war, die sich um die von *Lagardelle* geleitete Zeitschrift „La Mouvement Socialiste“ scharte (die *Mussolini* erwähnte) und Bekenner der *Bergsonschen* Philosophie waren!

Übrigens hat sich *Sorel* später von ihr zurückgezogen, um sich dem „katholischen Nationalismus“ zu widmen. Wenn man nun von Frau *Sarfatti* hört, *Mussolini* habe die Gedanken *Sorels* und *Nietzsches* zur gleichen Zeit in sich aufgenommen, dann dürfte der Einfluß des Letzteren den Individualismus in *Mussolini* noch verstärkt haben. Jedenfalls wird uns der Sozialismus eines Mannes, von dem Frau *Sarfatti* sagt: „Man kann den faschistischen *Mussolini* ohne den soziali-

stischen Mussolini nicht verstehen“, der selbst bekannte: „Ich war Faschist, bevor ich Sozialist wurde“, erst verständlich werden, wenn wir einmal Mussolini selbst darüber hören.

Seine Einzelgängerei wird wohl aus folgenden Äußerungen klar: Mit 27 Jahren kämpfte er als Sekretär der sozialistischen Bezirksvereinigung um die Wiederherstellung des *Idealismus* im italienischen Sozialismus. Eine Erhöhung seines Gehalts lehnte er ab, um „nicht ein Kanonikus der sozialistischen Organisation zu werden“. Daß Aufgehen in täglicher propagandistischer Kleinarbeit wies er ebenfalls von sich: „Ich kann aus Rücksicht auf mein Gehirn kein Hausknecht der Propaganda sein, kein wanderndes Grammophon. ... Denn sonst würde ich dadurch, daß mich meine Propagandaarbeit nächstens vielleicht ganz meiner geistigen Arbeit entziehen und mich mit fortschreitender Verdummung bedrohen könnte, in ein Dilemma kommen.“ Er bezweifelte, ob die führenden „Bürokraten“ der Bewegung noch „vom Ideal“ bestimmt seien: „Das Ideal? Zum Teufel mit dem Ideal. Keiner glaubt mehr daran. Und wenn irgendein Sonderling noch daran glaubt, so gilt er als ein Dummkopf, der mit dem Monde liebäugelt. – Wir gehören aber noch zu dieser winzigen Schar von Einzelgängern.“

Zu jener Zeit begann *Mussolini* den Glauben an die proletarische Masse zu verlieren und die Jahre von 1910 bis 1912 durchlebte er jene tiefe und schwere Krise, die das unerbittliche tragische Schicksal der geistig produktiven Menschen ist: die Menschenverachtung. Aus jener Zeit stammen die Worte: „Unser Leben ist ein offenes Buch, in dem man die Worte „Studium, Elend, Kampf“ lesen kann. Nicht einmal der Schatten einer souveränen Gnade ist darin zu finden. Wir fühlen uns stark, weil wir uns rein fühlen. Wir fühlen uns stark, weil wir keine Freunde haben und eher dazu neigen, unseren Bekanntenkreis zu verringern als ihm zu erweitern.“ Diese Krise und der Krieg haben ihn wohl erst bewogen, nach dem Kriege den Anschluß an die Nationalisten zu suchen, jenen Anschluß, durch welchen der Faschismus endgültig ins Leben trat.

Und wie faßte er wenige Jahre vor dem Kriege den Sozialismus auf? So: „Der Sozialismus ist etwas Hartes, Strenges, aus Gegensätzen und Gewalt bestehendes, *ein Krieg*; und wehe den Weichherzigen in diesem Kriege! Er ist eine schreckliche, ernste und erhabene Angelegenheit. Nur dadurch, daß er so ist, kann er sich verwirklichen und

sich davor bewahren, zum Schlaraffenland für Politikaster und Schwächlinge zu werden. Der Sozialismus ist kein Handelsgeschäft, kein Spiel für Politiker, kein Traum für Romantiker, und noch viel weniger ein Sport: *er ist die Kraftanstrengung, die der moralischen und materiellen Erhebung dient, sowohl im einzelnen, als auch für die Allgemeinheit*; und er ist vielleicht das *größte Drama*, das die menschliche Allgemeinheit je erschüttert hat, erschüttert zu dem Zwecke, um die Brücke vom tierischen zum menschlichen Menschen zu schlagen, von der Vorgeschichte zur Geschichte, eine Brücke, die die Menschheit vom Kampf ums Leben zum Verständnis für das Leben führen wird. Vor dem Alphabet muß das *Brot* da sein, und nach dem Brot dann das Alphabet an die Reihe kommen; *nur unter dieser Bedingung wird man jenes menschliche Element schaffen können, das zur Verwirklichung der Idee auf dem Wege beharrlicher Arbeit und individueller Reinigung unentbehrlich ist!*“ Aus diesen Worten sprechen sowohl der Schüler *Sorels* als auch der im Geiste von *Nietzsche* gebildete Philosoph: Der erste hatte gefordert: „Es ist notwendig, jede Anwendung, den Sozialismus zur Wissenschaft zu machen, aufzugeben“! der andere hatte „Heroismus“ und „Tragik“ als neue menschliche Haltung vertreten. Ganz in diesem Sinne waren *Mussolinis* Worte am 16. Mai 1925 in der Kammer: „Als ich, schon innerlich Faschist, noch in der sozialistischen Partei Dienst tat, lief den Bonzen der Partei ... die Gänsehaut über den Rücken, wenn sie hörten, daß ich mich entschieden einsetzte für die Notwendigkeit eines *Aufstandes*, der den Arbeitermassen das Gefühl des *Tragischen* erschlösse“! Diese ausführlichen Zitate mögen die innerliche Seite des mussolinischen Sozialismus erhellen; wie steht es aber mit der äußeren Seite? Welches war das soziologische Wesen des von ihm seit 1904 mitverfochtenen syndikalistischen Sozialismus? Hier besteht nun die einzigartige Sachlage, daß der „geistige Vater“ *Benito Mussolini*, *Arturo Labriola*, später selbst dieses Wesen des italienischen Syndikalismus, also des radikalsten Flügels des italienischen Sozialismus, offen enthüllt hat, um seine spätere Entwicklung zum Faschismus und damit seinen Schüler zu treffen. Auf diese Weise besitzen wir ein Musterbeispiel für das, was von *Paul Szende* als „Verhüllungsideologie“ bezeichnet wurde.

Wie *Mussolini* wollen wir auch ihn wegen der Bedeutung des Falles möglichst selbst zu Worte kommen lassen: Ihm zufolge entstammen

fast alle bedeutenden Führer der faschistischen Bewegung aus der alten syndikalistischen Opposition gegen den von *Turati* vertretenen Reformismus der alten sozialistischen Partei Italiens. Wer *Mussolini* einfach des „Verrates am Sozialismus“ zeihe und seine Haltung und Wandlung primitiv als „Korruption“ abtue, könne sich seine Entwicklung nie verständlich machen. Die von ihm selbst eingeleitete Bewegung habe sich zwar oft im Kampfe gegen den Reformismus der orthodoxen Argumente gegen *Jaurès*, *Millerand* und *Bernstein* bedient, aber im Grunde genommen habe sie *Kautsky* und *Guesde* viel ferner gestanden als *Bernstein* oder *Jaurès*. „Unser Standpunkt war ein rein italienischer, vielleicht sogar ein etwas nationalistischer.“ Die „*Avanguardia Socialista*“ habe den Reformismus *Turatis* aber nicht an sich abgelehnt, sie vertrat aber die Ansicht, daß zur wirksamen und erfolgreichen Durchführung dieser Reformen der Sturz der herrschenden politischen Klasse eine unumgängliche Voraussetzung sei. Daher forderten *Labriola* und *Mussolini* seit 1904 „die italienische Revolution mit dem Ziel der demokratischen Republik; Mittel zu diesem Ziele sollten die Arbeiter Norditaliens sein.“ Und nun folgt ein Absatz, den ich mit Genuß und Behagen langsam hinunterzuschlürfen und zu verdauen bitte:

„Natürlich durften wir für die Verwirklichung unseres Planes nicht auf die Unterstützung der Bourgeoisie rechnen, sondern mußten an die Arbeiter appellieren, vor allem die Arbeiter der lombardischen und piemontesischen Großindustrie; dazu aber mußten wir mit den ihnen geläufigen Schlagworten operieren, wie 'Klassenkampf', 'Diktatur des Proletariats' und 'Sozialisierung der Produktionsmittel'. Ihrem Wesen nach aber war die von der 'Avanguardia Socialista' propagierte Bewegung nur republikanisch und italienisch. Wir sind weder die Vorläufer von Lenin (richtig ! Aber seine gleichzeitige Entsprechung in Italien ! H.), noch die Gegner von *Bernstein* gewesen, wenn auch die Form unserer Polemik uns zuweilen als Anhänger einer intransigenten sozialistischen Doktrin erscheinen ließ. *Uns bedeutete der Sozialismus mehr ein Mittel zur Neuordnung Italiens als ein Ziel an sich.*“ Diese Sätze möchte ich allen Arbeitern am liebsten in die Schädel hämmern! *Labriola* fährt dann fort, die Gruppen um die „*Avanguardia Socialista*“ hatten sich später der politischen syndikalistischen Bewegung angeschlossen. Denn auch diese war vom Gegensatz zum

*Turatischen Reformismus* bestimmt: „Demgegenüber erschien der politische Syndikalismus *Sorels* als ein *Mittel* zum vollständigen Umsturz der traditionellen Gesellschaftsorganisation Italiens. *Ich muß immer wieder betonen, daß zwar die Form dieser Bewegungen 'sozialistisch' und 'klassenkämpferisch', ihr Wesen aber rein italienisch und national gewesen ist.* Ihr Kern war das Problem der radikalen Neuordnung Italiens und alles, was dieses Ziel fördern konnte, wurde von diesen sozialistischen Gruppen aufgenommen, die sich selbst bald 'revolutionär', bald 'syndikalistisch' nannten.“ – Nach diesen Sätzen kann man *Mussolini* in der Tat keinen „Verrat am Sozialismus“ vorwerfen: er war für ihn nur ein Mittel zur *Nation!*

Übrigens hat Labriola noch 1931 bei dieser Darlegung seines und Mussolinis Sozialismus von 1904 folgenden Standpunkt vertreten: „Daß im Sozialismus nicht die *morphologische* Frage (die 'Sozialisierung'), sondern die Klassenfrage das Entscheidende ist, d.h. das Problem, welche Elemente die Gesellschaft regieren sollen.“ Da aber „die *Auslese* einer neuen *Führerschicht*, welche die wirtschaftlichen Probleme besser meistern kann als die Privatwirtschaft, nur durch Sozialisierung zu erreichen ist“, lehnt er die private Wirtschaft ab, obwohl sie die gleichen Resultate hervorbringe wie die sozialisierte! „Letztere ist also nur das Mittel, nicht das Ziel des Sozialismus.“ – Damit wollen wir jetzt das umfangreiche Zitieren wieder aufgeben und unsere historisch-kritische Analyse des Faschismus fortsetzen, nachdem ich durch diese Zitate die Zusammenhänge angedeutet habe, aus welchen heraus der Faschismus allein begriffen werden kann. Jedenfalls dürfte hiernach klar werden, daß die von *Mussolini* geführte Gruppe durchaus imstande war, die Notwendigkeiten auch einer kriegswirtschaftlichen Neuordnung Italiens gemäß den militärischen Notwendigkeiten des imperialistischen Säkulum auf sich zu nehmen. Das Bündnis mit dem italienischen Nationalismus brachte ihm die politischen und materiellen Hilfsquellen, während die in den „*Fascii di combattimento*“ sich zusammenfindenden enttäuschten Soldaten die nötige Gewalt stellten.

Indem aber der Faschismus auf der einen Seite im Sozialismus ein Mittel zur Neuordnung Italiens erblickte und auf der anderen auf eine neue Führerschicht („Elite“) hinarbeitete, mußte er notgedrungen auf einen staatssozialistischen Weg kommen. Als *Mussolini* im März 1919

das „Fascio di combattimento“ gründete, sagte er in der hierbei gehaltenen Rede, man müsse der Arbeit entgegenkommen: „Wir wollen die arbeitenden Klassen an die Führung gewöhnen, schon um sie davon zu überzeugen, daß es nicht leicht ist, ein Industrie- oder ein Handelsunternehmen zu erhalten“. Gleichzeitig wünschte er aber auch, daß die Versammlung „die Forderungen des *nationalen Syndikalismus* vom wirtschaftlichen Standpunkt aus annähme.“ Fünf Tage nach dieser Versammlung zur Gründung des „Fascio“ schrieb er in einem Artikel: „Wenn der Sozialismus wirklich zustande kommt, so wird dies auf wirtschaftlichem Gebiete geschehen.“ Er wollte also nicht den Staat selbst wirtschaften lassen, und so hat denn der „Nationalsyndikalismus“ die Ideologie für eine spezifisch italienische Form des kriegswirtschaftlichen „Staatssozialismus“ abgegeben. George *Valois*, ein ehemaliger französischer Faschist, hat denn auch den Faschismus als „Nationalisme + Socialisme“ definiert, d.h. als „Nationalsozialismus“.

Infolgedessen darf man sich durch jene Äußerung *Mussolinis* am fünftem Jahrestag des Marsches auf Rom: „Nichts von Staatssozialismus oder irgendeinem andern Sozialismus!“ nicht täuschen lassen. Denn in Italien hat sich eine besondere Form von Staatssozialismus durchgesetzt, die auf dem *Korporativsystem* beruht, das wiederum auf die alten syndikalistischen Ideen zurückgeführt wird; hatte doch selbst *Mussolini* auf der Gründungsversammlung des „Fascio“ die „Übertragung der Großbetriebe an die Organisationen (Syndikate) der Arbeiterschaft gefordert. Außerdem kann man ja nicht den Staat von der „schöpferischen Elite“ erobern lassen, ohne daß nun auch der *Staat* – wie auch bei Friedrich *List!* – als eine produktive Kraft aufgefaßt werden muß. Gerade weil der Faschismus – nach Robert *Michels* – den liberalen Staat wegen seines „unmilitärischen“ Charakters ablehnt, ist er zu einer „Rückkehr zum Merkantilismus“, zu einer Unterordnung der Wirtschaft als „Teil“ unter das „Ganze“ des Staates gelangt. Damit sind aber nicht nur die Unterschiede, sondern auch die Ähnlichkeiten mit dem *Bolschewismus* gegeben! Ja, es lassen sich sogar unmittelbare Berührungspunkte zwischen den beiden feindlichen Zwillingen feststellen.

*Labriola* berichtet, daß *Sorel* auf eine einfache Pressenotiz hin, daß Lenin die eine oder die andere seiner Ideen verwirklichen wolle, eine „Verteidigung Lenins“ verfaßt habe! Und *Mussolini* selbst hat sich als

faschistischer Abgeordneter in seiner Kammerrede vom 21. Juni 1921 für seine Behauptung, „daß die wahre Geschichte des Kapitalismus erst jetzt beginnt, denn der Kapitalismus ist nicht allein ein System der Unterdrückung, sondern er bewirkt auch eine *Auslese* des Wertvollen, eine Einordnung der *Führer* und eine Entwicklung der individuellen *Verantwortung* im weitesten Sinne“, auf ... *Lenin* berufen! Und zwar stützte er sich darauf, daß *Lenin* an die Stelle der Arbeiterräte in den Fabriken Diktatoren gesetzt und den freien Handel und damit den Kapitalismus wieder zugelassen habe. In der gleichen Rede bekannte er sich auch zur geistigen Vaterschaft des italienischen Bolschewismus: „Ich gebe zu, mit einer Aufrichtigkeit, die geradezu zynisch erscheinen könnte, daß ich als *erster* jene Leute (die italienischen Parteikommunisten) infiziert habe, indem ich in den Blutkreislauf des italienischen Sozialismus ein wenig *Bergson* gemischt mit viel *Blanqui* einführte.“ Noch nach dem Kriege hat er in seinem „*Popolo d'Italia*“ jeden Arbeiterkrawall propagandistisch unterstützt, und die erste Fabrikbesetzung (in Dalmine) hatte der Faschist *Rossoni*, ein alter Anhänger von ihm, veranlaßt! Mit Recht sagt daher Hermann *Heller*: „Daß die Faschisten die Fabriken von den Kommunisten befreit und das Land vor dem Bolschewismus gerettet hatten, gehört in das Reich der Legende.“ In diesem Zusammenhang mögen noch die interessanten Äußerungen *Lenins* über *Mussolini* angeführt werden, die er Abordnungen von italienischen Gewerkschaftsmitgliedern, die 1919 und 1920 in Rußland wegen Aufnahme in die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) weilten, gegenüber tat: „Und *Mussolini*? Warum habt ihr ihn verloren? Das ist schlecht, sehr schlecht! Schade! Er ist ein entschlossener Mann, er hätte euch zum Siege geführt.“ Als ein Mitglied der Delegation *Trotzky* die Verhältnisse in Italien schildern wollte, wurde er von diesem unterbrochen: „Ich weiß: *Mussolini*! Die einzige wertvolle Karte habt ihr verloren, den einzigen Mann, der imstande gewesen wäre, die Revolution im Ernst zu machen.“ – Man wird also folgen müssen: *Lenin*, und *Trotzky* und nach ihnen *Stalin* versuchten unter russischen Verhältnissen, *Mussolini* dagegen unter denen Italiens, den kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht zu werden. Da aber die Arbeiterschaft nun einmal die Bühne der Geschichte betreten hat, steht jeder Versuch einer kriegswirtschaftlichen Organisation vor dem Zwang, die Arbeiterschaft in irgendeiner Weise in diese

„einzubauen“. Doch muß ihnen dies plausibel gemacht werden, und da gerade die moderne Kriegswirtschaft die ganze Einsatzbereitschaft des Arbeiters erfordert, muß sie irgendwie als im Arbeiterinteresse liegend dargestellt werden. Diese Aufgabe hat denn auch der Sozialismus in seiner bisherigen Gestalt stets irgendwie erfüllt!

Man darf sich das natürlich nicht so vorstellen, als ob der Revisionismus um 1900, Syndikalismus und Bolschewismus im Jahre 1904 sich schon überlegt hatten, wie man am besten die Kriegswirtschaft eines künftigen militärischen Konflikts organisieren könne! Nein, aber der Bolschewismus besaß schon als Organisation einen militanten Charakter, der Syndikalismus hatte die Besetzung Libyens 1911 begrüßt und auf den Eintritt in den Weltkrieg hingearbeitet, der deutsche Reformismus hatte die Kriegswirtschaft aktiv unterstützt. Und sie konnten das tun, weil ihre *sozialistische Ideologie* ihnen diese Ausrichtung entweder gebot oder erlaubte! Im modernen Krieg ist der Arbeiter als Produzent der Waffen und der Kriegsmittel so wichtig wie der Soldat, der sie anwendet und verbraucht. Das große Problem des modernen Krieges ist es also, wie man ihn wirtschaftlich sichert, d.h. aber in erster Linie, wie man ihn arbeitspolitisch sichert. Die moderne Arbeiterbewegung hatte in ihren lokalen und Generalstreiks in Rußland (z.B. 1905), in Italien (z.B. 1904) und in Deutschland auch durch die mächtige Entfaltung der Gewerkschaften neue Energien der sozialen Organisation enthüllt, deren militärische Bedeutung jedem einsichtigen Kopf klar war und die für den Kriegsfall nutzbar zu machen jedem weitsichtigen Nationalisten und weitblickenden Militär als Aufgabe vor Augen stand. Diese Aufgabe war unlösbar, solange die sozialistische und die gewerkschaftliche Bewegung dem Staate feindlich gegenübertraten. Der Staat mußte den Arbeitern näher kommen, und er tat dies auf sozialpolitischem Gebiet in Deutschland, wodurch tatsächlich eine Mehrheit der Gewerkschaften und der Sozialisten „staatsbejahender“ wurde. Die deutsche Kriegswirtschaft war bekanntlich nicht nur durch *Hindenburg* und *Ludendorff*, sondern auch durch *Legien* charakterisiert. In den rückständigeren Ländern dagegen, wie in Rußland und Italien, war auch die überlieferte Staatsform zu überlebt, um die nationalen Kräfte vollkommen zu entfesseln. Hier mußte erst ein Staat errichtet werden, der die nationalen, menschlichen und materiellen Produktivkräfte wirklich entfesseln konnte. Es

mußte also statt eines schwachen ein starker Staat geschaffen werden, und das war keine Aufgabe für liberale Parlamentarier, sondern nur eine für Gruppen, die sowohl sozialistisch waren, um die Arbeiter hinter sich her führen zu können, als auch autoritär und diktatorisch genug, um einen starken Staat aufrichten zu können. Das trifft also sowohl auf den Faschismus wie auf den Bolschewismus zu. Zur Bildung der modernen totalitären Systeme führen also sowohl die äußeren soziologischen Bedingungen wie die Entwicklung der sozialistischen Gruppen selbst: an dem Punkte, wo sie sich treffen und schneiden, verstärken sie sich gegenseitig, durchdringen sich, um dann unter einer „nationalsozialistischen“ Ideologie ein „faschistisches“ System zu erzeugen!

In dieser Hinsicht bestehen in der Tat zwischen den vier großen „Ismen“: also *Sozialdemokratismus*, *Bolschewismus*, *Faschismus*, *Nationalsozialismus*, verblüffende Ähnlichkeiten! Denn sie sind alle vier in modernen Staaten entstanden, die sich in schweren weltpolitischen Auseinandersetzungen und dann im Krieg befanden; sie alle haben – ausgenommen die Sozialdemokratie, die ja auch dafür von der geschichtlichen Bühne abtreten mußte! – aus den Lehren des Krieges die letzten Konsequenzen gezogen und ihre nationale Kriegswirtschaftsorganisation auf den höchsten Stand gebracht. Alle drei haben es verstanden, die Arbeiterschaft mit sozialistischen Ideologien für die Unterstützung oder auch nur Toleranz dieser Organisation zu gewinnen, wobei es schon viel bedeutete, die Arbeiter vorläufig von einer sozialen Revolution abzulenken. Alle drei „Ismen“ drücken zwar ihre Ideologie in drei verschiedenen Idiomen aus, aber die Verschiedenheit jener Idiome verhüllt nur die Analogie der soziologischen Funktion der „Ismen“. Die alte Arbeiterbewegung hat die Herausbildung dieser „Ismen“ eher gefördert als verhindert, und man kann sagen, daß die drei „Ismen“ auf den Schultern der alten, mehr staatssozialistischen als marxistischen Arbeiterbewegung stehen. Diese hat daher keine Geschichte machen können; sie war nicht Subjekt, sondern Objekt der Weltgeschichte im Imperialismus. Wenn der Bolschewismus der Sozialdemokratie „Sozialfaschismus“ zum Vorwurf gemacht hat, so hat er also in diesem Sinne gar nicht einmal so sehr Unrecht, leider trifft ihn aber diese Kennzeichnung auch wieder selbst! Diese „Ismen“ sind alle Kinder unserer imperialistischen Zeit, sie sind im wahrsten Sinne des Wortes: *Zeitgenossen*.

Diese Ergebnisse und Überlegungen zwingen uns eben, als das *Wesentliche* der großen „Ismen“ die in ihnen sich ausdrückende analoge gesellschaftliche Realität (Kriegswirtschaft) und weltpolitische Spannung (Imperialismus) anzusehen. Dies macht uns aber wieder gefeit vor der Versuchung, uns rein ideologisch für einen dieser „Ismen“ zu entscheiden. Wir sehen nicht auf die Ideologie, sondern auf die Realität, d.h. nicht auf die „Staatsauffassungen“, „Marxismus-Leninismus-Stalinismus“, „Rassismus“, „Korporativismus“ usw., sondern nur auf jene Verschmelzung und Durchdringung so vieler bis dahin getrennter gesellschaftlicher Funktionen, wie z.B. der politischen und wirtschaftlichen, ideologischen und militärischen, wie sie sich im kriegswirtschaftlichen System des „totalen Staates“ zum ersten Mal in der Geschichte zusammenfinden. Es gibt uns eine Ahnung von der ungeheuren Macht und Größe der gesellschaftlichen Organisation, selbst in der Beschränkung auf die Nation und der noch politischen Form dieser Ballung der nationalen gesellschaftlichen Kräfte. Diese Einsichten und diese Ahnung aber zwingen uns auch zu einer Aufgabe aller traditionellen politischen Ressentiments, wenn wir die historische Notwendigkeit des deutschen Nationalsozialismus ernsthaft begreifen wollen.

#### *6. Die historische Notwendigkeit des deutschen Nationalsozialismus*

Auch an der Wiege des deutschen Nationalsozialismus stehen und bilden seine Elemente: die Form der Kriegführung im imperialistischen Krieg (Masseneinsatz), die wirtschaftlichen Erfahrungen des Weltkrieges (die Materialschlacht) und die hierzu notwendige kriegswirtschaftliche Organisation, die hierdurch geförderte monopol- und trustkapitalistische Durchdringung von Staat und Wirtschaft und damit die Aufhebung der einstigen liberalen Trennung politischer und ökonomischer Funktionen und schließlich die durch die Sozialdemokratie und die freien wie nationalen Gewerkschaften zum ersten Male gelöste Frage der Organisation, Führung und Beeinflussung der proletarischen Bevölkerung im Falle des Krieges! Sozialpsychologisch ist es daher verständlich, wenn sich der Nationalsozialismus „seelisch“

aus dem Kriegserlebnis ableitet und sich auf das Frontsoldatentum und die Kameradschaft geistig beruft.

Es kann nun aber kein Zufall sein, daß das Problem der Organisation der gesamten arbeitenden Bevölkerung für den modernen Krieg schon vor dem Weltkriege *zuerst* von einem *Sozialdemokraten*, *Jaurès*, erfaßt wurde, und ihn zur Aufstellung des Planes einer „Neuen Armee“ veranlaßte. Und es kann wieder kein Zufall sein, daß sich später wieder ein Sozialist auf diesen Entwurf stützte, als er einen Gesetzesvorschlag über „die Organisation der Nation für den Kriegsfall“ ausarbeitete: *Paul-Boncour*! Nach dem Vorangehenden wird es wohl jedem Leser begreiflich sein, daß diese organisatorischen Gesichtspunkte zur „Durchstaatlichung“ der Gesellschaft für die Landesverteidigung sogar in *erster* Linie von Sozialisten gefunden werden *mußten*. Ein bloß liberaler Denker hatte zahlreiche grundsätzliche Bedenken, die sich zu ebenso vielen inneren Hemmungen auswachsen würden. Ein staatssozialistischer Theoretiker aber sieht gerade hier die Möglichkeit, der Nation zu geben, was der Nation, und dem Sozialismus zu geben, was dem (Staats-)Sozialismus gebührt! Außerdem können wir in der Geschichte der modernen Staaten seit der Jahrhundertwende feststellen, daß die Aufgabe der Durchsetzung des „totalen Staates“, als der konsequentesten „Dachorganisation“ der modernen Kriegswirtschaft, in keinem einzigen Falle von einer der *alten, liberalen bürgerlichen Parteien* gefördert oder aufgenommen worden ist; sondern sowohl in Rußland, wie in Italien und in Deutschland von *sozialistischen* Parteien, Fraktionen oder Gruppen!

Ferner konnten wir feststellen, daß diese sozialistischen Richtungen entweder staatssozialistische Ziele vertraten oder jedenfalls dem Staate die bestimmende Rolle einer Neuordnung ihres Landes erteilen wollten, vorausgesetzt, daß ihre Partei die Staatsgewalt usurpierte. Der Staatssozialismus beruht aber auf der theoretischen Überzeugung, daß der Staat – um mit *Hilferding* zu reden! – das bewußte Vollzugsorgan der Gesellschaft sei; oder anders ausgedrückt: daß die Gesellschaft anders als in der Form des Staates nicht existieren könne. Außerdem beruht er auf dem Eindruck des liberalen Kapitalismus, daß die Wirtschaft der Tummelplatz der Kapitalisten sei, ohne daß der Staat hier etwas dreinzureden habe. Bei einer derartigen Voraussetzung muß infolgedessen jede Einflußnahme des Staates auf die Wirtschaft als eine

Beeinträchtigung des Kapitalismus erscheinen. Und wenn sich dieser Staat demokratisch-parlamentarisch präsentiert und deshalb als Ausdruck des „Allgemeinwillens“ angesehen werden kann, dann kann das politische Eingreifen in die Wirtschaft als eine Handlung des „bewußten Vollzugsorgans der Gesellschaft“ betrachtet werden. So ist es dann möglich, in solchen Akten des Staates und erst recht in Verstaatlichungsmaßnahmen eine Machterweiterung nicht nur des Staates, sondern der Gesellschaft zu erblicken. Der ganze historische Prozeß aber gewann bei diesen Ideologen den Schein eines „allmählichen *Hineinwachsens in den Sozialismus*“ Diese Ideologen ahnen noch heute nicht, wie richtig sie diesen Prozeß gesehen hoben, denn gerade sie pflegen entsetzt darüber zu sein, daß er uns alle allmählich in den *Nationalsozialismus* hineinwachsen ließ!

Der Staatssozialismus ist daher nie eine ernsthafte „staatsfeindliche“ Richtung gewesen; er konnte höchstens in Rußland und in Italien die Frage aufwerfen, ob der *vorgefundene* Staat diese Aufgaben, die er ihm stellte, konsequent und wirksam werde durchführen können. Diese Frage wurde sowohl in Rußland von den Bolschewiki als auch in Italien von den Syndikalisten verneint. Die Bolschewiki wollten den vorhandenen Staat zerbrechen, um an seine Stelle ihre Herrschaft zu setzen, welche die nationalen Produktivkräfte in staatssozialistischen Formen entfesseln sollte. Die Syndikalisten wollten das Königtum stürzen, damit die sozialen und wirtschaftlichen Reformen, die auch in Italien die modernen Produktivkräfte von ihren überlebten Hemmungen befreien sollten, ebenfalls konsequent und ohne jede Rücksichtnahme auf feudale und königliche Privilegien durchgeführt werden konnten. Der Staatssozialismus ist notwendig höchstens ein Gegner des *konkreten* Staates, den er vorfindet, aber nicht des *abstrakten* Staates! Er kann sich ohne den Staat nicht verwirklichen.

Es ist bezeichnend für die ideologische Befangenheit dieser Staatssozialisten in der deutschen Sozialdemokratie – und die Reformsozialisten müssen ihnen insofern zugezählt werden, als ja der vorhandene Staat ihre Reformen durchführen soll! –, daß die Sozialpolitik der neunziger Jahre sofort in ihren Reihen die alten lassalleanischen Träume von einem „sozialen Monarchismus“ wieder zum Leben erweckte. Jedenfalls kann man seitdem eine langsame Wandlung in der Haltung der Gewerkschaften und der Partei zum monarchistischen Staat

feststellen, die zum August 1914 geführt hat. *Lenz* meint, daß die Zusammenarbeit auf sozialpolitischem Gebiet zwischen den kommunalen und staatlichen Stellen einerseits und den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Behörden andererseits schon in den letzten Jahren vor dem Kriege zu einer Heranführung der Sozialdemokratie, vor allem aber der Gewerkschaften an den kaiserlichen Staat geführt habe. Im Kriege war es ja schließlich der Kaiser, der offiziell die kriegswirtschaftlichen, also „sozialistischen“ Maßnahmen dekretierte, so daß auch hier eine Notwendigkeit in der Entwicklung von Kriegssozialisten zu „Kaisersozialisten“ liegt. Für die Mehrheitssozialdemokratie war daher die Beseitigung der Monarchie ein schwerer Schlag, und nur die Furcht davor, sich von den Massen der eigenen Mitglieder zu isolieren, zwang *Scheidemann* unter dem Protest von *Ebert* zur Ausrufung der Republik. Es ist also gar keine Frage, daß die Mehrheitssozialdemokratie nicht einmal mehr dem Kaisertum feindlich gegenüberstand und von sich aus nie den Kaiser gestürzt hätte!

Die *Revolution* von 1918/19 war daher für die Kaisersozialisten ein peinliches, möglichst bald seines revolutionären Ludergeruchs zu befreiendes Ereignis. Zu dieser befreienden Tat leistete das Offizierkorps des Feldheeres der Mehrheitssozialdemokratie willkommene Hilfsstellung. Mehrheitssozialdemokratie, Gewerkschaften und Oberste Heeresleitung hatten sich schon im Kriege gut verstanden und zusammengearbeitet, so z.B. beim Hilfsdienstpflichtgesetz, bei der Niederkämpfung des Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918. So fanden sich denn auch die alten Partner für das Durchhalten bald für die „Mäßigung“ der Revolution zusammen, die ja nun leider einmal als spontane Massenaktion ausgebrochen war. Diese „Mäßigung“ bestand in der Vernichtung der Ansätze zum deutschen Kommunismus und des Übergreifens des Bolschewismus. Gewiß, die OHL wurde mit dem Frieden beschäftigungslos, das kaiserliche Hauptquartier mußte verschwinden, aber nur „der Kaiser ging, die Generäle blieben“! Zwischen diesen Generälen und der Führung der Mehrheitssozialdemokratie begannen sich bald wieder enge Fäden zu knüpfen, die ja noch bis zur Periode *Schleicher* bestanden haben! Sobald sich also der Staat der Sozialdemokratie näherte, war es auch mit ihrer „Staatsfeindlichkeit“ aus! Seit dieser Zeit wurde sie in zunehmendem Maße eine *staatsbejahende* Partei.

Dagegen war der russische Staat in *Lenins* Augen ein rückständiger Staat, der niemals imstande war, Träger einer solchen staatssozialistischen Entwicklung zu werden wie das deutsche Kaisertum. Der Zarismus war ja nur formell eine konstitutionelle Monarchie, in Wirklichkeit aber ein absolutistischer Staat. Zur Führung eines modernen Krieges war er organisatorisch und ökonomisch einfach nicht imstande, wie sich schon im zweiten Kriegsjahre unerbittlich zeigte: er war überhaupt nicht fähig, eine Kriegswirtschaft zu organisieren und die wirtschaftlichen Grundlagen der russischen Kriegführung lagen schon zu Anfang des Jahres 1915 in Trümmern! *Lenins* staatssozialistische Zielklarheit und sein politischer Weitblick zeigte sich nun gerade darin, daß er sich über die historische „Gesetzmäßigkeit“, der zufolge auf den Zusammenbruch eines absolutistischen Staates ein liberaler folgen müsse, einfach hinwegsetzte und schon 1905 eine „demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern“ forderte, d.h. eine Diktatur im Namen des „werkstätigen Volkes“ durch die sozialdemokratische Mehrheitspartei (Bolschewiki). Insofern aber diese Diktatur auf das revolutionäre Element der Städte und der modernen kapitalistischen Wirtschaft, auf die Arbeiter, angewiesen war, sollten sie durch eine marxistische Propaganda gewonnen werden. Es ist kein Zufall, daß sich die erste marxistische Gruppe erst bildete, als man sich enttäuscht von den Bauern ab- und den Arbeitern zuwandte. Sie sollten nicht etwa eine *proletarische*, sondern eine *Volks*-Revolution machen. *Lenin* selbst dachte also nur an die Beseitigung des zaristischen Staates und seine Ersetzung durch einen Staat nach dem Muster der jakobinischen Diktatur 1789; nicht einmal die Räte hielt er bis 1917 einer Beachtung als künftiger politischer Formen einer kommunistischen Gesellschaft wert. Er war weit davon entfernt, in den Räten die praktischen Organe zum Herbeiführen eines „absterbenden Staates“ zu sehen; er wollte nur einen neuen, diktatorischen politischen Apparat schaffen und ist nur durch die Arbeiter gezwungen worden, die „Sowjets“ in die Verfassung von 1918 mit aufzunehmen, genau wie in dieser Frage die Mehrheitssozialisten in Deutschland auch nur gezwungenermaßen die Räte in der Verfassung legalisierten! *Lenin* hat dann auch den Einfluß der Räte auf die Staatsführung ganz bewußt zurückgedrängt und fast ausgeschaltet. Heute ist Rußland ein totaler Staat und keine Räterepublik!

Der Syndikalismus Italiens bewies seine nationalistische Haltung schon dadurch, daß er den Eintritt in den Krieg an der Seite Frankreichs gegen Österreich, den Erbfeind eines nationalen Italiens, forderte. Er war nämlich der festen Überzeugung, daß dieser Krieg für Italien zu einer Revolution werden, und die traditionelle Staatsverfassung des Landes beseitigen würde. Mussolinis Haltung wurde daher für die Nation zum Symbol. Diese Rechnung erwies sich nicht als falsch, denn das Königtum lag nach dem Kriege in den letzten Zügen, und der Duce forderte noch kurz vor dem Marsch auf Rom eine radikale Demokratie. Doch das Bündnis der syndikalistischen Sozialisten und Faschisten mit dem Nationalismus führte dazu, daß der König selbst Mussolini an die Regierung berief und damit dem Königtum die Existenz sicherte. Auf diese Weise blieb zwar die Fassade des in der Vorkriegszeit vom Syndikalismus bekämpften monarchischen Systems bestehen, aber die politische Gewalt lag fest und sicher in den Fäusten der faschistischen Partei. Wer den italienischen Staat als Königreich definieren würde und dazu glaubte, damit das Wesen Italiens gekennzeichnet zu haben, würde sich ebenso sehr irren wie derjenige, der den englischen Staat als eine königliche Monarchie bezeichnen wollte! Auch der Syndikalismus war demnach eine sozialistische Richtung, die nicht auf die Abschaffung des Staates überhaupt, sondern nur auf die Schaffung eines neuen Staates zielte. So wurde aber der Faschismus – trotz *Sorel!* – nolens volens zu einer staatssozialistischen Bewegung, die gleichfalls den Primat der Politik vor der Wirtschaft verkünden mußte.

Der alte historische Sozialismus, sofern er geschichtlich wirksam, d.h. politisch bedeutungsvoll geworden ist, war also im wesentlichen Staatssozialismus und bejahte daher auch konsequenterweise den Staat an sich, sowohl als Mittel wie als Ziel. Diejenigen sozialistischen Richtungen, die ernsthaft für ein wirkliches „Absterben des Staates“ eintraten, dachten durchweg kommunistisch, d.h. nicht bolschewistisch! Sie waren bisher in einer hoffnungslosen Minderheit und sind über das Sekten-Stadium (bis 1935) nicht hinausgekommen. Dieser alte Sozialismus ist tot, und er dürfte wohl auch nie wieder zum geschichtlichen Leben erwachen! Seine eigenen ideologischen Ziele hat er nicht erreichen können, denn der von ihm in Deutschland angestrebte demokratisch-parlamentarische Staatssozialismus scheiterte an seiner inne-

ren Widersprüchlichkeit und an den äußeren sozialen Gegensätzen. Er hat aber dafür nicht nur in Deutschland die ideologische und praktische Vorarbeit für die modernen kriegswirtschaftlichen Gesellschaftssysteme leisten dürfen. Denn er hat überall die Staatsgewalt, oft auch direkt die Militärgewalt gestärkt, die nun einmal Träger der Kriegswirtschaft sind, und hat deshalb den *totalen Staat* vorbereiten helfen. So lebt er denn nur in einer geschichtlichen Wirklichkeit fort, die ihn vernichtet hat.

Unsere russischen und italienischen Skizzen konnten zeigen, das diese Entwicklung eine allgemeine Tendenz aller modernen Staaten ist, die sich im Imperialismus behaupten wollen. Selbst rückständige Staaten – in gewissem Sinne ja auch Rußland und Italien selbst vor noch etwa zwanzig Jahren! –, die nur über eine geringe industrielle Basis verfügen, und sich daher aus militärischen Gründen möglichst rasch eine Kriegsindustrie zulegen wollen (z.B. Polen! Oder: die Türkei!), greifen zu „staatssozialistischen“, also zu *totalen* Formen, um möglichst bald über eine leistungsfähige Kriegswirtschaft verfügen zu können.

Kurz: der Sozialdemokratismus *war* einmal, er kommt nicht wieder! Seine *Illusionen* vermodern auf dem Kehrriethaufen der Geschichte; seine *Ideologien* leben in nationalsozialistischer Umwandlung fort; seine *Realität* und *Praxis*, d.h. also, was er leisten konnte und geleistet hat, erleben wir dagegen heute als kriegswirtschaftliche Totalität und nationalsozialistische Realität. Denn – um mit *Neurath* zu sprechen –, der Nationalsozialismus hat lediglich vollbracht, was der Militarismus im Weltkrieg gelehrt hat. Während also in der Begriffswelt der Vorkriegszeit der „Militarismus“ etwas war, was außerhalb, ja: gegenüber der übrigen Gesellschaft stand, eine Welt für sich, so fallen in der militarisierten Gesellschaft von heute Gesellschaft und Militarismus zusammen. Im gleichen Ausmaß, wie die Gesellschaft sich im Imperialismus militarisierte, hat sich der Militarismus vergesellschaftet. Der gleiche historische Prozeß, der die Gesellschaft nach militärischen Gesichtspunkten durchorganisierte, führte auch zur restlosen Unterordnung des Militärs unter die allgemeinen Gesichtspunkte der bürgerlichen Gesellschaft. Im Nationalsozialismus wie im Bolschewismus und Faschismus decken sich heute die Begriffe Militarismus und (Staats-)Sozialismus!

Die Ansicht, daß die Unterordnung partikulärer und individueller Interessen unter die Notwendigkeiten der Behauptung der Gesellschaft (im nationalen Rahmen!), also der Primat der Landesverteidigung nichts anderes als *Sozialismus* sei, weil sich hier der gesellschaftliche Allgemeinwille konsequent durchsetze, ist meines Wissens in Deutschland zuerst in den achtziger Jahren von Gustav *Tuch* vertreten worden. Für ihn war schon damals der Militarismus ein „*soziales Prinzip*“, weil der militärische Apparat mit der Landesverteidigung den Schutz der Gesellschaft organisiere und damit nicht individualistischen Zwecken dienstbar sei, sondern für das Wohl der Gesamtheit handle. Für ihn wäre also wohl eine militärisch organisierte und geführte Gesellschaft eine sozialistische gewesen! Mir ist nicht bekannt, ob *Tuch* eine Nachfolge gefunden hat. Anscheinend nicht, denn ich fand keinen Ausbau dieses Gedankens, der sich doch im Weltkrieg in Deutschland gut hätte verwenden lassen.

Es fehlt eben dem militärischen Sozialismus *Tuchs* die gleichzeitig vorhandene kriegswirtschaftliche Wirklichkeit, und so mögen seine Gedanken damals nicht die richtige Beachtung gefunden haben. Die späteren kriegs- und militärsozialistischen Erwägungen knüpfen jedenfalls – soweit mir bekannt – nicht an Gustav *Tuch*, sondern an die ersten kriegswirtschaftlichen Ideen und Maßnahmen an, die man etwa seit dem Jahre 1909 datieren kann. Kurz vor dem Kriege 1914-1918 begriff dann *Wichard von Möllendorff* die wirtschaftliche Seite des modernen Krieges, da er als Ingenieur der AEG folgendem Problem gegenüberstand: ein kommender Krieg würde aller Voraussicht nach weitgehend die technische Verwendung der Elektrizität für die militärischen Aktionen ausnutzen; Deutschlands Elektroindustrie aber war weitgehend auf die überseeische *Kupferzufuhr* angewiesen. Was sollte geschehen, wenn eine Seeblockade die Kupfereinfuhr unterband? Es gelang ihm, den Direktor der AEG, *Walter Rathenau*, von diesem wunden Punkt zu überzeugen und dieser ist dann nach Kriegsausbruch sofort mit hohen militärischen Stellen in Verbindung getreten und so der erste Organisator der deutschen Kriegswirtschaft geworden. Und da hören wir wieder von *Rathenau*, daß deren Methoden „nahe an Sozialismus und Kommunismus streifen“! Er war später davon überzeugt, daß sich aus der deutschen Kriegswirtschaft die Formen einer „Neuen Wirtschaft“ entwickeln würden. Seine Ermordung hat ver-

hindert, daß er diese Entwicklung selbst in die Hände nahm; aber vollzogen hat sie sich in der von ihm geahnten Richtung: „Weil damals die Zeit noch nicht erfüllt war, erfüllte sich sein tragische Schicksal. Die Schüsse in der Königsallee riefen grausam einen Mann zurück, der damals schon dort stand, wo wir *heute* erst stehen, der innerlich 1932 schrieb, während es noch 1922 war ...“ (Ferdinand Fried).

Wie *Rathenau* von der Seite des Großkapitals her zur Begründung der deutschen Kriegswirtschaft herbeieilte, so *Leipart* von der Seite der Gewerkschaften: im November 1914 schlug er den Industriellen eine Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften vor, mit der Begründung, daß in diesem Kriege die Rüstung so wichtig wie die Front geworden sei! Die damit zur ersten Male angeregte Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und organisierten Arbeitern kam zwar erst 1918 (aber noch vor der Revolution!) organisatorisch zustande, doch wurde sie 1919 auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß als Produkt der Kriegswirtschaft charakterisiert und ihre Beibehaltung unter dem Hinweis auf die durch sie geförderte und im Kriege gewonnene „Volksgemeinschaft“ vertreten!

So haben denn die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen freien Gewerkschaften erhebliche Vorarbeit für das nationalsozialistische „Dritte Reich“ geleistet!

Es hat auch vielleicht nur an einem Faden gehangen, daß die Entwicklung, die seit 1933 unter nationalsozialistischen Fahnen vor sich geht, nicht unter der Firma *Schleicher-Leipart-Strasser*, „deutschsozialistisch“ vor sich ging! Jedenfalls hat die deutsche Sozialdemokratie an einem Prozeß, dessen zunächst letzte Folgerungen wir *heute* in den totalitären Formen erleben, bis zuletzt und noch bis zu einem Punkt mitgearbeitet, den ihr ihre pazifistischen Illusionen und politisch-liberalen Ideologien kaum noch gestatteten. Wenn sie dagegen 1919 schon als Mehrheitssozialdemokratie die Parteidiktatur übernommen hatte (etwa zur Zeit der sechs von ihr allein gestellten „Volksbeauftragten“!), dann hätte sie durchaus für Deutschland das werden und tun können, was der Bolschewismus für Rußland und der Faschismus für Italien geworden sind und getan haben; dann wäre es allerdings auch nie zu einem nationalsozialistischen „Dritten Reich“ gekommen, denn ein anderer Nationalsozialismus war dann in Deutschland überflüssig.

Denn wäre dieser, die politische Diktatur in Deutschland ausübende Mehrheitssozialismus nicht auch wie in Rußland der Bolschewismus ein „Sozialismus in einem Lande“, also wie auch der italienische Syndikalismus am Ende doch ein *nationaler* Sozialismus gewesen? Die Sozialdemokratie hat aber nie den politischen Mut gehabt, 1919 so wenig wie 1932, die historische Verantwortung als Partei *allein* auf sich zu nehmen. Auf der einen Seite tat sie alles, um die Entwicklung zum „totalen Staat“, d.h. zum militärisch durchorganisierten Staat, durch prinzipielle Staatsbejahung, politische Stärkung der Staatsgewalt, praktischen Staatssozialismus zu fördern – die doch wesensnotwendig den Parlamentarismus ständig schwächen und deshalb ihr den Boden als parlamentarische Partei entziehen mußten. Auf der anderen Seite hielt sie nicht nur an pazifistischen, sondern auch an liberalen und parlamentarischen Traditionen fest und glaubte, den durch ihre aktive Mithilfe aufgeblähten Staatsleviathan demokratisch zügeln zu können. Gewiß, diese Widersprüche müssen zum Teil auch aus ihrem Kampf um die Stimmen der Arbeiter erklärt werden – schließlich kämpften ja in Deutschland *zwei* sozialdemokratische Wahlvereine um diese Stimmen! –, Tatsache aber bleibt, daß nur unter diesen Widersprüchen und Umständen *der Nationalsozialismus als konsequentere Sozialdemokratie* entstehen konnte! Haben wir nicht alle noch erlebt, wie sich die Sozialdemokratie, die doch innerlich soviel mit der NSDAP gemein hatte, auch *äußerlich* an den NS anzupassen suchte? Es war ein jämmerliches Bild, das sie noch zuletzt vor ihrem Untergange bot, bald zum Lachen, bald zum Weinen! Die Sozialdemokratie, die gewaltigste Erscheinung der modernen Geschichte, ist wahrlich durch sich selbst zugrundegegangen. Sie säte den nationalen Sozialismus, ernte ihn aber nicht!

So sehe *ich* „Glück und Ende der Sozialdemokratie“ (*Lensch*), und weil ich es so sehe, sehe ich damit auch die historische Notwendigkeit des NS! Gewiß, diese Notwendigkeit ist für mich eine rein objektive; der NS ist also für mich das unvermeidliche Ergebnis der ganzen Geschichte der Sozialdemokratie. Es handelt sich also für mich um ein reines „historisches Verstehen“, das nur erreichbar ist, wenn man sich vollständig in die Denkweise der betrachteten „Ismen“ hineinversetzt, unabhängig von aller Bewertung und Bejahung oder gar Verneinung! Ich will *begreifen*, nicht aber *werten*, was geschehen ist. Diese

Absicht bleibt unausführbar, solange man noch mit irgendwelchen Ressentiments an bestimmten überlebten Ideologien hängt, man muß sich also über sein Objekt erheben können. In diesem Sinne bin ich heute über die betrachteten Ismen erhaben. Ich betrachte sie von einer Warte, bzw. einem werdenden *neuen „Ismus“*, der ihnen geschichtlich überlegen ist. Unsere Gegenwart kann also heute von uns begriffen werden, wenn wir keine inneren Bindungen mehr an die Vergangenheit besitzen und unsere ganze Hoffnung auf die Zukunft richten.

Aber nur die Linie der geschichtlichen Entwicklung aus der Vergangenheit in die Gegenwart darf und muß möglichst ohne innerliche Beteiligung am Objekt, d.h. kühl und leidenschaftslos, betrachtet werden; diejenige dagegen, die aus der Gegenwart in die Zukunft führt, ist nicht Objekt eines rückschauenden historischen Stadiums, sondern *werdende Geschichte* und damit das Ergebnis einer sittlichen Entscheidung, eines geistigen Glaubens und des politischen Handelns. Das Geschehene kann nur noch in seiner *Notwendigkeit* begriffen werden; das Künftige dagegen muß von einer *Wertung* aus begrüßt und gestaltet werden. Weitere Studien müssen also *teleologisch* von einer klaren Erfassung des zu erreichenden *Zieles* ausgehen und die Mittel zu seiner Erreichung haben sich dann nach dem erkannten Ziele zu richten. Diese Formulierung, so leicht sie hier niedergeschrieben wurde, umfaßt in Wahrheit die schwerste Aufgabe, die jemals einer Generation von der Geschichte gestellt worden ist. Sie ist wahrhaftig des „Schweißes der Edlen wert“, und ihre Lösung kann notwendig auch nur das „Ergebnis vereinter Kräfte“ sein. Die Masse allerdings hat vorläufig mit dieser Aufgabe nichts zu tun, da sie zunächst eine rein theoretische, ja wissenschaftliche ist und deshalb nur auf der Aktivität und Produktivität *einzelner Köpfe, weniger* Denker beruht. Der Prozeß der Entwicklung des Bewußtseins der Masse folgt im Stadium der Vorgeschichte noch anderen Gesetzen, und ehe er da angelangt ist, wo die Masse gierig nach den Ergebnissen und den neuen Werten der theoretisch Produktiven verlangt, bleibt für die Wenigen gerade Zeit genug, um diese wissenschaftlichen Resultate und neuen Werte hervorzubringen!

Ich setze damit ganz bewußt einer bisher vorherrschenden evolutionistischen Einstellung eine *teleologische* entgegen. Denn wir wollen und können uns nicht mehr auf die sogenannte „Entwicklung“

verlassen, wie mir wohl jeder zugeben wird, der mit mir auf diesen Seiten die Geschichte der letzten vier Jahrzehnte verfolgt hat! Hinzu kommt ja, daß jede geschichtliche Entwicklung *innerhalb* eines gegebenen soziologischen *Strukturorganen* erfolgt, *in* dem und *an* dem sie sich vollzieht und daher aus dem *Ganzen* heraus immer wieder neue Formen der Anpassung gewinnen kann. Es kann sich aber für uns nur um die Frage der Existenzberechtigung des Strukturorganen handeln; und aus diesem Grunde muß die Zielvorstellung eines anderen, neuen Strukturorganen unser geistiger Richtpunkt sein. Während man also *bisher* meistens fragte: „*Was wird werden?*“, müssen wir bald sagen können: „*Das soll sein*“, und solange wir das nicht genau und gut begründet können, sollten wir unseren Schnabel halten! Wir können also auch wie bisher vorläufig nur „bewußte Teilnehmer und Beobachter des historischen Prozesses sein, der sich vor unseren Augen vollzieht“; um auch Gestalter, ja nur Förderer des geschichtlichen Ablaufs sein zu können, dazu fehlt uns im Augenblick das Wichtigste: die konkrete Klarheit unseres Ziels.

Und damit komme ich zum zweiten Teil meiner wissenschaftlichen Bemühungen seit 1932, dem Jahre meines Herauswachsenden aus den Denkformen der alten Arbeiterbewegung: das Problem der soziologischen Struktur des „*Das*“!! Die Arbeit an dieser Aufgabe wird wohl das zweite und nächste Jahrzehnt ausfüllen. Meine Vorarbeiten in dieser Richtung sind zunächst recht dürftig, da es sich hier um ein fast vollkommen unbeackertes Gebiet handelt. Mir ist überhaupt nur *eine* Arbeit bekannt, auf der weiterzubauen sich lohnen würde. Immerhin haben meine bisherigen Studien und Überlegungen wenigstens schon zu einer deutlicheren Erfassung der hier vorliegenden Beleuchtung erfahren. Die Grundlage hierbei lautet: Wie kann eine bürokratische Zuweisung der Produkte vermieden werden? Hier ließ sich eine Auseinandersetzung mit *Mises* nicht vermeiden, der die ökonomische Unmöglichkeit des bisherigen Sozialismus schlagend nachgewiesen hatte, weil die Übereinstimmung von Herstellung und Verbrauch ohne Zentralstatistik und behördliche Bestimmung des Konsums, also ohne eine gigantische Bürokratie nicht möglich ist. Dieser Teil meiner Arbeit trug allerdings seine bisher reichste Ernte mehr zum Verständnis des Sozialdemokratismus bei als zum Erfassen eines neuen und klaren Zieles! Denn die innere Unsicherheit der Sozialdemokratie über ihr soziali-

stisches Endziel trat in ihrer Antwort auf die Kritik von *Mises* klar zutage: sie flüchtete entweder erschreckt und entsetzt zum freien Markt zurück und befürwortete die Beibehaltung des Geldes, oder sie bekannte sich einfach zur Anerkennung einer solchen Mammutbürokratie und damit des notwendigen Staats-Leviathans! Karl *Korsch* schrieb bereits vor zwanzig Jahren gelegentlich der Sozialisierungsfrage: „Und vielleicht wird die Vermutung des englischen Sozialisten Bernard *Shaw* in Erfüllung gehen, wonach der begabte Geistesarbeiter der letzte Ausbeuter der Gesellschaft sein wird“! Was aber ist denn eine Bürokratie anderes, als eine Institution für die allgemeinen „geistigen“ Arbeiten der Gesellschaft? Ich habe mich denn auch gründlich mit der Geschichte der Bürokratie und ihrem Herauswachsen aus dem Handelskapitalismus beschäftigt, sowie mit ihrem gesellschaftlichen Wesen und ihrer soziologischen Struktur. Viel wichtiger für die angestrebte Erfassung des „Das“ wurde allerdings die Untersuchung der geschichtlichen Gedanken und der praktischen Versuche zur Überwindung der Bürokratie! Doch haben diese Arbeiten, wie gesagt, bisher mehr zum Verständnis der Vergangenheit beigetragen als zur Aufhellung der Zukunft. Doch bin ich davon überzeugt, daß auch dieses nur in der von mir eingeschlagenen Marschrichtung gesucht werden kann. Diese Andeutungen müssen hier genügen. Denn ich will in dieser *Bilanz* von allen *Resultate* bieten, und nicht ganze Serien auch für mich noch offener und ungelöster *Probleme* aufzählen! Es war aber notwendig, diese bescheidenen und recht problematischen Andeutungen zu machen, damit nicht jemand auf die Idee kommt, daß, wie für *Hegel* der „absolute Staat“, für mich der „totale Staat“ Endpunkt der gesamten Geschichte ist. Das „Dritte Reich“ ist keine historische Endstation, und das Begreifen der Notwendigkeit des NS im geschichtlichen Sinne bedeutet für mich nicht, daß mit seiner Durchsetzung unsere Geschichte zu Ende ist.

Jedes Begreifen eines Werdens wirft die Frage nach seinem „Entwerden“ auf; die Begreiflichkeit der geschichtlichen Notwendigkeit des NS schließt die Frage nach seiner historischen *Dauer* ein! Doch kann die Frage nicht so gestellt werden, da ja der NS in erster Linie eine *Ideologie* darstellt, die ja an sich umfassend genug ist, daß sich wie schon bisher in den letzten sechs Jahren erst recht in den kommenden Jahrzehnten unter ihrem Dach sehr mannigfaltige Wandlun-

gen der politischen und sozialen Inhalte abspielen können. Man muß also die Frage von der sozialökonomischen Seite her aufrollen, d.h. von den *Fundamenten* des nationalsozialistischen Hauses ausgehen. Diese bestehen aber in einer militarisierten Gesellschaft und damit auch in einer „totalen“ Kriegswirtschaft. Man darf also nicht nach der Dauer des NS fragen, sondern man muß untersuchen, wie dauerhaft die auf den *Totalkrieg* zugeschnittenen politisch-ökonomischen Formen sind! Auch hier können wir es uns wieder nicht so einfach machen wie das Denken des Evolutionismus. Dieses würde einfach fragen, ob sich nicht die kriegswirtschaftlichen Systeme aus inneren Gründen bald überleben mußten, d.h. ob nicht die berüchtigte „ökonomische Gesetzmäßigkeit“ sich gegen den modernen militärisch organisierten Sozialismus wenden müsse. So könnte denn die Kriegswirtschaft als ökonomisches Problem gestellt werden.

### 7. Die Kriegswirtschaft als ökonomisches Problem

Ich erinnere mich, daß marxistische Theoretiker die „automatische“ „Sterbestunde des Kapitalismus“ aus der Nichtbewältigung des Absatz- und Verwertungs-Problems durch den *Kapitalismus* ableiteten (zuletzt Arkadij Gurland), der „unabsetzbare Konsumtionsrest“ nach Sternberg bzw. die „Unverwertbarkeit des Mehrwerts“ nach Hendryk Grossmann sollten die kapitalistische Expansion in nicht-kapitalistische Räume und den „tendenziellen Fall der Profitrate“ beschleunigen. Im ersten Falle habe die Kapitalisierung der Erde eine notwendige äußere Grenze, im anderen Falle aber das Existenzminimum des Proletariats eine physische Schranke. An beiden Punkten sei der Kapitalismus nicht mehr existenzfähig.

Wie steht es nun mit diesen „ökonomischen Gesetzen“ im totalen Staat, in der militarisierten Gesellschaft? Der totalitäre Staat achtet mit seiner stabilen Lohn- und Preispolitik sorgfältig darauf, daß nicht mehr Geld für Löhne und Gehälter ausgezahlt wird, als an Konsumgütern für den nationalen Markt produziert werden kann. Es werden aber nach wie vor Mehrprodukte und damit *Mehrwert* produziert. Diese verteilen sich allerdings seit Jahren auf die Rüstung und die Erneuerung und Erweiterung der Produktionsmittel. Letztere dienen zum großen Teil

wieder der Erhöhung des Kriegspotentials. Jedenfalls wird auf solchen Wegen ein großer Teil des Mehrwerts dem wirtschaftlichen Kreisläufen entzogen und verringert im gleichen Maße die Möglichkeit von Wirtschaftskrisen. Die erwähnten Theorien bedürfen also, wenn nicht einer Korrektur, so doch mindestens einer Modifizierung. Doch werde ich mich dieser Aufgabe nicht unterziehen, sie liegt mir nicht, und andere Aufgaben zu verfolgen erscheint mir lohnender. Allerdings würde mich das Ergebnis einer solchen Untersuchung sehr interessieren, mir ist nur eines klar: daß der Arbeiter nach wie vor *mehr* hervorbringen muß, als er vergütet erhält und infolgedessen von seinen Produkten zurückkaufen kann. In diesem Sinne wird er also auch noch „ausgebeutet“! Doch sagt man ihm heute hierzu folgendes: Dein Mehrprodukt konnte von Dir nicht mit einem höheren Lohn zurückerstanden werden, da es 1. in Produktionsmitteln besteht, damit wir die Kapazität des Produktionsapparates so ausweiten können, daß sie z.B. auch für die Anforderungen der modernen Materialschlacht ausreichend ist; 2. weil es in unmittelbaren Rüstungsmitteln und Befestigungswerken besteht; 3. in Exportwaren, die wir unbedingt ausführen müssen, um für unsere Industrie und die Landesverteidigung notwendige Roh- und Hilfsstoffe einzutauschen. Und geht heute nicht tatsächlich das Mehrprodukt und damit der Mehrwert zum überwiegenden Teil einen dieser drei Wege? Ist nicht ihm gegenüber der andere Teil, der in den recht hohen Profit und die Kapitalsrücklagen (die ja schließlich großenteils auch nur für den Zweck einer finanziellen Kriegskapazität gemacht wurden!) eingeht, relativ gering? Meiner Ansicht nach schluckt der totale Krieg schon im Frieden und noch mehr im Krieg so viel Mehrwert, daß wir uns auf die „ökonomische Gesetzmäßigkeit“ lieber nicht verlassen wollen!

Und wie steht es mit den Objekten der imperialistischen Epoche, mit den *Massen*? Ich weiß nicht, was in der berühmten „Massenseele“ vorgeht. Und ich verfüge leider auch nicht über die mystischen Quellen, aus denen andere Politiker immer so genau erschließen konnten, was die Masse fühlte; wie mir auch jene nicht minder geheimnisvolle Intuition abgeht, durch die berühmte Theoretiker imstande waren, genau anzugeben, was die Masse dachte und wie sie handeln wollte. Mir erscheint es nur als ausgemacht, daß sie sich fast alle über ihre Fähigkeiten und vor allen über die Massen etwas vorgemacht

haben. Die Vertreter der „Masse Mensch“, die ich im Laufe meines bisherigen Lebens kennengelernt habe, waren jedenfalls alle darin ähnlich, daß sie zwar sehr oft an ihre persönliche Zukunft, aber nicht an die Geschichte dachten; daß ihnen ihr persönliches Wohl sehr am Herzen lag, aber durchaus nicht das Wohl ihrer sozialen Gemeinschaft; und daß überhaupt in ihrem Fühlen und Denken Zufall und Einfall eine größere Rolle spielen als Notwendigkeit und Konsequenz. Anscheinend ist die Masse noch immer wesentlich eine *reagierende*, nicht aber eine handelnde Masse. Aber nichts ist so schwierig und fast aussichtslos wie das Studium der Masse. Denn ein Studium irgendeines Forschungsgegenstandes beruht immer auf Äußerungen desselben; in der Naturwissenschaft z.B. auf experimentellen Antworten und in der Geschichte auf literarischen Bekundungen der Zeitgenossen. Die Masse dagegen *äußert sich nicht literarisch über sich selbst*, und es werden auch mit ihr keine Experimente angestellt. So bleiben nur die großen Massenaktionen, die mehr Massenexplosionen sind, zum Studium übrig, und diese werden meistens auch nicht von der Masse selbst, sondern von Gelehrten und Historikern beschrieben und erforscht. Die bekannten Schilderungen der Mitkämpfer und Teilnehmer stammen meistens auch von Menschen, die sich schon wesentlich von ihren durchschnittlichen Kameraden unterscheiden!

Alle Wissenschaft beruht auf Literatur und produziert Literatur. Ein Biologe, der eine Beobachtung an einem Lebewesen macht, muß diese veröffentlichen, wenn sie ein Bestandteil der Wissenschaft werden soll, ein anderer Biologe, der dieses Lebewesen studieren will, wird auch diese Beobachtung kennen müssen, und beiden Forschern hilft die Literatur. Mit keiner Wissenschaft ist es anders. Die Masse aber befindet sich da in einer Situation, in welcher sie gewissermaßen genauso gut Objekt der Beobachtung ist wie das Tierreich für die Biologen. Was wir von den Massen wissen, ist Ergebnis der Beobachtung und Forschung von Soziologen und Sozialpsychologen. Es ist obendrein nur aus ihrem Verhalten erschlossen, so daß auch die psychologische Methode der Erforschung der Massenseele eine behavioristische ist. Deshalb können wir auch von den Massen im Grunde nichts wissen, denn der gleiche Mensch ist gewöhnlich in mehreren Gruppen und Gemeinschaften vergesellschaftet (Familie, Schulklasse, Betrieb, Abteilung, Bürozimmer, Verein, Bekannten- und Freundeskreis usw.), und

jede Gruppierung besitzt ihre eigene Psychologie. Zur „Masse“ gesellt er sich nur unter ganz bestimmten Umständen und aus ganz bestimmten Anlässen heraus; nur dann „wird er zum Untersuchungsobjekt in der Massenpsychologie, ... die seelische Struktur des Haufens, der großen Menschenmenge, des Auflaufs der Straße, der Demonstrationsversammlung“ ist also Gegenstand der Psychologie der Masse (Nach Aloys Fischer, „Psychologie der Gesellschaft“)! Man erwäge selbst, wie unbrauchbar die Ergebnisse dieser Beobachtungen sind gegenüber dem einzelnen Vertreter der Masse, wenn er sich nicht in einem Haufen, in einer Menge, in einem Auflauf, in einer Versammlung befindet! Und wenn in diesen Situationen „auch bei den überragenden Köpfen schließlich nur noch die Momente vorhanden sind, die auch Durchschnittlichen und Unterdurchschnittlichen faßbar bleiben“ (Aloys Fischer), dann ist „Masse“ ein *Zustand*, aber keine willensmäßig und geistig einheitliche soziale Gemeinschaft, die also solche Aufgaben erkennen und geschichtlich lösen kann. Der Massenzustand ist für den betroffenen Einzelnen so wenig charakteristisch, wie das, was er im Alkoholrausch sagt und tut.

Der einzelne Durchschnittsmensch ist aber zunächst einmal und in erster Linie ein *Einzelner*; und dann erst empfindet er sich als Glied der verschiedenen Verbände und Kreise, in denen er lebt. Dies alles zusammen macht erst seine Psychologie aus. Nur in großer Anzahl seinesgleichen zeigt er noch andere Eigenschaften, die des Menschen der „Masse“; das ist aber ein vorübergehender Zustand, in dem er gewissermaßen „außer sich“ ist. Infolgedessen läßt sich die Psychologie und damit auch das Bewußtsein des Durchschnittsmenschen nicht auf eine Formel bringen; es wird ihm z.B. nie angenehm sein, als Einzelner für die Gesamtheit Opfer zu bringen, und doch bringt er solche Opfer freudig, für seine Familie, hält sie gegenüber seinen Freunden und Bekannten für selbstverständlich und für seine Nation unter Umständen für notwendig. Keine Gesellschaft, keine Gemeinschaft vermag ohne die Opfer ihrer Einzelnen zu existieren; zu den Rechten und den Ansprüchen der Individuen werden sich in jeder sozialen Form auch die Pflichten und die Opfer gesellen. Und es werden kaum die wertvollsten Elemente sein, die sich unter allen Staatsformen und unter allen Gesellschaftssystemen nach Möglichkeit um diese Pflichten und Opfer für die Erhaltung ihrer Gemeinschaften

herumdrücken! Ein rebellischer Egoist ist in meinen Augen noch lange kein Revolutionär!!

Wenn ich also auf einen durchschnittlichen Menschen treffe, dem die Zustände unserer gegenwärtigen politischen und ökonomischen Formen nicht gefallen, so wäre es vollkommen verfehlt, daran übertriebene Hoffnungen zu knüpfen. Ich muß ihn mir erst einmal als Menschen ansehen, und ich habe meistens feststellen müssen, daß ich einen bloßen *Meckerer* vor mir hatte. So nenne ich nämlich die Menschen, die an den gegenwärtigen Verhältnissen nicht deswegen Kritik üben, weil sie sich künftige, höhere denken können und für ihre Verwirklichung mit Leib und Leben eintreten wollen, sondern nur deshalb, weil ihr *Egoismus* unter ihnen zu kurz gekommen ist. Denn ich weiß, daß die kommenden gesellschaftlichen Formen an die Hingabe, die Opferfähigkeit und die Solidarität noch ganz andere Forderungen werden stellen müssen als der „totale Staat“! Will man also die wahre Stimmung der Masse kennen lernen, so vergesse man nicht, auch diesen Prüfstein an ihre einzelnen Vertreter anzulegen. Erst nach Abzug der rein egoistisch bestimmten Meckerei dürfte ein zukunfts-trächtiger Rest übrig bleiben, und der wird wohl heute kaum eine „Masse“ ausmachen! Und selbst wenn sich die „Meckerei“ haufenweise zusammenfindet und sich in einer typischen Massenrebellion Luft macht, was ist damit für eine *Gestaltung* der Zukunft gewonnen? Die Rebellion unterscheidet sich dadurch von der Revolution, daß sie nur eine unangenehme Gegenwart vernichten will, ohne die Frage nach der Zukunft zu stellen. Die Rebellion also zerstört, die Revolution *baut um*. Die Rebellionen waren stets Massenexplosionen, und sie waren nutzlos, wenn ihnen die Revolution nicht folgte. Die Revolution aber kann nicht das Werk dieser „Masse“ sein ...

Solange also die deutschen Arbeiter gezwungen sind, an die nationale Bedrohung zu glauben, die ja schließlich im Weltimperialismus wirklich besteht, solange werden sie ihre „Opfer für die Landesverteidigung“ zwar meckernd und schimpfend, seufzend und mürrisch bringen, aber sie *werden* sie bringen, weil sie fatalistisch an diese „nationale Notwendigkeit“ glauben, die ihnen ja als sozialdemokratische Kategorie genügend oft eingehämmert worden ist!

Außerdem dürfen wir nicht vergessen, daß die *besondere* Schwere der Wirtschaftskrise in Deutschland tatsächlich eine unmittelbare Folge

der Bestimmungen und der Auswirkungen des *Versailler Diktates* war! Die Massen sind deshalb für die Propaganda, daß die Krise überhaupt eine Wirkung des Friedensvertrages von 1919 war, sehr empfänglich gewesen. Denn die wirtschaftspolitische Stellung Deutschlands war nach 1919 ein sehr schwache, und man konnte immer wieder von einfachen Menschen den Satz vernehmen: „Ohne Rüstung drücken sie einen wirtschaftlich an die Wand!“ Und hiergegen läßt sich kaum etwas sagen, wenn man nicht zugleich angeben kann, wie die ganze Welt auf *einmal* umzukrempeln ist, *die* Welt, in der sich nun einmal kein gemeinschaftlicher Wille ohne Waffen durchzusetzen vermag! Wer nicht aufzeigen kann, wie er den gesamten Imperialismus auf der ganzen Erde zu bekämpfen gedenkt, hat nicht das Recht, den Imperialismus *eines* einzelnen Staates moralisch zu verdonnern. Wem die Leiden der Irländer, der Ukrainer, der Georgier, der Tunesier, der Inder, der Araber, der Malayen gleichgültig geblieben sind, und vielleicht auch die der Saardeutschen, der in der Tschechei und in Polen lebenden Deutschen, der hat einfach gar kein Recht dazu, jetzt ausschließlich die Tschechen zu verdonnern und die Polen zu bejammern. Ein Recht dazu, den deutschen Imperialismus zu verdonnern, hat nur derjenige, der nicht minder scharfe Worte für den englischen und französischen, den russischen und den japanischen Imperialismus findet. Wer nicht den Imperialismus überhaupt bekämpft und nur die Expansion einiger zu kurz oder zu spät gekommener Staaten angreift, besorgt lediglich die propagandistischen Geschäfte der alten und reichlich versehenen Imperien. Man gerät also sehr leicht dahin, einen Imperialismus zu unterstützen, wenn man bloß einen *anderen* bekämpft!

Es ist sehr bedauerlich, daß von tausend Leuten, die sich zur marxistischen Bewegung zählten, nicht einer den Versailler Vertrag vollständig gelesen hatte. Wer es jedenfalls getan hat, weiß, daß die Welt – und das will bei der englischen Geschichte etwas heißen! – keinen offensichtlicheren und brutaleren Raubzug an einem ganzen Volke bis dahin kannte. Fast alle bedeutenden Köpfe und namhaften Historiker sahen sofort nach seinem Erscheinen einen Krieg nach einigen Jahrzehnten voraus, da Deutschland auf die Dauer nichts anderes tun könne, als alle Anstrengungen zu machen, um diesen Vertrag zu beseitigen. Im Jahre 1920 schrieb der französische Historiker Jacques *Bainville* in seinem Buch: „*Les Conséquences de la paix*“, daß von

diesem Frieden in absehbarer Zeit nichts mehr übrig sein würde, da Deutschland geradezu zwangsläufig den Vertrag zertrümmern müsse, (und nun wörtlich!) „morgen vielleicht mit einem einzigen *Führer* an der Spitze, der die Deutschen lehren wird, ihre Kette zu brechen ...“! Warum hat dies der bisherige Marxismus nicht gesehen? Warum hat die deutsche Sozialdemokratie hier ihre große Chance versäumt?

Diese Fragen wollen und können wir aber hier nicht weiter untersuchen, und unsere Überlegungen sollen ja überhaupt nur einige Gesichtspunkte herausstellen, die für die Beantwortung der Frage, wie wohl die Massen auf die heutigen geschichtlichen Ereignisse reagieren mögen, m.E. wesentlich sind und nicht wie bisher unter den Tisch radikaler Diskussionen fallen dürfen. Denn wenn wir uns auf die Entwicklung nicht verlassen dürfen und auch auf den automatischen ökonomischen Zusammenbruch der Kriegswirtschaft nicht warten können; wenn also die objektiven Faktoren das Strukturganze von sich aus nicht umwälzen können, dann kommt alles auf den subjektiven Faktor, und damit in erster Linie auf das *Bewußtsein* an. Und dieses darf wieder nicht mit den Inhalten ausgefüllt werden, die wir gerne darin haben möchten, sondern es kann nur mit den Inhalten erfüllt sein, die aus dem bisher abgelaufenen *Sein* folgen.

Darum ist eben die Kriegswirtschaft kein ökonomisches Problem. Der totale Staat ist heute mit dem Strukturganzen ziemlich identisch und besitzt zahlreiche Möglichkeiten, politische und militärische Mittel zur Lösung wirtschaftlicher Fragen einzusetzen. Ein Krieg aber, der zunächst praktisch nichts anderes sein kann, als die ultima ratio zur Liquidierung des Versailler Diktates, wird bei der Mehrheit der Deutschen mindestens nicht unpopulär, jedenfalls aber *toleriert* werden. Da in diesem Kriege der Sieg Deutschlands über die ältesten kapitalistischen Staaten schon wegen ihrer sozialökonomischen Rückständigkeit kaum zweifelhaft ist, ist es ein Unsinn, irgendwelche politische Hoffnungen an eine militärische Niederlage Deutschlands zu knüpfen. Ich würde es für ein großes geschichtliches Unglück halten, wenn die liberal-parlamentarischen Systeme des Kapitalismus noch einmal siegen würden. An einer Zerschlagung des mitteleuropäischen Wirtschaftsraums kann m.E. keine zukunftsorientierte Richtung interessiert sein. Eine europäische Organisation ist außerdem wirtschaftlich rationeller und machtvoller vom europäischen *Kern* aus herzu-

stellen als von der Peripherie her. Der gegenwärtige Krieg ist tatsächlich im wesentlichen der Verzweiflungskampf Englands nicht nur gegen eine starke europäische Zentralmacht, sondern auch gegen die Auswirkungen der nationalen Revolution von 1933. Es gibt nur eine historische Parallele: Der verzweifelte Kampf Englands gegen die große Nationalrevolution in Frankreich 1789-1815! Wir können uns jedenfalls weder die Parlamentarisierung Deutschlands noch die Balkanisierung Mitteleuropas wünschen, solange die übrige Welt noch imperialistisch ist. Deshalb muß Deutschland siegen. Wäre 1932 eine proletarische Regierung an die Macht gekommen, so hätte sie außenpolitisch kaum einen anderen Weg gegen können als den, der auch zu diesem Krieg geführt hat. Sie hätte Versailles revidieren und die Tschechen und Polen neutralisieren müssen, weil auch sie ihre neue Macht hätte nach außen sichern müssen!

Diese „Bilanz“ war in ihrem handschriftlichen Entwurf völlig abgeschlossen, als dieser Krieg ausbrach. Und doch mußte zum Schluß des politischen Teiles dieser „Bilanz“ zu diesem Ergebnis noch kurz Stellung genommen werden. Der gegebene Abschnitt hierfür war eben dieser. Ich habe dazu an den Gedanken des Entwurfs kaum etwas zu ändern brauchen. Ich möchte nur noch folgendes hervorheben: Deutschland hatte den letzten Krieg um ein Haar gewonnen, nur wegen seiner technischen, organisatorischen und militärischen Überlegenheit. Wer sich einmal klar macht, welche ungeheure Leistung in diesen viereinhalb Kriegsjahren von Deutschland aufgebracht worden ist, und daß es nur an der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen gescheitert ist, der weiß, daß in diesem Kriege Deutschland nicht geschlagen werden kann! Diese Überzeugung beruht gerade auf meinen kriegswirtschaftlichen Studien, und ich glaube von mir sagen zu können, daß ich heute von der Kriegswirtschaft ebensoviel verstehe wie von der Geschichte!

So bleibt denn vorläufig gar keine Hoffnung auf ein *baldige* Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse? Nein! Wir haben uns für eine ganze historische Periode in Geduld zu fassen. Ein Blick auf die Geschichte der europäischen Revolutionen zeigt uns, daß solche Intermezzi manchmal fünfzehn, oft zwanzig oder dreißig Jahre, unter Umständen auch vierzig und fünfzig Jahre dauerten. Wenn unsere Generation Glück hat, dann kann sie also noch zum Zuge kommen!

Wir wissen allerdings noch nicht, welche Umwälzungen der Krieg in seinem Gefolge haben kann, und ob er nicht auch wieder seine die geschichtlichen Prozesse beschleunigende Rolle ordentlich spielt. Wem nun das Warten zu lange wird, der mag sich reprivatisieren, soweit es ihm der totale Staat gestattet; die Geschichte wird ihn jedenfalls eines Tages recht unsanft an sich zu erinnern wissen! Wer sich inzwischen historisch betätigen will, auf den warten eine ganze Reihe gehaltvoller theoretischer Probleme, deren zielklare Bearbeitung und womöglich Lösung die unumgängliche Voraussetzung unserer „kommenden Dinge“ ist. Wenn wir eine Welt gewinnen wollen, tun wir gut, sie erst einmal gedanklich zu bauen. Sonst drängt sich vielleicht einmal die Welt zum Gedanken, ohne daß auch entsprechende, zielklare Gedanken sich zur Verwirklichung drängen.

Unsere Zeit schenkt uns aber nicht nur *Zeit*. Sie führt bereits für uns einen fruchtbaren Kampf für die Gemeinschaft und gegen den Egoismus. Die Sozialdemokratie war als Partei mehr ein *Verein* von *einzelnen*, d.h. *individualistischen und liberalistischen Mitgliedern*, als eine wirkliche, wahrhafte *Gemeinschaft*. Heute aber werden die Einzelnen gewaltsam zu einer vorläufig nur nationalen, aber eben doch zu einer Gemeinschaft zusammengeschweißt! Der totale Staat muß notwendig ein Schmelztiegel werden, in welchem das individualistische Denken und das egoistische Handeln nun auch in jedem Anti- und Nicht-Sozialisten in ein Gemeinschaftsdenken und -handeln umgeschmolzen wird. —

[Handschriftlicher Vermerk: ab hier vorläufig fragmentarisch! W.H.]

Der andere wesentliche Teil meiner wissenschaftlichen Studien in diesen zehn Jahren zielte auf die Bewältigung *philosophischer* Probleme. Diese sind schon im Vorstehenden gelegentlich angedeutet worden. Der politisch-ökonomische Teil meiner Studien war in seinen wesentlichsten Ergebnissen bereits 1936 abgeschlossen, wenn auch die gedankliche Auswertung dieser Resultate erst dann unter den zwingenden Anlässen des Geschehens der Jahre 1936-1939 bis zu den Schlußfolgerungen dieser „Bilanz“ erfolgte! Seit 1936 habe ich jedenfalls mehr an religionsgeschichtlichen, geschichtsphilosophischen und

allgemeinen soziologischen Fragen gearbeitet als an politischen und ökonomischen Problemen.

Ganz davon abgesehen, daß für mich der Wechsel der Studiengegenstände eine Art Erholung und Entspannung bedeutet, sah ich auch auf diesen Gebieten die Notwendigkeit der Aufstellung neuer Gesichtspunkte oder Hervorhebungen, da die alte sozialdemokratische Weltanschauung auch hier vielfach mitten in der bürgerlichen Denkweise stecken geblieben war. So begann ich an einer „Geschichte und Kritik der charismatischen Mythologie“ zu arbeiten, in der ich die Entstehung des Christentums aus einer theosophischen Bewegung (und zwar der Gnosis) unter Leugnung der Geschichtlichkeit Jesu ableiten zu wollen, ohne also die ökonomischen Ursachen so in den Vordergrund stellen zu wollen, wie dies *Kautsky* getan hatte, und womit er m.E. für diese geschichtlichen Periode methodisch nicht vollständig Recht hatte. Denn für diese Zeit spielen ideologische (also religions- und geistesgeschichtliche) Faktoren eine größere Rolle als in einer durchökonomisierten Gesellschaft. Leider ist diese Arbeit fragmentarisch geblieben.

Die Geistesgeschichte religiöser Vorstellungen hatte für mich stets einen großen Reiz. Und da für mich das Christentum ideengeschichtlich das Ergebnis des Synkretismus im Vorderen Orient ist, war ich nach den kritischen Büchern von *Drews* besonders gepackt von dem Nachweis Otto *Rahns*, das die Grals-Vorstellung persischen und indischen Ursprungs sei, und daß die letzten Anhänger des Grals-Kults die südfranzösischen Katharer (deren Name in unserem Wort „Ketz-er“ erhalten ist) waren. Das abendländische Christentum hat sich nämlich immer mehr der dem ursprünglichen Christentum anhaftenden orientalischen (persischen und indischen) Elemente entledigt und die ganze Ketzergeschichte ist geistesgeschichtlich ein ständiger Kampf der abendländischen, sich vorwiegend auf die griechische Philosophie stützenden Kirche gegen ihre einstigen orientalischen Quellen. Dieser Gegensatz wurde besonders interessant dadurch, daß das kirchliche Christentum auf einer Feudalisierung des ursprünglichen Christentums beruhte, während die urkommunistischen Traditionen an die bekannten orientalischen Elemente gebunden waren. Eine „Passionsgeschichte der Gralshüter“ (Fragment) und eine Vortragsdisposition „Ursprung und Untergang des Grals“ waren die Ergebnisse dieser

Studien. Wesentlicher erscheinen mir allerdings meine Arbeiten zu einer historischen Kritik des Naturalismus.

### 8. Historische Kritik des Naturalismus

Das in der Sozialdemokratie vorherrschende evolutionistische Denken war im Grunde ein rein mechanisch-kausales Denken; das Künftige erschien ihm als eine bloße „*Wirkung*“ objektiver Ursachen des vergangenen „*Milieus*“, nicht aber Ergebnis einer sozial-aktivistischen „*Wirksamkeit*“! Das geistige Gesicht des Sozialdemokratismus wird durch diesen mechanischen oft allerdings auch *organisch* verstandenen Evolutionismus bestimmt. Ich dagegen glaube, daß dem *teleologischen Denken* die Zukunft gehört. Hierbei handelt es sich nicht um die Teleologie der Theologie und spekulativ-idealistischen Philosophie, sondern um die geschichtliche Zielstrebigkeit des vergesellschafteten und arbeitenden Menschen. Das Ziel (*telos*) wird nicht durch eine metaphysische oder natürliche Macht gesetzt, sondern durch den geschichtsbewußten Menschen selbst. Alles Wissen mußte hiernach einer wahren *Teleologie*, d.h. also in unserem Sinne: einer Wissenschaft von unseren zu erreichenden und zu verwirklichenden geschichtlichen Zielen, untergeordnet werden. Wenn der Mensch die göttlichen Kräfte und die natürlichen Gesetze als seine eigenen gesellschaftlichen Kräfte und Gesetze erkennt; wenn er sich selbst als geschichtsgestaltenden Faktor an die Stelle Gottes oder der Natur setzt, wenn er, mit einem Wort, die bestimmenden Triebkräfte des Schicksals nicht mehr in einer göttlichen oder natürlichen *Außenwelt*, sondern in der von ihm selbst hervorgebrachten *Umwelt* sucht, dann wird die Teleologie aus den Höhen metaphysischer Spekulation auf die Erde und damit in den Arbeitsraum des Menschen zurückgeführt.

Diese sozial-aktivistisch aufgefaßte Teleologie erblickt also in dem Menschen den Setzer des Zieles und den Träger seines Zweckes. Erst auf ihrem Boden ist eine Denkeinstellung *möglich*, welche die Zukunft die *Gegenwart* bestimmen und durchdringen läßt, während sich der bisher die Gehirne beherrschende Evolutionismus doch dahin auswirkte, daß immer die Vergangenheit nicht nur die Gegenwart, sondern

auch die Zukunft regierte! Soll aber die Zukunft im Sinne des Telos nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Vergangenheit beherrschen, so muß das künftige in Gestalt wollender und zielbewußt handelnder Wesen alles Vergangene und Gegenwärtige lediglich als Mittel der Gestaltung ansehen. Für diesen Standpunkt wird die ganze geschichtliche Welt zum „Material unserer Pflicht“ (Fichte).

Der Schein des naturgesetzlichen Ablaufs der Geschichte gilt nur für die Entwicklung der Gesellschaft bis zum Kapitalismus und innerhalb der kapitalistischen Zustände selbst. Dieses Stadium, wo der Mensch zwar seine Geschichte selbst macht, aber noch nicht bewußt und nach einem menschlichen Gesamtplan, und daher auch notwendig glauben muß, daß nicht er, sondern Gott oder Natur die letzten geschichtsbestimmenden Instanzen sind, ist treffend als *Vorgeschichte* bezeichnet worden. Es kann daher die unserer Generation gestellte Aufgabe auch so definiert werden, daß sie erst den Weg der menschlichen Gesellschaft zu einer *wirklichen Geschichte* vorzubereiten hat! Aus diesen Betrachtungen, die ich im Anschluß an Georg Lukács anstellte, ergab sich für mich die ganze Wichtigkeit des teleologischen Denkens. *Hegel* hat das historische Denken des vorgeschichtlichen Stadiums treffend damit gekennzeichnet, daß der Philosoph immer erst *post festum* zur Einsicht in das Wesen eines geschichtlichen Abschnittes gelange. „Die Eule der Minerva beginnt erst mit einbrechender Dämmerung ihren Flug.“ Erreichte historische Ziele, die man sich nicht bewußt gestellt hat, sondern die das notwendige Resultat aller bornierten Einzel- und Gruppenhandlungen sind, können eben erst hinterher erkannt werden! Um also geistig den Übergang aus dem Reich der Notwendigkeit, der Vorgeschichte, in das Reich der Freiheit, der Geschichte, überhaupt finden zu können, muß der Mensch die Finalität an die Stelle der Kausalität, die Zielgerichtetheit an den Platz der Naturnotwendigkeit setzen.

Das ist nicht möglich, solange der Mensch die *Natur*, die er auf dem weiten Rund unserer Erde zu einem bloßen vergangenen *Zustand* degradiert und technisch weitgehend bewältigt hat, nicht auch *geistig* überwunden hat. Wie mir der „Staatssozialismus“ zum Schlüssel für das Verständnis des bisherigen „politischen“ und „ökonomischen“ „Marxismus“ wurde, so auch der *Naturalismus* zum Verständnis des bisherigen „philosophischen“ „Marxismus“!

Der Sozialdemokratismus war in seinen bisherigen politischen Formen, sowohl in den vorwiegend jakobinischen wie in den mehr liberalen – um eine kurze treffende Formel zu gebrauchen –, eine *bürgerliche Form der Arbeiterbewegung*. (Als Partei im Organisationsprinzip; auf *parlamentarischem* Boden in West- und Mitteleuropa in der Praxis des politischen Kampfes; durch ihren *bürokratischen* oder *militärischen* Charakter; durch ihre gemäßigte oder radikale *demokratische* Zielsetzung und nicht zuletzt durch ihr *staatssozialistisches* Zukunftsprogramm!) Infolgedessen mußte der „Marxismus“ für den Sozialdemokratismus mehr *Ideologie* als *Teleologie* bedeuten. Hinter der marxistischen Ideologie der Sozialdemokratie mußte also in den Kernproblemen der Geist des Kapitalismus verhüllt sein!

Insofern sich aber der Sozialdemokratismus nach außen hin marxistisch gab, mußte auch seine Weltanschauung noch Philosophie sein, d.h. die kausale Betrachtung einer *natürlichen Außenwelt* und nicht die teleologische Bewertung einer *historischen Umwelt*. Dieses Doppelantlitz bot er denn nun auch tatsächlich; er huldigte sowohl dem evolutionistischen Naturalismus, wie auch dem gesellschaftlichen *Historismus* (*Kautsky*). In meiner – allerdings noch wenig originellen Studie – „Kritik des philosophischen Leninismus“ versuchte ich mir zuerst diesen Widerspruch innerhalb der sozialdemokratischen Ideologie klar zu machen. Das Ergebnis dieser Kritik bestand immerhin darin, daß ich *Lenin* in seinem philosophischen Hauptwerk als einen reinen Philosophen erkannte, der nicht einmal die Frage nach der sozialen Bedingung bestimmter philosophischer Probleme und Methoden stellte. Er entschied sich für einen materialistischen Naturalismus, den er als einen *dialektischen* hinstellte, ohne sich klar zu machen, daß es letzten Endes dialektisch nur unter geistigen und handelnden *Wesen*, nicht aber unter bewußtlosen, kausal oder organisch bewegten *Dingen* zugehen kann. Denn auch in der Dialektik ist das Maß aller Dinge der ... Mensch, und ohne ihn und außer ihm kann es keine Dialektik geben. Wo es keine stets veränderliche Beziehung zwischen Subjekt und Objekt gibt, also dem Begriff nach in der bloß objektiven *Natur*, die nach *Kant* „das Dasein der Dinge unter Gesetzen“ ist, kann es also auch keine wirkliche Dialektik geben. Die Bewegung in der Natur, die ja auch kein *Fortschritt*, sondern bloße *Entwicklung* und damit „ein langweiliger Kreislauf“ ist (*Hegel*), ist ja auch keine wahrhafte *Ver-*

*änderung*. Ihre Objekte bleiben trotz aller Wechselwirkung die gleichen Objekte; nur in der Geschichte verändert der subjektive Faktor stets die vorgefundene Objektivität, und nur in der Geschichte verändert die subjektivierte Objektivität ständig den subjektiven Faktor. „Indem der Mensch durch seine Arbeit die Natur *außer* sich verändert, verändert er zugleich seine *eigene* Natur“ (*Marx*). Bisher ist die Fruchtbarkeit und Fülle dieses Satzes überhaupt nicht erkannt, geschweige denn ausgenutzt worden!

Diese Erkenntnis gewann ich mir allmählich in einer ganzen Reihe von Studien, die oft nur Materialsammlungen und Auszüge darstellten, aber für die Selbstverständigung einfach grundlegend waren: „Zur Kritik der Naturphilosophie“ (etwa 1934); „Studien über dialektische Philosophie. Drei Aufsätze“ (etwa Ende 1934, Anfang 1935); „Der Ursprung des Lebens im Lichte der Naturwissenschaften“ (1931-1934); „Studien über Raum und Zeit“ (etwa 1935). Während diese genannten Arbeiten der *Gewinnung* eines antinaturalistischen Standpunktes dienten, folgten später auch bedeutendere Abhandlungen, die schon als eine *Anwendung* der gewonnenen Erkenntnisse betrachtet werden dürfen.

Ausgangspunkt für meine geschichtsphilosophischen Überlegungen war also der *Evolutionismus*. Wenn die Natur zwar eine Entwicklung zeigte, aber keine konkrete Dialektik, dann bedeutete das evolutionistische Denken innerhalb der Geschichte nichts anderes als die Übertragung des natürlichen „Kreislaufes“ auf die Geschichte. Diese wurde hierdurch einfach *naturalisiert*. Gleichzeitig bot das Studium der Geschichte der Ideologien eine Fülle von Beispielen für die Naturalisierung offener gesellschaftlicher Verhältnisse und menschlicher Umstände, so daß damit die Aufgabe auftauchte, endlich einmal der Geschichte zu geben, was ihr gebührte, und die „Natur“ überall da aus dem historischen Bereich hinauszuerwerfen, wo sie von den Naturideologen, den Naturalisten, zur Erklärung sozialer und historischer Phänomene hereingezogen worden war. So begann eine Auseinandersetzung mit dem Naturalismus, die ich nicht für weniger wichtig halte als die mit dem Staatssozialismus. Beide Tätigkeiten haben sich bisher des größten Teiles meiner wissenschaftlichen Arbeitszeit bemächtigt.

*Natur* ist die Kategorie der *bürgerlichen* Gesellschaft, als Inbegriff des von ihr *verdinglichten* Seins; dagegen ist der Begriff der *Geschichte*

als des „Seins“ der Gesellschaft hervorzuheben. Eine Untersuchung sozialdemokratischer philosophischer Schriften ergab eine fast durchweg bürgerliche, manchmal rein naturwissenschaftlich-materialistische, oft eine „monistisch“-hylozoistische Auffassung der Natur und ihres Verhältnisses zur Geschichte und zur Gesellschaft. Dies war um so bemerkenswerter, als daß Bürgertum seine eigene bürgerliche Lebensordnung naturalisiert hatte: die Kultur betrachtete es als eine „zweite Natur“ und die ökonomischen Gesetze galten als Naturgesetze. Wirtschaft und Gesellschaft wurden als *natürliche Zustände* erklärt. Hinzu kommt noch, daß das Bürgertum zwar seine Gesellschaftsverfassung geschichtlich aus den früheren sozialen Zuständen hervorgehen ließ, aber der Geschichte dann ein Paroli gebot und ihr Weiterstreiten ideologisch bremste. „Es hat eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr!“ (Karl Marx) So wurde die kapitalistische Welt aus einer geschichtlichen Bewegung zu einem *Zustand*, dessen Entwicklung eine bloße „Wiederkehr des Gleichen“ war; wie die Jahreszeiten folgten sich Konjunktur und Krise, und sie war zu einem „langweiligen Kreislauf“ geworden. Der historische Prozeß des Kapitalismus erstarrte also im kapitalistisch interessierten Denken zur *Natur*. Die soziale Welt war also zu einem „Zustand der *Dinge* unter Gesetzen“ geworden! Der Naturalismus war infolgedessen die konsequente bürgerliche Philosophie. Die Aufgabe bestand also vor allem darin, alle „Natur“ wieder in Geschichte und Gesellschaft aufzulösen, d.h. *die Natur als soziale Kategorie* zu enthüllen!

Der Mensch ist nicht nur Produzent seiner gesellschaftlichen „Zustände“ und „Dinge“, sondern auch ihrer „Gesetze“ und „Kategorien“. Nicht nur hinter *Gott*, auch *hinter der Natur* (gr. = meta ta physika!) verstecken sich *gesellschaftliche Phänomene*.

Im bürgerlichen Denken ist die Natur schließlich zum „En kai pan“, d.h. „Eins und Alles“ geworden (*Spinoza, Goethe, Haeckel*). Für uns dagegen gilt das Wort von *Engels*: „Die *Geschichte* ist *unser* Eins und Alles!“ Hierbei steht obendrein fest, daß die Erwartung dieses Ausspruches nur *gegen Engels* selbst möglich ist, da er leider in vielen Fragen von Naturalismus nicht ganz fortgekommen ist und seinen historischen Materialismus oft ganz schön naturalisiert hat! Das sozialdemokratische Denken konnte sich also in vielen Punkten auf *Engels* berufen, und die Sachlage ist eben die, daß man weit über diesen hin-

ausgehen muß, wenn man sich ernsthaft vom philosophischen Sozialdemokratismus lösen will.

Mir ist oft von alten Sozialdemokraten entgegengehalten worden: „*Alles* ist Entwicklung“ oder „*Alles* ist Ursache und Wirkung“. Für mich sind das rein philosophische Aussagen, die nur den Sinn haben können, daß es in der Geschichte nicht geschichtlich – d.h. dialektisch – zugeht und daher in ihr „natürlich“ – d.h. entweder mechanisch oder organisch – zugehen muß! So besaß der Sozialdemokratismus neben seiner staatssozialistischen auch noch eine naturalistische Seite. Sein geschichtlicher *Erbe*, der NS, mußte also ebenfalls in seiner Weltanschauung naturalistisch befangen sein. Ich sage „mußte“! Denn manche geistvolle Nationalsozialisten, wie Wilhelm *Stapel*, sind als konsequente Geschichtsphilosophen Antinaturalisten, während wohl *Klemmt* eine solche Haltung als eine Übertragung des Klassenkampfgedankens auf die Natur und deshalb als einen „Klassenkampf gegen die Natur“ betrachten würde! Nun hat der NS tatsächlich den mechanischen Naturalismus abgelehnt, um allerdings einem biologischen Naturalismus zu huldigen. Er denkt bewußt evolutionistisch und organisch und beansprucht die „Ewigkeit“ für seine Gesellschaftsordnung. Er hat also an die Stelle einer „toten“, objektiven, dinglichen Natur eine „lebendige“, vitalistische, organische gesetzt. Er biologisiert und anthropologisiert die Geschichte (Rassismus) und bleibt deshalb auch im Naturalismus stecken. Er ist weit davon entfernt, „das Wort Natur ... bewußt zu vermeiden“, das *Stapel* betreffend so charakterisiert: „Die Natur, die mit ihren Gesetzen das All durchwaltet und in der Form des natürlichen Rechtes auch das politische Leben beherrschen sollte, ist ein unsauberer Zwischenbegriff zwischen Wissenschaft und Religion, sie war der säkularisierte (verweltlichte) Christengott.“ Das mögen aber die philosophischen Nationalsozialisten unter sich ausmachen!

Damit waren die wesentlichsten Elemente einer historischen Kritik des Naturalismus gewonnen; und die Arbeit der letzten Jahre ergab eine Reihe von Abhandlungen, die der *Anwendung* der gewonnenen Ergebnisse dienen sollten. Zunächst waren nun meine „Studien über Hegels Naturbegriff und seine geschichtliche Fortbildung“ zu nennen, obwohl ihre Abfassung in die Zeit vom Dezember 1934 bis Januar 1935 fällt. Aber hier versuchte ich zum ersten Male, die Natur-

vorstellungen als Spiegelungen der allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse zu erweisen. In zwei Abschnitten betrachte ich den „Ursprung und das Wesen der neuzeitlichen Naturphilosophie bis *Fichte*“ und „Das Verhältnis der Arbeit zur Natur bei *Hegel*“. In einem geplanten II. Teil sollte dann „Die Geschichte als Aufhebung und Vergesellschaftung der Natur“ dargestellt werden. Doch erwiesen sich meine Kenntnisse der Geschichte der Technik und der Technologie noch als zu mangelhaft, und die Absicht blieb in diesem Rahmen unausgeführt, obwohl ich mir in dem folgenden Jahre ein gutes Teil dieser Kenntnisse zu verschaffen mußte.

Eine recht wesentliche Arbeit war eine Polemik „Zur Kritik des empirischen Naturalismus“ (Juli 1936). Hier versuchte ich den Nachweis, daß die bloße Empirie ohne Denken nie zur wissenschaftlichen Erkenntnis führen kann; daß also die Berufung auf die „Erfahrung“ zustande kommt. Denn die „Tatsachen“ und „Dinge“ sind nicht einfache und unmittelbare „Gegebenheiten“, sondern innerhalb der Geschichte wirkliche „Tat“-Sachen und damit vom Menschen produzierte Dinge. Aber auch die begriffliche Formulierung einer „Tatsache“ ist ohne einen Denkakt nicht möglich. Indem ich darauf hinwies, daß der Empirismus schließlich selbst eine Theorie ist und daß sich die Naturwissenschaften immer in einer philosophischen Abhängigkeit befunden haben, lehnte ich die bornierte Gegenüberstellung von Erfahrung drüben und Theorie hüben ab. Ich hob „die kapitalistische Bedingtheit der Tatsächlichkeit“, die „historische Herkunft der Naturwissenschaften“ aus bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen hervor; wies auf „die Analogie zwischen Religion und Faktizität“ sowie auf den „geschichtlichen Charakter der Objektivität“ hin; und ich konnte zeigen, daß „die Mathematik eine bürgerliche Form der Genesis“ und daß „das Sein eine gesellschaftliche Existenz“ ist. Außerdem widmete ich einen Abschnitt dem „Naturalismus im Recht und in der Ökonomie“ und enthüllte die „ewigen Kategorien als konservative Ideologien.“ Das letzte gilt eben auch von der „Natur“, die als Idee und Begriff immer eine soziale bzw. historische Kategorie sein muß, da sie ja schließlich von gesellschaftlichen und geschichtlichen Wesen gedacht und begriffen wird! Ich halte noch heute diese Arbeit für so bedeutsam, daß ich sie noch einmal abschreiben, und, ihres polemischen Charakters entkleidet, verbessern und erneuern möchte.

Nach einem interessanten und längst ersehnten Buch von Professor Edwin Fels (Handelhochschule zu Berlin), „Der Mensch als Gestalter der Erde“ (Leipzig 1935), suchte ich unter dem gleichen Titel in meinen „Studien zu einem Vortrag über die aktivistische Stellung des Menschen in der Natur und über seine schöpferische Haltung auf der Erde“ (Mai 1938) hervorzuheben, daß der Mensch nicht nur das äußere irdische Naturbild formt, sondern daß wir, weil wir fast alle nur noch in Kulturlandschaften leben, in unserem Schicksal in erster Linie von der Kultur, nicht von der Natur abhängig sind. Ich wies auf die Problematik des Naturbegriffes hin, die unverständlich und unlösbar wird, wenn unser Denken wirklich ein „Abbild“ des Naturgeschehens wäre. Denn wie käme sonst ein geschichtliches Fortschreiten in die Kette unserer Naturvorstellungen hinein? Ich führte ein reiches Material von Vorläufern für „die Abhängigkeit der Naturauffassungen von der Kulturgeschichte“ an, ebenso über „die Abhängigkeit der Naturgesetze von den Kulturfaktoren“. Dann zeigte ich – Fels folgend – die Veränderung der Erde durch die Kultur auf und stellte wieder einiges Material über „die Welt als Arbeitsraum der Menschen“ zusammen. Abschließend gab ich einige Gedanken zu dem geistesgeschichtlich notwendigen Fortschritt „von der Naturphilosophie zur Sozialphilosophie“, wo ich am Beispiel der Theorie *Darwins* besonders deutlich zeigen konnte, wie bürgerliche Lebensverhältnisse in einen natürlichen Bezirk, und zwar in das Tierreich, hineingesehen wurden.

Dann habe ich bereits damit begonnen, die Frage der angeblichen Naturgesetzmäßigkeiten des geschichtlichen Prozesses zu untersuchen, und gelangte dazu, einen Zusammenhang der Vorstellungen vom „Naturablauf der Geschichte“ mit den Gedanken vom „natürlichen Kreislauf“ und der Ideologie der „Ewigen Wiederkehr“ und damit mit uralten *astrologischen* Ideen feststellen zu können. Allerdings sind die Ergebnisse dieser Studien noch nicht in eine Abhandlung zusammengefaßt – diese liegt erst fragmentarisch vor! –, aber ich habe mir diese Zusammenhänge immerhin schon in der Form einer umfangreichen Materialzusammenstellung aus der Literatur in geschichtlicher Aufeinanderfolge klar gemacht. Jedenfalls muß der Gedanke eines naturgesetzlichen Ablaufs der Geschichte entschieden abgelehnt werden; er ist ein Residuum der *Astrologie*.

Diese hat mich rund zwei Jahre und das Jahr 1937 fast ausschließlich und intensiv beschäftigt. Ursprünglich sollte sie mich nur „so nebenbei“ unterhalten, weil ja schließlich nicht einzusehen war, warum die Gestirnreligion weniger Aufmerksamkeit verdienen sollte als jede andere Religionsform überhaupt. Die ungeheuerere Bedeutung der Astrologie für die Geistesgeschichte im allgemeinen und im besonderen für die Vorgeschichte des Naturalismus ging mir erst bedeutend später auf. Ich habe damit wissenschaftliches Neuland betreten, da ich in der Literatur bisher nirgends eine Darstellung gefunden habe, die diesen Zusammenhang von Astrologie und Naturalismus behandelt hatte!

Meine nähere Beschäftigung mit der Astrologie war durch die Diskussionen um die „*Erdwelt-Theorie*“ in meinem Betrieb veranlaßt worden. Eine rein naturwissenschaftliche Kritik, die ich auch versuchte, erschien mir als ungenügend, da die beste Kritik einer Ideologie noch immer ihre Geschichte ist. Ein besonders hartnäckiger Kollege war die Ursache einer Serie von Aufsätzen: „Die gesellschaftlichen Ursachen der Astrologie“ suchte ich in den totemistischen Zuständen; zwei Aufsätze behandelten die naturwissenschaftlichen Argumente gegen die Hohlkugel-Phantasie und die geistesgeschichtlichen Wurzeln der Astrologie im präanimistischen Denken der Primitiven. Dann fiel mir innerhalb der wissenschaftlichen Schriftenreihe eines ernsthaften Verlages ein akademischer Versuch zur philosophischen Grundlegung der Astrologie in die Hände, K. T. Bayers Buch: „Die Grundprobleme der Astrologie“ (Leipzig 1927), das mich zu einer gründlichen Polemik dagegen bewog. In dieser ersten wirklichen Abhandlung über die Astrologie, die ich verfaßte, ging mir zum ersten Male der geistige Zusammenhang zwischen der Astrologie und dem Naturalismus auf. Denn der bekämpfte Autor des Buches versuchte immer wieder, Naturwissenschaften und vor allem die Naturphilosophie bis zur Lebensphilosophie, für die philosophischen Begründungen der Astrologie einzuspannen. Daß er es überhaupt *konnte*, hat mir dann gezeigt, wieviel Astrologisches noch in der Philosophie, und vor allem in der Naturphilosophie steckt! So gewann *Henselings* Behauptung: „Die Astrologie ist der Schlüssel zur Geistesgeschichte der Menschheit!“ für mich einen neuen und tiefen Sinn. Ich faßte den Plan, im Rahmen einer umfassenden Auseinandersetzung mit dem Astro-

logen Johannes *Lang*, dem Propagandisten der „Erdwelttheorie“, diesen Zusammenhängen geschichtlich gründlich nachzugehen: „Astrologie oder Astralmythologie?“ (1937) war der Titel der Abhandlung, die diesen Plan ausführte und sich hierbei auch kritisch mit der Atlantis-Legende auseinandersetzte. *Lang* selbst war schließlich nur Nebensache geworden!

Es war erstaunlich, wie fruchtbar das gewonnene astrologische Wissen nun für die Geistesgeschichte des Naturalismus wurde. Was ein „Seitensprung“ schien, war auf einmal ein wesentlicher Beitrag zur Hauptarbeit, eben der „historischen Kritik des Naturalismus“! Denn gerade der *historische* Teil dieser Kritik war nun interessant und bedeutsam geworden! Gemäß der alten Regel des *Aristoteles*: „Man muß nicht nur die Wahrheit sagen, sondern auch die Ursache des Irrtums“, konnte ich jetzt die Herkunft des Naturalismus bis in eine Zeit verfolgen, die weit vor der neueren Naturwissenschaft liegt. Um nur ein Beispiel zu geben: da haben wir den Begriff der *Konjunktur*, der in der klassischen Ökonomie ein Ausdruck für die naturgesetzliche Periodik des wirtschaftlichen Ablaufs war. Wort und Begriff stammen aber aus der mittelalterlichen Astrologie und gehen bis auf die orphische Mystik zurück!

1939

WILLY HUHN

## Karl Marx gegen den Stalinismus

### Was Marx und Engels unter „Kommunismus“ verstanden

#### I.

Wenn es etwas gibt, das noch erstaunlicher ist als die Arroganz, mit der die SED-Scholastiker die bolschewistische Ideologie mit der marxistischen Theorie gleichsetzen, dann ist es die Ignoranz, mit der heute in gewissen Kreisen der politischen Traditionsträgerin der marxistischen Arbeiterbewegung in Deutschland, der SPD, Kommunismus und Bolschewismus identifiziert werden. Aber auch bei klügeren Köpfen, die wohl wissen, daß der Bolschewismus ein „russifizierter Marxismus“ ist (*Sering*), findet man kaum eine richtige Auffassung des Kommunismus im marxistischen Sinne. Es ist also tatsächlich einmal notwendig, an Hand der Werke von Marx und Engels ihren Begriff des Kommunismus herauszuarbeiten. Wenn ein Philosophieprofessor, in der Regel also ein Ideologe, sich einmal über Marxens und Engels' Kommunismus äußern soll, dann darf man sicher sein, daß dabei wieder nur eine neue Ideologie herauskommt, die logisch-genetisch mit dem ideologischen Denken irgendwelcher „Vorgänger“ zusammenhängt. Nach Professor Paul *Vogel* z.B. sahen Marx und Engels im Kommunismus „die folgerichtige Fortentwicklung der junghegelischen Philosophie“, soll er „zu Ende gedachter Hegelianismus“ gewesen sein.<sup>1</sup>

Wir behaupten nicht, daß diese Feststellung *falsch* ist, aber wir behaupten, daß sie *einseitig* ist und sich lediglich auf die theoretische Form bezieht. Der Marxismus ist aber Theorie der sozialen Praxis, keine Ideologie, die erst nach ihrer logischen Genesis an die gesellschaftliche Wirklichkeit mit recht überheblichen Ansprüchen auf „Verwirklichung“ herantritt. Genau dies gilt aber auch für den Kommunismus, soweit er mit dem Marxismus identisch ist. Er ist das Selbstbewußtsein des gesellschaftlichen Seins im Kapitalismus (Georg *Lukács*). Seine Forderungen an die soziale Wirklichkeit stammen aus ihr selbst, nicht etwa aus einer ideologischen Sphäre. Er ist die kapitalistische Epoche, „in Gedanken erfaßt“; er spricht aus, was *ist*.

## *Aufhebung des Eigentums*

Dieser Grundgedanke durch zieht alle Äußerungen von Marx und Engels, in denen sie das Verhältnis ihrer Theorie zur Arbeiterbewegung näher zu bestimmen versuchen. Schon 1841/1842 heißt es in bezug auf die Aufhebung des Privateigentums, daß diese Forderung kein Prinzip außerhalb und gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit sei, sondern das Prinzip der kapitalistischen Gesellschaft selbst:

„Wenn das Proletariat die Negation des Privateigentums verlangt, so erhebt es nur zum Prinzip der Gesellschaft, was die Gesellschaft zu seinem Prinzip erhoben hat, was in ihm als negatives Resultat der Gesellschaft schon ohne sein Zutun verkörpert ist.“<sup>2</sup>

Die Arbeiterbewegung, die für die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln kämpft, vertritt damit nicht ein der kapitalistischen Wirklichkeit *widersprechendes*, sondern ein ihr *entsprechendes* Prinzip, da der geschichtliche Prozeß innerhalb des Kapitalismus in einer solchen ständigen Negation des Privateigentums an den Produktionsmitteln besteht:

„Das Privateigentum treibt allerdings sich selbst in seiner national-ökonomischen Bewegung zu seiner eigenen Auflösung fort, aber nur durch eine von ihm unabhängige, bewußtlose, wider seinen Willen stattfindende, durch die Natur der Sache bedingte Entwicklung, nur indem es das Proletariat als Proletariat erzeugt, das seines geistigen und physischen Elends bewußte Elend, die ihrer Entmenschung bewußte und darum sich selbst aufhebende Entmenschung. *Das Proletariat vollzieht das Urteil, welches „daß Privateigentum durch die Erzeugung des Proletariats über sich selbst verhängt* (denn das Proletariat ist jene Klasse, die über keine individuellen Produktionsmittel mehr verfügt, W. H.), wie es das Urteil vollzieht, welches die Lohnarbeit „über sich selbst verhängt, indem sie den fremden Reichtum und das eigene Elend erzeugt.“<sup>3</sup>

Soweit also der Kommunismus seine Theorie in dem Ausdruck „Aufhebung des Privateigentums“ zusammenfaßt, handelt es sich lediglich um den „letzten und vollendetsten Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die anderen beruht“, also auf der tatsächlich in der kapitalistischen Wirklichkeit vor sich gehenden Enteignung der Produzenten.

„Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbst erarbeitete Eigentum abschaffen; das Eigentum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde. Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigentum! Sprecht Ihr von dem kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen Eigentum vorherging? *Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab.* Oder sprecht Ihr vom modernen bürgerlichen Privateigentum? Schafft aber die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariers ihm Eigentum? Keineswegs. Sie schafft das Kapital, d. h. das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, daß es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von neuem auszubeuten. *Das Eigentum in seiner heutigen Gestalt bewegt sich in dem, Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit.*“<sup>4</sup>

Der Kommunismus erhebt also nicht die Forderung nach der Aufhebung des Eigentums überhaupt, sondern die nach der Abschaffung des bürgerlichen Eigentums, das sich selbst schon in dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit bewegt, also in dem Antagonismus von Eigentum und Nicht-Eigentum an den Produktionsmitteln. In diesem Sinne ist der Kommunismus nichts anderes als „die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats“<sup>5</sup>, also von der Aufhebung sowohl des Kapitals wie der Lohnarbeit,

### *Die sozialistischen Realitäten*

Auch der Kommunismus ist also nur „Sohn seiner Zeit“, ein durch ein bestimmtes gesellschaftliches Sein erzeugtes Bewußtsein und mit ihm entstanden. Die marxistische Theorie geht in ihren Forderungen nicht über die Tendenzen der gegenwärtigen Welt hinaus. „Als der Gedanke der Welt erscheint“ auch sie „erst in der Zeit, nachdem die Wirklichkeit ihren Bildungsprozeß vollendet und sich fertig gemacht hat“. Auch für das kommunistische „Ideal“ gilt das Wort Hegels, „daß erst in der Reife der Wirklichkeit das Ideale dem Realen gegenüber erscheint“.<sup>6</sup>

Wie könnte bei den Arbeitern ohne eine tendenziell kommunistische Wirklichkeit eine kommunistische Denkweise entstehen? Wenn das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bedingt, dann muß dies auch für das sozialistische Bewußtsein gelten. Worin bestehen aber jene

sozialistischen Realitäten innerhalb des Kapitalismus, die es notwendig hervorbringen?

In Rußland, wo es den modernen Kapitalismus in entwickelterer Form so wenig gab wie das moderne europäische Proletariat, löste Lenin das Problem durch den Hinweis auf die Intelligenz, die den modernen Sozialismus in Westeuropa oder in seiner Literatur studiert hatte, um ihn dann den russischen Arbeitern „beizubringen“. Für Marx und seine ersten Schüler stand die Sache ganz anders: die Maschine hatte für sie das individualistische Gewerbe „in eine kommunistische Industrie umgewandelt“, damit war aus dem individualistischen „ein kommunistisches Produkt geworden“. Dadurch kam aber ein schneidender Widerspruch in die Produktionsweise hinein: während „der Organismus der Produktion und des Austausches die kommunistische Form annimmt“, blieb „die Aneignungsweise individualistisch“. In Wahrheit bedeutet dies aber, daß die „auf das Eigentum basierte Gesellschaft selbst“ ständig das kleinere Eigentum zerstört. Daher sind auch den Arbeitern in den modernen Fabriken die alten „Instinkte des Kleinbesitzers“ großenteils „ausgetrieben worden“:

„Das ungeheure Maschinengetriebe, an dem sie beschäftigt sind, stets vor Augen, begreifen sie instinktiv, daß es für sie unmöglich ist, dasselbe jemals individuell zu besitzen, daß es nur Gemeineigentum werden kann. Die mechanische Produktion hat die Idee des individuellen Besitzes aus den proletarischen Köpfen ausgetrieben und ihnen statt dessen die Idee des Gemeinbesitzes eingetrichtert. Diese geistige Revolution hat sich ohne Zutun der Kommunisten vollzogen; sie ist das Ergebnis der unter der Herrschaft der kapitalistischen Bourgeoisie organisierten mechanischen Produktion. Die kommunistischen Ideen existieren bereits im latenten Zustande in den Köpfen der Lohnarbeiter; die kommunistischen Agitatoren tun weiter nichts, als die Ideen zu erwecken und in Handlungen umzusetzen.“<sup>7</sup>

Lafargue, einer der ersten und begabtesten Schüler, später auch der Schwiegersohn von Marx, betonte daher ausdrücklich, daß die Kommunisten ihre Ideen „nicht von irgendwoher mitbringen, sondern (sie) aus den ökonomischen Erscheinungen ableiten, deren Spielball und Märtyrer die Arbeiter sind“ (ebenda).

Dieser Gedanke, daß der Kommunismus nicht eine utopistische Forderung an die Wirklichkeit darstellt, nach der sich die völlig ent-

gegengesetzte Realität richten soll, indem sie „verwirklicht“ wird, sondern das innere tendenzielle Prinzip dieser Wirklichkeit selbst ist, das der Marxist nur in wissenschaftlicher Klarheit ausspricht, um das noch unklare Bewußtsein der Arbeiter zu klären und dadurch seine halbbe-  
wußten Reaktionen zu bewußten Aktionen zu erheben, zieht sich eben-  
falls durch alle Werke von Marx und Engels.

## II.

Schon 1844 bestimmt Marx im Unterschied zum „rohen“ Kommunismus, der zwar seinen Begriff bereits erfaßt habe, aber noch nicht sein Wesen, den vollendeten Kommunismus „als vollständige, bewußte und innerhalb des ganzen Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordene *Rückkehr des Menschen* für sich als eines *gesellschaftlichen*, d.h. menschlichen Menschen.“ Die Arbeiterbewegung selbst stellt eben „die ihrer Entmenschung bewußte und darum sich selbst aufhebende Entmenschung“ dar (Vgl. das Zitat lt. Fußnote 3). In diesem Sinne hat auch Engels schon 1843 den *Kommunismus* als „*wahre Freiheit und wahre Gleichheit*“ erklärt!<sup>8</sup> Doch nicht im Sinne ihrer Auffassung als „*Ideale*“, die der Wirklichkeit ideologisch gegenüberstehen und „verwirklicht“ werden sollen, sondern als reale *Tendenzen* der Befreiung und der Herstellung der Gleichheit in der proletarischen Bewegung selbst.

„Der Kommunismus ist ... das *wirkliche*, für die nächste geschichtliche Entwicklung notwendige Moment der menschlichen Emanzipation und Wiedergewinnung. Der Kommunismus ist die notwendige Gestalt und ein organisches Prinzip der *nächsten* Zukunft, *aber der Kommunismus ist nicht als solcher das Ziel der menschlichen Entwicklung*- die Gestalt der menschlichen Gesellschaft.“<sup>9</sup>

### *Der Kommunismus ist kein Ideal*

Der *Kommunismus* ist also *kein Endziel* der Geschichte, *kein Ideal*, sondern nichts anderes als *die reale Bewegung des Kapitals und der Lohnarbeit selbst*. Es ist eine in Gegensätzen ablaufende Bewegung, nämlich der *Klassenkampf* zwischen Monopolisten und Proletariern. Das gesellschaftliche Sein des tatsächlich vorhandenen Klassenkampfes zwischen den Kapitaleigentümern und Kapitalsfunktionären einerseits und den Lohnarbeitern andererseits ist die reale Basis des

kommunistischen Bewußtseins. Das Wesen, d.h. der geschichtliche Sinn des Kommunismus, ist die Aufhebung der *Entmenschung* des Proletariats, und in diesem Sinne ist er „der durch Aufhebung des Privateigentums vermittelte *Humanismus*“. Er ist also „keine Flucht, keine Abstraktion, kein Verlieren der von den Menschen erzeugten gegenständlichen Welt. ... Vielmehr erst das wirkliche Werden, die wirklich für den Menschen gewordene Verwirklichung seines Wesens und seines Wesens als eines wirklichen.“<sup>10</sup>

Die Existenz revolutionärer, kommunistischer Ideen in einer bestimmten Epoche setzt eben bereits die Existenz einer revolutionären, kommunistischen Klasse voraus. Aus ihrem unmittelbaren Klassenkämpfe heraus empfanden, handelten und dachten die Arbeiter längst im kommunistischen Sinne, bevor es moderne proletarische kommunistische Theorien gab. Deshalb haben Marx und Engels 1845 ihren Standpunkt klar und deutlich bekannt:

„Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten habe. *Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.*“<sup>11</sup>

Die wirkliche Bewegung aber, die den jetzigen Zustand aufhebt, geht sowohl auf der Seite des Kapitals wie auf der Seite der Lohnarbeit vor sich, denn sie bilden trotz ihrer Gegensätze „ein Ganzes“, stellen beide „Gestaltungen der Welt des Privateigentums dar“. Sowohl die Wandlungen des Kapitals (Abtrennung der Kapitalsfunktion vom Kapitaleigentum!) wie die Arbeiterbewegung sind in diesem marxistischen Sinne kommunistisch.

### *Praktische Materialisten*

Die Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt, ist aber auf selten des Kapitals eine widerwillige, notgedrungene; dagegen auf selten des Proletariats in zunehmendem Maße eine gewollte und bewußte. In dem Maße, in dem die Arbeiter vom theoretischen (abstrakten, naturwissenschaftlichen) Materialismus zum praktischen (konkreten, historischen) Materialismus übergehen, werden sie „praktische Materialisten, d. h. Kommunisten“, denen es sich darum handelt, „die bestehende Welt zu *revolutionieren*, die vorgefundenen Dinge praktisch anzugreifen und

zu *verändern*“. Während die theoretischen Materialisten wie alle bloßen Theoretiker „nur ein richtiges Bewußtsein über ein *bestehendes* Faktum hervorbringen“ wollen, kommt es „dem wirklichen Kommunisten darauf an, dies Bestehende *umzustürzen*“. Was also den proletarischen (kommunistischen) Materialisten vom bürgerlichen (naturalistischen) Materialisten unterscheidet, ist dies, daß der erstere „die Notwendigkeit und zugleich die Bedingung einer Umgestaltung sowohl der Industrie wie der gesellschaftlichen Gliederung sieht“. <sup>12</sup>

„Der Kommunismus unterscheidet sich von allen bisherigen Bewegungen dadurch, daß er die *Grundlage aller bisherigen Produktions- und Verkehrsverhältnisse umwälzt* und alle naturwüchsigen Voraussetzungen zum ersten Mal mit Bewußtsein als Geschöpfe der bisherigen Menschen behandelt, *ihrer Naturwüchsigkeit entkleidet* und der Macht der vereinigten Individuen unterwirft.“ <sup>13</sup>

Naturwüchsigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang: Verhältnisse, die ohne bewußtes Zutun der Menschen entstanden und gegeben sind. So wird auch die naturwüchsige Form des weltgeschichtlichen Zusammenwirkens der Individuen, „die allseitige Abhängigkeit“, durch die kommunistische Revolution „in die Kontrolle und bewußte Beherrschung dieser Mächte“ verwandelt, jener Mächte, die zwar aus dem Aufeinanderwirken der Menschen erzeugt werden, diese aber „bisher als durchaus *fremde* Mächte ... beherrscht haben“. So setzt der Kommunismus an die Stelle der naturgegebenen und naturgesetzlichen Evolution die soziale Revolution als bewußte und gewollte ‘Tat der Vereinigung der Arbeiter. Während

„in allen bisherigen Revolutionen die Art der Tätigkeit stets unangetastet blieb und es sich nur um eine andere *Distribution* dieser Tätigkeit, um eine neue *Verteilung* der Arbeit an andere Personen handelte, richtet sich die kommunistische Revolution gegen die bisherige Art der Tätigkeit und beseitigt sie die (*Lohn-*) Arbeit und die Herrschaft aller Klassen mit den Klassen selbst.“

### *Revolution notwendig*

Allerdings ist das Proletariat in seiner bisherigen Gestalt nicht ohne weiteres imstande, eine solche ungeheure geschichtliche Aufgabe auf sich zu nehmen. Die kommunistische Revolution ist auch schon des-

wegen notwendig, weil die Arbeiterklasse „nur in einer Revolution kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen, um zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.“<sup>14</sup> Die Arbeiter können und ihre bewußten Elemente wollen auch nicht die alten Menschen bleiben, sie wissen, daß sie im Feuer der Klassenkämpfe umgewandelt werden.

„*Stirner* glaubt, ... daß die kommunistischen Proletarier, die die Gesellschaft revolutionieren, die Produktionsverhältnisse und die Form des Verkehrs auf eine neue Basis, d. h. auf sich als die Neuen, auf ihre neue Lebensweise setzen, 'die Alten' bleiben. Die unermüdliche Propaganda, die diese Proletarier machen, die Diskussionen, die sie täglich unter sich führen, beweisen hinlänglich, wie wenig sie selbst 'die Alten' bleiben wollen und wie wenig sie überhaupt wollen, daß die Menschen 'die Alten' bleiben sollen. 'Die Alten' würden sie nur dann bleiben, wenn sie mit Sankt Sancho (*Stirner*, W. H.) 'die Schuld in sich suchten'; sie wissen aber zu gut, daß sie nur unter veränderten Umständen aufhören werden, 'die Alten' zu sein, und darum sind sie entschlossen, diese Umstände bei der ersten Gelegenheit zu verändern. *In der revolutionären Tätigkeit fällt das Sich-Verändern mit dem Umändern der Umstände zusammen.*“<sup>15</sup>

In den marxistischen Begriff des Kommunismus gehört also auch diese innere Bewegung der Arbeiterklasse, ihre sittliche und geistige Umformung hinein, wie sie sich aus ihren vereinigten Aktionen und Diskussionen ergibt. In diesem Sinne sagte Marx auch den Arbeitern im September 1850, daß sie die kommenden Bürgerkriege und Völkerkämpfe bis etwa zum Jahre 1900 nicht nur deswegen durchzumachen hätten, „um die Verhältnisse zu ändern, sondern *um Euch selbst zu ändern*“.

### *Die reale Bewegung*

Wenn der Kommunismus aber die reale Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft selbst, ihr *immanent* ist, wenn seine gesellschaftliche Wirklichkeit vor allem im Klassenkampfe der Arbeiterbewegung gegen das Kapital besteht, dann handelt es sich für den Marxismus lediglich darum, ihn innerhalb der kapitalistischen Erscheinungen als *das Wesen* des Kapitalismus zu entdecken, wenn seine *Tendenzen zu manifestieren* und in begrifflicher Form ins Bewußtsein zu heben. Er

vollbringt damit eine ähnliche Arbeit wie die bürgerliche Nationalökonomie, als sie dem Wesen der bürgerlichen wirtschaftlichen Beziehungen nachspürte. „Wie die Ökonomen die wissenschaftlichen Vertreter der Bourgeoisie sind, so sind die Sozialisten und Kommunisten die Theoretiker der Klasse des Proletariats.“<sup>16</sup>

Klarer kann der Marxist in seinem Verhältnis zur Arbeiterklasse und in seiner Abgrenzung vom bürgerlichen Ökonomen überhaupt nicht bestimmt werden: die Kommunisten sind die *wissenschaftlichen* Vertreter der Proletarier. In diesem Sinne sprach auch Engels „vom Kommunismus ... als dem theoretischen Ausdruck einer ‚Bewegung‘“. Und *Marx* hat diese praktische Bewegung, deren theoretischer Ausdruck der Kommunismus nur ist, und die der Kommunist als wissenschaftlicher Vertreter der Arbeiterklasse begrifflich zu erfassen sucht, in aller Klarheit wie folgt beschrieben:

„Da zum Beispiel *das Privateigentum nicht ein einfaches Verhältnis* oder gar ein *abstrakter Begriff, ein Prinzip* ist, sondern *in der Gesamtheit der bürgerlichen Produktionsverhältnisse besteht* – es handelt sich nämlich nicht vom untergeordneten, untergegangenen, sondern vom bestehenden, bürgerlichen Privateigentum –, da diese sämtlichen bürgerlichen Produktionsverhältnisse *Klassenverhältnisse* sind, eine Einsicht, die jeder Schüler aus seinem Adam Smith oder Ricardo sich angeeignet haben muß –, so kann die Veränderung oder gar Abschaffung dieser Verhältnisse natürlich nur aus einer *Veränderung dieser Klassen und ihrer wechselseitigen Beziehung* hervorgehen, und die Veränderung in der Beziehung von Klassen ist – eine geschichtliche Veränderung, *ein Produkt der gesamten gesellschaftlichen Tätigkeit*, das Produkt einer bestimmten, ‚geschichtlichen Bewegung‘.“<sup>17</sup>

### III.

Aus dieser Grundauffassung des Kommunismus als der realen Bewegung des Proletariats in seinem Klassenkampf gegen das Kapital selbst ergeben sich ganz bestimmte Folgerungen für das Verhältnis der „Kommunisten“, d. h. der Marxisten, zu den Arbeitern. Es ist im „Kommunistischen Manifest“ deutlich genug bestimmt worden:

„Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“

Daher stellen die Kommunisten, die Theoretiker des Proletariats, auch „keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen“, wenn sie auch „vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraushaben“. Sie haben also auch keine besonderen Interessen, die von denen des ganzen Proletariats verschieden wären.

### *Keine besondere Partei*

Die Kommunisten bilden „*keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien*“, sondern nur den im Sinne der „*umwälzenden Praxis*“ entschiedensten, immer weiter treibenden „*Teil der Arbeiterparteien aller Länder*“, in denen sie die internationalen Interessen der Proletarier zur Geltung bringen und auf den verschiedenen Entwicklungsstufen des Klassenkampfes zwischen Kapital und Lohnarbeit „*stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten*“. Ihr Ziel ist dasselbe wie das aller Arbeiterparteien: *Organisation des Proletariats als Klasse*, Entmachtung der Kapitals-Monopolisten, Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.<sup>18</sup>

Ganz in diesem Sinne bestimmte der erste Artikel der „Statuten des Bundes der Kommunisten“ vom 8. Dezember 1847: „Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer *neuen* Gesellschaft, *ohne Klassen* und ohne Privateigentum“. Infolgedessen wurde der Kommunistenbund zwar als eine „geheime Gesellschaft“ organisiert, *Marx* betont aber ausdrücklich, daß sie „*die Bildung nicht der Regierungs-, sondern der Oppositionspartei der Zukunft bezweckte*.“

„Der Bund der Kommunisten war daher keine konspiratorische Gesellschaft, sondern eine Gesellschaft, die die Organisation der proletarischen Partei im geheimen bewerkstelligte, weil das deutsche Prole-

tariat igni et aqua, von Schrift, Rede und Assoziation öffentlich interdiziert ist“ („Enthüllungen über den Kommunistenprozeß“, 1853. VI.).<sup>19</sup>

Aus dem hier dargestellten Material ergibt sich die Abgrenzung des Kommunismus oder Marxismus nach *zwei* Seiten hin: sowie nach derjenigen der reformistischen kleinbürgerlichen Demokratie („Sozialdemokratismus“ im engeren, deutschen Sinne), als auch nach derjenigen der radikalen kleinbürgerlichen Demokratie („Bolschewismus im russisch-jakobinischen Sinne).

### *Die sich rot nennen*

Die kleinbürgerlichen Demokraten, „die sich jetzt rot und sozialdemokratisch nennen“, hat *Marx* in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten“ vom März 1850 folgendermaßen charakterisiert: Es gehe ihnen lediglich darum, den Druck des großen Kapitals auf das kleine, des Großbürgertums auf das Kleinbürgertum abzuschaffen. Mit der kleinbürgerlichen Demokratie sei für die revolutionäre Arbeiterpartei nur ein zeitweiliges Zusammengehen möglich, da ihre Forderungen der Partei des Proletariats nicht genügen können: „Die demokratischen Kleinbürger, weit entfernt, für die revolutionären Proletarier die *ganze* Gesellschaft umwälzen zu wollen, erstreben eine Änderung der gesellschaftlichen Zustände, wodurch ihnen die *bestehende* Gesellschaft *möglichst erträglich und bequem* gemacht wird.“

Man bemerkt mit Erstaunen, wie alt und „überlebt“ diese „sozialen“ Forderungen der kleinbürgerlichen Demokratie sind. Sie treten ferner dafür ein, daß der Herrschaft und raschen Vermehrung des Kapitals durch „Beschränkung des Erbrechts“ und „durch Überweisung möglichst vieler Arbeiten an den Staat“ entgegengewirkt werde.

„Was die Arbeiter angeht, so steht vor allem fest, daß sie Lohnarbeiter bleiben sollen wie bisher, nur wünschen die demokratischen Kleinbürger den Arbeitern besseren Lohn und eine gesicherte Existenz, und hoffen dies durch teilweise Beschäftigung von Seiten des Staates und durch Wohltätigkeitsmaßregeln zu erreichen, kurz, sie hoffen, die Arbeiter durch mehr oder minder versteckte Almosen zu bestechen und ihre revolutionäre Kraft durch momentane Erträglichmachung ihrer Lage zu brechen.“

Demgegenüber betont Marx, daß es sich für die Kommunisten nicht um die Veränderung des Privateigentums sondern nur um seine Vernichtung, nicht um die Vertuschung der Klassegegensätze, sondern um die Aufhebung der Klassen überhaupt, „nicht um *Verbesserung* der bestehenden Gesellschaft, sondern um *Gründung einer neuen*“ handeln könne.<sup>20</sup>

In diesem Sinne hat deshalb Engels noch 1890 in seiner „Vorrede“ zum „Kommunistischen Manifest“ die Bezeichnung desselben als „kommunistisch“ damit begründet, daß man sich damit einerseits von den Utopisten, andererseits aber von den „mannigfaltigen sozialen Quacksalbern, die mit ihren verschiedenen Allerweltsheilmitteln und mit jeder Art von Flickarbeit die gesellschaftlichen Mißstände beseitigen wollten, ohne dem Kapital und dem Profit im geringsten wehe zu tun“, habe distanzieren wollen.<sup>21</sup>

Kurz vor seinem Tode hat er erklärt weshalb weder er noch Marx für ihren Standpunkt die Bezeichnung „Sozialdemokrat“ hätten annehmen können, die übrigens auch für die deutsche Sozialdemokratie unpassend sei, weil ihr ökonomisches Programm (von Erfurt) „nicht bloß allgemein sozialistisch, sondern direkt kommunistisch und deren politisches Endziel die Überwindung des ganzen Staates also auch der (parlamentarischen, W.H.) Demokratie ist“.<sup>22</sup>

Die Abgrenzung des Kommunismus oder Marxismus gegenüber dem Bolschewismus läßt sich in unserem Zusammenhange besonders an dem Verhältnis der marxistischen oder kommunistischen „Partei“ zur Arbeiterklasse verdeutlichen. Nach Marx hatten die Kommunisten keine künftige Regierungspartei zu bilden, sondern die Oppositionspartei der Zukunft. Deren Hauptaufgabe bestand aber in der Organisation des Proletariats als Klasse und damit in der Förderung der selbständigen Arbeiterbewegung, da die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein konnte. Das entsprach durchaus ihrer Auffassung des „wissenschaftlichen Sozialismus“ oder Kommunismus, der „nichts anderes ist als die reale Massenbewegung selbst, nur auf einen begrifflichen Ausdruck gebracht“.<sup>23</sup>

Jene zukünftige Oppositionspartei war also nicht die proletarische Klassenorganisation selbst, sondern nur die Organisation zur geistigen und politischen Vorbereitung derselben. Sollten doch die Marxisten oder Kommunisten keine besondere Partei bilden, sondern in den

spontan entstehenden, historisch gewachsenen nationalen Arbeiterparteien den bewußtesten und entschiedensten Teil bilden, sozusagen das marxistische Ferment in der Arbeiterbewegung. Marx selbst hat nach der Auflösung des Kommunistenbundes im November 1852 dementsprechend gehandelt: er hat überall die realen, selbständigen Arbeiterparteien beraten und die I. Internationale derselben geistig geführt. Er konnte aber 1860 an Freiligrath mit Recht schreiben, daß „die Partei in diesem ganz ephemeren (vorübergehenden, W.H.) Sinne für mich seit acht Jahren zu existieren aufgehört hat“.

Er war seitdem der festen Überzeugung, daß seine „theoretischen Arbeiten der Arbeiterklasse mehr nutzten, als Einlassen in Verbindungen, deren Zeit auf dem Kontinent vorüber“ wäre. Man habe ihn deshalb wiederholt wegen seiner „Tatlosigkeit“ angegriffen. Er sei „Kritiker“ und habe genug „an den 1849 bis 1852 gemachten Erfahrungen“. Wie viele andere Vereinigungen sei auch der Kommunistenbund „nur eine Episode in der Geschichte der Partei, die aus dem Boden der modernen Gesellschaft naturwüchsig sich bildet.“

Für Marx gab es also eine aus dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft entstehende proletarische Partei, die ganz verschiedene Episoden in Gestalt verschiedener Organisationen durchlaufen konnte. Für ihn war also die Arbeiterpartei keine bestimmte Organisation, er sah sowohl die Organisation des Proletariats als Klasse wie auch die Bildung verschiedener politischer Arbeiter-Koalitionen als einen geschichtlichen Prozeß an. Und so schloß er seinen Brief an Freiligrath mit den Worten: „Ich habe ... das Mißverständnis zu beseitigen gesucht, als ob ich unter 'Partei' einen seit acht Jahren verstorbenen 'Bund' oder eine seit zwölf Jahren aufgelöste Zeitungsredaktion verstehe. *Unter Partei verstand ich die Partei im großen historischen Sinne.*“<sup>24</sup>

Es genügt, diese Auffassung von Marx neben diejenige Lenins zu halten, der bereits im Jahre 1897 „gegen jede *selbständige* Arbeiterorganisation als solche“ war.<sup>25</sup> Fünf Jahre später rühmt Lenin an Lassalle dessen „verzweifelten Kampf gegen die Spontaneität“ der deutschen Arbeiterbewegung. Dann fordert er „eine militärische Organisation von Agenten“<sup>26</sup>, die imstande wäre „den gesamten Befreiungskampf des Proletariats zu leiten“: dazu bedarf es natürlich auch „einer stabilen und die Kontinuität wahrenenden *Führerorganisation*“.<sup>27</sup> Für Lenin entsteht natürlich auch nicht das sozialistische bzw. kommuni-

stische Klassenbewußtsein auf Grund der realen Massenbewegung der Arbeiter selbst. Nach seiner Auffassung „konnten die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein gar nicht haben“, es konnte ihnen vielmehr „nur von außen gebracht werden“. Aus eigenen Kräften gelangen die Arbeiter nur zu einem „trade-unionistischen“, d.h. nur zu einem gewerkschaftlichen Bewußtsein. Die spontane Arbeiterbewegung führe nur zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie, weil diese älter, vielseitiger und verbreiteter sei. Auf die Frage, woher dann überhaupt eine sozialistische Ideologie komme, antwortet Lenin, diese sei ein „natürliches und unvermeidliches Ergebnis *der Ideenentwicklung der revolutionär-sozialistischen Intelligenz*“.

„Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgewachsen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden.“

Die theoretische Lehre der Sozialdemokratie sei „ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung“ entstanden.<sup>28</sup> Für *Lenin* war also der Kommunismus nicht wie für Marx und Engels die wirkliche Bewegung der Arbeiterklasse, und der Marxismus nicht nur deren begrifflicher Ausdruck. Während für Lenin das Ziel seines Kampfes gegen die Spontaneität der Arbeiter darin besteht, die Proletarier „unter die Fittiche der revolutionären Sozialdemokratie“, d.h. der bolschewistischen Führerorganisation, „zu bringen“ (ebd.), verließ sich Marx für den schließlichen Sieg der im Manifest aufgestellten Sätze einzig und allein auf die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse, wie sie aus der vereinigten Aktion und der Diskussion notwendig hervorgehen mußte.

„Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Erfolge, konnten nicht umhin, den Kämpfenden die Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Allerweltsheilmittel klarzulegen und ihre Köpfe empfänglicher zu machen für eine *gründliche Einsicht in die wahren Bedingungen der Arbeiteremanzipation*.“<sup>29</sup>

Zu diesen Allerweltsheilmitteln wird man wohl heute auch die Theorie der bolschewistischen Parteidiktatur zählen müssen. *Der Bolschewismus ist also kein Kommunismus!*

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Paul Vogel, *Hegels Gesellschaftsbegriff und seine geschichtliche Fortbildung durch Lorenz Stein, Marx, Engels und Lassalle*, Berlin 1925, S. 239.
- <sup>2</sup> Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* (1844), in: *Marx-Engels Werke* (MEW) Bd. 1, S. 391.
- <sup>3</sup> Karl Marx, *Die Heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik* (1844/45), in: *MEW* 2, S. 37.
- <sup>4</sup> Karl Marx/Friedrich Engels, *Das Manifest der Kommunistischen Partei* (1848), in: *MEW* 4, S. 475.
- <sup>5</sup> Friedrich Engels, *Grundsätze des Kommunismus* (1847), in: *MEW* 4, S. 363.
- <sup>6</sup> G. W. F. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, in: Ders., *Werke* Bd. 7, Frankfurt 1970, S. 28.
- <sup>7</sup> Paul Lafargue, *Kommunismus und Kapitalismus. Der Kommunismus und die ökonomische Entwicklung*, Berlin 1894, S. 23.
- <sup>8</sup> Friedrich Engels, *Der Fortschritt der Sozialreform auf dem Kontinent* (1843), in: *MEW* 1, S. 480 ff.
- <sup>9</sup> Karl Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte* (1844), in: *MEW-Ergänzungsband* 1, S. 546.
- <sup>10</sup> A.a.O., S. 583.
- <sup>11</sup> Karl Marx/Friedrich Engels, *Die Deutsche Ideologie* (1845/46), in: *MEW* 3, S. 35.
- <sup>12</sup> A.a.O., S. 42 und 45.
- <sup>13</sup> A.a.O., S. 70.
- <sup>14</sup> Ebd.
- <sup>15</sup> A.a.O., S. 195.
- <sup>16</sup> Karl Marx, *Das Elend der Philosophie* (1847), in: *MEW* 4, S. 143.
- <sup>17</sup> Karl Marx, *Die moralisierende Kritik und die kritische Moral. Gegen Karl Heinzen*. (1847), in: *MEW* 4, S. 356.
- <sup>18</sup> Marx und Engels, *Manifest*, a.a.O.
- <sup>19</sup> Hermann Duncker, *Materialien zur Geschichte des Bundes der Kommunisten*, im Anhang seiner Ausgabe des Manifests, Berlin 1929. S. 58 und 78.
- <sup>20</sup> A.a.O., S. 63 ff.
- <sup>21</sup> Friedrich Engels, *Vorwort zu vierten deutschen Auflage des Manifests von 1890*, in: *MEW* 22, S. 58.
- <sup>22</sup> Friedrich Engels, *Internationales aus dem „Volksstaat“*, Berlin 1894, S. 6 f.
- <sup>23</sup> Max Adler, *Marx als Denker*, Berlin 1925, S. 83.
- <sup>24</sup> Franz Mehring, *Freiligrath und Marx in ihrem Briefwechsel* (= Nr. 12 der Ergänzungshefte zur „Neuen Zeit“ vom 12. April 1912, S. 42 ff.).
- <sup>25</sup> B. G. Gorew, *Aus der Vergangenheit der Partei* (Russischer Staatsverlag) 1924, zit. bei: W. I. Lenin, *Sämtliche Werke*, Bd. IV, 2. Halbband, S. 402.
- <sup>26</sup> W. I. Lenin, *Was tun?* in: Ders., *Ausgewählte Werke*, Moskau 1946. Bd. I, S. 201 f.; *Sämtliche Werke*, Bd. IV, 2. Halbband, Fußnote auf S. 330. Diese fehlt

in den *Ausgewählten Werken*, Bd. I, S. 309.

<sup>27</sup> Lenin, *Was tun?*, a.a.O., S. 262 und 267.

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> Friedrich Engels, *Vorwort zur vierten deutschen Auflage ...*, a.a.O., S. 57.

Aus: *pro und contra. Weder Ost noch West – eine ungeteilte sozialistische Welt!* Nr. 4 (Februar 1950), S. 5–11.

CHRISTIAN RIECHERS

Willy Huhn (1909 - 1970)

## Eine biographische Notiz

Auf engem Raum das Leben Willy Huhns, dieses weitgehend unbekannt gebliebenen deutschen internationalistischen Marxisten, zu skizzieren, heißt Verzicht leisten auf eine Dokumentation der zahl- und umfangreichen, zum Teil noch ungedruckten kritischen Auseinandersetzungen mit den russischen Revolutionen und Konterrevolutionen sowie ihren bemühten stalinistischen, trotzkistischen und linkssozialdemokratischen Apologeten, deren gedankliche Tiefe und analytische Schärfe die hier abgedruckten Texte Huhns bestenfalls andeuten können; sie in extenso vorzuführen und zugleich die aus oft formverschiedenen revolutionstheoretischen Ansätzen resultierenden Widersprüche kritisch aufzuarbeiten, wäre eine adäquate Ehrung des 1970 verstorbenen Willy Huhn, der mir als zunächst leichtgläubigen Marxisten den *methodischen Zweifel der historischen Materialisten* einpflanzte, damit er sich auch gegen ihn selbst wenden könne. Eine radikale, permanent selbstkritische Neuorientierung der Arbeiterbewegung, jenseits von Sozialdemokraten, Stalinisten und der zwischen ihnen vergeblich vermittelnden Sekten, war zeitlebens Huhns politische *raison d'être*.

1929, im Todesjahr seines Vaters, eines deutschnationalen Kriminalbeamten, gelingt es dem am 11. Januar 1909 in Metz geborenen, seit der Ausweisung der Familie 1919 in Berlin ansässigen Willy Huhn, seit 1926 angestellter Buchhändler, den Bruch mit dem Geist des konservativen Elternhaus auch politisch zu vollziehen. Er wird Mitglied des linkssozialdemokratisch orientierten „Zentralverbandes der Angestellten“, tritt gegen Ende 1930 der „Jungsozialistischen Vereinigung Groß-Berlin“ bei, wodurch er automatisch – wenn auch gegen seinen Willen und politische Überzeugung – Mitglied der SPD wird; nach Auflösung dieses Verbandes durch Dekret der SPD-Führung tritt er der am 4. Oktober 1931 gegründeten „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAPD) bei, der er bis Anfang 1933 angehörte. In der SAPD finden heftige theoretische Auseinandersetzungen statt; die politische Beurteilung der russischen Verhältnisse unter dem ersten Fünfjahres-

plan wirkt sich unmittelbar auf die Diskussion einer von altsozialdemokratischer wie offen stalinistischer Orientierung gleichermaßen entfernten, neu zu erarbeitenden politischen Strategie für den revolutionären Klassenkampf in Deutschland aus.

Huhn schließt sich einer halb klandestinen Gruppierung an, die sich „Rote Kämpfer“ nennt, deren Gründer Anfang der zwanziger Jahre der KAPD, später der SPD angehörten, und die ihre rätekommunistischen Auffassungen gegen die „bolschewisierenden“ Tendenzen in der SAPD entwickeln, die von früheren Mitgliedern der rechten KPD-Opposition wie auch von ehemals zentristischen Linkssozialdemokraten verstärkt vertreten werden. Nach dem Austritt aus der SAPD gehört Huhn weiter den „Roten Kämpfern“ an; 1933 und 1934 wird er jeweils für kurze Zeit wegen illegaler Arbeit von den Nazis inhaftiert. Die illegale Gruppe um Huhn verzichtet in der Folge auf weitere konspirative Arbeit; sie meint, darauf in der „legalen“ Zeit nur unzureichend vorbereitet gewesen zu sein und deshalb Gefahr zu laufen, in dilettantischer Weise sich der Verfolgung durch die Nazis ungeschützt auszusetzen: Theoretischer Selbstverständigung gebühre absoluter Vorrang.

In einem Manuskript von 1939/40, der *Bilanz nach 10 Jahren (1929-1939)*, bezeichnet Huhn das Jahr 1932 als „das Jahr meines Herauswachsens aus den Denkformen der alten Arbeiterbewegung“. In seinen gedruckten und im Manuskript vorhandenen Schriften (der Nachlaß liegt im IISG Amsterdam) gibt es zahlreiche Hinweise auf die Anregungen, die er im Umgang mit emigrierten linksmenschewistischen Intellektuellen für das Studium der russischen Verhältnisse erfuhr. Die anfängliche Faszination des Austromarxismus, die sehr schnell sich auflöste; die Diskussionen mit Hugo Urbahns, Heinrich Brandler, Fritz Sternberg, Max Seydewitz, gegen die der wenig mehr als Zwanzigjährige seine rätekommunistischen Auffassungen verteidigte: insgesamt das Bild eines sehr raschen, von soliden Kenntnissen der Einzelwissenschaften untermauerten individuellen, politisch-theoretischen Reifungsprozesses, der nur noch an Tiefe gewinnt, wenn der vielen frischen Kräfte der Generation Huhns gedacht wird, von denen viele sich in die politische Emigration retten konnten, nach dem Kriege als für Deutschland unbequem vielfach dort blieben, wenn sie nicht als Rückkehrer dazu beitragen wollten, die Leichname der lern-

unfähigen Organisationen der historisch überlebten Arbeiterbewegung galvanisieren zu helfen. Ihre Generationsgeschichte bedarf noch der historischen Aufarbeitung.

Willy Huhn, nach vierjähriger Erwerbslosigkeit ab 1935 wieder als kaufmännischer Angestellter tätig, hatte seine ausgezeichnete Bibliothek (sie steht heute komplett im Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin) vor den Nazis in Sicherheit bringen können. Sie ermöglicht ihm die weiteren Studien, deren politisch-ökonomischen Teil er bis 1936 abgeschlossen haben will, um in den Jahren bis 1939 mit der Auswertung zu beginnen. Sein Arbeitsprogramm, in *Bilanz nach 10 Jahren* beschrieben, umfaßt folgende Punkte: Historische Kritik der Sozialdemokratie, des Staatssozialismus, der Kriegswirtschaft, des Bolschewismus; die historische Notwendigkeit des deutschen Nationalsozialismus; die Kriegswirtschaft als ökonomisches Problem. Historische Kritik des Naturalismus. Huhn verhält sich dem Nazismus gegenüber abwartend; eine „baldige Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse“ schließt er 1939 aus, läßt allerdings offen, „ob der Krieg nicht auch wieder seine die geschichtlichen Prozesse beschleunigende Rolle ordentlich spielt“. Seine Auffassung der Äquidistanz im imperialistischen Konflikt von 1939 findet sich auch in der Nachkriegszeit des Kalten Krieges wieder (1950-1952 ist Huhn Chefredakteur der Zeitschrift *pro und contra* mit der Unterzeile „Weder Ost noch West - eine ungeteilte sozialistische Welt“). 1939 heißt es: „Wer nicht den Imperialismus überhaupt bekämpft und nur die Expansion einiger zu kurz oder zu spät gekommener Staaten angreift, besorgt lediglich die propagandistischen Geschäfte der alten und reichlich versehenen Imperien. Man gerät also sehr leicht dahin, einen Imperialismus zu unterstützen, wenn man bloß einen anderen bekämpft!“ (*Bilanz*) Es ist dies nicht die Auffassung eines von politischen Kontakten weitgehend isolierten Individuums; sie ist bei sehr vielen internationalistischen Marxisten verschiedener politischer Herkunft und in verschiedenen Ländern ähnlich anzutreffen.

Von September 1945 bis Ende Dezember 1946 ist er Direktor der Volkshochschule Berlin-Prenzlauer Berg im russischen Sektor, dann von Januar 1947 bis Februar 1948 VHS-Direktor in Gera/Thüringen, das ebenfalls in der russischen Besatzungszone liegt; schließlich 1948-1950 Hauptlehrer am August-Bebel-Institut der SPD in Westberlin. Ab

Ende 1948 bis Sommer 1950 Dozent für „sozialistische Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung“ an der Deutschen Hochschule für Politik Westberlin, kann Huhn, der 1947 in Gera sein Abitur nachgeholt hat, trotz ständiger politischer Reibereien zuerst mit der SED, mit der SPD nur wenig später, seinen Fähigkeiten und pädagogischen Neigungen entsprechend für eine sehr kurz bemessene Zeit arbeiten. Karl Schröder, Mitbegründer der KAPD und später der „Roten Kämpfer“, an deren Tradition er nach 1945 zusammen mit Huhn und anderen anzuknüpfen versucht, lobt 1947 in einem Brief, Huhn sei „bereits heute zu Ergebnissen gekommen, die seine Arbeiten denen der älteren Generation wie etwa Lukács u.a. an die Seite stellen“.

Inzwischen wieder arbeitslos geworden, wird Huhn, der 1951 in *pro und contra* in einer Artikelserie *Der Sieg der Konterrevolution im Januar 1919* die SPD den historischen Tatsachen entsprechend schildert, sofort mit einem Parteiausschlußverfahren bedacht, 1953 aus der SPD ausgeschlossen, was 1954 der SPD-Parteivorstand als letzte Appellationsinstanz bestätigt. Mit der traditionellen Arbeiterbewegung noch über den Touristenverein „Naturfreunde“ und die Freidenker verbunden, durch den Parteiausschluß jedoch ohne Möglichkeit, durch Vorträge und Veröffentlichungen innerhalb des gewerkschaftlichen Areals ein größeres Publikum zu erreichen, publiziert Willy Huhn ab 1953 in kleinen, überwiegend linkssozialistischen Blättern (*Funken, Wiso-Korrespondenz, Die andere Zeitung, Aufklärung, Von unten auf, Dinge der Zeit, Schwarz auf Weiß, Neue Politik* etc), die nur eine geringe Verbreitung haben. Ein Großteil seiner Manuskripte zirkuliert auf Durchschlagpapier in drei bis fünf Exemplaren, für die Diskussion in Kreisen von wenigen Freunden und Genossen bestimmt, denen Breite und Tiefe der Auseinandersetzungen auf dem revolutionären Erneuererflügel innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung vor 1933 noch vertraut sind.

Wenige jüngere Genossen nähern sich Willy Huhn in den frühen sechziger Jahren, als ein Unvereinbarkeitsukas der SPD die Mitglieder des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) dazu verdammt, sich widerstrebend von der Sozialdemokratie zu emanzipieren. Sie bewundern an Willy Huhn seine enzyklopädische Kenntnis der deutschen, russischen und jüdischen Arbeiterbewegungen und der ihre Geschichte beharrlich begleitenden Ideologeme und zaghaften

theoretischen Selbstaufklärungsversuche; für gewöhnlich ignorieren sie dabei in cooler Macho-Manier seine Frau Lisa, die als politischer Mensch an den Diskussionen mit Kenntnis der Umstände und Personen teilnimmt, durch deren Lohnarbeit als städtische Verwaltungsangestellte sie dem fortdauernd Arbeitslosen (an den Westberliner Volkshochschulen hat der aus der SPD ausgeschlossene de facto Berufsverbot) bei einem sehr labilen Gesundheitszustand das wissenschaftliche Arbeiten überhaupt ermöglicht. Diese Jüngeren sind womöglich enttäuscht von Willy Huhn, von dem sie insgeheim hoffen, er möge sich als der große Theoretiker der revolutionären Arbeiterräte zu erkennen geben, den sie in ihm vermuten, dem dann Studenten, Oberschüler und jüngere Lohnarbeiter gewiß in großer Zahl zuströmen würden. Gegen diese Zumutungen wehrt sich Willy Huhn in den Gesprächen; er zerpfückt zu umbarmherzig die Mythengeschichten der auf den Hund gekommenen Vertreter der alten Arbeiterbewegung: wie könnte er dann den reinen Mythos der revolutionären Arbeiterräte dagegen halten?

Wenn wir Jüngeren vom proletarischen Widerstand sprechen, verweist er auf die grauisigen Erlebnisse seiner Gruppe mit den Nazis noch außerhalb der KZ und die Erlebnisse mit dem Widerstand der Kapo des Franzosen Paul Rassinier in Buchenwald und Dora, und er spricht darauf schlicht von den Schwierigkeiten bloßen Überlebens in schwierigen Zeiten; kommt die Rede auf den Antisemitismus, die Verfolgung der Juden durch die Nazis, die deutsche Schuld an zwei Weltkriegen - aus der Verzweiflung an der Verruchtheit der Deutschen sind ja viele unserer Nachkriegsgenerationen erst zu Sozialisten und Kommunisten geworden -; so hält Huhn dagegen - für uns schockierend und sogleich der Verdrängung anheimgegeben - die in der Geschichte zu verzeichnenden merkwürdigen Parallelentwicklungen von antisemitischem Rassismus und Zionismus, wie er auch hinweist - lange vor 1967 - auf die Klassenkämpfe in Palästina sei Beginn der zwanziger Jahre und die erschreckenden Auswirkungen der Landnahme des Staates Israel auf die dort ansässige Bevölkerung; denken wir schließlich, mit Willy Huhn wenigstens im Kampf gegen die atomare Bewaffnung Deutschlands einig zu sein, so bestätigt er uns dies gern, nur habe er in der Zwischenzeit sich in die wissenschaftliche Literatur vertieft und sei inzwischen zu dem Ergebnis gelangt, es gebe

ökologische und auch ganz simple ökonomische Rentabilitätsgründe, die entschieden gegen eine Nutzung der Atomenergie zu „friedlichen“ Zwecken sprächen, wovon wir Antimilitaristen doch insgeheim bisher überzeugt gewesen seien.

Keine Gewißheit aus den Arsenalen der alten Arbeiterbewegung, an der Huhn nicht seinen methodischen Zweifel erprobt hätte, kein naiver Glaube an Fortschritt und Friedfertigkeit, der nicht von ihm bei uns allmählich zum Wanken gebracht wurde. Ungeachtet der Gefahren einer Isolierung von ihm nahestehenden Genossen hat Huhn wie wenige nur an den Forderungen des „Manifests der Kommunistischen Partei“ festgehalten: „Sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“ Vielleicht wird die Diskrepanz sichtbar, wenn nicht auf „Massen des Proletariats“, sondern auf Verständnisschwierigkeiten „unter Initiierten“ verwiesen wird.

In den Jahren nach Willy Huhns Tod – er starb am 17. Februar 1970 in Westberlin – haben wir in Westeuropa so viele gauchistische Gruppierungen aufblühen und vergehen sehen und noch ihre unappetitlich katzenjammerhaften Absonderungen zur Krise des Marxismus zur Kenntnis nehmen müssen; Willy Huhns „ungleichzeitige“ Texte, um ein in Westdeutschland zum Jargon verkommenes Epitheton Ernst Bloch einmal korrekt zu verwenden, haben an politischer „Aktualität“ gewonnen. Als biographischer Wasserträger kann ich hier nur behaupten, daß die Tradition der internationalen Marxisten in Willy Huhn einen hartnäckigen Analytiker der historischen Widerstände zu verzeichnen hat, die in Deutschland der Emanzipation der Proletarier vom System der Lohnarbeit entgegen stehen.

Nachwort zur französischen Ausgabe von Willy Huhn, *Trotzki der gescheiterte Stalin* (Berlin: Kramer Verlag 1973), 1981 als *Trotsky, le Staline manqué* in Paris bei Spartacus erschienen.

JOACHIM BRUHN  
Avantgarde und Ideologie  
Nachbemerkung zum Rätekommunismus

Die Arbeiterklasse ist revolutionär oder sie ist nichts.  
*Karl Marx, 1865*

Arbeit ist die Religion des Sozialismus.  
*Friedrich Ebert, 1918*

Die revolutionären Bewegungen des europäischen Proletariats erheben sich in der Epoche zwischen 1870 und 1936, in einer Zeit, die mit der Pariser Commune anhebt, dann mit der deutschen Novemberrevolution, dem italienischen „biennio rosso“, dem Aufstand im russischen Kronstadt 1921 ihren Höhepunkt erreicht, um schließlich 1936 mit der Spanischen Revolution für immer unterzugehen. In allen diesen Bewegungen beweist es sich, daß die Organisationen der proletarischen Klasse, daß ihre Parteien und Gewerkschaften weder ihr Wesen noch ihr wesentliches Interesse zu verstehen, d.h. zum Ausdruck und zur Geltung zu bringen vermögen. Diese Organisationen transformieren die Klasse vielmehr in den Stand der zeitweilig mit kapitalproduktiven Aufgaben betrauten Staatsbürger; sie verwandeln den Klassenkampf in ein Gleitmittel der Akkumulation. Aber die Klasse verstand sich selbst nicht, als sie diese Organisationen zu ihrem Interpreten und Advokaten bestellte, als sie darauf bestand, ihrem Interesse, d.h. der „Ökonomie der Arbeit“ (Marx) in der Form des Rechts und mit den Mitteln des Staates Anerkennung zu verschaffen.<sup>1</sup> Zwar wendet sich die Klasse ihrem Wesen nach gegen das Kapitalverhältnis in seiner Totalität, gegen Ausbeutung und Herrschaft zugleich als die nur in dieser Wendung praktisch werdende „Kritik der politischen Ökonomie“, erhebt sich gegen Kapital und Souveränität zugleich als den nur verschiedenen Erscheinungen des an sich identischen, in sich verkehrten gesellschaftlichen Zusammenhangs.

Aber das Problem der Zentralität bleibt, auch das der Organisation: die politische Souveränität des Kapitals aufzuheben, erfordert, ihr auf gleicher Augenhöhe entgegenzutreten, ihre Abschaffung als

gesellschaftlich gültige zu erklären. Die „Diktatur des Proletariats“ in Form seiner jakobinischen, zentralisierten und militarisierten Kaderpartei ist die Antwort des militanten Flügels der Sozialdemokratie, gegen die die authentischen Theoretiker der Klasse die Idee des „proletarischen Antibolschewismus“ oder auch: „marxistischen Anti-Leninismus“<sup>2</sup> setzen und die Praxis der Räte mobilisieren. Die Räte sollen es sein, die in einem die authentische Selbstinterpretation der Klasse leisten und doch das Problem der Zentralität, der Dezision und der gesellschaftlichen Geltung lösen sollen. Wie die Parteiform den empirischen Arbeitern das Klassenbewußtsein als objektiv-wissenschaftliches von oben herab autoritär zurechnet und dekretiert, so soll die Räteform das empirische Bewußtsein der Arbeiter von unten auf zu seiner revolutionären Wahrheit verallgemeinern und zuspitzen<sup>3</sup>: keine Frage, welches Konzept das emanzipative und wahrhaftigere ist; keine Frage aber auch, daß das eine wie das andere das Verhältnis von Klasse und Individuum, von Wesen der Klasse und Empirie der Lohnarbeit, von der Wahrheit des Kapitals und der erscheinenden Ideologie etwa des „gerechten Lohns“ nicht aufzuheben und sich vielmehr nur in diesem Dilemma herumzuwerfen vermag. Die Deduktionen des autoritären, des „wissenschaftlichen Sozialismus“ wie die Induktionen des anti-autoritären Kommunismus umkreisen nur das Problem. Das macht: beide Strategien, die autoritäre wie die libertäre, begreifen das Wesen der Klasse, die Arbeitskraft, als die gesellschaftliche Ursprungsmacht, die sich ins Kapital hinein nur entfremdet, als das mit sich selbst nicht Identische, das sich selbst nicht versteht, das die Gesellschaft konstituiert, nur ohne Bewußtsein. Kapital dagegen soll Ableitung und Schein sein, Okkupation und Anmaßung. Wie daher die Produktivität der politischen Form nicht verstanden wird: ihre Fähigkeit der Transformation; so auch nicht die der ökonomischen Form: ihre Potenz der Abstraktion und Subsumtion.<sup>4</sup> Das läßt den Leninismus so obsolet werden wie den Rätekommunismus antiquiert.

Allerdings: Als die materialistische Kritik der Arbeiterklasse vielleicht noch geholfen hätte, vertraten die Rätekommunisten unter den Fraktionen der offiziellen Arbeiterbewegung und links von SPD wie KPD die avancierteste Position. Nicht allein, daß sie in Texten wie in denen Willy Huhns den Etatismus der Sozialdemokratie aufzeigten und vor der allerdings ideologischen Zwangsvorstellung warnten, der Staat

sei – nur als Prinzip gefaßt – die Inkarnation wie der Agent des Volkswillens; nicht nur, daß sie von 1917 an, seit Rosa Luxemburg Schrift über die russische Revolution, erst den Leninismus, dann, als seinen Erben, den Stalinismus als das Produktionsverhältnis des Staatskapitalismus aufzeigten; auch nicht, daß sie das Prinzip der Räte als der Selbstorganisation und der Selbstverwaltung des Proletariats entwickelten – nein: wesentlich darin besteht ihr Avantgardismus, daß sie zum ersten Mal, jenseits des utopischen Sozialismus wie diesseits des „wissenschaftlichen“ Sozialismus, die „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“ darlegten: 1930, drei Jahre vor der sog. „Machtergreifung“.<sup>5</sup> Es waren Autoren wie Anton Pannekoek, Hermann Gorter und Karl Korsch, die den Inhalt des Kommunismus als der staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft entwickelten, dann, nach 1945 und in fast völliger Isolation, Cajo Brendel, Paul Mattick und wenige andere.

In der postfaschistischen Nacht der Adenauer-Zeit bestechen die Texte Willy Huhns durch Klarheit und Avantgardismus<sup>6</sup>; insbesondere seine wohlbelegte These, der sozialdemokratische Marxismus der Zeit des „Burgfriedens“ nach 1914 gehöre zur unmittelbaren Vorgeschichte wie Vorbereitung des Nazifaschismus demonstriert, wie nachhaltig das Gründungsverbrechen deutscher Staatlichkeit in klassenübergreifender Kooperation vollbracht wurde.<sup>7</sup> Aber der Avantgardismus dieser Erkenntnis ist unmittelbar zugleich Ideologiebildung. Es scheint, als würde die Erkenntnis nachgerade erst dann zugelassen, indem sie ihr höheres Einverständnis mit den kritisierten Mächten bekundet. Darin, daß Willy Huhns Faschismusforschung nicht nur ohne den geringsten Begriff des Antisemitismus auskommt, sondern sich regelrecht auf die andere Seite der Barrikade schlägt, zeigt sich, daß der emanzipative Gehalt des Rätekommunismus zur Neige ausgeschöpft ist. Denn trotz aller Kritik der Sozialdemokratie vertritt er, wie die „Bilanz nach zehn Jahren“ zeigt, genau deren Position zum Antisemitismus als dem „Sozialismus der dummen Kerle“, wie sie August Bebel 1893 formulierte, wie sie Friedrich Engels vorsprach und wie Stalin sie nachsprach.<sup>8</sup> Seine Intention, durch die Kritik der SPD hindurch die „Wiederbelebung des Rätegedankens“<sup>9</sup> möglich werden zu lassen, scheitert an sich selbst, erweist sich als nicht radikal genug in der Anwendung des Materialismus auf den Marxismus.

Es ist, als sei nach dem 8. Mai 1945 unter den Sozialisten und Kommunisten aller Fraktionen eine Einheitsfront des kollektiven Beschwiegens der Massenvernichtung gestiftet worden, als habe man um so lautstarker von Klasse, Klassenkampf, Klassenbewußtsein gepredigt, je hoffungsloser die Ermordeten schwiegen. Egal, ob 1946 der Linkssozialist Paul Sering (d.i. Richard Löwenthal) sein Buch „Jenseits des Kapitalismus“ als einen „Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung“ veröffentlicht: der NS ist und bleibt eine „nihilistische Revolte gegen Europa“, dessen „konsequente Durchführung der Rassen-theorie bis zur Ausrottung von Millionen geführt hat“<sup>10</sup> – von Juden ist nicht die Rede; es unmenschelt. Gleich auch, ob Anton Pannekoek, der „Denker der Revolution“ (Cajo Brendel), im gleichen Jahr 1946 ein großes Buch über die Arbeiterräte publiziert, das Bilanz und Perspektive zugleich sein sollte: Es ist, als habe die Shoa nicht stattgefunden, als sei der Marxismus als das Denken der Revolution nicht in seinen innersten Kategorien erschüttert; es ist vielmehr so, daß die sozialdemokratischen Märchen immer aufs Neue aufgesagt werden – so Pannekoek: der Faschismus, sagt er, sei die „Politik des Großkapitals“, die Volksgemeinschaft „ein antikapitalistisches Trugbild“, die Bombardements der Alliierten nur Mittel, den kommenden „revolutionären Volksaufstand“ zu behindern, und der Antisemitismus, so sagt er, liege darin begründet, daß „die besondere Geschicklichkeit der Juden für den Waren- und Geldhandel ... unter den kleinen Bourgeois, die unter der Konkurrenz der Warenhäuser litten, starke antisemitische Gefühle geweckt“ hatte.<sup>11</sup> Noch der Rätekommunismus ist darüber das geworden, was Willy Huhn der sozialdemokratischen Theorie attestiert: eine „Verhüllungsideologie“.<sup>12</sup> So befremdet es zwar zutiefst, verwundert aber nicht mehr, wenn Christian Riechers in seiner „Biographischen Notiz“ berichtet, Huhn habe schon lange vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 gerne über „merkwürdige Parallelentwicklungen von antisemitischem Rassismus und Zionismus“ und die „Landnahme des Staates Israel“ sich verbreitet;<sup>13</sup> und auch in seinem Nachlaß finden sich umfangreiche Manuskripte, die man lieber nicht lesen möchte, mit unappetitlichen Titeln wie „Rassismus und Faschismus in Judentum und Zionismus (Antisemitismus und Nationalsozialismus in Israel“ (1961) oder „Paradoxien – jüdische Vorfahren von Nazi-größen“ (1967). Der Rätekommunismus, Avantgarde der Klasse, agiert

zugleich als die Avantgarde der antisemitischen Ideologie im allgemeinen und der linksdeutschen, d.h. der des Antizionismus, im besonderen.<sup>14</sup> Die entschiedenste Dissidenz, die auf den Klassenkampf pocht, gibt in ihrer Teilhabe am Antisemitismus als der Alltagsreligion der bürgerlichen Gesellschaft wie am Antizionismus als dem Sonntagsbewußtsein ihres Staates zu erkennen, daß es mit dem sozialrevolutionären Antagonismus, den man proklamiert, in Wahrheit nicht so weit her ist, und daß die Totalität auch über ihren Widerspruch herrscht.

Es ist dies im übrigen ein Befund, der keineswegs den Rätekommunismus allein trifft: mustert man die Positionen des linken Radikalismus, so fällt überall eben das ins Auge – angefangen bei linkskommunistischen Gruppen in der Tradition Amadeo Bordigas<sup>15</sup> über die Situationisten in der Tradition Guy Debords<sup>16</sup> bis hin zu den Operaisten der Gruppe „Wildcat“<sup>17</sup> herrscht die eine und die selbe geistige Umnachtung, deren Name Ideologie ist. Nur: wie können Materialisten ein „falsches Bewußtsein“ haben, das „gesellschaftlich notwendig“ wäre?

Es muß dies mit dem Zustand der Klasse selbst zu tun haben, als deren kollektiver Theoretiker der Rätekommunismus auftritt; und es muß sich daher in der Avantgarde das Klassenschicksal selbst reflektieren. So rührt das Versagen der Theorie im Angesicht des Nazifaschismus davon, daß die Klasse selbst transformiert wird, daß sie der Theorie aus den Händen rutscht und ihre eigene Praxis aufmacht. Indem die Theorie nicht fähig ist, diese Entwicklung zu rekonstruieren, indem sie in hilflosen Protest verfällt, indem sie auf einem nun nicht mehr kritischen, sondern ontologischen Begriff der Klasse insistiert, indem sie schließlich auf dem „Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital“ besteht, ganz so, als sei dieser von außerhistorischer Ewigkeit, vollendet sich die „Krise der Revolutionstheorie“<sup>18</sup> in der politischen Agonie der Revolutionäre. Weil der Gedanke der negativen, in sich selbst verkehrten gesellschaftlichen Totalität nicht gefaßt werden konnte, weil die dialektische Pointe der marxischen Kritik: daß das Ganze, weil negativer Verfassung, sich in sich selbst, und dinglich, repräsentiert und zum „automatischen Subjekt“ wird, weil überhaupt die „Kapital“-Lektüre der Rätekommunisten überaus traditionell und dogmatisch war,<sup>19</sup> darum wurde das Schicksal, das das Kapitalverhältnis im Übergang von der formellen zur realen Sub-

sumtion der Arbeitskraft bereitet, vorm Bewußtsein abgeschottet.<sup>20</sup> Die Basis der „zwei Ökonomien“ schwindet, und die Arbeitskraft wird ganz in das Kapital hineingezogen, auf die Funktion, die es, begrifflich, schon zuvor hatte, nun auch gesellschaftspraktisch reduziert. Indem sich an der Arbeitskraft ihr eigener Begriff geltend macht – nichts zu sein als reine Lebendigkeit und also variables Kapital –, treffen in der Produktion nicht mehr Kapital und Arbeitskraft aufeinander, und eignet der Produktion nicht mehr der Doppelcharakter von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß, sondern das Kapital interagiert gleichsam mit sich selbst und bezieht sich, wenn auch in anderer Gestalt, durch sich selbst auf sich selbst. Jede Ontologie der Klasse, die auf Arbeit gründet, wird durch die reelle Subsumtion zur Nichtigkeit relativiert, eben zur Ideologie. Marx reflektiert auf diese Entwicklung, indem er die hegelsche Kategorie des „Chemismus“ als das Idealbild kapitalistischer Produktion darstellt, nach der sie in ihrer Wirklichkeit drängt: „Der Kapitalist hat durch den Kauf der Arbeitskraft die Arbeit selbst als lebendigen Gärungsstoff den toten ihm gleichfalls gehörigen Bildungselementen des Produkts einverleibt. (...) Der Arbeitsprozeß ist ein Prozeß zwischen Dingen ...“<sup>21</sup>, und das Kapital spielt darin den Part der List der Vernunft, die „überhaupt in der vermittelnden Tätigkeit besteht, welche, indem sie die Objekte ihrer eigenen Natur gemäß aufeinander einwirken und sich aneinander abarbeiten läßt, ohne sich unmittelbar in diesen Prozeß einzumischen, gleichwohl nur *ihren* Zweck zu Ausführung bringt“,<sup>22</sup> d.h. die Akkumulation.

Dies, ins Ungeheuerliche radikalisiert durch die Zusammenbruchskrise von 1929, stellt der „Volksgemeinschaft“ die materielle Basis: Weder Lüge noch Manipulation, ist die „Volksgemeinschaft“ das Programm zum Massenmord an den Juden, in dem sie sich bewahrheitet. Der Nazifaschismus ist die Vollendung dieses Zusammenbruchs, d.h. die Abschaffung der Klassen auf dem Boden und mit den Mitteln der Klassengesellschaft selbst: Darum ließ der 30. Januar 1933 den Marxismus in die Knie gehen und unwiderruflich zu einer bloß literarischen Position werden, die nur in den akademischen Ritualen der „Rekonstruktion des Marxismus“ noch vegetiert. Der Nazifaschismus und sein konzentriertester Ausdruck, der Antisemitismus der Vernichtung, besiegten nicht nur die Arbeiterbewegung; sie vernichteten auch ihren komplettes theoretisches Selbstbewußtsein. Vor 1933 hatte sich

der Marxismus in all seinen Fraktionen, von den Sozialreformisten über die Bolschewisten bis eben hin zu den Rätekommunisten als unfähig erwiesen, den im Antisemitismus ausgedrückten „Klasseninhalt“ des Nazifaschismus – die „klassenlose Klassengesellschaft“<sup>23</sup> – zu verstehen. Es erschienen ihnen nicht nur unmöglich, daß es eine neue, im evolutionären Verständnis des Fortschritts der Menschheit von der Urgesellschaft über Feudalismus und Kapitalismus zum Sozialismus nicht vorgesehene Gesellschaftsformation eigener Ordnung: die Barbarei geben könne – sie verschwendeten vielmehr (auch nach dem 8. Mai 1945) nicht den mindesten Gedanken daran, daß sich die bürgerliche Gesellschaft der Klassen im Zuge ihrer Zusammenbruchskrise in die Volksgemeinschaft als so klassenübergreifendes wie die Klassen in sich aufhebendes Mordkollektiv verwandeln könnte; man könnte dies, mit Manès Sperber, die „Nazifikation des Marxismus“<sup>24</sup> selbst nennen, die bis auf den heutigen Tag anhält.

Die Kritik, die Willy Huhn an der Sozialdemokratie äußert, wird durch die realitätsfremd gewordene Dogmatik des ontologischen Klassenbegriffs derart imprägniert, daß er die Antizipation der kommenden, negativen Aufhebung der Klassen in den Schriften seiner „Gewährsmänner“ übersieht, v.a. in denen Walther Rathenaus und Wichard von Moellendorffs. Denn die Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918, die Fortführung der Kriegswirtschaft, ist nicht allein das Projekt eines „weißen“ Kapitalismus, in dem Kapital und Arbeit friedlich in die Produktion von nichts als Gebrauchswerten sich teilen sollen – es ist zugleich das einer „Entproletarisierung auf kapitalistischem Wege“<sup>25</sup>, eines „fordistischen Klassenkompromisses“, der, wie schon bei seinem Begründer, Henry Ford, ohne Antisemitismus und Antizionismus nicht haushalten kann. Das Konzept der Gemeinwirtschaft, im wesentlichen ausgearbeitet durch Wichard von Moellendorff, dem Mitarbeiter Walther Rathenaus in der Kriegsrohstoffabteilung, wurde, nachdem bereits der Würzburger Parteitag der SPD 1917 die wirtschaftspolitischen Richtlinien Heinrich Cunows und Rudolf Wissels gebilligt hatte, mit dem Eintritt Moellendorffs in die Reichsregierung am 20. November 1918 zur Leitlinie der ökonomischen Politik der MSPD. Als Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt unter Rudolf Wissel als Reichswirtschaftsminister arbeitete v. Moellendorff in einer Fülle von Gutachten an der korporativen Organisation der Wirt-

schaft. „Das wirtschaftliche Gesamtbewußtsein eines Volkes, vereint im Gehirn eines allwissenden Staates“, hatte er bereits 1916 in seiner Schrift „Deutsche Gemeinwirtschaft“ ausgeführt, müsse die ökonomische Initiative entprivatisieren und nach dem Muster von Technik und Maschinerie neu organisieren, damit alle Agenten des ökonomischen Prozesses „verantwortliche Glieder der deutschen Wirtschaft werden, dienstpflchtig wie Soldaten“. **26** Willy Huhn analysiert die Verstaatlichung und Militarisierung der Arbeitskraft; er fragt nicht, was an der Arbeitskraft ihrer Verstaatlichung von selbst entgegenkommt und nachgerade nach ihr verlangt.

Selbst das radikalste Festhalten am Klassencharakter der Gesellschaft vermag weder: auf der Ebene der bürgerlichen Gesellschaft im allgemeinen, noch: in Anbetracht der postfaschistischen Gesellschaft der Deutschen im besonderen, zum Funken von Subversion, Revolte oder revolutionärer Emanzipation zu werden und den Verblendungszusammenhang zu sprengen– vielmehr: die Insistenz auf diesem Klassencharakter reproduziert ganz wie von selbst den Antisemitismus der Scheidung von „raffendem“ versus „schaffendem Kapital“, eine projektive Leistung, zu der es die radikale Linke eigentlich nicht bedarf, weil die bürgerliche Gesellschaft schon ganz von selbst sie erbringt. Man muß also aufhören, „die grimmige Scherzfrage“: „Wo ist das Proletariat“ **27** nach dem Urbild tibetanischer Gebetsmühlen jeden Tag naiv wie gestern und morgen aufs Neue zu stellen: Es ist dies ein Mechanismus der Abwehr und der Verdrängung, der an der Frage sich vorbeibiegt, was geschehen kann (und was bereits geschehen ist), wenn sich die Ausgebeuteten mit den Herrschenden verbünden, um gegen eine dritte Partei, gegen die Juden, loszuschlagen, die als solche, als „Volksklasse“ (Abraham Léon), weder zu den Herrschenden noch zu den Ausgebeuteten gehört und darum im Gesellschaftsbild des historischen Sozialismus so wenig vorkommt wie nachher noch in der Wirklichkeit.. Heute, da die Gesellschaft dem Bild entspricht, das sich Friedrich Engels 1890 von ihr machte und nur noch aus Lohnarbeitern und Kapitalisten besteht, ist dieser Widerspruch kein Antagonismus mehr, sondern nur leerer Gegensatz ohne jedwede revolutionäre Implikation. **28** Kein Klassenkampf kann die Schuld abtragen, nur die Revolution wird sie, als Rache, zum gesellschaftlichen Bewußtsein bringen: Darin besteht die objektive Dialektik der Klasse.

Der Rätekommunismus, der einmal die Zukunft der Arbeiterbewegung sein wollte, ist selbst Geschichte geworden, zu der einzigen Geschichte allerdings, die es, als Vorschein des ganz Anderen, zu erinnern lohnt. Am Anfang dieser Erinnerung steht die Einsicht, der sich Anton Pannekoek 1946 nicht mehr verweigern konnte, als er sein Buch über die Arbeiterräte damit beschloß, daß „das Wesen der einstigen Arbeiterklasse zerstäubt und aufgelöst ist. Die Arbeiter haben ihre Klasse verloren, sie bestehen nicht mehr als Klasse, das Klassengefühl ist in der allgemeinen Unterwerfung unter die Ideologie des Kapitals aufgehoben.“<sup>29</sup> Wie schon Karl Marx bemerkte: Die Arbeiterklasse ist revolutionär. Oder sie ist gar nichts.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vgl. dazu Enzo Modugno, *Arbeiterautonomie und Partei. Das Proletariat zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft*, in: Claudio Pozzoli (Hg.), *Jahrbuch Arbeiterbewegung 3: Die Linke in der Sozialdemokratie*, Frankfurt 1975, S. 284-309, sowie Johannes Agnoli, *Wahlkampf und sozialer Konflikt*, in: Ders., *Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik*, Freiburg 1990, S. 107 ff. Zur Tücke der Rechtsform: Eugen Paschukanis, *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*, Freiburg 2003.
- <sup>2</sup> Vgl. Anton Pannekoek, Paul Mattick u.a., *Marxistischer Antileninismus*, Freiburg 1991, sowie Cajo Brendel, *Anton Pannekoek. Denker der Revolution*, Freiburg 2001.
- <sup>3</sup> Vgl. Joachim Bruhn, *Adorno: Die Konstellation des Materialismus*, in: *Risse. Analyse und Subversion*, Nr. 5/2003, sowie: Initiative Sozialistisches Forum, *Das Konzept Materialismus*, in: [www.isf-freiburg.Org](http://www.isf-freiburg.Org).
- <sup>4</sup> Vgl. Joachim Bruhn, *Karl Marx und der Materialismus*, in: *Bahamas Herbst/Winter 1999/2000*.
- <sup>5</sup> Gruppe Internationale Kommunisten Hollands, *Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung*, Reinbek bei Hamburg 1971.
- <sup>6</sup> Hans Manfred Bock, *Geschichte des linken Radikalismus in Deutschland. Ein Versuch*, Frankfurt 1976, S. 173 ff., Karljo Kreter, *Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift „Funken“: Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD*, Hamburg 1986.
- <sup>7</sup> Zu diesem Ergebnis gelangt auch Manfred Faßler, *Der Weg zum 'roten' Obrigkeitsstaat. Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Feudalismus und bürgerlicher Gegenrevolution*, Gießen 1977. Zur Kritik der SPD auch: Initiative Sozialistisches Forum, *Schönheit und Heimtücke des sozialdemokratischen Charakters*, in: Dies., *Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolu-*

tion. *Analysen und Polemiken*, Freiburg 1990, S. 204 ff., und Dies., *Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Kurzer Lehrgang*, in: Dies., *Flugschriften. Gegen Deutschland und andere Scheußlichkeiten*, Freiburg 2001, S. 127 ff.

- <sup>8</sup> „Der Antisemitismus ist also nichts anderes als eine Reaktion mittelalterlicher untergehender Gesellschaftsschichten, die wesentlich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht und dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel; er ist eine Abart des feudalen Sozialismus, und damit können wir nichts zu schaffen haben“, so Friedrich Engels, *Über den Antisemitismus* (1890), in: MEW 22, S. 50. Und Stalin sagt: „Der Antisemitismus als extreme Form des Rassenchauvinismus ist der gefährlichste Überrest des Kannibalismus. Der Antisemitismus dient den Ausbeutern als Blitzableiter, der die Schläge der Werktätigen vom Kapitalismus ablenken soll. Der Antisemitismus ist eine Gefahr für die Werktätigen, denn er ist ein Irrweg, der sie vom rechten Weg abbringt und sie in den Dschungel führt“ (*Über den Antisemitismus. Antwort auf eine Anfrage der Jüdischen Telegrafagentur aus Amerika* (1931), in: Ders., *Werke* Bd. 13, S. 26). Eine „Gefahr für die Werktätigen“ – und für die Juden?
- <sup>9</sup> So der Titel eines Aufsatzes in *Von unten auf. Blätter für unmittelbare Demokratie* (früher „Neues Beginnen“), 8. Jg. (1955), Nr. 1, S. 6–18.
- <sup>10</sup> Lauf bei Nürnberg 1946, S. 121.
- <sup>11</sup> P. Aartz (d.i. Anton Pannekoek), *De Arbeidersraden*, Amsterdam 1946, S. 203, 219, 273 und 223.
- <sup>12</sup> Willy Huhn, *Bilanz nach 10 Jahren*, in diesem Band S. 124, vgl. S. 135.
- <sup>13</sup> In diesem Band S. 179. Die einzige Arbeit über Huhn, Ralf Walters Studie *Willy Huhn (1909–1970). Zur politischen Biographie eines marxismuskritischen Marx-Orthodoxen* (unveröfftl. Ms.), Hannover 1989, schweigt sich darüber höflich aus.
- <sup>14</sup> Vgl. Initiative Sozialistisches Forum, *Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie*, Freiburg 2 2002, sowie Dies., *Ulrike Meinhof, Stalin und die Juden. Die (neue) Linke als Trauerspiel*, in: Dies., *Das Ende des Sozialismus ...*, S. 119–166.
- <sup>15</sup> Vgl. etwa die Website der Gruppe „Revolution Times“, die Flugschriften der Internationalen Kommunistischen Strömung, insbesondere die *Artikelsammlung: Faschismus und Demokratie. Zwei Ausdrücke (!) der Diktatur des Kapitals*, o.O. (Sommer 2001), sowie deren Zeitung *Weltrevolution*. Amadeo Bordiga veröffentlichte 1961 den Aufsatz *Auschwitz – das große Alibi* (u.a. auf [www.sozialistische-klassiker.org](http://www.sozialistische-klassiker.org)), in dem er als eine Art. Faurisson-Ersatz von links agiert – versteht sich, daß seine Thesen auch gerne von Operaisten diskutiert werden, so im *Wildcat-Zirkular 46* ([www.wildcat-www.de](http://www.wildcat-www.de)).
- <sup>16</sup> In Guy Debords *Gesellschaft des Spektakels* (Berlin 1996), immerhin als kritisch-revolutionäre Quintessenz der Gegenwart konzipiert, kommt die Shoa

erst gar nicht vor: Was nach Lage der Dinge wahrscheinlich besser ist.

- <sup>17</sup> Die Gruppe *Wildcat* legt ihrem *Zirkular* gerne Heftchen bei, die von Revolution und Antifaschismus handeln, dabei kaum je ein Wort über den Antisemitismus verlieren; vielmehr wird gerne über den „Verlust der Gemeinschaft“ gesprochen und eine „wachsender Künstlichkeit“ beklagt, so Gilles Dauvé, *1917–1937. Wenn die Aufstände sterben* (Beilage zu *Wildcat-Zirkular* Nr. 50, Mai 1999), S. 13. Vgl. zu diesem Befund auch: Gilles Dauvé/François Martin, *Niedergang und Wiederkehr der kommunistischen Bewegung* (Beilage zu *Wildcat-Zirkular* Nr. 52/53, Juli 1999), oder den gerne diskutierten Jean Barrot, der in seiner Schrift *Fascism/Antifascism* (Edmonton 1982) feststellt: „Nazism is condemned because it acted deliberately, because it was consciously wicked, because it *decided* to exterminate Jews. No one is responsible for famines which decimate whole peoples, but the Nazis – they *wanted* to exterminate. In order to eradicate this absurd moralism, one must have a materialist conception of the concentration camps. They were not the product of a world gone mad. On the contrary, they obeyed *normal* capitalist logic applied in special circumstances. Both in their origin and in their operation, the camps belonged to the capitalist world“ (36).
- <sup>18</sup> Vgl. Stefan Bruer, *Die Krise der Revolutionstheorie. Negative Vergesellschaftung und Arbeitsmetaphysik bei Herbert Marcuse*, Frankfurt 1977.
- <sup>19</sup> Vgl. nur Otto Rühle, *Karl Marx. Leben und Werk*, Hellerau 1928 (Reprint Haarlem 1974) sowie *Das Kapital. Kurzausgabe des Hauptwerkes von Karl Marx*. Ausgewählt von Otto Rühle (Offenbach 1949), Reprint: Oberaula 1970.
- <sup>20</sup> Zum Begriff der realen Subsumtion: Karl Marx, *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*, Frankfurt 1969.
- <sup>21</sup> Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* (MEW 23), Berlin 1970, S. 200.
- <sup>22</sup> G.W.F. Hegel, *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften I, Werke* Bd. 8, Frankfurt 1970, § 209, S. 365, und weiter: „Gott läßt die Menschen mit ihren besonderen Leidenschaften und Interessen gewähren, und was dadurch zustande kommt, das ist die Vollführung *seiner* Absichten, welche ein anderes sind als dasjenige, um was es denjenigen, deren er sich dabei bedient, zu tun war.“ – Man mag daran ersehen, wie es um das Erkenntnisinteresse derer bestellt ist, die den marxischen Begriff des automatischen Subjekts als theologisierende Spekulation abtun; vgl. zum Beispiel Nadja Rakowitz, *Das automatische Subjekt bei Marx*, in: [www.marx-gesellschaft.org](http://www.marx-gesellschaft.org), dann die postmoderne Durchtriebenheit der Argumentation Ilse Bindseils, *Reale Abstraktion und reelle Subsumtion*, in: *Ästhetik & Kommunikation* Nr. 113 (2001), S. 77–80; schließlich, als besonders armseliges Beispiel, Thomas Gehrig, *Der Freiburger Materialismus*, in: [www.links-netz.de](http://www.links-netz.de): Diese Genossen bilden, wenn das denn die Möglichkeit wäre, eine Art Gewerkschaftsbewegung in der Theorie.
- <sup>23</sup> Vgl. Theodor W. Adorno, *Reflexionen zur Klassentheorie* (1942), in: Ders.,

- Soziologische Schriften I*, Frankfurt 1972, S. 373–391. In dieser Tradition äußerst instruktiv auch Gerhard Scheit, *Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand*, Freiburg 2001.
- <sup>24</sup> Manès Sperber, *Die Tyrannis und andere Essay aus der Zeit der Verachtung*, München 1987, S. 146.
- <sup>25</sup> Walther Rathenau, *Der neue Staat*, Berlin 1919, S. 79.
- <sup>26</sup> Wichard v. Moellendorff, *Deutsche Gemeinwirtschaft*, Berlin 1916, S. 34 und 39. Vgl. auch Rathenau, *Die neue Wirtschaft*, Berlin 1918, S. 61, der Gemeinschaft definiert als eine „Produktionsgemeinschaft, in der alle Glieder organisch ineinander greifen, nach rechts und links, nach oben und unten zur lebendigen Einheit zusammengefaßt, (...) nicht eine Konföderation, sondern ein Organismus“. Siehe auch Rathenau, *Die neue Gesellschaft*, Berlin 1919.
- <sup>27</sup> Theodor W. Adorno, *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt 1979, S. 258.
- <sup>28</sup> Ernst Bloch hat dies schon 1935 vorausgesehen: Gegen Georg Lukács Apologie des Klassenbewußtseins beharrte er darauf, daß aus dem Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital als einer leeren Aktualität und puren Gegenwart kein transzendierendes Bewußtsein, geschweige denn eine transzendierende Praxis, erwachsen kann – vgl. *Erbschaft dieser Zeit*, Frankfurt 1962, S. 111 - 125. Diese Einsicht hat Bloch aber auch nicht daran gehindert, in Sachen Israel gefährlichen Unfug zu verbreiten: vgl. dazu Horst Pankow, *Kommunismus und Zionismus. Das Beispiel Ernst Bloch*, in: *Bahamas* Nr. 38 (Frühjahr 2002), S. 48–52.
- <sup>29</sup> Anton Pannekoek, *a.a.O.*, S. 276 f.

RALF WALTER

Willy Huhn

## Eine bibliographische Information\*

### Bücher und Broschüren

*Sein und Schein. Eine marxistische Studie über das Verhältnis von Realität und Ideologie* (Heft I der Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für den wissenschaftlichen Sozialismus), München-Gauting 1949.

„Die Heilige Narrheit“. Bernhard von Clairvaux, die Kreuzzüge und der „Pfaffenknecht“ Konrad. Ketzerische Betrachtungen über eine 800-Jahr-Feier und ihren Zusammenhang mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Schwerte (Ruhr) 1953.

*Zur Lehre von der revolutionären Partei*, in: A. Pannekoek, W. Huhn, H. Canne Meier, P. Mattick, *Partei und Revolution*, Berlin o.J., S. 104 ff.

*Trotzki - der gescheiterte Stalin*, Berlin 1973.

*Trotsky le Staline manque*, Paris 1981 (= Spartacus Octobre/Novembre 1981, Serie B-N.113).

### Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen

1946

*Militaristischer Sozialismus*, in: *Aufbau*, 2. Jg., Nr. 4, Berlin (Ost) 1946, S. 368 ff.

*Zur Vorgeschichte der Leibnizschen Philosophie*, in: *Aufbau*, 2. Jg., Nr. 11, Berlin (Ost) 1946, S. 1108 ff.

*Zur Einführung in den Marxismus*, Teil I, in: *pädagogik*, I. Jg., Nr. 3, Berlin (Ost) 1946, S. 57 ff.; Teil II, in: Ebd., I. Jg., Nr. 4, Berlin (Ost) 1946, S. 57 ff.

*Probleme der Volksbildungsarbeit*, in: *pädagogik*, I. Jg., Nr. 5, Berlin (Ost) 1946, S. 57 ff.

---

\*Diese Bibliographie basiert auf Vorarbeiten von Lisa Huhn. Sie wurde von Ralf Walter ergänzt. Vgl. Ralf Walter, *Willy Huhn (1909 - 1970). Zur politischen Biographie eines marxismuskritischen Marx-Orthodoxen* (unveröffentl. Magisterarbeit am Fachbereich Wissenschaft von der Politik der Universität Hannover) Hannover 1989, 216 ff.

1947

- Die weltliche Bachdeutung*, in: *Aufbau*, 3. Jg., Nr. 3, Berlin (Ost) 1947, S. 237 ff.
- Zur Einführung in den Marxismus*, Teil III, in: *pädagogik*, 2. Jg., Nr. 1, Berlin (Ost) 1947, S. 51 ff.

1948

- Der reale Humanismus des jungen Marx*, in: *Aufbau*, 4. Jg., Nr. 2, Berlin (Ost) 1948, S. 114 ff.
- Stalin gegen Engels*, in: *Das Sozialistische Jahrhundert*, 2. Jg., Nr. 19, Berlin 1948, S. 290 f.
- Lenin als Utopist*, in: *Das Sozialistische Jahrhundert*, 2. Jg., Nr. 20, Berlin 1948, S. 307 f.
- Die Große Revolution*, in: *Das Sozialistische Jahrhundert*, 2. Jg., Nr. 23, Berlin 1948, S. 358 f.
- Ins Bett des Staatskapitalismus. 31 Jahre „Große sozialistische Oktoberrevolution“*, in: *Berliner Sozialdemokrat*, Nr. 262/263, Berlin 1948, S. 3.

1949

- Ein Schritt vorwärts*, in: *pro und contra. Beiträge zur Zeit*, 1. Jg., Nr. 2, Berlin 1949, S. 28 ff.
- Manager – keine soziale Revolution. Die Managergesellschaft bei Marx und Burnham*, in: *pro und contra*, 1. Jg., Nr. 3, Berlin 1949, S. 15 ff.
- Der Marxismus als Grundlage*, in: *Das Sozialistische Jahrhundert*, 3. Jg., Nr. 4, Berlin 1949, S. 173 ff.

1950

- Karl Marx gegen den Stalinismus. Was Marx und Engels unter „Kommunismus“ verstanden*, in: *pro und contra. Weder Ost noch West – eine ungeteilte sozialistische Welt*, 1. Jg., Nr. 4, Berlin 1950, S. 5 ff.
- Militarismus und Kapitalismus. Ein marxistischer Beitrag zur neueren Diskussion um den Militarismus*, in: *pro und contra*, 1. Jg., Nr. 5, Berlin 1950, S. 10 ff.
- Lenin und die russische Revolution*, in: *pro und contra*, 1. Jg., Nr. 7, Berlin 1950, S. 7 ff.
- Carlo Schmidts Bekenntnis zu Marx*, in: *pro und contra*, 1. Jg., Nr. 8, Berlin 1950, S. 8 ff.
- Wiederaufrüstung Deutschlands*, in: *pro und contra*, 1. Jg., Nr. 9, Berlin 1950, S. 1 ff.

*Trotzkis Rolle beim Oktoberumsturz. Im Gedenken an seine Ermordung am 20. August 1940 und im Hinblick auf den kommenden Jahrestag des Aufstandes am 25. Oktober 1917*, in: *pro und contra*, 1. Jg., Nr. 10, Berlin 1950, S. 1 ff.

*Weimarer System und Novemberrevolution 1918. Eine historische Untersuchung anlässlich des 9. November*, Teil I, in: *pro und contra*, 1. Jg., Nr. 11, Berlin 1950, S. 9 ff.

*Zur Gründung des Instituts für politische Wissenschaft*, in: *pro und contra*, 1. Jg., Nr. 11, Berlin 1950, S. 14 f.

*Weimarer System und Novemberrevolution 1918. Eine historische Untersuchung anlässlich des 9. November*, Teil II, in: *pro und contra*, 1. Jg., Nr. 12, Berlin 1950, S. 11 ff.

## 1951

*Lenins Staatskapitalismus 1917–1922*, in: *Funken. Aussprachehefte für internationale sozialistische Politik*, 2. Jg., Nr. 7, Ulm 1951, S. 3 ff.

*Das Urteil ist gesprochen*, in: *Neues Beginnen. Blätter internationaler Sozialisten*, 5. Jg., Ausgabe Dezember 1951/Januar 1952, o.O., S. 3 ff.

*Der Sieg der Konterrevolution im Januar 1919*, Teil I, in: *pro und contra*, 2. Jg., Nr. 1, Berlin 1951, S. 11 ff.; Teil II, in: *Ebd.*, 2. Jg., Nr. 2, S. 28 ff.; Teil III, in: *Ebd.*, 2. Jg., Nr. 3, Berlin 1951, S. 43 ff.

*Freiheit – wozu? Zum 1. Mai 1951*, in: *pro und contra*, 2. Jg., Nr. 5, Berlin 1951, S. 1 f.

*Gedächtnislücken in den „Erinnerungen eines Reichspräsidenten“*, in: *pro und contra*, 2. Jg., Nr. 6, Berlin 1951, S. 91.

## 1952

*Trotzkis Bonapartismus*, in: *aufklärung*, 2. Jg., Nr. 2, Stuttgart 1952, S. 89 ff.

*Etatismus – „Kriegssozialismus“ – „Nationalsozialismus“ in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie*, Teil I, in: *aufklärung*, 2. Jg., Nr. 3, Stuttgart 1952, S. 162 ff.

*Historische Prophezeiungen der Astrologie*, Teil I, in: *Der Freidenker. Organ des Deutschen Freidenker-Verbandes e.V.*, 11. Jg., Nr. 7, Schwerte 1952, S. 46; Teil II, in: *Ebd.*, 11. Jg., Nr. 8, Schwerte 1952, S. 56 f.

*Gott – das höchste Gut*; Teil I, in: *Der Freidenker*, 11. Jg., Nr. 10, Schwerte 1952, S. 70 f.; Teil II, in: *Ebd.*, 11. Jg., Nr. 11, Schwerte 1952, S. 80.

*Sozialismus – sein Wesen und sein Unwesen*, in: *Funken*, 2. Jg., Nr. 9, Ulm 1952, S. 5 ff.

*Staatskapitalismus und Sozialismus*, in: *Funken*, 2. Jg., Nr. 10, Ulm 1952, S. 11 ff.

*Die Stellung der revolutionären Sozialdemokratie zur Staatsgewalt*, in: *Funken*, 2. Jg., Nr. 12, Ulm 1952, S. 3 ff.

*Bolschewismus und Räte-demokratie*, in: *Funken*, 3. Jg., Nr. 6, Ulm 1952, S. 7 ff.

*Zum Gedächtnis der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts*, in: *Neues Beginnen*, 5. Jg., Nr. 3, o.O., 1952, S. 3 ff.

Der gescheiterte Bonapartismus Trotzki's. Beiträge zu einer Kritik seiner Apologetik, in: *Neues Beginnen*, 5. Jg., Nr. 4, o.O., 1952, S. 13 ff.

#### 1953

*Etatismus – „Kriegssozialismus“ – „Nationalsozialismus“ in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie*, Teil II, in: *aufklärung*, 2. Jg., Nr. 4-6, Stuttgart 1952, S. 264 ff.

*Über Bernhard von Clairvaux, die Kreuzzüge und den „Pfaffenregenten“ Konrad*, in: *Der Freidenker*, 12. Jg., Nr. 10, Schwerte 1953, S. 76 f.

*Bernhard von Clairvaux, mit heiteren Augen betrachtet*, in: *Der Freidenker*, 12. Jg., Nr. 11, Schwerte 1953, S. 85.

*Materialismus bei Marx und Lenin*, in: *Funken*, 4. Jg., Nr. 2, Ulm 1953, S. 24 ff.

*Was will die SPD eigentlich? Eine Auseinandersetzung über die Wehrfrage*, in: *SOS*, Berlin, 1. 3. 1953, S. 2.

*Was will die SPD eigentlich? Zu der Broschüre: Soll Deutschland rüsten?*“ von Fritz Erler, in: *SOS*, 3. Jg., Nr. 7., Berlin 1953, S. 9.

*1. Mai einst und jetzt. Vom Kampftag bis zum „Volksfeiertag“*, in: *SOS*, 3. Jg., Nr. 7, Berlin 1953, S. 3.

*Viktor Gollancz wurde 60 Jahre alt*, in: *Neues Beginnen*, 6. Jg., Nr. 3, o.O., 1953, S. 11 ff.

#### 1954

*Apologie der Kapitulanten* (unter dem Pseudonym Otto E. Lühr), in: *Dinge der Zeit. Zeitschrift für inhaltliche Demokratie*, Nr. 15, London 1954, S. 90 ff.

*Mittelstand und Nationalsozialismus*, in: *Funken*, 5Jg. Nr. 6, Ulm 1954. S. 74 ff.

*Der Bolschewismus als Manager-Ideologie*, in: *Funken*, 5. Jg., Nr. 8, Ulm 1954. S. 121 ff.

*Bündnisfreiheit und Bündnisfähigkeit*, in: *Funken*, 5. Jg., Nr. 12, Ulm 1954. S. 189 ff.

*Psychologie und historischer Materialismus*, in: *Links. Monatschrift für demokratischen Sozialismus*, Ausgabe C., 3. Jg., Nr. 20, Frankfurt/M. 1954, S. 18 ff.

Piecks „geschickte Täuschung“ und wunderbare Rettung im Januar 1919, in: *Neues Beginnen*, 7. Jg., Nr. 1, o.O., 1954, S. 10 ff.

*Zum Verständnis der Junibewegung 1953: Rosa Luxemburgs Theorie des revolutionären Massenstreiks*, in: *Neues Beginnen*, 7. Jg., Nr. 3, o.O., 1954, S. 4 ff.

#### 1955

*Katholische Kirche und Demokratie*, in: *Der Freidenker*, 14. Jg., Nr. 2, Schwerte 1955, S. 9 ff.

*Die fünfte Teilung Polens*, in *Funken*, 6. Jg., Nr. 2, Ulm 1955, S. 24 ff.

*Schiller und Kant*, in: *Funken*, 6. Jg., Nr. 7, Ulm 1955, S. 106 ff.

*Weder sowjetisch noch kommunistisch*, in: *Funken*, 6. Jg., Nr. 12, Ulm 1955, S. 185 ff.

#### 1956

*Heine und die Romantik*, in: *Funken*, 7. Jg., Nr. 2, Ulm 1956, S. 20 ff.

*Unmarxistischer Marxismus*, in: *Funken*, 7. Jg., Nr. 6, Ulm 1956, S. 91 ff.

*Unvernünftige Vernunft*, in: *Funken*, 7. Jg., Nr. 7, Ulm 1956, S. 108 ff.

*Fragen an die Kernphysiker*, in: *Das Gewissen. Zeitschrift für Lebensschutz*, 1. Jg., Nr. 6, Hilchenbach 1956.

#### 1957

*Friedliche Atomenergie?* in: *Funken*, 8. Jg., Nr. 4, Ulm 1957, S. 59 ff.

*Nachhilfeunterricht für einen Physiker*, in: *Das Gewissen*, 2. Jg., Nr. 3, Hilchenbach 1957.

*Atom-, Müll“ – die gefährlichste Waffe!*, in: *Das Gewissen*, 2. Jg., Nr. 9, Hilchenbach 1957, S. 3 f.

*Atomenergie. Friedliche Nutzung oder Mittel der Vernichtung?* Teil I, in: *wir sind jung. Schulungsheft für die Naturfreunde Jugend- und Kindergruppen*, Nr. 3, Stuttgart 1957, S. 3 f.; Teil II, in: Ebd., Nr. 4, Stuttgart 1957, S. 2 ff.

#### 1958

*Vorgeschichte der Atombombendiplomatie*; Teil I, in: *Die Andere Zeitung*, 3. Jg., Nr. 20, Hamburg 1958, S. 5 f.; Teil II, in: Ebd., 3. Jg., Nr. 21, Hamburg 1958, S. 5.; Teil III, in: Ebd., 3. Jg., Nr. 22, Hamburg 1958, S. 5.

1959

*Wo bleiben die Abfälle von 'Atom'-Handelsschiffen und -Flugzeugen?* in: *Das Gewissen*, 4. Jg., Nr. 12, Hilchenbach 1959, S. 87.

1960

*Historische Lektionen für den West-Berliner Senat*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5. Jg., Nr. 8, Köln 1960, S. 792 ff.

*Mit Atomenergie in den Weltraum?* Teil I. in: *Das Gewissen*, 5. Jg., Nr. 2, Hilchenbach 1960. S. 13.; Teil II: *Warum der Mond als Zwischenstation dienen soll*, in: Ebd., 5. Jg., Nr. 3, Hilchenbach 1960. S. 21; Teil III: *Der wahre Sinn von Atom- und anderen Raketen*, in: Ebd., 5. Jg., Nr. 4, Hilchenbach 1960, S. 29

*Wie man auf die „friedliche Anwendung der Atomenergie“ kam*, Teil I. in: *Das Gewissen*, 5. Jg., Nr. 7/8, Hilchenbach 1960. S. 53 f.; . Teil II, in: Ebd., 5. Jg., Nr. 9, Hilchenbach 1960, S. 65; Teil III, in: Ebd., 5. Jg., Nr. 10, Hilchenbach 1960, S. 71; Teil IV, in: Ebd., 5. Jg., Nr. 12, Hilchenbach 1960, S. 89.

1961

*Gefahren der Atomenergie*, in: *Dinge der Zeit*, Nr. 28, London 1961, 246  
*Martin Luther – Antisemit und Antihumanist*, in: *Der Freidenker*, 20. Jg., Nr. 4, Schwerte 1961, S. 34 ff.

*Zur Lehre von der revolutionären Partei*, in: *Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (WISO)*, 6. Jg., Nr. 15, Fulda 1961, S. 678 ff.

*Materialismus oder Idealismus? Was ist marxgerecht?* in: *WISO*, 6. Jg., Nr. 18, Fulda 1961, S. 847 ff.

*Die staatsrechtliche Situation Berlins und ihre Antinomien. Paradoxe Betrachtungen nach dem 13. August 1961*, Teil I, in: *WISO*, 6. Jg., Nr. 22, Fulda 1961, S. 1036 ff.; Teil II, in: Ebd., 6. Jg., Nr. 23, Fulda 1961, S. 1086 ff.; Teil III, in: Ebd., 6. Jg., Nr. 24, Fulda 1961, S. 1129 ff.

1962

*Die Funktion amtlicher Aufklärung*, in: *Das Gewissen*, 7. Jg., Nr. 5, Hilchenbach 1962, S. 43 f.

1963

*Verkappte Plutoniumfabriken*, Teil I. in: *Das Gewissen*, 8. Jg., Nr. 1, Hilchenbach 1963, S. 3 f.; Teil II, in: Ebd., 8. Jg., Nr. 2, Hilchenbach 1963, S. 12.

*Eine gefährliche Zumutung*, in: *Das Gewissen*, 8. Jg., Nr. 4, Hilchenbach 1963, S. 28.

*Abrechnung mit einer Legende* (Veröffentlicht unter dem Pseudonym Lux M. Burg), in: *schwarz auf weiß*, 4. Jg., Nr. 6, München 1963, S. 8 ff.

1965

*Zur staatlichen Wiedergeburt Polens 1916-18*, in: *Neue Politik*, 10. Jg., Nr. 14, Hamburg 1965, S. 13 f.

„*Von der Maas bis an die Memel?*“ *Um das Lied der Deutschen*, in: *Neue Politik*, 10. Jg., Nr. 27, Hamburg 1965, S. 16 ff.

*Europa und die deutsche Einheit. Wer verhinderte 1848/49 den liberal-demokratischen Nationalstaat der Deutschen?* in: *Neue Politik*, 10. Jg., Nr. 34, Hamburg 1965, S. 11 ff.

*Deutschland zwischen den Weltmächten. Zu Hermann Schwanns „Letzte Warnung an Erhard“*, in: *Neue Politik*, 10. Jg., Nr. 52, Hamburg 1965, S. 17 ff.

1968

*Für eine Wiederbelebung des Rätegedankens*, in: *Positionen*, 2. Jg., Nr. 3, Berlin 1968.

1970

*Etatismus – „Kriegssozialismus“ – „Nationalsozialismus“ in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie*, in: *Neue Kritik. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik*, 10. Jg., Nr. 55/56, Frankfurt/ M. 1970, S. 67 ff.

### Unveröffentlichte Arbeiten

*Soziologische Bemerkungen über die Entstehung des Faschismus*, Mskr., 6 Seiten, Berlin 1932.

*Masse und Führertum*, Mskr., 13 Seiten, Berlin 1932.

*Soll der Staat die Wirtschaft oder die Wirtschaft den Staat beherrschen?*, Mskr., 3 Seiten, Berlin 1933.

*Geschichte – Kreislauf oder Fortschritt?* Mskr., 6 Seiten, Berlin 1934.

*Studien über Hegels Naturbegriff und seine geschichtliche Fortbildung*, Mskr., 33 Seiten, Berlin 1934/1935.

- Das gesellschaftliche Wesen des Geldes*, Mskr., 13 Seiten, Berlin 1936.
- Schon seit Jahrtausenden kämpfen die Menschen um den Sozialismus*, Mskr., 6 Seiten, Berlin 1936.
- Gibt es in der Tierwelt Bewußtsein?* Mskr., 15 Seiten, Berlin 1936.
- Zur Kritik des Empirismus – Naturalismus (eine Auseinandersetzung in Form von 14 antikritischen Bemerkungen)*, Mskr., 29 Seiten, Berlin 1936.
- Religionsgeschichtliche Marginalien zu einigen Dogmen des Christentums*, Mskr., 85 Seiten, Berlin 1937.
- Klassenkämpfe im Lande der Kirschblüten und Chrysanthemen (geschichtliche und gesellschaftliche Grundlagen der japanischen Armee)*, Mskr., 14 Seiten, Berlin 1938.
- Ursprung, Wesen und Untergang des Grals*, Mskr., 66 Seiten, Berlin 1938.
- Über die „Kommune der Wiedertäufer in der Stadt Münster“ (eine kompilatorische Studie über die sozialgeschichtliche Bedeutung der Täuferbewegung in Münster)*, Mskr., 28 Seiten, Berlin 1938.
- Idealismus contra Religion (Schiller und Goethe über Religion)*, Mskr., 54 Seiten, Berlin 1938.
- Der Mensch als Gestalter der Erde*, Mskr., 40 Seiten, Berlin 1938.
- Studien zu einem Vortrag über die aktivistische Stellung des Menschen in der Natur und über seine schöpferische Haltung auf der Erde*, Mskr., Berlin 1938.
- Die Wenigen und die Vielen. Betrachtungen über die Kluft zwischen produktiven und indolenten Menschen (Beitrag zum Genie-Problem)*, Mskr., 231 Seiten, Berlin 1939.
- Begriff und Wesen der Solidarität*, Mskr., 16 Seiten, Berlin 1939.
- Grundbegriffe der politischen Charakterkunde*, Mskr., 13 Seiten, Berlin 1939.
- Studien zu einem Buch über Psychopathie und Kultur*, Mskr., 231 Seiten, Berlin 1940.
- Ist Rußland ein Koloß auf tönernen Füßen? (Hintergründe des Rußlandfeldzuges)*, Mskr., 49 Seiten, Berlin 1941.
- Die Gottheit des Choreb (Studien über die vulkanische Urgestalt Jahres)*, Mskr., 31 Seiten, Berlin 1941.
- Wege zum Verständnis der Genies – Eine Auswahl aus Arbeiten zu Vorlesungszwecken*, Mskr., 273 Seiten, Berlin 1941.
- Friedrich Engels, der Denker, der Revolutionär, der Mensch. Vortrag zum 125. Geburtstag am 28. 11. 1945*, Mskr., 20 Seiten, Berlin 1945.
- Nationalismus – Militarismus*, Mskr., 20 Seiten, Berlin 1945.

- Einführung in die Grundbegriffe des historischen Materialismus*, Mskr., 32 Seiten, Berlin 1945.
- Materialismus – Idealismus – Dialektik (ein Vortrag zur Klärung der Begriffe)*, Mskr., 33 Seiten, Berlin 1945.
- Marxismus und Monismus*, Mskr., 12 Seiten, Berlin 1945.
- Leibniz' Stellung in der Geschichte des menschlichen Denkens (Entwurf zu einem Vortrag am 3.11.1945)*, Mskr., 34 Seiten, Berlin 1945.
- Philo- und Etymologisches – von der Zwiespältigkeit des Seins*, Mskr., 44 Seiten, Berlin 1945.
- Die unaufgelösten Dissonanzen in der prästabilierten Harmonie (Leibniz)*, Mskr., 25 Seiten, Berlin 1946.
- Unsere Stellung zum Humanismus (Vortrag vor der Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin 3.-5.2.1946)*, Mskr., 2 Seiten, Berlin 1946.
- Kultur und Rasse*, Mskr., 23 Seiten, Berlin 1946.
- Karl Marx und die russische Bedrohung Europas*, Mskr., 76 Seiten, Berlin 1948.
- Marxismus und Menschenrechte*, Mskr., 9 Seiten, Berlin 1948.
- Klassen und Klassenkampf in der marxistischen Theorie*, Mskr., 90 Seiten, Berlin 1949.
- Lassalle und die deutsche Arbeiterbewegung*, Mskr., 18 Seiten, Berlin 1949.
- Bausteine zu einem neuen Parteiprogramm (eine kritische Betrachtung)*, Mskr., 12 Seiten, Berlin 1949.
- Der Bolschewismus als Managerideologie*, Mskr., 15 Seiten, Berlin 1950.
- Über Formalismus und Realismus in der Kunst*, Mskr., 42 Seiten, Berlin 1951/52.
- Lenin über den Staatskapitalismus in Rußland*, Mskr., 22 Seiten, Berlin 1951/52.
- Warum sagte man den Berliner Sozialdemokraten nicht die Wahrheit über Korea?* Mskr., 24 Seiten, Berlin 1952.
- Die Stellung der marxistischen Sozialdemokratie zur Staatsgewalt*, Mskr., 50 Seiten, Berlin 1952.
- Kurt Hiller als Verteidiger der Vernunft gegen die Marxisten*, Mskr., 12 Seiten, Berlin 1952.
- Die Weltpresse zur Wiederaufrüstung insbesondere Deutschlands (Berliner SPD und die Wiederaufrüstung)*, Mskr., 61 Seiten, Berlin 1952.
- Ideologische oder realistische Außenpolitik*, Mskr., 4 Seiten, Berlin 1952.
- Die Magie der Friedensbewahrung!*, Mskr., 2 Seiten, Berlin 1952.

- Lehmann Rußbüldt und die Landesverteidigung*, Mskr., 12 Seiten, Berlin 1952.
- Victor Gollancz wurde 60 Jahre alt*, Mskr., 8 Seiten, Berlin 1953.
- Zur Erneuerung der NSDAP-Ideologie*, Mskr., 16 Seiten, Berlin 1953.
- Krieg und Militarismus heute* (geschrieben unter dem Pseudonym Otto Ernst Lühr), Mskr., 3 Seiten, Berlin 1953.
- USAmerikas Destruktionsplan für Deutschland*, Mskr., 22 Seiten, Berlin 1953.
- Um den historischen Materialismus in der deutschen Sozialdemokratie* (ein dokumentarischer Bericht über die Diskussion nach 1945-53). Mskr., 11 Seiten, Berlin 1953.
- Psychologie und historischer Materialismus*, Mskr., 8 Seiten, Berlin 1953.
- Über den braundeutschen Parnaß der „Berliner Stimme“*, Mskr., 28 Seiten, Berlin 1954.
- Gustav Noske inspirierte Kurt Mattick*, Mskr., 16 Seiten, Berlin 1954.
- Die Sklaverei als Basis des Kapitalismus (Kolonialismus)*, Mskr., 53 Seiten, Berlin 1954.
- Des weißen Mannes Bürde ist seine Schuld (Kolonialismus)*, Mskr., 27 Seiten, Berlin 1955.
- Zur sprachlichen Begründung des Atheismus*, Mskr., 14 Seiten, Berlin 1955.
- Kritische Bemerkungen zum Tonband des SFB „Spartakus in Berlin“*, Mskr., 13 Seiten, Berlin 1955.
- Die Kaserne und das KZ*, Mskr., 10 Seiten, Berlin 1955.
- In welcher Hinsicht stimmt der biblische Sintflut-Bericht?* Mskr., 5 Seiten, Berlin 1956.
- Die Gefährdung der Demokratie durch das Parteien-System*, Mskr., 33 Seiten, Berlin 1956.
- Sozialdemokratie und Kommunismus* (kritische Marginalien zur Apologie des Ostbüros der SPD), Mskr., 25 Seiten, Berlin 1957.
- Zur Kritik der Sendung „Die Sowjetisierung Rußlands 1917-1933“ des Süddeutschen Rundfunks*, Mskr., 8 Seiten, Berlin 1957.
- Was trennt uns von Walter Rathenau?* Mskr., 41 Seiten, Berlin 1959.
- Kann es in der Destruktionsphase des Kapitalismus noch eine progressive Technologie geben?* Mskr., 11 Seiten, Berlin 1959.
- Die internationale „Unverschämtheit“ (Monroe-Doktrin)*, Mskr., 11 Seiten, Berlin 1960.
- Historische Lektionen für den Westberliner Senat*, Mskr., 14 Seiten, Berlin 1960.

- Sehen Sie, das sind die Aussichten Berlins!*, Mskr., 11 Seiten, Berlin 1960.
- Was geschah wirklich 1947-1949 in Berlin?* Mskr., 6 Seiten, Berlin 1960.
- Streitschrift gegen Geist und Haltung der Westberliner „Frontstadt“-Presse* (Polemik in Form eines Briefes an „Das Spandauer Volksblatt“), Mskr., 13 Seiten, Berlin 1960.
- Zur Geschichte der neuesten Zeit*, Mskr., 56 Seiten, Berlin 1960.
- Vom amüsischen Amüsement*, Mskr., 75 Seiten, Berlin 1960.
- Rassismus und Faschismus in Judentum und Zionismus (Antisemitismus und Nationalsozialismus in Israel)*, Mskr., 122 Seiten, Berlin 1961.
- Martin Luther – Antisemit und Antihumanist*, Mskr., 9 Seiten, Berlin 1961.
- Die staatsrechtliche Situation Berlins und ihre Antinomien*, Mskr., 36 Seiten, Berlin 1961.
- Zur Kritik der Parteien-Demokratie (Material)*, Mskr., 25 Seiten, Berlin 1961.
- Marxistische oder rassistische Geschichtsschreibung?*, Mskr., 36 Seiten, Berlin 1961.
- Über Judentum und Zionismus, Israel und Palästina*, Mskr., ca. 200 Seiten, Berlin 1962.
- Rosa Luxemburg und die Junibewegung*, Mskr., 9 Seiten, Berlin 1963.
- Das Unzulängliche bei Herrn K. (Kafka)*, Mskr., 10 Seiten, Berlin 1963.
- Schuld oder Schicksal? Ketzerische Betrachtungen zur Kriegsschuldfrage in beiden Weltkriegen*, Mskr., 80 Seiten, Berlin 1964.
- Marx und Engels zur Polenfrage (ein historischer Beitrag zum Problem der deutsch-polnischen Grenze)*, Mskr., 24 Seiten, Berlin 1965.
- Die politisch-militärische Zusammenarbeit zwischen dem stalinistischen Rußland und dem hitlerischen „Großdeutschland“ von 1939-1941* (Brief an Heinz Kraschutzki vom 24.1.1965), Mskr., 81 Seiten, Berlin 1965.
- Erinnerungen an eine frühere Art, „Zeitgeschichte“ zu betrachten* (unvollendet), Mskr., 11 Seiten, Berlin 1965.
- Über Puerto Rico*, Mskr., 8 Seiten, Berlin 1966.
- Nationalkommunismus – Nationalsozialismus – Nationalbolschewismus*, Mskr., 9 Seiten, Berlin 1966.
- Paradoxien – jüdische Vorfahren von Nazigrößen*, Mskr., 17 Seiten, Berlin 1967.
- Gösta von Uexküll und der „tausendjährige Krieg des Westens gegen den Osten“* (kritische Bemerkungen gegen Gösta von Uexküll), Mskr., 95 Seiten, Berlin 1967.
- Die KPÖ auf den Spuren des Austromarxismus?* Mskr., 33 Seiten, Berlin 1968.

- „Erlenesenes“ zur Okkupation der CSSR durch die Sowjetunion und andere „sozialistische“ Staaten, Mskr., 38 Seiten, Berlin 1968.
- Zur historischen Bedeutung der deutschen November-Revolution 1918/19, Mskr., 6 Seiten, Berlin 1968.
- Staat – Kapital – Kapitalismus – Klassen (II. Teil der Kritik an der Rußlandauffassung von E. Germain), Mskr., 59 Seiten, Berlin 1968.
- Der linke Radikalismus der Räte-Kommunisten – eine Kinderkrankheit? Mskr., 33 Seiten, Berlin 1968.
- Arbeiterkontrolle der Produktion, Mskr., 11 Seiten. Berlin 1969.

#### Unveröffentlichte Arbeiten ohne exakte Datierung

- Staat – Kapital – Kapitalismus – Klassen (I. Teil der Kritik an der Rußlandauffassung von E. Germain), Mskr.
- Vergessenes und Verschwienes – Großböhmen oder Tschechoslowakei, Mskr., 5 Seiten.
- Der Ursprung des Lebens im Lichte der Naturwissenschaften, Mskr. (ca. 1931-1934).
- Zur Kritik der Naturphilosophie (Materialsammlung und Auszüge), Mskr., ca. 1934.
- Studien über dialektische Philosophie. Drei Aufsätze, Mskr., (ca. 1934/35).
- Studien über Raum und Zeit, Mskr., ca. 1935.
- Welche Vergangenheit hat Polen zu bewältigen? Mskr., 47 Seiten.
- Wer verhinderte 1848/49 den liberal-demokratischen Nationalstaat der Deutschen? Mskr., 9 Seiten.
- Ursprung und Wesen der neuzeitlichen Naturphilosophie, Mskr., ca. 1935/36.
- Über die Differenz der Arbeit zur Natur bei Hegel, Mskr., ca. 1935/36.
- Über die Differenz von dialektischem und historischem Materialismus (eine Betrachtung über die Ideologisierung des Marxismus in Rußland, Mskr., 8 Seiten.
- Zur Frage der Deutung des Marxschen Werkes (Ketzerische Betrachtungen), Mskr., 20 Seiten.
- Sozialismus – sein Wesen und sein Unwesen, Mskr., 10 Seiten.
- Die „Große Sozialistische Oktober-Revolution“, Mskr., 6 Seiten.
- Räte Demokratie 1918/19; sie waren fast alle „grundsätzlich“ dafür, Mskr. 5 Seiten.

- Disposition: Engels Theorie der Menschwerdung im Lichte der modernen Biologie*, Mskr., 8 Seiten.
- Sozialdemokratie sive Räte-Demokratie* (unvollständig), Mskr., 8 Seiten.
- Die Umschaltung der USA-Außenpolitik auf den III. Weltkrieg im April 1945 – so fing der Korea-Krieg an*, Mskr., 10 Seiten.
- Marx' Materialismus*, Mskr., 25 Seiten.
- Warum können wir Voltaire nicht folgen?* Mskr., 15 Seiten.
- Klerikaler Faschismus (zum Wahlsieg Adenauers erinnern wir an einige historische Tatsachen!)*, Mskr., 38 Seiten.
- Albert Schweitzer und die historische Existenz Jesu Christi*, Mskr., 8 Seiten.
- Die asoziale Ethik des Christentums*, Mskr., 7 Seiten.
- Der Sündenfall fand nicht statt und die Sintflut war kein Sündenfall* (Religionswissenschaftliche Studien über zwei Mythen), Mskr., 54 Seiten.
- Das Prinzip der Marx'schen Religionskritik*, Mskr., 5 Seiten.
- Demokratischer Sozialismus und christliche Kirche*, Mskr., 134 Seiten.
- Atlantischwahn und Wissenschaft (aus einer Kritik des astrologischen Weltbildes von Joh. Lang)*, Mskr., 35 Seiten.
- Der junge Marx und die Religion* (mit 23 Seiten Anhang), 30 Seiten.
- Einiges zum Verständnis von Goethe (Faust, I. Teil)*, Mskr., 8 Seiten.
- Gedanken großer Geister über den Tod*, Mskr.
- Lenin über den Staatskapitalismus in Rußland*, Mskr., 81 Seiten.
- Die Stellung des Marxismus zur Nation und zum Kriege (eine kompilatorische Studie)*, Mskr., 75 Seiten.
- Was verstanden Marx und Engels eigentlich unter Kommunismus? (eine quellenmäßige Studie)*, Mskr., 15 Seiten.
- Beamten-Sozialismus (Bürokratie)*, Mskr., 9 Seiten.
- Die Mehrwert-Theorie von Karl Marx aus dem „Kapital“*, Bd. 1, Mskr., 15 Seiten.
- Die ökonomische Struktur der Managergesellschaft*, Mskr., 19 Seiten.
- Problem der Kostenrechnung in der sozialistischen Wirtschaftsordnung*, Mskr., 6 Seiten.
- Beiträge zur Psychologie des Geldes*, Mskr., 7 Seiten.
- Zeitgemäße geschichtliche Erinnerungen zum Kriegsausbruch im Juli/August 1914* (Zusammengestellt im besonderen Hinblick auf die Haltung der deutschen Sozialdemokratie), Mskr., 24 Seiten.
- Teheran – Jalta und Potsdam (geschichtliche Erinnerungen)*, Mskr., 41 Seiten.
- Die Geburtsstunde der Demokratie im Oktober 1918*, Mskr., 9 Seiten.

- Gustav Noske im Urteil der Generale (Auszug aus Seeckt: „Aus meinem Leben“)*, Mskr., 17 Seiten.
- Krieg ist Schicksal (Auseinandersetzung mit den USA)*, Mskr., 32 Seiten.
- Die Fridericus-Legende und die geschichtliche Wahrheit (zwei Vorträge)*, Mskr., 40 Seiten.
- Die USA auf dem Wege zum Totalitarismus? Eine marxistische Analyse*, Mskr., 4 Seiten.
- Wie sich Westeuropa Rechte und Interessen in Ägypten verschaffte*, Mskr., 10 Seiten.
- Studien zur Soziologie und Geschichte der Mongolen und ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung in Eurasien*, Mskr., 14 Seiten.
- Thesen über: Begriff und Wesen der Solidarität*, Mskr., 16 Seiten.
- Der marxistische Materialismus*, Mskr., 3 Seiten.